

UB Braunschweig

84



10105-374-9

P

Präsenz

Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte

Herausgegeben
von dem Geschichtsvereine für das
Herzogtum Braunschweig.

Band XI
Herzog Karl I. von Braunschweig
von
Frieda Blehringer.



Wolfenbüttel 1920.
In Kommission bei Julius Zwißlers Verlag.

Herzog Karl I.

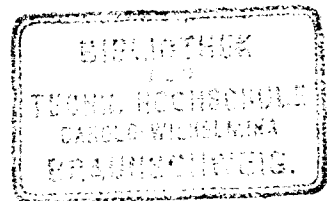
von Braunschweig

von

Frieda Viehringer.



Mit einer Stammtafel.



22.41.5303

Wolfenbüttel 1920.

In Kommission bei Julius Zwißlers Verlag.


Vorrede.

Vor einer Reihe von Jahren wurde mir nach Vollendung einer größeren Arbeit auf historischem Gebiet von dem inzwischen verstorbenen Schulrat Wernicke der Vorschlag gemacht, eine Biographie Herzog Karls I. von Braunschweig zu schreiben. Ich hatte zunächst Bedenken bei der Schwierigkeit der ganzen Aufgabe, darauf einzugehen. Indes schwanden solche mehr und mehr, je schärfer ich den mir vorgezeichneten Stoff ins Auge faßte. Denn der Herzog trat mir als ein ganz anderer entgegen, als zu dem ihn Mit- und Nachwelt gestempelt haben. Er ist mit nichts der notorische Verschwender gewesen, der sein Land an den Rand des Verderbens gebracht hat. Zu dem unerfreulichen Stand der Braunschweiger Finanzen gegen Ende seiner Regierung haben die unglücklichen Zeitläufte, vor allem der siebenjährige Krieg, unter dem Braunschweig besonders schwer litt, ihr gut Teil beigetragen. Gewiß, Herzog Karl war ein leichtlebiger, dem Genuße ergebener Fürst, der sich nicht gern, wenn es die Befriedigung seiner Wünsche galt, Schranken auferlegte. An keinem anderen deutschen Fürstenhofe, mit Ausnahme des preussischen, war es aber damals damit anders bestellt. Im Gegenteil, niemanden fiel es dort ein, den Herrscherberuf von gleich ernster Seite aufzufassen wie Herzog Karl, der, wenn er sich auch nicht gleich Friedrich dem Großen als erster Diener des Staates fühlte, doch unablässig bestrebt war, Wohlstand und Bildung in seinem Lande zu verbreiten. Wenn er dabei vielfach nicht die richtigen Wege einschlug, wenn er nur in den seltensten Fällen das Gewollte erreichte, so trifft nicht in erster Linie ihn die Schuld. Es ging ihm eben dabei wie vielen, die an der Schwelle einer neuen Zeit stehen, daß sie von denjenigen, denen ihre Bestrebungen gelten, nicht verstanden werden und bei ihnen nicht die nötige Unterstützung finden. Haben sich doch auch so gar manche durch ihn oder unter seinem Schutz ins Leben gerufene Neuerungen hintennach als durchaus lebensfähig erwiesen, so beispielsweise die, seinerzeit so allgemein verurteilten Winterschmiedischen Wassersäulenmaschinen, die in den Harzer Bergwerken sich schließlich sehr bewährt und ihn lange überdauert haben.

Die Grundlage zu der vorliegenden Arbeit hat vornehmlich das reiche Altenmaterial des Wolfenbüttler Landes-Haupt-Archivs abgegeben, das mir Herr Geh. Archivrat Dr. P. Zimmermann auf das zuborkommendste zur Verfügung stellte, wie er mich auch sonst in der lebenswürdigsten Weise mit Rat und Tat unterstützte, wofür ich ihm aufrichtig verpflichtet bin. Wertvolle Aufschlüsse über den Herzog, sein Wesen, seine Denkart haben mir ferner die größtenteils in dem kgl. preussischen Staatsarchiv

zu Berlin und im kgl. Hausarchiv zu Charlottenburg verwahrten Briefe des Herzogs selbst an seinen Schwiegervater Friedrich Wilhelm I., Friedrich den Großen und dessen Gattin, seine Schwester Elisabeth Christine, sowie deren Antwortschreiben, wie auch die Briefe der Herzogin Philippine Charlotte, der Gemahlin Herzog Karls, an Mitglieder des preussischen Königshauses und andere Dokumente gegeben. Die Erlaubnis zu ihrer Einsichtnahme wurde mir von Herrn Geh. Archivrat Dr. P. Baillet, dem zweiten Direktor des kgl. preussischen Staatsarchivs und dem Herrn Geh. Archivrat Dr. Schuster in freundlichster Weise erteilt, wofür ich ihnen auch an dieser Stelle verbindlichsten Dank ausspreche.

Außerdem haben diese Briefe wertvolles Material für die Darlegung der Schicksale und Drangsale Braunschweigs und seines Herrscherhauses im siebenjährigen Krieg geliefert, besonders für die ersten Kriegsjahre, in denen der Herzog selbst meist in sehr ausführlicher Weise an Friedrich den Großen und Elisabeth Christine über seine Erfahrungen und Erlebnisse berichtet hat. In dem Kapitel über die kulturellen Bestrebungen des Herzogs habe ich an der Hand der Wolfenbüttler Akten über all' das, was Herzog Karl zu Ruh und Frommen seines Landes und Volkes auf handelspolitischem, landwirtschaftlichem, hygienischem Gebiet, in der Gesetzgebung usw. unternommen hat, eine Übersicht gegeben, allerdings nur in möglichst gedrängter Form, um den Umfang des Buches nicht allzusehr anschwellen zu lassen. Aus denselben Gründen habe ich auch all' das, was der Herzog für die Einführung einer besseren Jugend-erziehung getan hat, was ihm Kunst und Literatur an Förderung verdanken, nur in größeren Umriffen dargestellt, zumal, weil darüber bereits in anderen jene Gebiete behandelnden Spezialwerken berichtet ist.

Die einschlägige umfangreiche Literatur über und aus jener Zeit ist eingehend berücksichtigt. Um das Buch nicht zu sehr mit Fußnoten zu belasten, habe ich indes nur einzelne Aufsätze und von den größeren Werken bloß solche angeführt, von denen ich glaube, daß sie demjenigen Leser, der sich über den betreffenden Gegenstand näher unterrichten will, am raschesten Aufschluß geben werden. Sollte es mir gelungen sein, das getrübbte Bild des Herzogs in ursprünglicher Frische wiederhergestellt und sein Wirken und Streben dem Braunschweiger Volk wieder nahe gebracht zu haben, so ist der Zweck meiner Schrift erfüllt. 

D. V.

Braunschweig, im Mai 1920.

Inhaltsübersicht.

I. Politischer Überblick	S. 1—63
1. Jugend und erste Regierungszeit	S. 1—18
<p>Karls Vorgänger — Erziehung Herzog Karls — Bärtliches Verhältnis zur Mutter — Niederländische Reise 1732 — Beteiligung am polnischen Erbfolgekrieg 1733—35 — Thronbesteigung 1735 — Sein Leben als Prinz mit seiner Gattin, der preuß. Prinzessin Philippine Charlotte — Des Herzogs Stellung zu seinen Anverwandten, seinen Schwiegereltern und der eigenen Familie gegenüber — Subsidienverträge mit dem Kaiser und anderen Potentaten.</p>	
2. Herzog Karl und Friedrich der Große	S. 18—31
<p>Jugendfreundschaft zwischen beiden. — Erlübung des Verhältnisses seit Friedrichs Thronbesteigung — Dessen Forderung an den Herzog um Aufbringung eines Regiments — Unstimmigkeiten deswegen — Des Herzogs Stellung im Rate der anderen deutschen Fürsten — Seine reichsdeutsche Gesinnung auf dem Fürstentag zu Offenbach 1741 — Wiederannäherung an Friedrich den Großen 1741 — Wahrung seiner Interessen demselben gegenüber — Zunehmende herzliche Beziehungen zwischen beiden — Vorübergehende Verstimmung 1748 — Engerer Anschluß an Preußen — Eingang eines Subsidienvertrags mit Frankreich auf Vorstellungen Friedrichs des Großen seit 1751 — Englische Heiratsprojekte in Hinsicht auf des Herzogs Familie — Der Herzog als Mittler für das Zustandekommen eines Bündnisses zwischen Preußen und England 1755.</p>	
3. Braunschweig im siebenjährigen Krieg	S. 32—63
<p>Verhandlungen Englands mit Braunschweig wegen Schließung eines Subsidienvertrags seit 1755 — Anfänge des siebenjährigen Kriegs — Zweifelhafte Haltung Hannovers — Herzog Karls Befürchtungen deswegen — Trotzdem hält er an den eingegangenen Verpflichtungen den Bundesgenossen, Preußen und England-Hannover gegenüber fest — Ausmarsch der braunschweigischen Truppen 1757 — Der Herzog begibt sich zur Armee der Verbündeten — Beginn der Feindseligkeiten auf dem westlichen Kriegsschauplatz — Treffen bei Hastenbeck — Die Franzosen in Braunschweig — Herzog Karl erhält von ihnen das Fürstentum Blankenburg zur Herrschaft zugewiesen — Infolge der acht Tage nach der Convention vom Kloster Zeven mit Oesterreich und Frankreich eingegangenen Verpflichtungen will er seine Truppen von seinen bisherigen Verbündeten trennen. Versuche Herzog Ferdinands und Friedrichs des Großen, ihn davon abzuhalten. Befreiung Braunschweigs von den Franzosen 1758. — Rückkehr Herzog Karls dorthin — Fortgang des Kriegs — Unstimmigkeiten, Weimarer Oberbormundschaftsangelegenheit usw. — Weitere Bebrängnisse des Herzogs und seines Landes im Laufe der folgenden Kriegsjahre durch die Franzosen — Nochmalige Einnahme Braunschweigs durch diese 1761 — Die Umgehung der Braunschweiger Interessen beim Friedensschluß zu Paris zwischen England und Frankreich 1763 — Der Herzog ein treuer Bundesgenosse Friedrichs des Großen — Anknüpfung neuer Familienbände mit ihm — Des Herzogs Stellungnahme bei Herzog Ferdinands Ausscheiden aus dem preussischen Heeresdienst — Friedrichs des Großen Bereitschaft, dem Herzog in seinen finanziellen Nöten zu helfen.</p>	

II. Herzog Karl als Regent S. 64—160

1. Bestrebungen zur Hebung des Landes S. 64—112

Die Bestrebungen und Ziele der „Aufklärung“ — Herzog Karls Stellungnahme dazu — Schrader und Jerusalem, seine Ratgeber dabei — Finanzverhältnisse in Braunschweig — Zustand der fürstlichen Finanzen — Versuche, dieselben in besseren Stand zu setzen durch Erschließung neuer Einnahmequellen — Landesvermessung — Versuche zur Hebung von Handel und Industrie — Monopole, Tabak usw. — Kommerzielle Gründungen der Regierung, Glas- und Spiegelhütten, Porzellanfabrik zu Fürstenberg u. dergl. — Die Regierung nimmt die Fabrikation auch anderer Manufakturwaren in die Hand — Einführung der Seidenindustrie — Anpflanzung von Färbekräutern — Bemühungen, den Handwerkerstand zu heben — Versuche, Braunschweig zum Mittelpunkt des Handels von Niedersachsen zu machen — Schaffung von Land- und Wasserstraßen — Entwässerung von Sümpfen und Mooren, Torfstich — Versuche, den Betrieb in den Berg- und Hüttenwerken des Harzes zu steigern — Forstwissenschaft und Holzkultur — Hebung der Landwirtschaft — Ratschläge wegen besserer Bestellung der Felder, Behandlung des Viehes usw. — Die Stellung des Bauern im Herzogtum — Bemühungen um Einführung einer gerechteren Rechtspflege — Armenpflege — Neue Feuersehordnung — Gründung eines Polizeidepartements — Neues Straßenpflaster in Wolfenbüttel und Braunschweig — Neue Straßenbeleuchtung — Verlegung der Friedhöfe vor die Stadt — Gründung eines Collegium medicum, Verstaatlichung der Apotheken, Einführung medizinischer Gesellschaften, braunschweigisches Arzneibuch, Stiftung eines Theatrum anatomicum zu Braunschweig.

2. Des Herzogs Verdienste um Kirche und Schule . . . S. 113—145

Universität Helmstedt — Ihre wissenschaftliche Bedeutung — Übergang der Universität in den Alleinbesitz Braunschweigs — Versuche, die Hochschule und deren Besuch zu heben — Collegium Carolinum — Zweck und Ziele der neuen Anstalt — Des Herzogs Anteilnahme an dem Aufblühen der Anstalt — Rückgang des Besuches seit 1747 — Neue Blüte und erneuter Rückschritt — Maßnahmen zur Hebung des Besuches in den siebziger Jahren — Verbesserung der Mittelschulen — Herzog Karls Verdienste um das Volksschulwesen — Seine Stellung zu Schule und Kirche — Abschaffung von Feiertagen — Versuchte Aufhebung des Beichtpfennigs — Gewährung der freien Predigerwahl für die Stadt Braunschweig — Predigerseminar in Riddagehausen — Neue Bibelübersetzung — Neues Gesangbuch — Die Katholiken, Reformierten und Juden im Herzogtum — Des Herzogs hochherzige Haltung freisinnigen theol. Ansichten, Männern der Wissenschaft und Literatur, besonders Lessing gegenüber.

3. Kunst und Literatur S. 145—160

Die Beziehungen früherer Braunschweigischer Fürsten zu Kunst, Literatur und dem Theater — Theaterwesen unter Herzog Karl — Des Herzogs Anteilnahme an den literarischen Bestrebungen seiner Zeit — Gründung eines Intelligenzblatts und der Braunschweigischen Anzeigen — Von den Bremer Beiträgern finden einige eine gesicherte Lebensstellung in Braunschweig — Berufung Lessings nach Wolfenbüttel — Seine Stellung dort — Des Herzogs Entgegenkommen ihm gegenüber — Gründung eines Kunst- und Naturalienkabinetts — Der Herzog in seinen Beziehungen zur Kunst.

III. Des Herzogs letzte Regierungsjahre S. 161—187

Finanzielle Nöte — Prägung minderwertiger Münzen — Versuche Schraders zur Erzielung neuer Einnahmequellen — Gründung eines Leihhauses in der Stadt Braunschweig — Einführung einer Zahlenlotterie — Versuche, Gold zu

machen — Verhandlungen mit den Vertretern der Stände wegen Bewilligung
 einer größeren Summe — Einberufung des Landtags — Eröffnung desselben
 — Verhandlungen mit ihm und später mit dessen Deputierten — Schluß des
 Landtags — Sein Ergebnis — Gründung eines Finanzkollegiums — Neue
 Verlegenheiten der Regierung — Der Erbprinz Mitregent — Englands
 Schuldforderung an Braunschweig — Neue Verhandlungen mit den Ständen
 — Einberufung des Landtags nach Salzdahlum — Wenig befriedigendes
 Ergebnis der Beratungen — Subsidienvertrag mit England — Entsendung
 Braunschweiger Hilfstruppen nach Nordamerika — Gesundheitszustand des
 Herzogs in den letzten Lebensjahren — Seine Persönlichkeit — Ausgang
 und Tod.

Politischer Überblick.

I. Jugend und erste Regierungszeit.

In der langen Reihe der Herzöge, welche als Nachfolger Heinrichs des Löwen im Laufe der Jahrhunderte das Braunschweiger Land beherrschten, gibt es vielleicht keinen, der so oft und so sehr verkannt worden ist als Karl I. Der Vorwurf, den man mit Recht gegen ihn erhob, daß er durch eine wenig glückliche Finanzwirtschaft und seine verschwenderische Lebensweise sein Land dem Verderben nahe gebracht, hat alle die vielen Vorzüge, alles Gute von seiner Regierungstätigkeit hinweggewischt. Und doch gehörte der Herzog bereits jener Reihe von Fürsten an, die, in die Fußtapfen Friedrichs des Großen tretend, nicht mehr allein in einem schalen Genußleben, sondern in der Schöpfung allerlei nützlicher und ihrem Volke zugute kommender Einrichtungen den vornehmsten Zweck ihres Herrscherberufs suchten und dadurch mit die Bahnbrecher für die moderne Staatsidee geworden sind. Wenn er dabei manchmal falsche Wege einschlug und sich in der Wahl der Mittel vergriß, wer wollte mit ihm deshalb so streng ins Gericht gehen, besonders da er, an der Schwelle einer neuen Zeit stehend, noch vielfach in alt-eingewurzelten Anschauungen befangen war und ihm das Genie und wohl auch die Ausdauer eines Friedrichs des Großen fehlten, um das einmal Ergriffene und als gut Erkannte trotz der sich aufstürmenden Schwierigkeiten zu glücklichem Ende zu führen. Auch wird dabei zu wenig bedacht, daß seine Regierung in die besonders schwere, stürmische Zeit des siebenjährigen Krieges fiel, die seinem Land unsagbare Opfer und Drangsale auferlegte.

Als Herzog Karl 1735 zur Herrschaft kam, in einem Alter, wo kaum der Jüngling zum Manne herangewachsen ist — er wurde am 1. August 1713 zu Braunschweig geboren — da war das Wort noch nicht geprägt, der Fürst müsse der erste Diener des Staates sein. Noch lebten die deutschen Gewalthaber, seit mehr als einem halben Jahrhundert von dem Denken und Empfinden ihrer Untertanen durch eine hohe Mauer infolge ihrer dem französischen Wesen nachgeäfften Lebensführung, ja selbst durch die Sprache getrennt, in gedankenloser Selbstsucht, dem Grundsatz ihres Idols, Ludwigs XIV. nach: „l'état c'est moi“, und niemand fand sich, der es gewagt hätte, dagegen Einspruch zu erheben. Da war kaum einer unter diesen Selbstherrschern, welcher, mochte sein

Gebiet auch noch so wenig umfangreich, noch so stiefmütterlich von der Natur ausgestattet sein, trotzdem nicht alles daran gesetzt hätte, es dem Sonnenkönig möglichst gleich zu tun in dem aufs höchste gesteigerten Lebensgenuß, der gedankenlosen Verschwendungssucht, der Errichtung kostspieliger Bauten und nicht zuletzt durch die Unterhaltung einer die Kräfte des Landes weit übersteigenden Truppenzahl, unbekümmert darum, daß er durch all' dies seinen Untertanen unerschwingliche Lasten auferlegte und sie und schließlich sich selbst dadurch zu Grunde richten mußte.

Auch dem Herzogtum Braunschweig war es unter seinen nach Versailles hinüberschauenden Herrschern nicht besser ergangen. Vornehmlich Herzog Anton Ulrich, der zweite Sohn Augusts des Jüngern*), der prunkliebendste Regent, der je auf einem Welfenthron gesessen, hatte während der Dauer seiner Regierung (1685—1714) durch seine kostspieligen Passionen, vornehmlich durch die Aufführung des Lustschlosses von Salzdahlum im Stile von Versailles, den an sich seit dem dreißigjährigen Krieg sehr zusammengeschrumpften Staatsfädel arg belastet. Auch daß er in seinem Ehrgeiz Familienverbindungen mit den ersten Herrschergeschlechtern Europas einging, hat dem Braunschweiger Welfenhaus wohl Ansehen und Einfluß weit über seine Stellung im Räte der Fürsten hinaus verschafft, andererseits es aber zu einem Aufwand gezwungen, der mit den Landeseinnahmen nicht in Einklang zu bringen war.

Noch schlimmer ließen sich die Dinge an unter seinem kaum weniger prunkliebenden Sohn, dem Herzog August Wilhelm (1714—1731), welcher es seinem Günstling Konrad Detlef von Dehn überließ, nach Gutdünken im Lande zu schalten und zu walten und sich in gewissenloser Weise die Lasten auf Kosten des Staats zu füllen. Herzog Ludwig Rudolph, der dem Bruder 1731 in der Regierung des Braunschweiger Herzogtums folgte, war, obgleich er sofort die Zügel straffer anzog, auch nicht der Mann, sich trotz der inzwischen unheimlich angewachsenen Schuldenlast Beschränkungen in seiner Hofhaltung aufzuerlegen. Die Regierung endlich von Herzog Ferdinand Albrecht II., dem Vetter Ludwig Rudolphs und Vater unseres Herzogs, war zu kurz,**) als daß er ernstlich an eine Abstellung der Übelstände hätte denken können. Sonst wäre wohl gerade er der rechte Mann gewesen, um das Staatsschiff wieder in das rechte Fahrwasser zu lenken. Fern vom Hof auf Schloß Bebernhagen aufgewachsen, wo sein Vater Ferdinand Albrecht I.,***) der durch eine Verkettung widriger Umstände um sein eigentliches Erbe

*) Der leichteren Übersichtlichkeit halber ist über die etwas vertwickelten Verwandtschaftsverhältnisse der damaligen Glieder des herzoglichen Hauses im Anhang ein Auschnitt aus der von P. Zimmermann bearbeiteten Stammtafel des Welfenhauses wiedergegeben.

**) Sie hat im ganzen kaum sechs Monate, vom März bis September 1735, gedauert.

***) „Der Wunderliche im Fruchtbringen“, wie er in der Fruchtbringenden Gesellschaft, der ersten deutschen Sprachgesellschaft des 17. Jahrh., der er angehörte, hieß.

gebrachte jüngste Sohn des oben erwähnten Herzogs August d. 3.*), zwischen seinen aufgestapelten Raritäten und Bücherschätzen grossend saß, hatte sich der übergroße, hagere, ernste Jüngling früh dem Soldatenberuf zugetwandt, und sich mit Ruhm am spanischen Erbfolgekrieg und an den Kämpfen des Kaisers gegen die Türken beteiligt.***) Als Einunddreißigjähriger hatte er bereits die höchste militärische Stufe im kaiserlichen Heer, die eines Feldmarschalls, erklommen (1711).

Beinlich pünktlich, zuverlässig, haushälterisch, in seinem Tun und Lassen durch und durch Soldat, führte er mit der ihm 1712 angetrauten, 17 Jahre jüngeren Gattin Antoinette Almalie, der jüngsten Tochter Herzog Ludwig Rudolphs, einen für seinen Stand äußerst sparsamen Haushalt, obgleich es bei der Kinderlosigkeit August Wilhelms und der nur mit Töchtern gesegneten Ehe Ludwig Rudolphs bloß eine Frage der Zeit sein konnte, wann er als nächstberechtigter Erbe den Braunschweiger Thron einnehmen würde. In ihm hatte, wie in seinem vertrauten Freund, König Friedrich Wilhelm I. von Preußen, noch einmal der deutsche Fürstentypus des 16. und 17. Jahrhunderts, der sich bei aller Derbheit einfacher Sitten, offenen, ehrlichen Wesens und einer aufrichtigen Frömmigkeit befleißigte, einen späten Vertreter gefunden. Allerdings lief dabei ein Zug von Pedanterie nebenher, der jenen früheren Fürsten in ihrer Urwüchsigkeit völlig ferne gelegen. Am schärfsten und auffallendsten vielleicht tritt dies bei der Erziehung seiner Kinder, vornehmlich des voraussichtlichen Erbprinzen, des späteren Herzogs Karl, vor. Es war ja jedenfalls aller Anerkennung wert, daß er, als der Sohn noch nicht fünf Jahre alt geworden, bei Leuten, die er besonders achtete, so dem Kammerpräsidenten und späteren Premierminister Hieronymus von Münchhausen und dem Comitial-(Reichs-)gesandten in Regensburg, Geheimrat Johannes Friedrich von Stain, sich Rats erholte, wie ein künftiger Herrscher am besten zu erziehen sei. Auch ehrt es ihn, daß er neben z. T. gar nicht so recht brauchbaren Vorschlägen Stains, der seine Winke mehr oder weniger aus Erziehungswerken der Renaissancezeit, wie dem berühmten „Cortegiano“, dem vollendeten Hofmann, des Grafen Baldassare Castiglione schöpfte, auch manch' derbe, ihm ungetroffene Lehren, die vornehmlich aus Münchhausens Feder flossen, gutwillig mit in den Kauf nahm. Denn es mochte dem durchaus absolutistisch gesinnten Fürsten kaum angenehm in die Ohren tönen, wenn er zu hören bekam, daß

*) Herzog August hatte fünf Jahre vor seinem Tode ein Testament verfaßt, in welchem er seinem Erstgeborenen das Fürstentum Wolfenbüttel, dem zweiten die Grafschaft Dannenberg und dem dritten die Grafschaft Blankenburg vermachte. Da aber nach seinem Tod nur das Konzept zu einem solchen Testament, nicht dieses selbst zum Vorschein kam und eine Teilung des Landes den Landesgesetzen zuwiderlief, so wurden die beiden jüngeren in anderer Weise und zwar Ferdinand Albrecht mit Schloß Beberm am Solling und einer Upanage von 8000 Talern abgefunden.

**) So an der Belagerung von Landau 1703, an den Schlachten von Peterwardein und Belgrad und dem Sturm auf Temesvár 1716.

der Landesherr um der Untertanen und diese nicht um feinetwillen da wären. Er hat sich denn auch von all' den Ratschlägen nur das angeeignet, was seiner eigenen Sinnesart entsprach. Dazu gehörte, daß er die Erziehung des Prinzen und seines um ein Jahr jüngeren, am 28. August 1714 geborenen Bruders Anton Ulrich bereits im fünften und vierten Lebensjahr, weit früher, als sonst es üblich war, männlichen Händen, einem Hofmeister von Hardenberg und einem Hauslehrer, namens Burkard, anvertraute. Ihnen wurde dann zwei Jahre darauf, 1720, in dem späteren Konsistorialrat und geh. Justizrat Julius Gottfried Schlüter, einem ehemaligen Zögling des kgl. Pädagogiums zu Halle, der Leiter des zweiten Unterrichts beigegeben. Zu sagen hatte dieser aber kaum viel, obgleich ihn Herzog Ferdinand Albrecht kurz vor Antritt seines Amtes nach Holland und Frankreich geschickt, damit er sich in diesen damaligen Musterstaaten für Kultur und feine Sitte die Grundlinien zu seiner Erziehungsmethode hole. Die Wahl der Unterrichtsfächer, sowie auch das Züchtigungsrecht behielt sich der fürstliche Vater selbst vor. Kein Wunder daher, daß der ziemlich selbstherrlich veranlagte Thronfolger, dem Schlüter wie seinem Bruder jenen Firnis von Bildung, jenen oberflächlichen Überblick über alle Gebiete des Wissenswerten beizubringen hatte, der so leicht in jungen Seelen ein frühreifes, altkluges Wesen erzeugt, bald das Überragende seiner Stellung dem Erzieher gegenüber herausfühlte, und schon jetzt gelegentlich den künftigen Gebieter herauskehrte.*) Gab es doch auch in seiner Umgebung Schmeichler genug, die ihm übertriebene Begriffe von seiner dereinstigen Machtposition beibrachten, eine Ansicht, die sich bei ihm nie wieder verloren hat. Und dann, wie sehr mußte es außerdem sein Selbstbewußtsein heben, daß der Großvater mütterlicherseits, Herzog Ludwig Rudolph, dem beim Tode Anton Ulrichs als Erbe zunächst das Fürstentum Blankenburg zugefallen war, ihn, den noch völlig unerwachsenen Knaben, sobald er zu längerem Besuch an seinen Hof kam, zu seinen allsonnabendlich im Schloß stattfindenden geselligen Zusammenkünften von Gelehrten und Geistlichen des Landes zog, damit bei ihm früh der Sinn für die Wissenschaft erweckt werde! Außerdem ist er dort, besonders zur Karnevalszeit, wo ein Fest das andere in geradezu raffinierter Steigerung ablöste, Zeuge der Entfaltung einer Pracht und eines Luxus gewesen, der in ihm den Glauben an die Unerforschlichkeit der seinem Hause zu Gebote stehenden Mittel erzeugen mußte, nicht ahnend, daß der Großvater größtenteils solchen Aufwand aus dem bedeutenden Jahreszuschuß bestritt, den ihm Kaiser Karl VI. als Gatte seiner ältesten Tochter, der schönen, geistvollen Elisabeth Christine, über-

*) Vergleiche zu alledem: Otto Hahne, „Die Erziehung Herzog Karls I. von Braunschweig-Lüneburg in den Jahren 1720—22“, Beilage zum Jahresbericht des Herzogl. Wilhelm-Gymnasiums, Braunschweig, Ostern 1911, und von demselben: Freiherr von Stains Briefe über Fürstenerziehung im Braunschweigischen Magazin, 18. Band, Jahrgang 1912, S. 92, 105.

wiesen hatte. Was nützte es da viel, daß Ferdinand Albrecht, um seine Kinder früh zu einer sparsamen Wirtschaftsführung anzuhalten, diesen ein bestimmtes Handgeld von 50 Talern für das Vierteljahr aussetzte, über dessen Verwendung die Erzieher — Schlüter — hatte sich 1721 ein adeliger Hofmeister, Karl Christoph von Heimbürg, zugesellt, der die beiden Prinzen zu Hof, in Gesellschaft und auf die Reitbahn begleiten mußte — genau Rechnung abzulegen hatten! Um des Vaters Absichten in die Tat umzusetzen, hätte der Sohn ein in sich gefestigter Charakter, kein von seiner Umgebung abhängiger Knabe sein müssen, der noch dazu von der Mutter bei allem kindlichen Eigensinn ein weiches, allen äußeren Einbrücken nur zu leicht zugängliches Gemüt geerbt hatte. Nicht umsonst hat diese, die mit der ganzen Innigkeit ihres holdseligen Wesens an ihrem Erstgeborenen hing, ihn des öfteren ermahnt, Schmeichlern und Versuchern kein Gehör zu schenken, und in den Briefen an den ihrer Obhut längst entwachsenen Jüngling klingt der gleiche Rat wieder. Erst als dieser nach des Vaters Tod zum Oberhaupt der Familie wurde, verstummte ihr sorglicher Mund. Nicht, daß der Herzog ihr gegenüber ein anderer geworden wäre; er blieb seiner Mutter in der wärmsten Zärtlichkeit zugetan. Aber die Rollen waren jetzt vertauscht; denn er hatte nun für die Versorgung ihrer zahlreichen Familie einzutreten.*) Und gerade darin hat sich Herzog Karl stets von der schönsten, freigebigsten Seite gezeigt, auch dann, als ihm später seine mißliche Lage zu allerlei Einschränkungen selbst in dem Hofhalt der Mutter zwang. Rührende Zeugnisse dafür sind die Briefe, in denen sie dem „sehr teuren, zärtlich geliebten Sohn“ für all' die großen und kleinen Gaben und Überraschungen dankt, mit denen er sie und die Thron überflutete.

Von ihr, der klugen, anspruchslosen Frau, die es trotz aller späteren Abzüge fertig brachte, noch eine Menge armer Familien zu unterstützen, hat er zweifellos den ersten Anstoß empfangen zu den schon im zweiten Jahrzehnt seiner Regierung beginnenden Maßnahmen der Fürsorge für die Bedürftigen, was dem Braunschweiger Land so vielfach zum Segen ausgefallen ist. Ebenso ist die Verehrung für das preussische Königshaus bei ihm nicht bloß ein Erbteil des Vaters, sondern auch der Mutter gewesen, eine Verehrung, die bei ihr gegenüber dem größten Hohenzollern, Friedrich dem Großen, ihrem Schwiegersohn, so berechtigt und selbstlos auch dann noch zum Ausdruck kam, als ihre Tochter Elisabeth Christine Grund genug hatte, sich über Vernachlässigung von Seiten des königlichen Vaters zu beklagen. Nicht minder hat Karl von der Mutter neben der äußeren Schönheit**) die Leutseligkeit im Umgang

*) Antoinette Amalie hatte ihrem Gemahl fünfzehn Kinder geboren, von denen bei seinem Tode dreizehn am Leben waren.

**) Antoinette Amalie erschien in ihrem 41. Lebensjahr noch so anmutig und begehrenswert, daß im Jahre 1738 in Hannover allgemein geglaubt wurde, der verheiratete König Georg II. von England würde sich mit ihr vermählen.

mit Anderen geerbt, wodurch er, besonders in jüngeren Jahren, alle Herzen im Flug gewann, das feine Gefühl für alles wahrhaft Große und das warmherzige, stets zum Ausgleich bereite Wesen. Kein Wunder daher, daß ihm der Tod einer Mutter, die mit ihm in so inniger Seelengemeinschaft stand, am 6. März 1762 näher als irgend einer der vielen anderen Schicksalsschläge seines Lebens gegangen ist. „Seine Niedergeschlagenheit darüber sei unbeschreiblich,“ heißt es in einem seiner sonst so farblos gehaltenen Briefe aus jenen Tagen an seine Schwester, die Königin Elisabeth Christine von Preußen; und ein anderesmal schreibt er, „daß seine Traurigkeit heute nach der Abreise seines Bruders Ferdinand, der Zeuge dieses unerseßlichen Verlustes gewesen sei, noch viel größer wäre als vordem“.

* * *

Herzog Karl hatte eben das 22. Lebensjahr vollendet, als ihn der unerwartete Tod seines Vaters am 3. September 1735 auf den Braunschweiger Thron hob. Über die Aufgaben und die Verantwortung, die er damit übernahm, ist er sich indessen wohl kaum recht klar gewesen. Zwar hatte der fürsorgliche Vater ihn schon im Sommer 1732 auf Reisen nach den großen norddeutschen freien Reichsstädten, nach Holland und Belgien geschickt, damit er die Staatsbetriebe anderer Länder, vornehmlich diejenigen in den Niederlanden, die als musterhaft galten, kennen lerne. Aber sei es, daß Ferdinand Albrecht in derlei Dingen selbst keine Erfahrung besaß, sei es, daß er sich dabei allzusehr von seiner Vorliebe für alles Militärische leiten ließ: kurz und gut, in dem vom Vater dafür entworfenen Plan spielte die Besichtigung von Zeughäusern, Befestigungen neben Hafenanlagen, Schleusenbauten, Schiffswerften, von berühmten Schlachtfeldern, denen von Dudenarde (1708) und Malplaquet (1709), wo Prinz Eugen im spanischen Erbfolgekrieg sich unsterbliche Siegeslorbeeren geholt, eine Hauptrolle. Dief doch schließlich die ganze Reise auf die Beteiligung an einem jener Friedensmanöver hinaus, wie sie damals so häufig von den größeren Fürsten, vornehmlich dem Kaiser, in Szene gesetzt, als die Vorschule jeglicher Art von Kriegführung galten, tatsächlich aber bloß eine leere Schaustellung bildeten und für den Ernstfall nicht die mindeste Bedeutung besaßen; sie sind auch rasch wieder abgekommen. Es zeugt für den gesunden Sinn unseres Prinzen, daß er, obgleich er im „Lager von Breda“ in Nordbrabant die liebenswürdigste Aufnahme von Seiten all' der zahlreich versammelten Fürstlichkeiten und der höchstkommandierenden Generale, des Grafen von Hompesch und des Prinzen von Holstein-Beck, fand, die Schattenseiten dieser Veranstaltungen rasch erkannte. „Es herrsche keine Einigkeit,“ klagte er am 14. September 1732 dem Vater, nachdem er etwa acht Tage dort geweilt, „der Eine wolle dies, der Andere jenes, so daß wohl so bald kein Ende abzusehen sei.“ Erst als dann wenige Tage darnach

doch die „große Schlacht“ stattfand, und dieser weitere Felddiensthütungen folgten, fühlte er, dem vom Vater her der militärische Geist tief im Blute steckte, sich mehr in seinem Element.

Überhaupt hat Prinz Karl die Abwechslungen und Zerstreuungen dieser ersten größeren Reise seines Lebens mit dem ganzen sorglosen Frohsinn der Jugend genossen. Nur von dem ihm so treu ergebenen Hofmeister von Heimburg, einem Sekretär und drei Bedienten begleitet, ließ er es sich gerne gefallen, wenn man in ihm, dem infognito Reisenden, doch den Sprößling eines so alten, hochangesehenen Fürstenhauses ehrte. Zwar von offiziellen Empfängen ward überall abgesehen, vornehmlich in den Reichsstädten Hamburg, Lübeck und Bremen, welche er zunächst besuchte. Dafür wetteiferte man auf andere Weise, dem jungen Fürsten den Aufenthalt dort möglichst angenehm und abwechslungsreich zu gestalten. So gab am 11. Juli 1732 das reiche Hamburg mit allen Mitteln, die ihm als Seestadt zur Verfügung standen, ihm zu Ehren abends auf der Alster ein Fest, wobei er den ersten Einblick in das großzügige Treiben stolzer Handelsemporien gewann. Auch sonst wurden ihm dort Huldigungen aller Art entgegengebracht. Besondere Freude bereitete ihm, wie es scheint, die Ernennung zum Protektor der Hamburger Patriotengesellschaft; denn er hat es später nie versäumt, dieser auf die verbindlichste Art für ihre zu seiner Vermählung, zu der Geburt seiner Söhne und sonstigen festlichen Anlässen eingegangenen, höchst schätzbaren Glückwunschschriften zu danken, was bei der Gesellschaft stets die größte Genugtuung hervorrief.

Nicht minder drängte sich Fest an Fest, sobald man auf dieser Reise an Fürstenhöfen, bei dem Markgrafen Friedrich Ernst von Kulmbach zu Drage in Holstein oder bei dem Fürsten Georg Albert von Ostfriesland in Aurich weilte; selbst deren getreue Untertanen ließen es sich nicht nehmen, den liebenswürdigen, jugendschönen Prinzen Blumen auf den Weg zu streuen oder Ehrenpforten zu errichten. Besonders schmeichelfhaft aber mußte es für ihn sein, daß er als Neffe der Kaiserin während seines Aufenthaltes zu Brüssel vom 29. Oktober bis 7. November am Hofe der Erzherzogin-Statthalterin Maria Elisabeth*) eine Stellung einnahm, deren sich bei der dort herrschenden strengen Etikette sonst nur Fürsten großer Staaten rühmen konnten. Jrgendwelchen Einblick in den Gang der Verwaltung oder in die „Ökonomie und das Handelswesen“, was der Vater gewollt, aber hat Karl bei dieser Art des Reisens kaum gewonnen. Man begnügte sich, in den einzelnen Städten der Erzeugung der Waren, worauf jeweils deren Hauptreichtum beruhte, so in Hamburg der Anfertigung von Sammt, Kattun, der Zuckerbäckerei, in Brüssel und anderen niederländischen Orten dem Weben von Teppichen, Battisten und Spitzen beizuwohnen, oder etwa, wie in Maubeuge, eine Gewehr-

*) Eine Schwester Kaiser Karls VI., Statthalterin der Niederlande von 1725—41.

fabrik oder in Mecheln die Bleigruben und dgl. mehr zu besuchen. Sonst hat man sich mehr oder weniger auf die Besichtigung der Hauptmerkwürdigkeiten, auf Kirchen, Paläste, Rathäuser, Bildergalerien oder wohl auch wertloser Kuriositäten, wie der Hydra Lernaea, der Lernaïschen Hyder, eines siebenköpfigen Drachens, der damals in Hamburg gezeigt wurde, beschränkt. Das Beste, was Karl von der ganzen niederländischen Reise, während der er viele der Punkte, die im letzten Weltkrieg eine so große Rolle spielten, wie Antwerpen, Namur, Brügge, Gent, Courtrai, Lille, Douai, Maubeuge, Ostende, Nieuport, Dünkirchen, Ypern, Lüttich uſw. berührte, mit nach Hause gebracht hat, war nicht nur die Werthschätzung der Meisterwerke niederländischer Malerei des 17. Jahrhunderts, sondern auch die Erkenntnis, welch' eine Förderung es für ein Volk sei, derartige schließlich doch der Allgemeinheit gehörende Schöpfungen nicht engherzig abzuschließen, eine Erkenntnis, die ihm später, als er selbst zum eifrigen Sammler wurde, veranlaßt hat, die zusammengetragenen Schätze nicht, wie andere deutsche Fürsten, in den Schlössern vor profanen Augen zu verwahren, sondern sie allen zugänglich in einem Museum aufzustellen. *)

Von den Niederlanden aus hat sich dann der Prinz unmittelbar nach Wien an den Kaiserhof begeben, wo er mit seinem Vater zusammentraf. Ob das auf der Durchreise berührte Lachen mit seinem Kaiserdom und den Reliquien Karls des Großen, Düsseldorf's schon damals berühmte Bildergalerie**), das heilige Köln, die ehrwürdige Krönungsstadt Frankfurt, das alte, stolze Nürnberg auf ihn irgendwelchen tieferen Eindruck gemacht, ist aus den flüchtig hingeworfenen Zeilen an die Eltern nicht zu ersehen. Jedenfalls war es von nun an mit solchen Reisen größeren Stiles vorbei. Wenn er in den nächsten Jahren längere Zeit von der Heimat entfernt blieb, so lagen dem stets militärische Zwecke zu Grunde.

Der im Herbst 1733 ausbrechende polnische Erbfolgekrieg, welcher unser unglückliches Vaterland wieder einmal zum Tummelplatz von Kämpfen ausersah, die es gar nichts angingen, insofern man am Rhein die Entscheidung über die Frage ausfocht, wer im Königreich Polen nach dem Tode des Kurfürsten August des Starken von Sachsen herrschen sollte, hatte den Vater unseres Prinzen an die Spitze eines bei Pilsen sich sammelnden kaiserlichen Hilfskorps berufen, dessen Aufgabe es war, die verbündete russische Armee zu unterstützen, falls es dieser nicht gelingen sollte, den von Frankreich beschützten, bereits zum König ausgerufenen Stanislaus Leszczyński, zu vertreiben und an seine Stelle den eigenen Kandidaten, den Kurfürsten Friedrich August II. von Sachsen, auf den polnischen Thron zu setzen.

*) Allerdings mit Ausnahme der berühmten Bildergalerie zu Salzbadlum.

**) Sie befindet sich jetzt zum größten Teil in der alten Pinakothek zu München

Für unseren Prinzen war es kein geringes Ereignis, daß er, noch dazu auf ausdrückliche Anordnung des Höchstkommmandierenden der kaiserlichen Armee, des Prinzen Eugen von Savoyen, den Vater als kaiserlicher Oberst nach Pilsen begleiten durfte. Welchen Wert er selbst dieser Ernennung beimaß, geht am besten daraus hervor, daß er, der sonst so einsilbig in seinen Briefen ist, über seine Lagererlebnisse ein Tagebuch geführt hat. Es ist darin meist von Festmahlen, Tanz, Spiel und Jagd die Rede, ein trauriges Zeichen dafür, auf welch' leichte Achsel die damaligen höheren Offiziere ihre Berufspflichten nahmen, was ohne Zweifel die furchtbaren Niederlagen, welche Kaiser Karl VI. in den folgenden Jahren, vornehmlich in Italien und gegen die Türkei erlitten, mit verschuldet hat. Endlich, als man eben am 18. Oktober wieder ein Fest beging, kam der Befehl zum Abmarsch, aber nicht nach Polen, sondern über Bayern und Württemberg an den Rhein, den die Franzosen, nachdem sie sich ganz Lothringens bemächtigt, am 12. Oktober, 33 000 Mann stark, unter Marschall Berwick überschritten hatten. Obgleich also hier ein rasches Handeln dringend geboten gewesen wäre, zumal da auch im Süden neben Spanien das Königreich Sardinien sich der Gegenpartei angeschlossen und die kaiserlichen Truppen nach und nach aus dem Herzogtum Mailand verjagte, während in Neapel und Sizilien die österreichische Herrschaft im Nu zusammenbrach, ließ man sich mit Gegenmaßnahmen gehörig Zeit. Nicht weniger als vier Wochen hat das am 21. Oktober von Pilsen aufbrechende Heer gebraucht, bis es endlich in Ettlingen*) anlangte, wo es alsbald, da die Franzosen inzwischen über den Rhein zurückgegangen waren, die Winterquartiere bezog.***) Dort angekommen, mußte Ferdinand Albrecht sofort zehn Bataillone für den italienischen Kriegsschauplatz abgeben, ohne daß von irgend welchem Ersatz die Rede war. In Regensburg stritt man sich derweilen über die Kriegserklärung des Reiches an Frankreich und über die dann notwendigen Verteidigungsmittel. Und als endlich im Februar 1734 der Reichskrieg beschloffen wurde, wie langsam und widerwillig trafen die von den einzelnen deutschen Fürsten dafür zu stellenden Truppencontingente ein, sodaß am Ende des Jahres 1734 statt der erwarteten 250 000 nur 40 000 Mann beisammen waren. Bei dieser ganzen Art der Kriegsführung war es kein Wunder, daß die Absicht Ferdinand Albrechts, wenigstens einen feindlichen Einfall ins rechtsrheinische Gebiet zu verhüten durch die noch im Winter 1733/34 aufgeführten Ettlinger Linien,***)

*) Etwa 7 km südlich von Karlsruhe gelegen.

**) Später wurde das Hauptquartier nach Pforzheim und Anfang des Jahres 1734 nach Karlsruhe verlegt.

***)) Dabei halfen ihm die inzwischen eingetroffenen 1500 Mann Braunschweiger Truppen, mit welchen Herzog Ludwig Rudolph laut eines mit dem Kaiser 1731 eingegangenen Subsidien-Vertrags gegen die jährliche Summe von 100 000 Gulden diesem im Kriegsfall beizuspringen hatte. Im Frühjahr darauf folgte ihnen dann

zwei Reihen von Verteidigungswerken, die sich von Ettlingen westwärts bis zum Rhein zogen, nicht von Erfolg gekrönt worden ist. Sie wurden im Frühjahr 1734 von den den Rhein bei Neckarau überschreitenden Franzosen durchbrochen, wodurch sich Prinz Eugen nach der Übernahme des Oberbefehls über die gesamte Rheinarmee (Ende April) veranlaßt sah, sich sofort bis nach Heilbronn zurückzuziehen. Es ist ja bekannt genug, wie sehr der greise Feldherr, der von einem Stab von 66 Fürsten umgeben war, die von ihm Wunderdinge der Strategie erwarteten, durch seine unsichere Haltung, sein zielloses Hin- und Hermarschieren einen Vorteil nach dem anderen aus der Hand gab, so daß am 18. Juli sogar die wichtige Festung Philippsburg in Feindeshand fiel.

Prinz Karl, welcher sich meist in der Gefolgschaft seines Vaters, also in der Nähe des Hauptquartiers befand — Ferdinand Albrecht und Herzog Karl Alexander von Württemberg standen als Reichsfeldmarschälle im Range dem berühmten, jetzt aber durch Alter und Krankheit sehr geschwächten Oberbefehlshaber zunächst — war sich der Unerquicklichkeit der Lage, gelegentlichen Äußerungen in Briefen an König Friedrich Wilhelm I. von Preußen zufolge, gar wohl bewußt. Dazu kam, daß bei den Braunschweiger Truppen forgesetzt Unzufriedenheit wegen der geringeren Löhnung im Vergleich zu den anderen Truppenkontingenten, der schlechten Verpflegung und der gesundheitschädlichen Quartiere in sumpfigen Gegenden herrschte. Aber Prinz Karl war eine viel zu heitere, leichtlebige Natur, als daß er sich bei den mancherlei Zerstreuungen, der Abwechslung, die das Lagerleben bot, auf die Dauer hätte durch all' diese Widerwärtigkeiten anfechten lassen. Ja, es scheint, als habe er sich mehr und mehr mit dem Gedanken getragen, sogar ständig im Heeresdienst zu bleiben; es geht dies aus einem Brief des Prinzen Eugen vom 10. Oktober 1733 hervor, worin dieser ihn zu dem Beruf beglückwünscht, den er sich unter einer so bewährten Leitung wie derjenigen seines Vaters erwählt. Hatte Karl doch auch allen Grund, mit seiner bisherigen militärischen Laufbahn zufrieden zu sein. Laut Reskript vom 20. Oktober 1730 der kaiserlichen Armee als Oberst angehörend — ein Rang, den er bereits seit 1726 durch Herzog Ludwig Rudolphs Gunst im Braunschweiger Dragonerregiment bekleidete — hatte ihm am 4. November 1733, seinem langgehegten Wunsch entsprechend, der Kaiser ein Kavallerieregiment, das offlische, nach seinem früheren Inhaber von Offeln so genannt, verliehen.

Als er dann im Spätfrühling 1735 nach halbjähriger Abwesenheit, diesmal ohne den Vater, welcher sich durch den am 1. März 1735 erfolgten Tod Ludwig Rudolphs auf den Braunschweiger Thron berufen sah, zum Kriegsschauplatz zurückkehrte, wurde er durch seine inzwischen

noch das Braunschweiger Leibregiment als das Truppenkontingent, das der Herzog als Reichsfürst dem Kaiser zur Verfügung zu stellen hatte.

erfolgte Beförderung zum Obristfeldzeugmeister der Kavallerie überrascht. (4. April 1735.) Als solcher hat er den ebenfalls fruchtlos verlaufenden Feldzug des Jahres 1735 mitgemacht, bei dem sich Prinz Eugen wiederum auf die Taktik des Zwartens und des Hin- und Hermarschierens beschränkte. Erst im Herbst hat er sich zu etwas energischerem Handeln aufgerafft, insofern als ein Teil der kaiserlichen Armee, bei dem sich auch Braunschweiger Truppen befanden, unter dem Reichsgrafen Friedrich Heinrich v. Seckendorf bis in die Moselgegend vordrang und den Franzosen eine Niederlage bei Kloster Klauen am Salmbach beibrachte. (20. Oktober 1735.) An dem unglücklichen Ausgang des Kriegs aber ward damit nichts geändert. Durch die Friedenspräliminarien, die zu Wien bereits am 3. Oktober zwischen Frankreich und dem Kaiser unterzeichnet wurden*), ist wiederum ein wichtiges Stück deutscher Erde, das Herzogtum Lothringen und Bar, dem Reiche entrisen worden.

Herzog Karl ist kein Augenzeuge dieser letzten Ereignisse gewesen. Seiner militärischen Laufbahn, die beinahe tragisch geendet hätte, indem er bei einem Inspektionsritt von seinem Standquartier Mingelheim aus am 27. Juni 1735 fast in dem Hochwasser des Rheins ertrunken wäre,**) wurde jähling durch den am 3. September erfolgten Tod seines Vaters ein Ende gemacht. Die erste Nachricht von dessen schwerer Kolikerkranfung hatte ihn, „der sich eben im Lager von Heidelberg köstlich amüsierte“, am 5. September wie ein Blitz aus heiterem Himmel getroffen. Sofort trat er die Rückreise nach Braunschweig an. Aber schon in Friedberg mußte er aus dem Munde des ihm entgegeneilenden Generaladjutanten, des Obersten Johann Georg von Hohnstedt, die niederschmetternde Kunde vernehmen, daß Herzog Ferdinand Albrecht nach viertägigem Krankenlager aus dem Leben geschieden sei.

* * *

Der neue, jugendliche Herrscher, dem erwartungsvoll aller Augen entgegensahen, befand sich zunächst, als ihn das Schicksal so plötzlich auf einen so hohen, verantwortungsvollen Posten berief, in seiner beneidenswerten Lage. Zwar das Hindernis, das sich seiner alsbaldigen Thronbesteigung entgegenstimmte, weil er die vom Braunschweiger Hausgesetz geforderte Volljährigkeit***) noch nicht erreicht, hatte Kaiser Karls VI. Huld durch Verleihung der Venia aetatis (der vorzeitigen Mündigsprechung) rasch hinweggeräumt. Um so schlimmer aber war es um die Finanzen des Herzogtums bestellt. Nicht nur galt es, die ungeheure Schuldenlast,

*) Der endgültige Friedensvertrag ist erst 1738 zu Wien erfolgt.

**) Sein scheu gewordenes Pferd hatte ihn in einen tiefen, vom Wasser angefüllten Graben geworfen, so daß bloß sein Hut noch sichtbar war. Nur der Geistesgegenwart seines Stallmeisters, Ehard Augusts von Stammer, der alsbald nachsprang, und ihn herauszog, hatte er die Rettung vor sicherem Tod zu danken.

***) Testamentarische Bestimmung des Herzogs Julius (regierte v. 1568—89).

die seine Vorgänger auf das Land gehäuft, zu übernehmen, man hatte auch noch für den standesgemäßen Unterhalt dreier herzoglicher Wittwen zu sorgen. Es war in erster Linie seine Mutter, die sich mit ihrer zahlreichen Familie durch den frühen Tod des Vatten in den drückendsten Verhältnissen befand. Viel besser gestellt sah sich Ludwig Rudolphs Witwe Christine Luise dadurch, daß sie als Mutter der Kaiserin vom Wiener Hof eine jährliche Apanage bezog; auf das ihr seitens Braunschweigs gesetzlich zukommende Jahresgeld konnte sie bei alledem aber doch nicht verzichten. Der Herzogin Elisabeth Sophie Marie endlich, der hinterlassenen Gattin Herzog August Wilhelms, waren laut ihren am 18. Mai 1731 mit Herzog Ludwig Rudolph getroffenen Vereinbarungen sogar die doppelten Wittwengelder (24 000 Taler) auszusahlen. Wohl sollte dereinst dafür ihr Nachlaß, darunter das Schloß in Braunschweig, der „Graue Hof“, den ihr Gatte für sie in prächtiger Weise hatte ausbauen lassen, an Ludwig Rudolph oder seinen Thronerben fallen. Damit war aber dem jugendlichen Herrscher im Augenblick nicht viel gedient. Ebensowenig half es ihm, daß noch die bedeutende Summe von etwa 200 000 Gulden ausstand, welche Ferdinand Albrecht in seiner Eigenschaft als österreichischer Heerführer zu erhalten hatte. Denn so sehr man auch seitens des Wiener Hofes den jungen Neffen mit Gunstbezeugungen überhäufte,*) so sehr die kaiserliche Tante, mit der er im regen Briefwechsel stand, ihn wiederholt bat, doch ja für die Seinen in ausgiebiger Weise zu sorgen: mit der Auszahlung der Gelder hatte es bei den stets leeren Kassen des Kaisers gute Wege. Es bedurfte der ganzen diplomatischen Geschicklichkeit des Braunschweiger Bevollmächtigten in Wien, des Legationsrates Bernhard Paul von Moll, um sie nach und nach bis zum Frühjahr 1740 zu erhalten.

So erschien es denn für den neuen Regenten dringend geboten möglichst sparsam zu wirtschaften, um so mehr, als er seit zwei Jahren schon einen eigenen Hausstand besaß. Konnte man dies aber von einem lebenslustigen, unerfahrenen Fürsten erwarten, der sich ganz unvermutet von einer ihm bis dahin ungewohnten Machtfülle umgeben sah, besonders, da weder an ihn noch an seine Gattin Philippine Charlotte je der Ernst des Lebens herangetreten war?

Zwar am Berliner Hof hatte die letztere, eine Tochter Friedrich Wilhelms I. von Preußen, nur spartanische Einfachheit kennen gelernt. Am 13. März 1716, als viertes lebendes Kind in einer zahlreichen Geschwisterschar geboren, ward sie bereits vierzehnjährig, am 19. Mai 1731, dem um drei Jahre älteren Prinzen Karl anverlobt. In der warmen Zuneigung für den jugendlichen Geliebten, den sie gelegentlich wohl in ihren

*) Unter anderem wurde ihm 1736 das vom Kaiser Karl VI. selbst 1733 errichtete Infanterieregiment Wolfenbüttel verliehen, dessen Inhaber Ferdinand Albrecht bis zu seinem Tode gewesen war.

von Zärtlichkeit überströmenden Briefen aus der Brautzeit „ihren Cato“ nannte, sind ihr die Jahre bis zu ihrer Vermählung mit ihm am 2. Juli 1733 viel zu langsam hingegangen. Glückstrahlend ist sie kurz darauf dem Gatten nach Wolfenbüttel gefolgt, wo man das junge Paar am festfreudigen Hof Ludwigs Rudolfs mit dem größten Glanze empfing. Das Haus allerdings, welches ihm zur Verfügung gestellt wurde, *) unterschied sich, abgesehen von dem im zweiten Stock eingerichteten Throngemach, kaum von einem einfachen Privathaus. Es besaß, mitten in der Stadt gelegen, nicht einmal einen Garten. Ersatz dafür mußte das bescheidene Gartenhaus am Walle bieten, welches Ferdinand Albrecht um 900 Taler für die Neuvermählten erstanden hatte. Ebensovienig reichten die Einkünfte, über welche der Ehemann verfügte, hin, eine eigene, standesgemäße Wirtschaft zu führen; man nahm daher mitsamt dem Hofstaat ein ganzes Jahr lang die Hauptmahlzeiten an der väterlichen Tafel ein. Zuweilen fehlten selbst die Mittel zum Allernötigsten, wie z. B. für Philippine zur Anschaffung eines Trauerkleides, wofür dann ihr Vater Abhilfe schaffen mußte. Auch sonst werden in ihren Briefen an ihn allerlei Wünsche laut. Sie wurden aber meist, so sehr Friedrich Wilhelm I. gerade an dieser Tochter und dem ihm so genehmen Schwiegersohn hing, überhört. Wie gerne nur hätten sie in ihrem jungen Liebesglück in Braunschweig ein eigenes Heim besessen! Weilten sie, wie gewöhnlich, zur Meßzeit dort, wo sich Hof und Volk gleicherweise an dem bunten Treiben der Kaufenden und Verkaufenden, der Schaubuden und allem, was dazu gehörte, ergötzte, und Braunschweig infolge der vielen von auswärts herbeiströmenden Kaufleute ein großstädtisches Gepräge annahm, so mußten sie vorlieb nehmen mit einem Unterkommen in dem kleinen Besitztum Ferdinand Albrechts; oder es wurden ihnen dann wohl auch von der Großmutter Christine Luise im Mosthof, in welchem einst Herzog Karl das Licht der Welt erblickt, ein paar Zimmer zum Essen und Spielen nebst einer Küche eingeräumt. Erst im Jahre 1736 hat der Herzog, bereits als regierender Fürst, diesem unhaltbaren Zustand ein Ende gemacht, indem er seine Großtante Elisabeth Sophie Marie bestimmte, ihm den linken Flügel des Grauen Hofes zu überlassen.

Im übrigen hatte er bald nach seiner Thronbesteigung mit den einfach bürgerlichen Verhältnissen, in die er sich durch seine bisherige Abhängigkeit von dem sparsamen Vater versetzt sah, gebrochen. Zwar im Anfang schien es, sehr zu allgemeinem Befremden, als werde Ferdinand Albrechts haushalterischer Sinn am Hofe weiter gepflegt werden. Die Hälfte des Hofpersonals wurde alsbald von dem neuen Herrscher entlassen, weil dieser, wie Philippine Charlotte voll Stolz dem Vater am 3. Oktober 1735 mitteilt, keine solche Menge unnützer Leute um sich

*) Es ist das noch heute stehende zweistöckige Haus auf dem Kornmarkt an der Ecke der Reichs- und Brauergildenstraße gewesen.

haben wolte. Mit ebenso guten Vorsätzen wurden die Regierungsge-
schäfte aufgenommen. „Sie sähe ihren Gatten jetzt kaum“, klagt die
Gattin in einem etwas früher datierten Brief, *) „er habe von früh bis
nacht zu tun, seiner verantwortungsvollen Stellung gerecht zu werden“.
Aber sein Feuereifer erkalte bald. Schon kurz nach der am 9. Oktober
erfolgten Geburt des ersten Prinzen bemerkt einer der Hofbediensteten,
der Kammerherr von Forstner, in seinem Tagebuch, es herrsche jetzt am
Hofe ein gar lustiges Leben. Dementsprechend wurde auch die Taufe
des Thronfolgers mit der Entfaltung größtmöglichen Prunkes gefeiert.
Allerdings konnte dafür die Begründung gelten, daß man den hohen
Taufpaten Friedrich Wilhelm I., der in eigener Person den Enkel über
die Taufe hielt und ihm auch, dem Wunsch der Eltern entsprechend,
nach eigenem Ermessen die Namen Karl Wilhelm Ferdinand beigelegt
hatte, ehren müsse. Und der rauhe Preußenkönig hat sich solchen Be-
mühungen gegenüber gar nicht so unempfindlich gezeigt, als man nach
seinen sonstigen Gepflogenheiten glauben mußte, wie er überhaupt all
die kleinen Aufmerksamkeiten, die ihm Tochter und Schwiegersohn im
Laufe der folgenden Jahre durch Übersendung von seltenen Gartenfrüchten,
Braunschweiger Würstchen usw. erwiesen, dankbar und gern entgegen-
nahm. Ganz im Gegensatz zu seiner Gemahlin, der Königin Sophie
Dorothea, deren Verhältnis zu Herzog Karl trotz gegenseitiger Wert-
schätzung immer ein formelles geblieben ist, weiß er in seinen Briefen
mit ihrer ungelenten Handschrift immer wieder neue Töne der Zärtlich-
keit dem jungen Gatten gegenüber zu finden, weil er „seine Lotte so
glücklich mache“. Wie frohlockt er über den mit den Jahren sich ein-
stellenden reichen Kindersegen, wie freigebig ist er mit Geschenken, Jagd-
hunden und Pferden, von denen er überzeugt ist, daß sie den Beiden
Freude bereiten. So hat er auch nie ein Wort des Tadelns über den
steigenden Luxus am Braunschweiger Hof gefunden, wie sehr dieser auch
seinen eigenen Grundsätzen widersprach. Denn verborgen kann es ihm
kaum geblieben sein, daß sich dort Feste und Vergnügungen in immer
rascherer Folge aneinander reihten, daß es Pflichten für den Herzog so
gut wie gar nicht mehr gab. Über all den Zerstreuungen blieben wich-
tige Regierungsgeschäfte oft tage-, ja wochenlang unerledigt liegen, oder
es wurde die Entscheidung darüber des Fürsten vorzüglichstem Ratgeber,
Schrader, überlassen. Im Braunschweigischen Land war man indes
weit entfernt, darin etwas Tadelnswertes zu sehen. Im Gegenteil, man
war stolz darauf, einen Herrscher zu besitzen, von dessen glänzendem Hof-
lager man allwärts mit Bewunderung sprach. Auch hatte dabei die
große Menge gar manches zu schauen und zu bestaunen, schon dadurch,
daß sich die Festlichkeiten weit mehr als heute vor der breiten Öffent-
lichkeit abspielten. Wie oft nur ereignete es sich, daß die ganze Hof-

*) Vom 30. September 1735.

gesellschaft in prunkvoll geschmückten Wagen, oder zur Winterszeit in Schlitten, von Wolfenbüttel nach Braunschweig hinüberfuhr, um im Schlosse eines jener Schaulustigen abzuhalten, bei denen der bescheidene Bürger jener Tage die Rolle des gaffenden Zuschauers spielen durfte, und wobei der Herzog sich besonders „brillant“ zu geben wußte, wie der Kammerherr von Forstner des öfteren betwundernd in seinem Tagebuch schreibt. Man empfand es allgemein mit Genugthuung, daß das Haus Braunschweig dank seiner Verbindungen mit den ersten Fürstenfamilien jetzt eine so große Rolle in der Welt spielte. Wie freudig nahm man im Jahre 1739 die Verlobung des herzoglichen Bruders Anton Ulrich mit der mecklenburgischen Prinzessin Anna Leopoldovna auf, welche ihre Tante, die Zarin Anna, zur Nachfolgerin auf dem russischen Thron ausersehen hatte; denn man versprach sich davon einen nicht hoch genug anzuschlagenden Einfluß Braunschweigs auf die europäische Politik. Aber leider nur zu bald fühlte man sich um all' diese stolzen Hoffnungen, die dem Lande Unsummen gekostet, betrogen! Schon, daß die Zarin in ihrem Testament schließlich nicht die Nichte zur Thronerbin, sondern nur zur Regentin für deren eben geborenen Sohn Iwan ernannte, bedeutete eine große Enttäuschung. Wie niederschmetternd aber mußte erst die Kunde wirken, die ein Jahr darnach, im Dezember 1741, eintraf und keinen Zweifel darüber ließ, Anna sei samt Gatten und Kind von der wahren Thronerbin, Zarin Elisabeth, der jüngeren Tochter Peters des Großen, gestürzt, und alle drei seien ins Gefängnis geworfen worden. Weder sie, noch Anton Ulrich, der 1774 als erblindeter Greis zu Cholmogory im Gouvernement Archangelsk gestorben ist, haben je wieder ihre Freiheit erlangt. Man konnte noch von Glück sagen, daß der in das Schicksal Anton Ulrichs mit verflochtene dritte Bruder des Herzogs, der am 25. September 1718 geborene Ludwig Ernst, durch Vermittlung Friedrichs des Großen im Februar 1742 seine Freiheit wieder erlangte. Allerdings mit seiner von Oesterreich und auch zeitweise von Preußen aufs eifrigste unterstützten Kandidatur für den erledigten Herzogsthron Kurlands war es auf immer vorbei, obgleich die dortigen Stände ihm bereits ihre Stimme gegeben hatten. Wie hätte Zarin Elisabeth in einem Lande, das sich bereits der russischen Macht nicht mehr zu entziehen vermochte, einen Braunschweiger Prinzen als Herrscher dulden können! Das Schicksal hat später Ludwig Ernst, nachdem er sich durch tapfere Haltung, wie überhaupt durch glänzende militärische Fähigkeiten im österreichischen Erbfolgekrieg, vornehmlich in der Schlacht bei Dettingen am 27. Juni 1743 und der für die Oesterreicher so unglücklich verlaufenen Schlacht bei Rocour am 11. Oktober 1746 hervorgetan, insofern entschädigt, als ihn der Erbstatthalter der Niederlande Wilhelm IV. von Oranien bei seinem Tode im Jahre 1751 zum Landesverweser berief, wenn auch dem Namen nach Herzog Karl von Braunschweig und die Wittve Wilhelms, Prinzessin Anna von England, die

Obervormundschaft über den erst vierjährigen Thronfolger, den späteren Generalstatthalter Wilhelm V. führten. Nach dem Ableben Annas im Jahre 1759 fiel für den ehrgeizigen Mann, von dem einmal sein Bruder Karl geäußert hat, er werde entweder sein Glück machen oder sich den Kopf einstoßen, auch die letzte Schranke. Denn nun lagen die Geschicke der Niederlande allein in seiner Hand, eine Stellung, die er lange über die 1766 erfolgte Großjährigkeit seines Mündels festzuhalten wußte. Diplomatisch ebenso hervorragend begabt wie militärisch, hat er im politischen Konzert der europäischen Mächte bis zuletzt eine hervorragende Rolle gespielt. Besonders im siebenjährigen Krieg, wo Friedrich der Große ihm zunächst im Sommer 1756 die Führung einer am Rhein aufzustellenden englisch-deutschen Armee zugebracht, ein Plan, der vornehmlich daran scheiterte, daß England zu lange zögerte, die dafür notwendigen Werbungen vorzunehmen, haben sich England und Preußen mehrfach an ihn als Friedensvermittler gewandt. In der That hat er seit Ende des Jahres 1759 im Haag mit ihren Gegnern verhandelt, allerdings, was sich bei der unversöhnlichen Haltung Oesterreichs und Rußlands voraussehen ließ, ohne Erfolg. Auch den im April 1761 auf des französischen Ministers Choiseul Veranlassung nach langen Verhandlungen zusammentretenden Friedenskongreß zu Augsburg hat er in die Wege geleitet. Wenn letzterer sich bald darauf wieder, ohne das gewünschte Ergebnis zu zeitigen, auflöste, so lag es daran, weil England von Frankreich die Abtretung aller diesem entzogenen überseeischen Besitzungen verlangte und sich außerdem, falls zwischen Frankreich und Preußen kein Friede zustande käme, die weitere Unterstützung des letzteren vorbehielt. Ganz vom politischen Schauplatz trat Prinz Ludwig erst im Jahre 1786 zurück, nachdem man ihn als Großadmiral der holländischen Flotte für deren Mißerfolg in dem zwischen Holland und England seit Dezember 1780 tobenden Krieg, der für Holland durch den Frieden von Versailles am 3. September 1783 einen so unrühmlichen Abschluß fand, verantwortlich machte und ihn zwang, diesen Posten niederzulegen. Zwei Jahre darnach ist er, sehr verschieden von seinen Zeitgenossen beurteilt, in der Stille seines selbst gewählten Exils zu Eisenach gestorben.

* * *

Weit mehr noch als durch das Bestreben, einzelnen Gliedern der herzoglichen Familie einen hervorragenden Platz unter den Großen der Welt zu verschaffen, wurden die Landestassen durch die wachsende Truppenmacht, mit der der neue Herrscher sich umgab, in Anspruch genommen. Allerdings hat es sich dabei nicht um jene kindische Soldatenspielerlei gehandelt, welche damals an vielen deutschen Höfen üblich war; der Sinn und die Vorliebe für alles Militärische war im Gegentheil dem Herzog Karl angeboren, wie ja auch bei all' seinen Brüdern hohe strategische Begabung mehr oder weniger ausgeprägt festzustellen ist. Dem-

entsprechend wurden die Summen, die durch die Subsidienverträge mit anderen Staaten eingingen, wenigstens in der ersten Zeit, so lange noch irgendwie Ordnung in den herzoglichen Kassen herrschte, ausschließlich für militärische Zwecke und nicht, wie so häufig vorher, teilweise auf kostspielige Luxusbauten oder zur Befriedigung anderer Fürstenlaunen verwendet. Ganz konnte auch Karl solcher Zuschüsse nicht entbehren, die ihm erst die Haltung eines größeren, zu den Einkünften seines Landes nicht im Verhältnis stehenden Heeres ermöglichten. Schon seine Vorgänger waren mit kriegsführenden Mächten, vornehmlich mit dem Kaiser, derartige Verträge eingegangen, denen zufolge sie einen Teil ihrer Truppen diesem für einen bestimmten Zeitraum gegen eine entsprechende Entschädigung zur Verfügung stellten. Daß deren Reihen, wenn sie im Felde Verwendung fanden, sich oft durch Kämpfe, Krankheiten usw. bedenklich lichteteten und dann wieder ergänzt werden mußten, war ein Übelstand, den man mit in den Kauf nahm und der um so leichter wog, als die Heere ja nur in den seltensten Fällen aus eingeseffenen Landeskindern, sondern meistens aus zusammengevorbenen Leuten oft recht zweifelhafter Art bestanden.

Auch Herzog Karl hat daher mit beiden Händen zugegriffen, als ihm Karl VI. 1736 die Erneuerung seines im Jahre 1731 mit Ludwig Rudolph geschlossenen Pactum unionis perpetuae anbot, wonach Braunschweig für den Kaiser 1500 Mann in Bereitschaft zu halten hatte. Aber nur zu bald hat er darin ein dickes Haar gefunden. Denn von den Soldaten, welche er schon im Frühjahr darauf mit unsäglichem Sorgfalt für den inzwischen von Oesterreich so leichtsinnig heraufbeschworenen Türkenkrieg ausgerüstet, gingen im Laufe kaum eines Jahres infolge unerhörter Strapazen, der Kriegshandlungen, namentlich am Timok, wo sich die Braunschweiger besonders auszeichneten (September 1737), mangelhafter Verpflegung und Seuchen vier Fünftel, darunter die meisten Offiziere, ja sogar der Höchstkommandierende, Oberst von Somerlatte, zu Grunde. Mit schwerem Herzen ist der Herzog zur Auffüllung der so furchtbar zusammengeschmolzenen Regimenter geschritten. Es mochte ihn nur das Eine trösten, daß, wie Philippine Charlotte ihrem Vater am 13. Februar 1738 berichtet, unter den angeworbenen Leuten meist dänische Deserteurs und ähnliches Gefindel wären, die zu nichts gut seien, als von den Türken in hundert Stücke zerrissen zu werden. Irgendwelche Wendung zum Besseren haben sie bei dem Zustand halber Auflösung, in dem sich die kaiserliche Armee befand, ebensowenig herbeiführen können, wie der weitere Nachschub von 300 Rekruten. Sie alle kamen gerade recht, um die Entscheidungsschlacht bei Krozka am 23. Juli 1739 mitzumachen, durch die sich Karl VI. veranlaßt sah, mit den Türken zu Belgrad einen unrühmlichen Frieden einzugehen, der ihm ganz Serbien samt Belgrad und die österreichische Walachei kostete.

Die Braunschweiger aber haben nicht so schnell wieder auf fremder Erde für fremde Interessen gestritten. Denn als ein Jahrzehnt darnach im Februar 1748 der Herzog, gezwungen durch finanzielle Schwierigkeiten, sich entschließen mußte, einen ähnlichen Vertrag mit England und den Generalstaaten einzugehen, demzufolge 6000 Mann unter den Generälen von Voigt und von Stammer am 15. Mai nach dem niederländischen Kriegsschauplatz abgingen, war bereits in Aachen jene Friedenskonferenz der Mächte zusammengetreten, die am 18. Oktober 1748 den endgültigen Abschluß des österreichischen Erbfolgekriegs herbeiführte. Die beiden Regimenter haben in die kriegerischen Ereignisse gar nicht mehr eingegriffen. Nur insofern hatte ihre Entsendung für den Herzog ärgerliche Folgen, als sie ihn in vorübergehenden Gegensatz zu Friedrich dem Großen brachte, der diese indirekte Unterstützung österreichischer Interessen als eine gegen ihn persönlich gerichtete unfreundliche Handlung betrachtete.

II. Herzog Karl und Friedrich der Große.

Schon im Mai 1730, als der damals noch nicht 17 jährige Prinz Karl zum erstenmal als erklärter Bräutigam der Prinzessin Philippine Charlotte mit seinem Vater am Berliner Hof weilte und aller Herzen im Flug gewann, hatte sich zwischen ihm und seinem Schwager, dem um zwei Jahre älteren Kronprinzen von Preußen, ein herzliches Freundschaftsverhältnis angebahnt. Zeugnis dafür legen die Briefe Friedrichs an Herzog Karl ab, welche noch heute das Wolfenbütteler Archiv aufbewahrt. Sie sind meist Ausflüsse einer neckischen Laune, tolle Einfälle, die zeigen, auf welch' vertraulichem Fuß die beiden Jünglinge bei aller Schüchternheit des jüngeren miteinander verkehrten. Werden dazwischen aber einmal ernste Töne angeschlagen, so sind sie gewöhnlich ein Ausdruck der Wertschätzung des zukünftigen Schwagers. Wiederholt kehrt die Versicherung wieder, daß es für Friedrich keinen besseren Freund auf der Welt als ihn gäbe. Nach der beiderseitigen Vermählung — Friedrich hatte am 12. Juni 1733 Karls Schwester Elisabeth Christine und dieser am 2. Juli 1733 Philippine Charlotte heimgeführt — nehmen die Briefe allmählich zwar konventionellere Formen an, aber es klingt doch aus jedem Wort Friedrichs noch das warme Gefühl für den Schwager. Und als dieser dann ganz wider Erwarten in so jugendlichen Jahren zum Throne gelangte, und manch einer über den unerfahrenen Herrscher die Achsel zucken mochte, da ist es gerade Friedrich gewesen, der sich von ihm eine neue Ära des Gedeihens für Braunschweig versprach. Zutwilen wird dann wohl auch einmal wieder der alte lustige Ton angeschlagen, so in dem köstlichen Glückwunschschreiben aus Rheinsberg vom 27. Oktober 1739 zur Geburt einer Tochter, (Anna Amalie, der späteren Herzogin von Weimar), worin er die enttäuschten Eltern, die einen Jungen er-

wartet hatten, damit tröstet, man müsse die Dinge nehmen, wie sie sind; das schlechte Kraut wachse manchmal besser als das gute. Leider aber wirft dann bald darnach auf das gegenseitige Einbernehmen eine Angelegenheit ihre dunklen Schatten, die ganz dazu geeignet war, bei Herzog Karl den Glauben an die Aufrichtigkeit der freundschaftlichen Gesinnung seines Schwagers zu erschüttern.

Es war ein Lieblingsplan König Friedrich Wilhelms I., der in der Prinzessin Elisabeth Christine eine Schwiegertochter ganz nach seinem Herzen gefunden, auch seinen zweiten Sohn August Wilhelm mit einer Tochter Ferdinand Albrechts, mit der 1722 geborenen Luise Amalie oder ihrer um vier Jahre jüngeren Schwester Christiane Charlotte Luise zu vermählen. Die Sache, die indessen an der Königin Sophie Dorothea durchaus keine Fürsprecherin fand, war noch nicht so recht in Fluß gekommen, als der König zu Anfang des Jahres 1740 hoffnungslos erkrankte. Braunschweigischerseits hätte man das Zustandekommen der Heirat um so lieber gesehen, als Prinz August Wilhelm bei der Kinderlosigkeit der Kronprinzlichen Ehe der voraussichtliche Erbe des preussischen Thrones war. So konnte der junge König Friedrich II. nach dem Tode seines Vaters die ganze Angelegenheit als Trumpf gegen den Herzog ausspielen, sobald dieser erklärte, bestimmte Wünsche des Königs nach einer anderen Richtung hin nicht erfüllen zu können. Karl sollte nämlich ein Regiment an Stelle des Königs anwerben und es diesem dann zur Verfügung stellen. Chef sollte ein braunschweigischer Prinz, des Herzogs dritter Bruder, Prinz Ferdinand, werden, derselbe, dessen Feldherrngenie sich dann im siebenjährigen Krieg so glänzend gegen die Franzosen bewährte.

Angeregt hat Friedrich diesen Plan schon im Frühjahr 1740, also noch zu Lebzeiten seines Vaters, und die Vermittlung dabei seiner Gattin zugeschoben. Anfänglich schien es allerdings so, als sei es ihm lediglich um den Eintritt Ferdinands, dem er kurz vorher persönlich näher getreten war, in preussische Dienste zu tun. Der Herzog, der sich in solch' ehrenvoller Weise der Sorge um eines seiner zahlreichen Familienmitglieder enthoben sah, ging nur zu gerne auf diesen Vorschlag ein, so sehr auch seine Mutter gewünscht hätte, daß ihr Ferdinand dauernd in Österreichs Armee verbleibe, in der er bereits seit zwei Jahren den Rang eines kaiserlichen Obersten einnahm. Wie aber mag Karl aus allen Wolken gefallen sein, als die Schwester ihm daraufhin ankündigte, er selbst habe das für den Bruder bestimmte Regiment, 1300 Mann stark, wenn auch größtenteils mit preussischem Geld, aufzustellen. Als Dank dafür solle stets ein Braunschweiger Prinz Inhaber desselben werden. Mit einem solchen Versprechen aber war dem Herzog im Augenblick wenig gedient. Abgesehen davon, daß zur Zeit das Werben in Deutschland, wo die Zahl der wehrfähigen Leute durch die unaufhörlichen Kriege des letzten Jahrzehnts stark zusammengeschmolzen war, die größten Schwierigkeiten bot, mußte er auch befürchten, sich dadurch in einen unerwünschten Gegen-

sah zu dem ihm so wohl gefinnten Wiener Hof zu setzen, nachdem man braunschweigischerseits eben erst dem Kaiser die Bitte um Abtretung der beiden noch in Ungarn stehenden Bataillone (siehe Seite 17) abgeschlagen mit der Begründung, daß man davon höchstens 200 Mann entbehren könne. Dementsprechend richtete der Herzog auch seine Antwort an die Schwester ein, als diese ihn nach dem Ableben König Friedrich Wilhelms I. auf Verlangen ihres Gemahls von neuem mit Bitten deswegen bestürmte. Freilich setzte er sich damit nur Widertwärtigkeiten und Verlegenheiten aus. Denn dem willensstarken, selbstherrlichen König, der schon im Geist den Augenblick herankommen sah, in welchem er seine Erbansprüche auf die Herzogtümer Jülich und Berg *) mit dem Schwerte in der Faust Oesterreich gegenüber würde zur Geltung zu bringen haben, und deshalb binnen kurzem sein Heer um 10 000 Mann vermehrte, war des Schwagers Weigerung ein Stein im Wege, den man unter allen Umständen beseitigen mußte. Man nahm daher, als der Herzog auf seiner Weigerung beharrte, keinen Anstand, preussischerseits mit allen möglichen Repressalien zu drohen. Vor allem wollte man den Durchzug der eben aus Ungarn heimmarschierenden Braunschweiger Bataillone durch preussisches Gebiet nicht zulassen. Auch wurde mit dem hannoverschen Minister Gerlach Adolf von Münchhausen, der sich in Berlin um das Zustandekommen eines englisch-preussischen Bündnisses bemühte, ernstlich wegen einer Doppelheirat des Prinzen August Wilhelm mit einer englischen Prinzessin und der Prinzessin Ulrike von Preußen mit dem Sohn des Prinzen von Wales verhandelt. So in die Enge gedrängt, erklärte sich der Herzog zur Anwerbung von 700 Mann bereit. Da aber Friedrich auf seiner ersten Forderung bestand und sein deshalb nach Braunschweig gesandter Unterhändler, General von Martitz, ziemlich rücksichtslos auftrat, so zogen sich die unerquicklichen Verhandlungen bis in den Juli hin. Schließlich hat der Herzog insoweit nachgegeben, als er 700 Mann bis Anfang Dezember und weitere 600 Mann, allerdings für einen nicht näher festzusetzenden Zeitpunkt stellen wollte. Durch seine Reise am 31. Juli in der Begleitung des Prinzen Ferdinand nach Berlin, den der König eigenhändig durch Umschnallen des Degens zu seinem Offizier ernannte, schien dann auch die letzte Krübung in dem gegen-

*) Beide Gebiete hatten einst dem Herzogtum Cleve zugehört und waren bei der nach dem Tod des letzten clevischen Herzogs Johann Wilhelm erfolgten Erbteilung zwischen Brandenburg und Kurpfalz im Jahre 1609 an letztere gefallen. Da jetzt das Aussterben auch dieses Hauses vor der Türe stand, so war schon Friedrich Wilhelm I. mit seinen Erbansprüchen hervorgetreten. Oesterreich aber, dem eine Gebiets-erweiterung des preussischen Staats, die noch dazu eine wertvolle Abrundung für dessen noch unzusammenhängende westliche Provinzen bedeutet hätte, nicht wünschenswert erschien, hatte mit allen Mitteln eines schlauen, diplomatischen Ränkespiels dagegen gearbeitet. Bekanntlich hat dann später Friedrich aus Rücksicht auf Frankreich diese Ansprüche aufgegeben und sich durch die Eroberung Schlesiens zu entschädigen gesucht.

seitigen persönlichen Verhältnis gehoben. Am 20. September 1740 wurde mit großem Prunk zu Salzdahlum im Beisein des Königs die Verlobung des Prinzen August Wilhelm mit der Prinzessin Luise Ulrike gefeiert, von der man in Braunschweig nur allzusehr geneigt war, sie als den Beginn einer neuen Ära des Glücks für das herzogliche Haus anzusehen. *)

Man bemühte sich daher in jeder Weise, dem Urheber dieses Glücks, dem König, gefällig zu sein. Leider nur wurde dies dem Herzog recht schwer gemacht, da Friedrich, der nach dem plötzlichen Tod Kaiser Karls VI., des letzten männlichen Habsburgers, am 20. Oktober 1740 die Möglichkeit in greifbare Nähe gerückt sah, auf Kosten Österreichs die so wünschenswerte Abrundung seines Staates, sei es nach Westen, sei es nach Osten hin vorzunehmen, alsbald mit neuen Wünschen und Forderungen sich einstellte. Das versprochene Regiment hätte er am liebsten jetzt bereits Ende Oktober in der vollen Stärke von 1300 Mann in Empfang genommen. Was aber den Herzog besonders in Verlegenheit setzen mußte, war, daß ihn der König in einem Schreiben vom 28. Oktober aus Rheinsberg außerdem noch um Überlassung eines Teils der Braunschweiger Truppen anging, ein Ansuchen, das zu erfüllen jenem schon der Selbsterhaltungstrieb verbot, wollte er nicht sein nach allen Seiten offenes Land im Kriegsfall des Schutzes entblößen. Anderes gesellte sich hinzu, die erst mühsam überbrückte Kluft zwischen den beiden Schwägern wieder zu erweitern. So verstimmte es in Braunschweig, daß man an der Ende Oktober erfolgten ersten Truppenendung von 200 Mann in Berlin, wie es scheint, nicht ohne Grund, vieles aussetzen mußte. Auch fühlte sich der Herzog durch das bald darauf erlassene preussische Kornausfuhrverbot nach den Mißernten der letzten Jahre im eigenen Lande schwer betroffen, umsomehr, als man dadurch auch die bereits in Königsberg angekauften 200 Lasten Roggen verlor. Manches hatte man dann bei dem Durchmarsch der Anfang Dezember aus Westfalen nach Schlesien beorderten preussischen Regimenter zu leiden. Und nicht genug damit, mußte der Herzog auch noch haltlose Anschuldigungen, wie diejenige im Frühjahr 1741 vorgebrachte, daß er samt Mutter und Großmutter am russischen Hof Ränke gegen Preußen spinne, über sich ergehen lassen.

Kein Wunder daher, daß er nicht eben voll Beifall die Schritte des Schwagers verfolgte, daß er dessen Einfall in Schlesien am 16. Dezbr. 1740, wie überhaupt den ganzen, vom Zaun gebrochenen, sich zunächst so abenteuerlich anlassenden Kriegszug ein Unglück für das Reich nannte. **)

*) Bekanntlich aber hat die schüchterne Prinzessin in Berlin ebensowenig das Glück gefunden wie ihre Schwester, die Königin. Sie konnte den Prinzen, so sehr er auch die Verbindung mit ihr gewünscht, auf die Dauer nicht fesseln, weshalb dieser bald wieder, ohne sich viel um sie zu kümmern, anderen Neigungen nachging.

**) In seinem Schreiben vom 20. Dezember 1740 an den Kriegsrat von Knorr, den Vertreter der braunschweiger Interessen in Wien.

Außerlich freilich blieben die guten Beziehungen zwischen den beiden bestehen, das verlangten schon die eng geknüpften Familienbände. Auch wäre es unklug gewesen, den mächtigen Nachbarn gegen sich aufzubringen. Es lag daher sicher nicht in der Absicht des Herzogs, Preußen Verlegenheiten zu bereiten, als er bei dem am 25. April beginnenden Fürstentag zu Offenbach *) mit Nachdruck einen franzosenfeindlichen Standpunkt vertrat. Erst Ende Juli hat er durch seinen dortigen Bevollmächtigten, den Vizekanzler Baron Friedrich von Zent, erfahren, daß Friedrich am 5. Juni 1741 durch den Vertrag zu Breslau sich heimlich mit den Franzosen verbündet hatte.

Die Rolle, die Herzog Karl in Offenbach übernommen hatte, erwies sich übrigens als eine höchst undankbare. Sein Vorschlag, in Hinblick auf den zu erwartenden Einbruch der Franzosen wenigstens die furchtbar vernachlässigten Reichsfestungen Mainz, Kehl und Philippsburg instand zu setzen und mit einer hinreichenden Besatzung zu versehen, wozu er selbst 500 Mann stellen wollte, stieß bei den übrigen Fürsten, die ja ohne Rücksicht auf die drohende Gefahr nur zusammengekommen waren, die an sich schon höchst kümmerlichen Rechte des neu zu erwählenden Reichsoberhauptes durch Erlangung von Zugeständnissen weiter zu kürzen, auf launere Gesichter. Ja, das Ende vom Liede war, daß der Herzog sich auch noch gegen den Vorwurf vertahren mußte, als habe er ihnen die Zumutung machen wollen, die Festung Mainz zu sichern, ehe das Nähere über die Art und Weise, wie dies zu geschehen habe, festgelegt sei. Ebensovienig erteilte er mit dem anderen Vorschlag Dank, der, wenn er durchgegangen, für die Stärkung des Reichsgedankens von unabsehbarer Tragweite gewesen wäre, dem Vorschlag, eine Fürstenunion zu gründen, deren Mitgliedern, ähnlich dem deutschen Bundestag, die Erledigung der wichtigsten Reichsgeschäfte, die Entscheidung über Krieg und Frieden, die Einführung neuer Gesetze usw. zustehen sollte. Schon darum, weil keiner dem anderen die Führerrolle in dieser Fürstenvereinigung gönnen wollte, kam man lange über die Vorberatungen nicht hinaus, obgleich man sich mit dem Vorschlag ein halbes Jahr, bis der Kongreß im September 1741 nach Frankfurt a. M. übersiedelte, beschäftigte. Wenn im Januar 1742 diese Union schließlich doch noch zustande kam, so blieb sie eine Abmachung auf dem Papier; in Wahrheit hat nach wie vor der langsam hinsterbende Reichstag zu Regensburg, mit dem man hatte aufräumen wollen, über Wohl und Wehe des Reiches entschieden.

Die eine Lehre hat jedenfalls der Herzog aus diesen trüben Erfahrungen gezogen, daß bei einem Einfall der Franzosen für sein Land vom Reich keine Hilfe zu erwarten war. Er hat daher schon im Sommer 1741 wieder eine engere Fühlung mit Preußen angestrebt, die es ihm ermög-

*) Vertreten waren dort: Hannover, Brandenburg-Bayreuth, Brandenburg-Ansbach, Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel, Braunschweig, Sachsen-Eisenach, Sachsen-Koburg, Sachsen-Meiningen, Baden, Württemberg, ferner Dänemark und Schweden.

lichen sollte, im Kriegsfall nicht aus seiner Neutralität herauszutreten. Infolgedessen hatte England—Hannover mit seinem im Juli 1741 gleicherweise an Preußen und Braunschweig gestellten Ansinnen, gemeinsam Truppen an der Weser zur Abwehr eines etwa bis dahin dringenden französischen Heeres aufzustellen, auch bei letzterem Staat kein Glück gehabt. Hatte doch Friedrich II. dem Schwager wiederholt die beruhigende Versicherung gegeben, daß er von den Franzosen oder deren Verbündeten, wie dem Erzbischof von Köln, der Miene machte, vom Münsterschen her in weitere Gebiete des Reiches einzufallen, nichts zu fürchten habe. Überhaupt wehte der Wind für die Braunschweiger am Berliner Hof zur Zeit außerordentlich günstig. So konnte das Gerücht entstehen, das die Königin Elisabeth Christine voll Freude im September dem Herzog mitteilt, *) man denke daran, ihm bei einem glücklichen Ausgang des Kriegs die Herrschaft über Hannover zu verschaffen. Der Plan hatte jedenfalls viel für sich, da Friedrich sich mit einem zuverlässigen, ihm wohlgesinnten Nachbarn in einer weit besseren Lage befunden hätte, als dem König Georg II. von England und Kurfürsten von Hannover gegenüber, der bald Himmel und Hölle gegen ihn in Bewegung setzte und die „Aufteilung“ Preußens als das beste Mittel vorschlug, um in Deutschland Ruhe zu schaffen, bald aber, den bekannten Grundsätzen englischer Politik folgend, sich nicht entblödete, diesem selben Gegner seine strengste Neutralität in dessen Kampf gegen Österreich anzubieten, falls er als Preis dafür die Bistümer Hildesheim und Osnabrück und die mecklenburger Pfandämter **) erhielt. Und als dann gar im Juli 1741 Hannover eine Invasion durch französische Truppen drohte, da war es wieder Georg, der strupellos seine bisherige Verbündete, Maria Theresia, im Stich ließ, um zur Rettung seines Stammlandes einen Neutralitätsvertrag mit Frankreich einzugehen, in welchem er sich verpflichtete, seine Kurstimme bei der deutschen Kaiserwahl dem Kurfürsten Karl Albert von Bayern zu geben. Trotzdem verstand er es, sich das Vertrauen Maria Theresias derartig zu erhalten, daß diese hauptsächlich auf sein Betreiben hin am 9. Oktober 1741 mit dem verhassten Preußenkönig den Vergleich von Klein-Schnellendorf einging, wenn auch die eigentliche Mittlerrolle dabei in selbstloser Weise das braunschweiger Herrscherhaus übernommen hatte.

Dies alles hat denn wohl das Seinige dazu beigetragen, daß sich das Verhältnis zwischen Herzog Karl und König Friedrich wieder sehr herzlich gestaltete, und daß dieser alle Mienen springen ließ, um die auf den 6. Januar 1742 festgesetzte Vermählungsfeier seines Bruders mit

*) Brief der Königin Elisabeth Christine vom 26. September 1741.

**) Diese Ämter, sechs an der Zahl, befanden sich seit 1712, wo Hannover und Braunschweig gemeinsam vom Kaiser die Ausführung des damals über Mecklenburg verhängten Sequesters übertragen ward, als Pfandobjekt in hannoverschen Händen für die Millionen, die das Kurfürstentum dabei verausgabte hatte.

der Prinzessin Luise Almalie möglichst glänzend zu begehen. Schon am 22. November 1741 waren seiner Aufforderung zufolge zu den Vorbereitungen für dieselbe das Herzogspaar mit der Prinzessin-Bräut in Berlin eingetroffen, und der König ließ es an keinerlei Zerstreungen für seine Gäste fehlen. Da erreichte den Herzog mitten in dem Freudenjubiläum die niederschmetternde Kunde von der Gefangennahme Anton Ulrichs (s. Seite 15), durch die er sich veranlaßt sah, sofort nach Hause zurückzukehren. Dem Davoneilenden hat der König am 22. Dezember warme Worte der Teilnahme nachgesandt. „Es habe ihm das Herz zerrissen“, schreibt er, seinen Jammer mit anzusehen, noch dazu zu einer Zeit, wo er ihm lauter Freuden zugebracht. Jedenfalls möge der Herzog seines Beistands bei der weiteren Abwicklung der ganzen traurigen Angelegenheit sicher sein.“

Ein andermal, am 13. Januar 1743, bezeichnet er die mit Karl verbrachten Augenblicke als die glücklichsten seines Lebens. Es verging jetzt kaum ein Jahr, in welchem nicht Herzog und Herzogin längere Wochen in Berlin zubrachten, wie auch der König bei seinen Reisen nach den westlichen Provinzen Preußens in Braunschweig oder in Salzdahlum regelmäßig einkehrte, wo der Herzog für ihn neben den der preussischen Königsfamilie bestimmten Prunkräumen ein paar Zimmer zu seinem besonderen Gebrauch hatte herrichten lassen. Der König muß bei solchen Besuchen, die ein streng familiäres Gepräge trugen und bei denen er dann wohl auch seine enthusiastische Verehrerin, die Herzogin-Mutter, in ihrem (jetzt verschwundenen) Lustschlößchen Antoinettenruhe bei Wolfenbüttel besuchte, stets in der rosigsten Laune gewesen sein, da er sogar die Braunschweiger entzückte, was, wie Philippine Charlotte ihm am 23. Mai 1746 neckend schreibt, „keine Kleinigkeit sei“.

Auch die Sorge für einzelne Familienglieder hat er dem Herzog abgenommen, indem er dessen jüngster Schwester Therese Natalie im Frühjahr 1743 eine Kanonikatsstelle beim Kapitel zu Herford verlieh. Ein Jahr darauf hat er auch den vierten Bruder des Herzogs, den am 4. Mai 1725 geborenen Albrecht aus dänischen Diensten in seine eigenen genommen. *)

Interessant ist es dabei zu verfolgen, wie der sonst so gutherzige, nachgiebige Herzog bei alledem doch sich die Freiheit des Handelns dem etwas gewalttätigen Schwager gegenüber wahrte. Vornehmlich war man bemüht, die guten Beziehungen zu den Habsburgern aufrecht zu erhalten. Mit allen nur erdenklichen Ehren wurde im März 1744 die Schwester Maria Theresias, die Erzherzogin Maria Anna, mit dem ihr kurz vorher

*) Er wurde am 26. Dezember 1744 Chef des Regiments Jung-Braunschweig, desselben, dessen Aufbringung dem Herzog vor Jahren so viel Unannehmlichkeiten und Schmerzen verursacht hatte, an Stelle seines Bruders Ferdinand, der das preussische Garderegiment erhielt, was für ihn nicht nur eine ehrenvolle Beförderung, sondern auch eine nicht unerhebliche Verbesserung seiner Einnahmen bedeutete.

angetrauten Gemahle, dem Herzog Karl Alexander von Lothringen, auf ihrer Durchreise nach den Niederlanden am Braunschweiger Hof empfangen. Auch hat es sich die Herzogin-Mutter im September 1745 nicht nehmen lassen, der Kaiserkrönung ihres Neffen Franz I. in Frankfurt beizuwohnen, obgleich man dies in Berlin mit ziemlich scheelen Blicken sah. Ebenso wenig wollte es Friedrich gelingen, den Herzog für seine Interessen zu gewinnen. Kurzerhand hatte dieser schon im Februar 1743 gelegentlich des österreichischen Erfolgstreits die ihm vorgeschlagene Beteiligung an einer Reichshülfsarmee für Kaiser Karl VII. *) abgelehnt, die dem auf Betreiben Englands und mit dessen Geld in den Niederlanden angeworbenen, zur Unterstützung Maria Theresias bestimmten Heere den Eintritt in deutsche Lande wehren sollte. Denn König Friedrich, der als Bundesgenosse des Kaisers die Seele des ganzen Planes war, durch den er hoffte, alle diejenigen Fürsten, welche für ihr Land bei dem Einfall der fremden Truppen zu fürchten hatten, auf die bayrisch-preußische Seite zu ziehen, wäre der Anschluß Herzog Karls um so wertvoller gewesen, als dieser damals nicht zum wenigsten dank seiner Geradsinnigkeit und sonstigen vortrefflichen Eigenschaften sich eines Ansehens erfreute, wie es außer Preußen und Hannover im nördlichen Deutschland nur noch Sachsen genoß. Sind doch sogar im Winter 1742/43, als es sich darum handelte, dem kinderlosen Schwedenkönig Friedrich I. (von Hessen-Kassel), dem Gemahl der Schwester Karls XII., Ulrike Eleonore, einen Nachfolger zu erwählen, Stimmen laut geworden, welche eine Kandidatur Herzog Karls für wünschenswert und aussichtsreich hielten, obgleich die Erbansprüche, die er dafür geltend machen konnte, ziemlich weit hergeholt waren. **) Zwar gelang es Friedrich späterhin den Schwager, der von der bis dahin strenge eingehaltenen Neutralität nicht abweichen wollte, so weit umzustimmen, daß dieser sich in vertrauliche Unterhandlungen mit Sachsen-Gotha und Württemberg wegen Stellung eines bestimmten Truppenkontingents zu jener Reichshülfsarmee einließ, „im Falle das Reich als solches einen feindlichen Angriff erführe“. Durch die Erfolge der Österreicher und Engländer, vornehmlich deren Sieg bei Dettingen am 27. Juli 1743, hat er dann aber begreiflicherweise die Lust zu weiteren Schritten verloren.

Ebensowenig Glück hatte der Gesandte Kaiser Karls VII, Graf Büchau, als er im Dezember 1744 nach Braunschweig kam, den Herzog zur Beteiligung an der Frankfurter Union zu bereden, einer engeren Ver-

*) Kaiser Karl VII. (Karl Albert, Kurfürst von Bayern) bekleidete die Kaiserwürde von 1742—1745.

**) Sie schrieben sich von Karls Großmutter, der Gattin Herzog Ferdinand Albrechts I., des Wunderlichen, her, die in weiblicher Linie von Katharina, einer Schwester Gustav Adolfs abstammte. Bekanntlich wurde dann den Schweden im Frieden von Åbo (August 1743) von der Zarin Elisabeth als künftiger König deren Verwandter, Prinz Adolf Friedrich von Holstein-Gottorp, aufgedrängt.

einigung von Bayern, Preußen, Kurpfalz und Hessen-Kassel, die am 22. Mai 1744 zustande gekommen war, und die, da sie ihre Spitze gegen Oesterreich kehrte, zweifellos den Herzog den Gegnern Maria Theresias in die Arme getrieben, beziehungsweise ihn in den zweiten schlesischen Krieg verwickelt haben würde. Das war ja aber gerade das, was der Herzog um jeden Preis vermeiden wollte, schon darum, weil er in dem Festhalten an der bis dahin streng geübten Neutralität die einzige Möglichkeit erkannte, sein Staatsschiff sicher durch die hochgehenden Wogen jener stürmischen Zeit hindurch zu lenken. Leicht allerdings wurde ihm dies nicht gemacht. Da waren im November 1744 die Angebote Oesterreichs und seiner Verbündeten wegen eines etwaigen Anschlusses an ihre Sache abzuweisen. Dann wieder sah sich der Herzog durch König Friedrich in die Enge getrieben, indem dieser, als sich seine Lage infolge des verfehlten Feldzugs nach Böhmen im Herbst 1744 äußerst kritisch gestaltete, ihn am 22. Dezember 1744 um Waffenhilfe anging, unter Berufung auf jenes, zwischen Preußen und Braunschweig im Jahre 1706 geschlossene Foedus perpetuum, ein Schutz- und Trugbündnis, das Friedrich Wilhelm I. und Ludwig Rudolph im Jahre 1732 erneuert hatten. Wohl genügte der Hinweis, daß Hannover, dem sich anzuschließen man durch die bestehenden Hausgesetze in erster Linie verpflichtet wäre, diesem Hinüberschwenken Braunschweigs auf die gegnerische Seite kaum ruhig zuschauen werde, den König für diesmal noch zufrieden zu stellen. Als dann jedoch im Frühjahr darauf nach dem Abschwanken Sachsens und Bayerns auf die Seite Oesterreichs immer drohendere Wetterwolken über Preußen daherkamen und Friedrich infolgedessen sich veranlaßt sah, noch einmal die Hilfe des Schwagers anzurufen, da wäre man wohl kaum so leichten Kaufs davon gekommen, besonders, da jener, „weil Braunschweig durch die Verträge mit Hannover gebunden sei“, braunschweigische Truppen nur zur Deckung Berlins und der altpreußischen Festungen verlangte. Zum Glück hat dann aber der Sieg Friedrichs bei Hohenfriedberg am 4. Juni 1745 den Herzog für immer aus dieser Verlegenheit befreit. Schließlich ist sogar die an sich so peinliche Angelegenheit für ihn insofern von Nutzen gewesen, als sie ihm die Handhabe bot, ein Jahr darnach (1746) dem Kaiser Franz I. das braunschweiger Truppencontingent für die Reichsarmee abzuschlagen. „Man könne sich nicht so leichtsinnigertweise der Feindschaft Preußens aussetzen“, lautete die Antwort, „da dieses sich ohne Zweifel rächen würde, weil man ihm selbst ein Jahr vorher trotz des seit langem bestehenden Bündnisvertrages keine Waffenhilfe geleistet.“

Daß bei alledem des Herzogs eigene Sympathien Preußen gehörten, daß er, so weit es sich nur irgendwie mit seiner Neutralität vertrug, warm für dieses eingetreten ist, bezeugt schon der Umstand, daß er seinem bei der Reichsversammlung zu Frankfurt *) weilenden Comitialgesandten

*) Anlaßlich der Erwählung Franz I. von Lothringen zum deutschen Kaiser.

(Reichstagsgesandten) von Kniestedt den Auftrag im Spätherbst 1745 erteilte, für Preußen nachteilige Beschlüsse tunlichst zu verhindern. Haben doch auch im zweiten schlesischen Krieg zwei seiner Brüder, Ferdinand und Albrecht, ihre glänzende militärische Befähigung ganz in den Dienst des Preußenkönigs gestellt; ja letzterer hat seinen glühenden Eifer für die Sache, die er verfolgt, sogar mit dem Leben bezahlt. *)

Dem Wunsche König Friedrichs entsprechend, hat der Herzog dann auch an der Friedensfeier nach dem glücklich beendeten zweiten schlesischen Krieg zu Berlin am 12. Januar 1746 teilgenommen,**) ja er hat seinen Aufenthalt dort weit über die Festtage hinaus ausgedehnt. Wie herzlich die beiden Schwäger während dieser Zeit miteinander verkehrten, welche Freude sie in ihrem Beisammensein gefunden, davon legen noch die beiden Briefe Zeugnis ab, die sie kurz nach der Trennung miteinander getauscht. Der Herzog schreibt am 28. Januar 1746: „Je viens de retourner chez moi le coeur tout rempli des grâces et bontés, dont V. M. m'a comblé de nouveau. Les expressions me manquent pour dépeindre ma reconnaissance. Mais si elle est inexprimable, Sire, elle en est d'autant plus vive et je supplie V. M. d'être assurée qu'elle m'accompagnera jusqu'au dernier moment de ma vie qui me trouvera toujours plein du zèle respectueux et inviolable, avec le quel je suis“ Friedrichs Antwort vom 1. Februar 1746 lautet: „Vous êtes assurément bien bon d'être si sensible à la manière dont j'ai tâché de vous assurer pendant le court séjour que vous avez fait ici. J'avais souhaité Vous procurer des plaisirs plus agréables. Je sais bien que

*) Bei Soor oder Trautenau am 30. September 1745. Er hatte bei seinem ungeflüchten Vordringen einen Schuß durch den Kopf und in das linke Bein erhalten und war sofort tot. Der Schmerz des Herzogs um ihn war unbefreiblich. Täglich zweimal fuhr er hinaus zu seiner Mutter nach Antoinettenruh, um mit ihr den Verlust eines Sohnes und eines Bruders zu beklagen, der sich durch seine hervorragenden Geistes- und Herzeigenschaften die Liebe und Achtung all seiner Vorgesetzten, Kameraden und Untergebenen erworben, und für dessen Wesensart nur merkwilligerweise Friedrich dem Großen das Verständnis fehlte. Besser gelang es später Albrechts jüngstem Bruder Friedrich Franz, der damals kaum 13-jährig (er war 1732 geboren) einstweilen nur der Form halber die Kommandostelle beim Regiment Jung-Braunschweig an Stelle des Gefallenen erhalten hatte und für seinen Beruf in Berlin erzogen wurde, dem König Achtung vor seinen militärischen Leistungen abzurufen. Ihm, den der Kammerherr der Königin Elisabeth Christine, der Reichsgraf von Lehndorff, 1753 den häßlichsten und unbedeutendsten unter seinen Brüdern nennt, hat König Friedrich gleich nach seiner ersten Waffentat in der Schlacht bei Prag am 5. Mai 1757 eine glänzende militärische Laufbahn prophezeit. Leider aber hat auch seinem Leben eine Kanonenkugel in der unglücklichen Schlacht bei Hochkirch am 14. Oktober 1758 vorzeitig ein Ziel gesetzt. Die Kommandostelle beim Regiment Jung-Braunschweig blieb nach seinem Tode fünf Jahre unbesetzt, da sie Friedrich, seinem Wort gemäß, einem braunschweiger Prinzen vorbehalten wollte. 1763 erhielt sie dann der inzwischen herangewachsene drittälteste Sohn des Herzogs, der Prinz Wilhelm Adolf.

**) Der Friedensschluß war zu Dresden am 25. Dezember 1745 erfolgt.

Je ne dois la reconnaissance que Votre Altesse veut bien me témoigner, qu'à la bonté de son coeur et à son amitié pour Moi. Qu'Elle soit persuadée, je La prie, que j'avais toujours la satisfaction la plus parfaite de Lui être bon à quelque chose."

Allerdings von einem engeren politischen Zusammenschluß, wie ihn Friedrich noch im gleichen Jahr in der Form eines Freundschaftsvertrags zwischen Preußen, Bayern, Braunschweig, Hessen-Kassel und Köln plante, hat der Herzog doch nichts wissen wollen; dazu war die Österreich freundliche Strömung an seinem Hof und unter seinen nächsten Ratgebern viel zu mächtig. Nicht nur der alte, biedere, 1744 verstorbene Minister von Münchhausen, der übrigens ebenso wie gegen Preußen, auch gegen Hannover das tiefste Mißtrauen hegte, sondern auch dessen Nachfolger von Gramm, ja selbst des Herzogs rechte Hand in allen politischen Angelegenheiten, der Hofrat und spätere Minister Schrader von Schliesiedt, haben das Heil Braunschweigs bei Österreich gesehen. Auch glaubte man, da die Zukunft des Hauses Hohenzollern damals nur auf zwei Augen stand*), mit einem baldigen Aussterben des Geschlechts rechnen zu müssen. Es gab in Braunschweig selbst unter den einsichtigen Politikern Leute genug, die glaubten, der Wiener Hof könnte in diesem Falle trotz des bestehenden Erbvertrags zwischen Brandenburg, Hessen und Sachsen**), Braunschweig bei der Aufteilung Preußens das Herzogtum Magdeburg verschaffen. Auch hat der 1748 mit England und Holland eingegangene Subsidienvertrag (siehe S. 18) zeitweilig eine tiefe Verstimmung zwischen dem preußischen und dem braunschweiger Hof herbeigeführt.

Aber gerade die beiden in Folge dieser Abmachungen an England und Holland abgetretenen Braunschweiger Regimenter gaben den Anstoß, daß der Herzog schließlich wenige Jahre darauf für immer auf die preußische Seite übergeschwenkt ist. In dem Subsidienvertrag hatten sich England und Holland zur Übernahme von 6000 Mann auf zwei Jahre gegen ein Entgelt von 300 000 Talern verpflichtet. Nach seinem Ablauf zeigten beide keine Lust, ihn zu erneuern, was für den Herzog bei seiner mißlichen Finanzlage einen erheblichen Ausfall bedeutet hätte. König Friedrich hat diesen Augenblick des Zögerns vonseiten der beiden Mächte benutzt und dem Herzog seinerseits einen Subsidienvertrag angetragen, für dessen Kosten Frankreich aufzukommen hatte. Demzufolge sollte der Herzog für beide Staaten einen Teil seiner Truppen, im Frieden 4000, im Krieg 6000 Mann in Bereitschaft halten, die aber im Ernstfalle ausschließlich in Preußen zu verwenden seien und zwar nicht als Feldtruppe, sondern als Besatzung der Festungen Magdeburg und Stettin.

*) Dem am 25. September 1744 geborenen Sohn des Prinzen August Wilhelm und der Prinzessin Luise Almalie, dem späteren König Friedrich Wilhelm II.

**) Hessen sollte darnach zwei Drittel, Sachsen ein Drittel der brandenburgischen Lande erhalten.

So sehr diese letztere Bestimmung auch nach dem Sinn des Herzogs sein mochte, der seine Truppen stets so viel wie möglich geschont hat, so zögerte er doch auf das Anerbieten einzugehen. In seiner deutschvaterländischen Gesinnung scheute er davor zurück sich mit dem Reichsfeind so tief einzulassen. Als er sich schließlich doch dazu verstand, da hat er ausdrücklich verlangt, daß in dem Vertrag der Name Frankreich gar nicht genannt würde und daß seine Soldaten nie gegen Kaiser und Reich gebraucht werden dürften. Außerdem wollte er sich die Freiheit des Handelns vorbehalten, falls er anderer Meinung sei als Preußen und Frankreich über die Notwendigkeit, einen Krieg zu beginnen. Doch hat der Herzog vor der gegenseitigen Unterzeichnung der Generalakte (Anfang März 1751) auf Frankreichs nachdrücklichen Wunsch insoweit nachgegeben, als er sich verpflichtete, im Fürstenrat seine Zustimmung weder zu einem Krieg mit dem Reich, noch mit Preußen oder Frankreich oder einem von deren Verbündeten zu geben, daß er vielmehr alles tun werde, einen solchen zu verhindern.

Dem Herzog blieben dann allerdings nach Abschluß des Vertrags Arger und Aufregungen nicht erspart. Vor allem ist die Auszahlung der ausbedungenen Summe oft recht stockend erfolgt. Auch sah er sich in allerlei Verlegenheiten versetzt, weil man französischerseits das Gelöbnis, strengstes Stillschweigen über die getroffenen Abmachungen zu bewahren, so schlecht hielt, daß England im Jahre 1755 von ihrem ganzen Inhalt Kenntnis bekam. Immerhin hatte man aber doch alle Ursache in Braunschweig, dem Vermittler einer so beträchtlichen Einnahme, für die man einstweilen so gut wie gar nichts zu leisten hatte, dankbar zu sein. Politische Erwägungen mögen sich dazu gefügt haben, schließlich im Dezember 1751 den Herzog während seines Berliner Aufenthaltes zum Jubel der Gattin, die mit schwärmerischer Verehrung an dem großen Bruder hing, zu bestimmen, daß er an Friedrich mit dem Vorschlag herantrat, künftig mit ihm in politischen Dingen Hand in Hand zu gehen. Und wie gerne dieser die dargebotene Rechte ergriff, zeigt schon der Umstand, daß er den Herzog Karl kurz darauf in seinem am 13. Januar 1752 im geheimen Staatsarchiv zu Berlin niedergelegten, politischen Testament zu seinem Testamentsvollstrecker ernannte. *) Auch hat König Friedrich damals alles getan, die Augen des eben verwitweten Königs Friedrichs V. von Dänemark auf die älteste Tochter des Herzogpaares, die kluge, feinsinnige, hochgebildete, kaum 15 jährige Sophie Karoline Marie zu lenken. **)

*) Eine Abschrift wurde dem Herzog am Tag darnach durch dessen Bruder Ferdinand überreicht.

**) Sie war am 7. Oktober 1737 geboren. Der dänische König hat sich dann aber nicht für sie, sondern für des Herzogs jüngste, schöne Schwester, die 1729 geborene Prinzessin Juliane Marie entschieden, weil er sich von dem gereifteren Mädchen eine verständnisinnigere Erfüllung der Mutterpflichten für seine vier Kinder

Es war daher ganz natürlich, daß Friedrich von nun an auch bei allen anderen Familienangelegenheiten des braunschweigischen Hauses zu Rate gezogen wurde, so als kurz darauf für die gleiche Prinzessin die Aussicht einer Heirat mit dem englischen Thronfolger, dem späteren König Georg III., und andererseits für den Erbprinzen eine solche mit einer Schwester des letzteren sich eröffnete; ja man hat von dem zweiten Teil dieses Planes einstweilen sogar abgesehen, als König Friedrich Gegengründe deswegen geltend machte. *) Um so lieber hätte man dann allerdings die Verwirklichung der Hoffnungen in betreff Karolinen gehabt. Es gereicht der englischen Regierung wahrlich nicht zur Ehre, wie sie sich das ganze Heiratsprojekt, zu dem sie selbst zuerst den Anstoß gegeben, zunutze machte, um es gegen den Herzog auszuspielen, solange man seiner als Mittler für das Zustandekommen eines damals von England gewünschten Vertrages mit Preußen bedurfte.

Schon im Sommer 1755 konnte es nämlich für England keinen Zweifel mehr unterliegen, Frankreich werde über kurz oder lang den seit Jahr und Tag unter der Decke mit ihm in Kanada geführten Streit um die Vorherrschaft in den nordamerikanischen Kolonien nach Europa und zwar an die für England empfindlichste Stelle, nach dem Kurfstaat Hannover, verpflanzen. Dem wirkungskräftig zu begegnen, strebte Georg II. darnach, eine möglichst starke Macht auf dem Festland gegen Frankreich aufzubieten. Dies ließ sich jedoch nur betwerfstelligen, wenn man der wohlwollenden Neutralität, wenn nicht gar der Bundesgenossenschaft Preußens sicher war. Aber würde dieses sich auch dazu verstehen, von seinem bisherigen Verbündeten Frankreich abzurücken, umsomehr, als man sich, wie üblich, englischerseits an nichts binden, sich zu nichts verpflichten wollte? Die Mittlerrolle konnte nur eine gleicherweise an das englische wie an das preußische Interesse gebundene, hochgestellte Persönlichkeit übernehmen. Wer aber hätte sich besser dazu geeignet, als eben der mit dem preußischen Königshaus so nahe verwandte Herzog Karl, den andererseits die gemeinsame Stammesabkunft eng mit dem Hause Hannover verband. Ihn zur Übernahme einer so schwierigen Aufgabe zu vermögen und bei gutem Willen zu erhalten, wurde das schon seit Jahren ruhende englisch-braunschweigische Heiratsprojekt wieder aufgenommen.

versprach. In ihr, die in engster Verbindung mit ihrer Familie blieb — Mutter, Bruder und Schwestern, der Herzog selbst sind wiederholt bei ihr, letzterer im Juni 1754 und im März 1759, in Schleswig-Holstein zu Besuch gewesen — hat die preußisch-braunschweigische Sache besonders im siebenjährigen Krieg eine warme Vertreterin gefunden. Ihr Einfluß war sicher mit im Spiele, wenn Dänemark trotz aller lockenden Anerbieten der Gegner Friedrichs sich eine so weise Zurückhaltung auferlegte, mag auch das Hauptverdienst daran dem klugen, umsichtigen dänischen Minister von Bernstorff, einem geborenen Hannoveraner, zufallen.

*) Die Heirat des Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand mit der Prinzessin Augusta, der Schwester Georgs III., ist dann aber doch nach dem siebenjährigen Krieg, am 16. Januar 1764, zustande gekommen, gleichsam als Äquivalent dafür, daß Braunschweig keine Kriegsschädigung erhielt.

So lange König Friedrich sich gegen die englischen Annäherungsversuche wartend verhielt, die von ihm allerdings, falls es zum Krieg zwischen Frankreich und England in Europa käme, nur eine wohlwollende Neutralität verlangten, aber aalglatt jeder Zusicherung einer Gegenleistung ausweichen, wußte man vortrefflich des Herzogs Hoffnungen in betreff Karolinens immer von neuem zu beleben. In der selbstlosesten und geschicktesten Weise hat sich dieser der ihm zugeschobenen Rolle unterzogen, hat auf der einen Seite warm die englischen Interessen bei dem Schwager zu vertreten getrußt, andrerseits sich dessen Weisungen zufolge bei den Verhandlungen mit England auf kein bindendes Versprechen eingelassen und sich nur bemüht, keinerlei Hoffnungen zu zerstören. Als man dann aber seit Anfang Dezember 1755 seiner nicht mehr bedurfte, weil England um jeden Preis eine Erneuerung des im Frühjahr 1756 ablaufenden preussisch-französischen Bündnisvertrags, den zu erneuern Frankreich fest entschlossen war, hindern wollte und mit Friedrich unmitte bar durch einen nach Berlin beordneten Sondergesandten unterhandelte, da sah es auch mit den Aussichten auf das Zustandekommen der englischen Heirat trübe aus: „Man habe“, erhält der deswegen in London vorstellig gewordene König Friedrich am 9. Januar 1756 von Lord Mitchell zur Antwort, „setzt an andere, wichtigere Dinge zu denken; der Plan sei ja nicht aufgegeben, doch wäre die königliche Familie so zahlreich und der Prinz von Wales noch so jung — er zählte damals achtzehn Jahre — daß man einstweilen keine Eile habe, ihn zu verheiraten.“*)

Es zeugt für die vornehme, großzügige Denkungsart des Herzogs, daß er trotz alledem den Abschluß des Westminstervertrags (16. Januar 1756), worin Preußen und England sich nicht nur ihren gegenseitigen Besitzstand gewährleisteten, sondern sich auch verpflichteten, keine fremden Truppen auf deutschem Boden zu dulden, mit der größten Genugtuung begrüßte. „Ich habe“, schreibt er am 13. Februar 1756 Friedrich dem Großen als Antwort auf dessen offizielle Mitteilung vom 10. Februar des mit England geschlossenen Vertrags, „insonderheit für mein Teil umsoviel mehr Ursache, über diese glückliche Verbindung das vollkommenste Vergnügen zu schöpfen, als auch meine Lande dadurch für Gefar und Schaden gedeckelt werden“, und am 18. Mai, nachdem ihm der König drei Tage vorher den ganzen Vertrag dem Wortlaut nach geschickt: „Ich wünsche von Grund des Herzens, daß die dabey auf die Erhaltung der Ruhe in dem deutschen Vaterland gerichtete heilsame und nie genug zu preisende Absicht zu Ev. Kgl. Majestät stätigem Nachruhm die erspriesslichsten Folgen haben möge.“

*) Eine endgültige Abfage König Georgs II. erfolgte erst im März 1759, weil die Mutter des Prinzen, die Prinzessin von Wales, mit der sich der König übrigens übertworfen hatte, nichts von der braunschweigischen Heirat wissen wollte. Karoline hat nach achtfährigem, vergeblichem Warten schließlich im September 1759 der Markgraf Friedrich von Brandenburg-Bayreuth, ihr Onkel mütterlicherseits, zu glücklicher, leider nur kurzer Ehe heimgeführt, da er schon am 26. Februar 1763 starb. Karoline hat ihn um 44 Jahre überlebt († 1817.)

III. Braunschweig im siebenjährigen Krieg.

Leider hat die von Karl so warm befürwortete, mit so heller Freude begrüßte Wandlung in der preußischen Politik weder ihm noch König Friedrich, der dabei einen schweren Fehler beging, indem er als sicher annahm, mit Englands Bundesgenossenschaft auch diejenige des bis dahin mit diesem verbündeten Rußlands zu gewinnen, nicht die erwarteten Vorteile gebracht. Zunächst mochte es der Herzog in seiner Geldnot als ein wesentliches Entgegenkommen empfinden, daß der König von England ihm im März 1756 zwei Millionen Taler vorstreckte. Erst viele Jahre später sollte er erfahren, wie hoch es sich jener hatte bezahlen lassen, indem ihm dafür der Minister Schrader von Schlieestedt hinter dem Rücken seines Herrn das Fürstentum Blankenburg verpfänden mußte.

Dafür brachten aber bald die Vorverhandlungen wegen eines von England-Hannover vorgeschlagenen Subsidienvertrags Ärger und Unruhe genug. Bereits im Sommer 1755 hatte England bei seinen ersten Annäherungsversuchen an Preußen dem Herzog Subsidienelder bis zur Höhe von 200 000 Talern angeboten, falls er einen Teil seiner Truppen zu Englands Verfügung stellte. Dieser aber glaubte darauf nicht eingehen zu dürfen, so lange der mit Frankreich geschlossene Vertrag, der erst im Dezember 1756 ablief, noch in Geltung war. Jetzt, wo der Gang der Ereignisse mit fast unabwiesbarer Gewißheit zur kriegerischen Entscheidung drängte, trat während des Juli 1756 das hannoversche Ministerium im Auftrag König Georgs II. mit neuen Anerbietungen heran. Der Herzog aber hielt sich immer noch an die älteren Abmachungen gebunden, obgleich es nach einem vertraulichen Schreiben der Kaiserin Maria Theresia an seine Mutter außer Zweifel stand, daß Frankreich sich gemäß dem Versailler Vertrag vom 1. Mai 1756 beim Kriegsausbruch zwischen Preußen und Oesterreich dem letzteren zugesellen würde. Außerdem war das Angebot, das ihm Hannover machte, so geringfügig, die Haltung der kurfürstlichen Regierung in der ganzen kritischen Zeit so wenig vertrauenerweckend, daß das Zögern des Herzogs nur zu begreiflich erscheint. Konnte man sich denn auch Gutes von der Verbindung mit einem Lande versprechen, das bis jetzt zu seiner Verteidigung so gut wie nichts getan hatte? Es mochte vielleicht noch hingehen, daß der Herzog im März 1756 mit der Mahnung, Hannover möge bei Zeiten seine Maßnahmen für den Kriegsfall treffen, beim dortigen Ministerium auf taube Ohren stieß. Aber wie sollte man sich jetzt und noch mehr in den folgenden Wochen, als seit Ende August der Krieg Tatsache geworden war, das Verhalten einer Regierung erklären, welche die kostbare Zeit mit Beratungen über die selbstverständlichsten Dinge, wie Ausrüstung der Truppen, Sicherung der festen Plätze usw. verlor? — Lag da nicht der Verdacht nahe, daß man dort kein Mittel unversucht lassen würde, um sich zu guterletzt doch noch mit heiler Haut aus der

ganzen Sache herauszuziehen? — Der Herzog, der, um Preußen-England nicht im kritischen Augenblick im Stiche zu lassen, schließlich doch seine Bereitwilligkeit zum Abschluß eines englisch-hannoverschen Subsidienvertrags erklärt hatte, gab diesem Verdacht auch in einem Brief an Friedrich den Großen vom 15. Oktober 1756 ganz unverhohlenen Ausdruck.*)

Und tatsächlich hat damals König Georg II. weit über die Grenzen des Erlaubten hinaus es versucht, bei den feindlichen Mächten die Neutralität für sein Stammland Hannover zu erwirken. Auf Bedingungen aber, wie sie Frankreich stellte, Hannover müsse auch in diesem Falle den französischen Truppen freien Durchzug gewähren, konnte er sich doch nicht einlassen. Troz alledem rechnete die kurfürstliche Regierung immer noch mit der Möglichkeit einer Verständigung. Deshalb lehnte sie auch die Aufforderung Hessen-Kassels, einem Fürstenbund der Herzöge von Braunschweig, Sachsen-Gotha, Sachsen-Weimar, des Markgrafen von Brandenburg-Bayreuth und des Landgrafen von Hessen unter Preußens und Englands Leitung beizutreten, noch im Mai 1757 ab, als bereits französische Truppen in den Rheinlanden eingerückt waren. Infolgedessen hielt es deren Heerführer, Marschall d'Estrées, für ein leichtes, den zu Bielefeld stehenden Oberbefehlshaber der Hannoveraner, General von Spörcken, auf seine Seite zu ziehen, ein Plan, der lediglich an der Rechtfertigkeit des Letzteren gescheitert ist.

Wahrlich, es bedurfte der ganzen Selbstverleugnung des Herzogs, um über alledem nicht die Lust an der neuen Bundesgenossenschaft zu verlieren. Zogen sich doch auch bei dem geringen Entgegenkommen Englands die Verhandlungen wegen des abzuschließenden Subsidienvertrags bis zum Februar 1757 hin. Noch im Januar, als bereits das Schreckgespenst eines französischen Einbruchs in Hannover und Braunschweig riesengroß vor der Türe stand, feilschte man mit Braunschweig um jeden Groschen; und es war nur der Nachgiebigkeit des Herzogs zu danken, daß der Vertrag in letzter Stunde zustande kam.

Und wie sehr hätte doch England-Hannover Ursache gehabt, der Bundesgenossen fest sich zu versichern, nachdem sich durch sein tatenloses Zuhalten die ganze Sachlage bereits bedenklich zu Gunsten Frankreichs verschoben hatte! Schon im Dezember 1756 galten Cleve, Westfalen für verloren, weil England immer noch keine ernstlichen Anstalten für die Aufstellung genügender Streitkräfte traf und Preußen auf dem schlesischen Kriegsschauplatz vollauf in Anspruch genommen war. „Ja, wenn wir jetzt 50 000 Mann zur Verfügung hätten“, klagt der Herzog in jenen trüben Tagen seinem Bruder, dem Herzog Ferdinand, „könnte man der französischen Maßnahmen lachen, aber so!!!“ und am 31. Dezember bricht er Friedrich dem Großen gegenüber voll Unmut in

*) Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen.

die Worte aus „in England dächte man an Deutschland so wenig wie an die Antipoden“.

Dennoch hat der Herzog auch nicht einen Augenblick in seiner Bündnistreue geschwankt, selbst dann nicht, als der Versucher im Dezember 1756 in der Gestalt des französischen Gesandten beim nieder-sächsischen Kreis, Champeaur, an ihn herantrat und ihn vor die Wahl eines Neutralitätsabkommens mit Frankreich oder der Überflutung und schonungslosen Mißhandlung seines Landes durch französische Truppen stellte. Im Gegenteil, trotzdem ihn schwere Sorge für die eigene Zukunft bedrückte, fand er immer noch Zeit und Gelegenheit, Preußens Interessen bei den deutschen Fürsten warm und nachdrücklich zu vertreten. Ihm vor allem war es zu danken, wenn es den Feinden des Königs nicht gelang, den Krieg Preußens mit Oesterreich zu einem Religionskrieg zu stempeln, um dadurch jenem von vornherein die katholischen Fürsten zu entfremden. Schon im August 1756 mußte der Braunschweigische Comitialgesandte von Kniestedt in Regensburg in seines Herren Namen dem kaiserlichen Ministerium erklären, daß das umlaufende Gerücht, als wollten die evangelischen Stände eine Religionsgemeinschaft unter sich gründen, völlig aus der Luft gegriffen sei. Dann, als im Oktober darauf Oesterreich und das mit ihm verbündete Sachsen bei der Reichsversammlung zu Regensburg um kriegerische Unterstützung durch das Reich einkamen, da war es wieder der Herzog, der die ihm befreundeten Höfe von Sachsen-Gotha und Weimar bat, doch ja darauf zu dringen, daß ihre wie überhaupt alle evangelischen Gesandten zu Regensburg keine Sonderpolitik trieben, um ja nicht von vornherein die katholischen Fürsten vor den Kopf zu stoßen, vielmehr deren Gesandte tunlichst zu ihren Beratungen hinzuzögen. Ja, noch mehr, er hat sich geradezu zum Mittler zwischen Friedrich und jenen aufgeworfen, indem er ihnen im November 1756 auseinandersetzte, daß ihr wahrer Platz in diesem Kriege an Preußens Seite sei, da Oesterreich durch sein rücksichtsloses Vorgehen auch ihre Rechte und Freiheiten bedrohe. Viel Glück hat er allerdings damit nicht gehabt. War doch ein katholischer Fürst, der Erzbischof von Köln, der erste, der, nachdem die Franzosen Ende März unter Marschall d'Estrées den Rhein bei Düsseldorf überschritten, ohne Schwertschreich ihnen alle festen Plätze seines Landes und außerdem die nötigen Pläne und Karten für ihre weiteren Operationen auslieferte. Am 6. April war, da nirgends ernstlicher Widerstand geleistet wurde, bereits die preußische Festung Wesel, kurz darauf ganz Westfalen in französischer Hand. Denn entgegen Preußens Wünschen sollte das Heer, das England, etwa 47000 Mann stark, doch noch im letzten Augenblick zusammengebracht hatte, den Feind erst an der hannoverschen Landesgrenze erwarten. Den Oberbefehl über diese bunt zusammengewürfelten Truppen, die aus Hannoveranern, Hessen, Braunschweigern, Bückeburgern und

Gothaern bestanden, übertrug man nach längeren Verhandlungen *) dem zweiten Sohn des Königs von England, dem Herzog Wilhelm August von Cumberland, der schon während des österreichischen Erbfolgekriegs gegen die Franzosen gekämpft und später durch seinen Sieg bei Culloden (27. April 1746) den Versuchen der Stuarts, wieder auf den englischen Thron zu gelangen, für immer einen Kiegel vorgeschoben hatte. Die Braunschweiger, etwa 6000 Mann stark, und nach der Aussage des preussischen Generals Schmettau, den sein König ins hannoversche Feldlager gesandt, die Herren etwas zur Eile anzutreiben, vorzüglich ausgerüstet, hatten sich am 20. und 21. April unter dem Generalleutnant von Imhoff, dem Obersten von Behr und dem Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand **) in Hameln mit den anderen Verbündeten vereinigt. Der Herzog selbst war ihnen, trüber Ahnungen voll, Anfang Mai dorthin gefolgt. „Aber was auch kommen werde“, schrieb er schon am 5. April dem königlichen Schwager, „niemals sei er willens, seine Gesinnungen zu ändern.“

Seine Truppen hat er dort nicht mehr vorgefunden; sie waren inzwischen bis Bielefeld vorgerückt, da Cumberland in letzter Stunde sich entschlossen hatte, dem Feind, der schon in Lippstadt und Rittberg stand, nun doch in Westfalen die Spitze zu bieten. Indes blieb es beim guten Vorsatz. Schon am 13. Juni trat das viel zu weit auseinandergelegte Heer, dem es an allem zur Kriegsführung Notwendigen, an der genügenden Anzahl von Geschützen, Munition, Magazinen, Rundschaffern usw. gebrach, vor dem trefflich ausgerüsteten und gut geführten französischen Heer, ohne sich mit ihm irgendwie gemessen zu haben, in so wilder Hast den Rückzug bis nach der Weser an, daß man gar nicht daran denken konnte, den wichtigen Übergang über diesen Strom bei Corbey zu decken. Damit lagen ganz Hessen und das westliche Braunschweig schutzlos den nachdrängenden Franzosen offen.

Wohl bemühte sich die Braunschweiger Regierung, um der dadurch hervorgerufenen Panik zu begegnen, diese Entwicklung der Dinge den Landeskindern möglichst harmlos darzustellen. „Man habe ja nichts von den eindringenden Franzosen zu fürchten, da der Herzog mit dem König von Frankreich nicht die geringste Mißheilligkeit habe,“ heißt es in einem zur Beruhigung Braunschweigs herausgegebenen Erlaß vom

*) König Friedrich hatte, als im Sommer 1756 zuerst der Plan auftauchte, ein Heer der Verbündeten am Rhein zur Abwehr der Franzosen aufzustellen, zu dessen Führer den Prinzen Ludwig Ernst von Braunschweig, den schon erwähnten Bruder unseres Herzogs, ausersehen. Später hatte König Georg II. dafür dessen jüngeren Bruder, den späteren Befehlshaber der Koalitionsarmee, den Herzog Ferdinand, vorgeschlagen, den aber Friedrich damals nicht wollte, weil er ihm nicht die nötige Schneidigkeit zutraute.

**) Der Erbprinz wäre lieber den Fahnen König Friedrichs nach Schlesien gefolgt; indes hatte dieser auf Wunsch des herzoglichen Vaters sein Gesuch um Eintritt in die preussische Armee am 29. März abschlägig beschieden.

20. Juni; und am 11. Juli, zwei Tage, ehe der Feind auf zwei Schiffbrücken die Weser überschritt und bei Holzminden ein Lager bezog, wird betont, es liege nicht das geringste Anzeichen dafür vor, daß die französische Armee, falls sie wirklich über den Strom gehe, auch in die Braunschweiger Gegend kommen werde. Wahrscheinlich hoffte man immer noch, Cumberland werde das weitere Vordringen des Feindes hemmen. Aber der schwache Versuch, den er mit einem Teil seiner Truppen von Halle a. d. Weser aus am 17. Juli gegen Bodentwerder hin unternahm, mißlang, z. T. weil die ihm Untergebenen seinem Befehl nicht gehorchten, z. T. weil seine Stellung in den nahen Taleinsenkungen des Wesergebirges so schlecht gewählt war, daß der Feind sie mit Geschützen von den umgebenden Höhen beschießen konnte.

Schon am 21. Juli meldete der Herzog dem König Friedrich, mit dem er die ganze Zeit über im lebhaften Gedankenaustausch stand, daß der Feind in das Braunschweiger Land eingedrungen sei und Bevern und Forst, Holzminden und Allersheim besetzt habe. Sogar das Destré von Amelungborn habe man vor ihm räumen müssen; nur bei Wickenfen und Eschershausen hielten ihn einstweilen noch die hannoverschen Grenadiere auf. In den eroberten Landstrichen, wo die Franzosen sich als die Herren gebärdeten, überall das herzogliche Wappen herunterrissen und Städte und Bauern zu fast unerschwinglich hohen Kontributionen und Naturallieferungen zwingen, sähe es überaus traurig aus. Und doch gewann der Herzog bei all' den Sorgen, die ihn bedrückten, und obgleich ihm die unglückliche Schlacht bei Rolin (18. Juni) jeder Hoffnung beraubte, Friedrich selbst werde durch sein persönliches Eingreifen auf dem westlichen Kriegsschauplatz eine Wendung zum Besseren herbeiführen, es noch über sich, dem Schwager eingehend von den Bewegungen des französischen Heeres und alles, was er über die weiteren Pläne des Feindes in betreff seines Vorrückens nach Preußen und Sachsen erfahren konnte, zu berichten. Sogar von dem Treffen von Hastenbeck am 26. Juli, welches über das Schicksal Braunschweigs, Hannovers und Hessens für die nächsten Monate in so unheilvoller Weise entschied, sind uns eingehende Darstellungen aus der Feder des Herzogs an König Friedrich und an dessen Gemahlin erhalten. Darnach hat der Herzog die Lage der Dinge, wie sie sich nach dem voreiligen Abbruch des halb gewonnenen Treffens durch Cumberland ergab, gar nicht so trübe angesehen. „Zwar hätten die Verbündeten vor der Überzahl der Feinde und dem Feuer ihrer Geschütze zurückweichen müssen; der ganze, rechte Flügel wäre aber noch völlig intakt, da er gar nicht in den Kampf mit hineingezogen worden sei, und auch der linke Flügel hätte keine großen Verluste gehabt. Der Feind sei ihnen bei ihrem Rückzug gar nicht gefolgt.“ In edler Bescheidenheit erwähnt er in den beiden Berichten nur ganz nebenher, wie sehr sich sein Erstgeborener, der Erbprinz Karl Wilhelm Ferdinand, im Laufe des Gefechts ausgezeichnet hatte, indem er an der Spitze des

Flügelbataillons vom Leibregiment dem vierfach überlegenen Feind auf dem Ohmsberg bei Hameln im Sturm eine Batterie entriß. Kein Wort des Tadels entschlüpfte ihm über den unfähigen Heerführer, dessen feiges Gebaren die Schuld an dem voreiligen Abbruch des Gefechtes trug. „Die folgende Nacht hätten sie in der Umgegend von Hameln verbracht. Um drei Uhr früh seien sie aufgebrochen und befänden sich jetzt in der Gegend von Heinbergen. Der Feind stände noch bei Hastenbeck, seine weiteren Pläne kenne man nicht. Sie selbst zögen sich nach Nienburg zurück, weil dort Magazine zur Verpflegung der Truppen seien; für ihn selbst sei der ganze Rückmarsch unsäglich ermüdend gewesen.“

Es ist ja genugsam bekannt, daß Cumberland auch dort trotz der dringlichen Vorstellungen seiner Generale sich nicht halten ließ, sondern weiter in Eilmärschen über Verden bis in die Sumpfsgegend von Bremerbörde zurückging, so daß dem nachdrängenden Feind Hameln, Rinteln, Nienburg, Hannover, Celle usw. ohne Schwertschlag in die Hände fielen, und daß er diesem seinem Heldentwurf noch die Krone aufsetzte, indem er am 8. September 1757 mit Frankreich den schmachvollen Vertrag von Kloster-Seven einging, wodurch Hessen, Hannover und Braunschweig dem Sieger ausgeliefert wurden. Und nach alledem hat Cumberland, als er am 19. Oktober sich nach England einschiffte, die hannoverschen Gesandten, die ihn noch einmal in ihren Nöten aufgesucht, mit der leeren Phrase abgespeist: „Ich würde viel vergnügter zurückkehren, wenn die Sache völlig nach meinem Wunsch ausgefallen wäre, und wenn ich Sie in denselben Quartieren ließe, wo ich Sie bei meiner Ankunft in Deutschland versammelte. Der Ausgang hat es anders gefügt. Ich werde mich nur über die Fatalität der Umstände beschweren. Sie sind so beschaffen, daß ich keinem unter Ihnen wünsche, sich wieder im gleichen Falle zu befinden.“*)

* * *

Herzog Karl hatte sich am 30. Juli**) in Nienburg von der Armee getrennt und war über Celle, da der Weg über Hannover nicht mehr sicher war, nach Braunschweig zurückgekehrt. Am 10. August kündigte er in einem eigenhändigen Schreiben Friedrich dem Großen an, daß er sich durch die Umstände gezwungen gesehen habe, dem Beispiel des Landgrafen von Hessen-Kassel zu folgen, der von Hamburg aus, wohin er schon Anfang Juli vor den Franzosen geflohen, mit diesen in Unterhandlungen getreten war. Seine Bevollmächtigten würden sich am

*) Mitgeteilt im Reichspostreuter, einer damals in Altona erscheinenden Zeitung vom 19. Oktober 1757.

**) Nach seinem eigenhändigen Schreiben an Friedrich den Großen im Berliner Staatsarchiv. Eflter hat den 1. August in seinem Buche dafür angegeben. Der Brief des Herzogs an Friedrich ist vom 2. August. „Geschichte der stehenden Truppen im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel von 1714—1808 von O. Eflter, Leipzig, 1901 M. Heinsius Nachfolger.

12. August nach Hannover zum Herzog von Richelieu, dem inzwischen an d'Estrées Stelle der Oberbefehl über die französische Armee übertragen worden war, begeben, und aus seinem Munde Braunschweigs weiteres Schicksal vernehmen. Ihm selbst habe man vorläufig erlaubt, mit seiner bedauernswerten Familie in dem ihm verbliebenen Fürstentum Blankenburg Hof zu halten. Seine Mutter und seine beiden unverheirateten Schwestern Christiane Charlotte Luise und Theresie Natalie hätten es indes vorgezogen, sich nach Altona unter den Schutz des Königs von Dänemark zu begeben. Braunschweig und Wolfenbüttel würden wohl starke französische Besatzungen bekommen. Er hielt es für seine Pflicht, dies alles selbst dem König mitzuteilen, da er voraussichtlich binnen der nächsten Tage von jeder Verbindung mit ihm abgeschnitten sein würde. Ihn jammere nur sein Land, seine armen Truppen, seine beiden Städte Braunschweig und Wolfenbüttel; ihm selbst bleibe nur die Geduld.

Am 16. August teilt er dann ergänzend der Schwester Elisabeth Christine mit, daß er in der Nacht abreisen würde. Die Forderungen der Franzosen seien haarsträubend; seine einzige Hoffnung sei, daß die Vorsehung sich seiner annähme. Den Briefwechsel könne er von jetzt ab kaum fortsetzen, da die Franzosen auch das Halberstädtische besetzen wollten. Sie möge einen unglücklichen Bruder nicht vergessen, den dies harte Geschick betroffen, weil er sich selbst und seinen eingegangenen Verpflichtungen für den König getreu geblieben sei. Bis an das Ende seines unglücklichen Lebens werde er nicht aufhören, mit der größten Verehrung an sie zu denken. Darunter steht mit zitteriger Schrift „encore pour quelques heures à Brunswick“.

Dazwischen gab es dann wohl auch Augenblicke, in denen der Herzog, durch einen schwachen Hoffnungserschimmer verführt, die Zukunft in weniger trübem Licht sah. Besonders richtete ihn, wie aus seinem Brief vom 20. August aus Blankenburg an die Königin Elisabeth Christine hervorgeht, ein Schreiben des Herzogs von Richelieu auf, worin dieser ihm versichert, er habe nur deshalb den Generalleutnant Duc d'Uyen zu seinem einstweiligen Stellvertreter als Gouverneur von Braunschweig ernannt, weil er ihn als einen Mann von vornehmer Gesinnung kenne, welcher einer der ersten Familien Frankreichs entstamme, und Philippine Charlotte fügt in einem besonderen Schreiben den Worten ihres Gatten tröstend hinzu, die Bedingungen der Franzosen wären erträglich. Man dürfe hoffen, daß Braunschweig weniger übel mitgespielt werden würde, als anderen Ländern. Habe man doch das Versprechen erhalten, daß der Herzog die Hoheitsrechte und Einkünfte seines Landes behalten dürfe; auch werde das Fürstentum Blankenburg, welches seine volle Freiheit behalten solle, von jeder Zwangsmahregel verschont bleiben.

Ebenso hat sich das in Braunschweig zurückgebliebene Ministerium, nachdem es sich von dem ersten Schrecken über den Einzug des Feindes in die Stadt am 19. August erholt und mit der Tatsache sich abgefunden

hatte, daß jetzt die 4000 Mann starke französische Besatzung die Herren waren, einer hoffnungsfroheren Stimmung hingegeben. „Es ginge Braunschweig doch nicht so schlecht wie seinen Nachbarn, und wenn Gott Festigkeit und Mut schenke, so lägen die Dinge lange nicht so schlimm, als es scheine,“ äußerte sich Minister Schrader von Schliestedt in jenen ersten Tagen seinem vertrauten Freunde, dem damaligen Kammerrat von Völter gegenüber. Die ganze Verfassung und die Kassen würden im status quo bleiben, nur hannoversches Gut werde konfisziert. Das Vermögen des Herzogs und seiner Familie, wie auch das der Untertanen werde in Schutz genommen.“ Aber nur zu bald sollten die Tatsachen den allzu Vertrauensseligen eines Schlimmeren belehren. Wenn die Franzosen weder die herzogliche Zivil- und Finanzverwaltung, noch die Landesreligion antasteten, wenn sie sich zu Schutzherrn aller öffentlichen Gebäude, einschließlich des herzoglichen Familienbesitzes, aller Bildungsanstalten aufwarfen, Salinen und Bergwerke, überhaupt Handel und Wandel unter ihre Obhut nahmen, so geschah dies nicht etwa dem Herzog und seiner Regierung zuliebe, sondern weil sie sich in Braunschweig häuslich niederzulassen gedachten und als geschickte Eroberer all' das wahrnahmen, was dabei ihrem eigenen Vorteil dienlich sein konnte. Dagegen räumte man bald rücksichtslos mit allem auf, was diesen Plänen im Wege stand. Dem Herzog durften nach Blankenburg nur die Gardes du Corps, das Dragonerregiment, dessen Chef er als junger Prinz gewesen, und ein Teil des zweiten Bataillons Jastrow folgen. Das Land- und Garnisonregiment wurde aufgelöst, der Rest des zweiten Bataillons Jastrow — das andere befand sich noch bei den hannoverschen Truppen — größtenteils entlassen und die Offiziere verabschiedet. In alle größeren Plätze legte man französische Garnisonen, von einer Stärke, die durchaus nicht im Einklang mit deren Bewohnerzahl stand. Vorstellungen des Herzogs wurden von dem französischen Oberbefehlshaber kühl mit den Worten zurückgewiesen, man bestimme die Zahl der Truppen darnach, wie es das eigene Bedürfnis erheische. Dabei wurde von den unglücklichen Eintwohnern, die man mit Feuer und Schwert bedrohte, wenn sie sich nicht von der Plünderung durch eine beträchtliche Summe loskauften, oft geradezu Unmögliches verlangt. Es nützte nicht viel, daß der Herzog des öfteren in die eigene Tasche griff, um durch Überreichung von Geldgeschenken an die einzelnen Führer seine Untertanen vor solchen Vergeßlichkeiten zu bewahren. Selten trat einer der höheren Offiziere so bescheiden auf, wie zunächst der Kommandant von Wolfenbüttel, Doyer d'Argenson, der laut Tagesbefehl vom 23. August seinen Soldaten von ihren Quartiergebern nichts mehr als ein Bett, eine Stelle auf dem Kochherd, Holz, Licht und Salz zu fordern erlaubte. Im Gegenteil, mit welcher Unmaßung gerade die Höchstgestellten sich geberdeten, zeigt das Beispiel Generals de la Salle, eines der Oberbefehlshaber der französischen Armee, der während seines

Aufenthalt zu Helmstedt silbernes und goldenes Tafelgeschirr und als tägliche Gerichte Wildpret, Rebhühner, Spinat und Erbsen verlangte, Dinge, die 3. Z. im September damals gar nicht aufzubringen waren. Beinahe ebenso schlimm ging es in Braunschweig her, nachdem der Herzog von Richelieu, der nur darauf bedacht war, sich selbst möglichst schnell auf Kosten derjenigen, die in seine Gewalt gegeben waren, zu bereichern, in der Dompropstei sein Quartier aufgeschlagen und sich in allerlei Ausschweifungen und den kostspieligsten Lustbarkeiten erging, was natürlich alles den unglücklichen Einwohnern zur Last fiel, die an sich schon unter den hohen ihnen aufgelegten Kontributionen schwer genug zu tragen hatten.

Nicht besser war die Landbevölkerung daran, von der man unaufhörlich die Leistung von Hand- und Spanndiensten und von Naturallieferungen forderte, ohne Rücksicht darauf, daß man ihnen ja die Pferde weggetrieben hatte und daß seit Jahren, vornehmlich im Weserdistrikt, Mißernten herrschten. Die zugebilligten Entschädigungen wurden nur in den aller seltensten Fällen beglichen. Kein Wunder deshalb, daß sich der Bauer solchen Forderungen entgegenstemmte, daß das Verlangte meist nur stockend einlief, obgleich der Herzog selbst in wiederholten Restriptionen seine Untertanen vor einer so kurzfristigen Handlungsweise warnte. Doch stieß er damit meist auf taube Ohren, so daß Anfang Februar 1758 der Minister von Gramm sogar in dem Namen seines Herrn alle diejenigen mit der Exekution bedrohen mußte, die nicht bis zum 12. d. Mts. ein Viertel ihrer Weizenernte an die Franzosen abgeliefert hätten. Allerdings einmal ist der Herzog mit allem Nachdruck gegen die fremden Gewaltthaber aufgetreten, als sie zur Deckung ihres Bedarfs an Brennstoffen nicht weniger als 12 000 Klafter Holz forderten. Sonst aber hütete er sich wohlweislich, irgendwie seine Peiniger zu reizen, die ihm ja in Blankenburg doch nur eine Scheinherrschaft gewährten und ihn und seine Familie auf Schritt und Tritt bewachten, zumal seit sich auf dem Kriegsschauplatz der Gang der Ereignisse langsam zu Ungunsten der Franzosen wandte.

* * *

Sivar offiziell hatte sich Braunschweig von seinen bisherigen Verbindungen schon im September 1757 acht Tage nach dem Vertrag von Kloster Zeven losgesagt; ja, es hatte sogar in Wien versprochen, das ihm zukommende Truppenkontingent zur Reichsarmee zu stellen und die noch bei der hannöverschen Armee befindlichen Braunschweiger Truppen abzubrufen. Mit Erfüllung dieser Zusage hatte es allerdings ohne Zutun des Herzogs einstweilen noch gute Wege.

In der Konvention von Kloster Zeven war man überein gekommen, daß die hannöverschen Truppen sich nach Stade zurückziehen und dort interniert bleiben, die bei ihnen befindlichen Hessen, Braunschweiger,

Gothaer und Bückeburger dagegen nach der Heimat zurückmarschieren und dort auseinandergehen sollten. Französischerseits dachte man aber gar nicht daran, sich an diese Abmachungen zu kehren, sondern wollte die heimgekehrten Truppen, vornehmlich die Hessen, als Kriegsgefangene behandeln. Durch eine unvorsichtige Äußerung Richelieus wurde dies zur Kenntnis des nach Hamburg geflohenen Landgrafen gebracht, der darauf nichts Eiligeres zu tun wußte, als seine bereits bis an die Aller gelangten Truppen wieder nach Stade zurückzurufen. Dort sollten sie bleiben, bis Frankreich bindende Zusagen im Sinne der zu Zeben getroffenen Übereinkunft gegeben. Stillschweigend hatten sich diesem Protest des Landgrafen auch die drei anderen Bundesstaaten angeschlossen, indem auch sie jetzt ihre Mannschaften einstweilen noch bis zur Entscheidung in Stade beließen.

In Versailles verlor man darüber, inwiefern man den Wünschen der deutschen Fürsten nachkommen solle, kostbare, nie wieder gut zu machende Augenblicke. Denn schon schickte sich König Georg II. an, noch einmal das Glück der Waffen zu versuchen, nachdem es ihm bei seinen alsbald nach der Konvention von Kloster Zeben mit Wien angeknüpften Unterhandlungen nicht gelungen war, Hannover durch ein Neutralitätsabkommen aus den Klauen der Franzosen zu befreien. Erwägungen, wie diejenige, daß Frankreich, wenn man es in Deutschland gewähren ließe, zur ersten Kontinentalmacht Europas herantwachsen und den gesamten Handel zum Schaden Englands an sich reißen könnte, mögen dazu gekommen sein. Es gelang ihm, noch im Oktober 1757 durch des großen Staatsmannes William Pitt des Älteren Vermittlung wieder eine Verständigung mit Friedrich dem Großen herbeizuführen. Die Folge war, daß sich König Georg entschloß, den Vertrag von Kloster Zeben, dessen Bedingungen man ja auch in Paris nicht einhielt, als nicht bestehend zu betrachten, und mit der bei Stade internierten hannoverschen Armee noch einmal den Kampf gegen die Franzosen in Deutschland aufzunehmen. Der Sieg Friedrichs des Großen bei Roßbach über die letzteren am 5. November 1757 hat dann noch das Seinige dazu beigetragen, bei der englischen Nation, die an sich den Zebener Vertrag als einen ihr angetanen Schimpf empfand, die größte Genugthuung über diesen Entschluß ihres Königs hervorzurufen.

Leider nur befand sich die Armee, die die Scharte ausweken sollte, in einem ganz zerfetzten, verwahrlosten Zustand; es mangelte an Waffen, Geschützen, Geschossen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen, an Pferden, ja z. T. selbst an den notwendigsten Kleidungsstücken. Dazu war sie, die an Zahl dem französischen Heere fast um zwei Drittel nachstand, in eine Ecke zwischen Elbe, Weser und Nordsee gedrängt. Man konnte daher nur dann auf einen Erfolg rechnen, wenn die drei anderen Bundesfürsten ihre Truppen mit marschieren ließen, und wenn ihre Führung in den Händen eines genialen, auch mit der praktischen Seite des Kriegs-

twefens vertrauten Mannes lag. Ein folcher ward alsbald, nachdem man aus nahe liegenden Gründen von dem durch Georg II. zunächft vorgeschlagenen Erbprinzen von Braunschweig abgesehen, in der Perfon des Bruders unseres Herzogs, des Prinzen Ferdinand, gefunden, der eben jezt seine glänzende militärische Befähigung durch die Art, wie er mit geringen Streitkräften das Halberstädtische und Magdeburgische Gebiet vor den übermächtigen Franzosen zu verteidigen gewußt, an den Tag gelegt hatte. Mit einer Feldherrnkunft sondergleichen hat der kaum 36 jährige Mann*) sich der neuen Aufgabe unterzogen. Er wurde zum Reorganifator der ihm unterstellten Armee, zum Retter seines Vaterlands und neben Friedrich dem Großen zum Haupthelden des siebenjährigen Kriegs, der während der nächsten fünf Jahre den Kampf gegen die Franzosen allein siegreich durchgeführt hat.

Einstweilen allerdings ließ sich die Reise des neu ernannten Heerführers zu seinen Truppen wie eine Abenteurerfahrt schlimmster Art an. Bei Nacht und Nebel hatte er sich am 20. November in aller Stille von Magdeburg fortbegeben, bei jedem Schritt, der ihm seinem Ziel näher brachte, die Sorge vor Augen, in irgend einen feindlichen Hinterhalt zu fallen. Dazu kam der peinigende Gedanke, daß eine französische Armee, vom Herzog von Richelieu selbst geführt, gegen Stade herandrückte, daß sie am 20. November Ulzen, am 23. bereits Lüneburg erreicht hatte und binnen kurzem das hannoversche Heer von jeder Verbindung mit der Außenwelt abschneiden würde. Ein Lichtblick in diesem düsteren Bild war es, daß es ihm nach seiner Ankunft zu Hamburg durch persönliche Rücksprache mit dem Landgrafen gelang, diesen und damit dessen Truppen für die Sache der Verbündeten zurückzugewinnen. Aber würde er sich des gleichen Erfolgs auch bei dem Bruder rühmen können? Hatte er doch eben erst aus dem Munde seines Neffen, des Erbprinzen, der mit ihm auf der Durchreise in Bergedorf (vor Hamburg) zusammen getroffen war, erfahren, daß dieser selbst auf Geheiß des Vaters sich ins neutrale Ausland, nach Holland, begeben müsse, während die Braunschweiger Truppen am 18. November heimlich den Rückmarsch in die Heimat angetreten hatten. Zwar sei es den ihnen nacheilenden Hannoveranern, nach Verhaftung der beiden Höchstkommandierenden, der Generale von Imhof und von Behr, welche sich weigerten, den Befehl zur Umkehr zu geben, geglückt, sie zurückzuholen; aber ihr Verbleib in Stade wäre doch nur eine Frage der Zeit, im Falle Herzog Karl auf der Abberufung bestände. Es war schon viel, daß sich der Erbprinz auf Zureden des Oheims entschloß, auf eigene Faust diesem zurück nach Stade zu folgen. Dort angekommen aber trafen die Beiden den braunschweigischen Legationsrat von Stüben an, der von seinem Herrn den strengen Befehl hatte, den Abzug der Truppen zu erzwingen. Da aber die ganze Sachlage

*) Er war am 12. Januar 1721 geboren.

eine rasche Aufnahme der Feindseligkeiten erheischte *) und man dazu der Braunschweiger Hilfsmannschaften dringend bedurfte, so griff man zu dem Auskunftsittel, alsbald mit dem Herzog deswegen zu unterhandeln, unterdessen aber seine Truppen beim hannoverschen Heer festzuhalten. Dieser aber zeigte sich über ein so eigenmächtiges, unbotmäßiges Verfahren von Bruder und Sohn auf das äußerste entrüstet. Trotzdem daß der Sieg bald Ferdinands Fahnen folgte, daß sein Heer, die Franzosen vor sich hertreibend, bereits Anfang Dezember bei Lüneburg und Ülzen stand, war von ihm eine Zurücknahme des Abberufungsbefehls nicht zu erlangen. Hatte er doch eben noch in einem Schreiben an den Kaiser vom 6. Dezember nochmals feierlich gelobt, von der Teilnahme an der „Kurbrandenburgischen Empörung und deren weiteren Verbreitung abzusehen, seinen Reichsständigen Obliegenheiten nachkommen und seine Kriegsvölker von den Preussisch-Brandenburgischen abberufen zu wollen.“ Aber schwerlich hatte man in Wien, wo man mit verschränkten Armen der Vergeivaltigung Braunschweigs durch die Franzosen zusah, obgleich sich der Herzog eigenhändig in beweglichen Worten an Maria Theresia um ein fürsprechendes Wort gewandt, solchen Versicherungen großen Glauben beigemessen.

Daß in der That der Herzog bei seinem Verhalten nur dem Druck der Verhältnisse nachgab, davon legen ein klares Zeugnis ab die Briefe, die er in jenen Tagen des Schwankens zwischen Furcht und Hoffnung an die Königin Elisabeth Christina richtete, nachdem diese ihm Anfang Dezember 1757 auf Veranlassung des preussischen Ministers Grafen von Zinckenstein, d. h. mittelbar ihres Gatten, Vorwürfe wegen seiner Halsstarrigkeit inbetreff der Braunschweiger Truppen gemacht hatte. Unverzüglich hat er ihr darauf am 3. Dezember geantwortet, er könne und dürfe seine Mannschaften nicht bei den Verbündeten lassen, ohne sich und sein Land der äußersten Gefahr auszusetzen. Er sei viel zu schwach, um den mit den Franzosen eingegangenen Vertrag zu brechen. Ihm habe, als er sich darauf einließ, das Messer an der Kehle gefessen. Man müsse abwarten, was sich weiter in der ganzen Angelegenheit tun lasse. Ausführlicher noch hat er in einem Schreiben vom 7. Dezember **) die Beweggründe seines Handelns dargelegt. „Es erfülle ihn mit Genugtuung, daß man ihm und seiner Lage Gerechtigkeit widerfahren lasse. Er sei seinen Verpflichtungen bis zum Äußersten nachgekommen, habe sein Land, sich selbst und seinen Sohn in den Dienst des Vaterlandes gestellt. Aber man habe ihn schmählich im Stich gelassen, so daß ihm nichts übrig geblieben sei, als in Verhandlungen mit dem Feinde einzutreten. Er könne den Schmerz gar nicht in Worte kleiden, der ihn

*) Die Armee konnte in der feuchten Moorgegend von Stade nicht überwintern.

**) Die Königin, die sich damals mit dem ganzen Hof in Magdeburg befand, hatte am 6. Dezember noch einmal in einem Brief ihre Überredungskunst ihm gegenüber versucht.

erfülle; aber er dürfe jetzt nicht gegen den Vertrag handeln, den er mit Frankreich und Wien eingegangen, um nicht sich und sein Land ins Verderben zu stürzen. Ferdinand möge seiner Lage Rechnung tragen, es würden hoffentlich bald andere Zeiten kommen.“ Und als die Schwester daraufhin doch mit Bitten nicht nachläßt, verweist er sie am 9. Dezember darauf, daß er ja nicht Herr seiner Entschlüsse, sondern in der Gewalt der Franzosen sei. Besonders fürchtet er, wie er am 13. Dezember betont, die Rache der Franzosen an den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel.

Erst als die Königin ihm Mitte Dezember ausführlich über den glücklichen Verlauf der Schlacht bei Leuthen am 5. ds. Mts. berichtete, und inzwischen auch die hannoversche Armee immer weiter siegreich gen Süden vorgeedrungen war, schöpfte auch er neuen Mut, obgleich er gerade jetzt von den ihn immer argwöhnischer betrachtenden Franzosen mehr denn je zu leiden hatte. „Ihr Austrreten“ teilt er am 20. Dezember der Schwester mit, „werde immer rücksichtsloser. Sünftig hätten sie alles Viehfutter, sowie sämtliche Wagen und Pferde, deren sie im Braunschweigischen habhaft werden konnten, beschlagnahmt. An Geld und Naturalieferungen beliesen sich die seit August von seiten des Herzogtums geleisteten Abgaben jetzt wohl auf etwa eine Million Taler.“ Wie hätte er es unter solchen Umständen wagen dürfen, die Franzosen durch Zurücknahme des Abberufungsbefehls seiner Truppen noch mehr herauszufordern? Es war schon sehr viel, wenn er ihn auf erneute dringliche, von seinem alten Minister von Cramm unterstützte Vorstellungen Herzog Ferdinands und des preussischen Ministers von Podewils seit Mitte Dezember nicht mehr wiederholte. Dabei ist es dann auch geblieben. Und daran änderte auch das in der Absicht, den Schwager umzustimmen, verfaßte eigenhändige Schreiben Friedrichs des Großen vom 19. Dezember nichts, obgleich die Art, wie er sich darin zum Verteidiger des Erbprinzen aufwarf, *) der trotz aller herzoglichen Gegenbefehle in der Reihe der Verbündeten steht, das väterliche Herz an seiner empfindlichsten, zärtlichsten Stelle treffen und es mit Stolz für den Sohn erfüllen mußte. In seiner Antwort vom 31. Dezember beschränkte sich der Herzog darauf, dem König noch einmal die schmerzliche Abhängigkeit seiner bisherigen Lage auseinanderzusetzen. Sobald er wieder Herr seiner Entschlüsse sei, werde er alles tun, was in seiner Macht stünde, die Sache der Verbündeten zu fördern, da ihm ja an nichts mehr gelegen sei, als sich Friedrichs freundschaftliche Gesinnung bis an das Ende seiner traurigen Tage zu erhalten.

Inzwischen sah man in Braunschweig voll Ungeduld der Stunde der Befreiung entgegen. „Sie lebten alle zwischen Furcht und Hoffnung in Hinblick auf die kommenden Ereignisse, die auch ihr Schicksal ent-

*) Veröffentlicht in der politischen Korrespondenz Friedrichs des Großen.

scheiden müßten“, schreibt am 22. Dezember. Philippine Charlotte der königlichen Schwägerin. Jede Schwankung des Kriegsglücks, das Zurückweichen Herzog Ferdinands hinter die Aller Ende Dezember, die Besetzung Halberstadts durch eine französische Abtheilung unter Boyer d'Argenson (vom 10. bis 16. Januar) 1758 und die zu gleicher Zeit erfolgte Wiedereroberung Bremens durch den Herzog von Broglie rief demgemäß am herzoglichen Hof die tiefste Niedergeschlagenheit hervor. Noch am 22. Januar schreibt die Herzogin: „Ohne wirksame Unterstützung würden sie wohl nie die unliebsamen Gäste wieder losbringen, da Braunschweig ihr sicherster Stützpunkt sei und die Stadt selbst als Festung eine viel zu günstige Lage für kriegerische Unternehmungen habe. Sie könne es nur beklagen bei dem Verderben, dem das Land und damit die herzogliche Familie infolge der französischen Übergriffe entgentriebe, so viel unverschuldet Unglückliche in die Welt gesetzt zu haben.“*)

Auch die Briefe des Herzogs an die Schwester spiegeln die gleiche niedergedrückte Stimmung wieder; sie enthalten außerdem haarsträubende Schilderungen, mit welcher immer rücksichtsloseren Forderungen jetzt die Franzosen, da es mit ihrer Herrschaft bergabwärts ging, hervortraten. Selbst der Herzog mußte zu einer von ihnen ausgeschriebenen Fouragelieferung an die Magazine zu Braunschweig und Wolfenbüttel 6000 Sack Getreide beisteuern, was ihm, wie er am 19. Januar 1758 klagt, allein 45 000 Reichstaler gekostet. Dabei gleiche das ganze Herzogtum einer Wüstenei. Die meisten Bauernhöfe seien eingäschert; jeder Verkehr stocke, da es neuerdings nicht ohne Zustimmung der französischen Generalität erlaubt sei, von einem Ort nach einem andern sich zu begeben, schreibt er noch am 15. Februar. Aber schon bereitete sich die Wendung zum Besseren vor. Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des Königs, der durch einen Seitenangriff von Osten her auf die Franzosen Herzog Ferdinand entlasten sollte, war am 8. Februar in Halberstadt eingerückt, und hatte alsbald mit der Zurückerobertung der von den Franzosen besetzten Festung Regenstein bei Blankenburg begonnen. „Hier gibt es keine Franzosen mehr“, jubelt Philippine Charlotte in ihrem Brief an Elisabeth Christine vom 16. Februar, „wie wäre sie glücklich, könnte sie das gleiche bald von Braunschweig berichten!“ Und schneller, als sie gehofft, ging dieser Wunsch in Erfüllung. Durch verheerende Krankheiten während des Winters fast auf die Hälfte ihrer ursprünglichen Stärke zusammengeschmolzen, auf der einen Seite von der bereits siegreich bis an die Aller und Weser vorgeschrittenen Armee Ferdinands, auf der anderen Seite von den heranrückenden Truppen des Prinzen Heinrich bedrängt, blieb den Franzosen, wollten sie nicht jede Verbindung mit der Weser und damit ihre Rückzugslinie verlieren, keine andere Wahl,

*) Das Herzogpaar hatte dreizehn Kinder, von denen damals noch zehn am Leben waren.

als am 26. Februar außer Gelle und Goslar auch Braunschweig und Wolfenbüttel aufzugeben. Der drei Tage vorher erfochtene Sieg des Erbprinzen über eine französische Heeresabteilung bei Hoya am linken Weserufer, welcher die Räumung Bremens durch die Franzosen zur Folge hatte, trug dann ohne Zweifel das Seineige dazu bei, den französischen Oberbefehlshaber, den Anfang Februar an Richelieus Stelle getretenen Grafen Clermont zu bestimmen, sich bis hinter die Weser zurückzuziehen, so daß mit einer Wiederkehr der unwillkommenen Gäste fürs erste nicht zu rechnen war.

Allerdings ohne grobe Ausschreitungen ist der Abzug des Feindes aus dem Herzogtum nicht vor sich gegangen. Aus Braunschweig, welches den Franzosen noch 200 000 Taler Kriegssteuern schuldete, wurden einzelne der angesehensten Bürger, darunter der greise Minister von Cramm, als Geiseln mitgeschleppt. Noch roher traten sie in Wolfenbüttel auf, wo der bisherige Kommandant Boyer d'Argenson die Kanonen von den Wällen stürzen, Kugeln und Pulver in die Oer werfen, das in den Magazinen aufgehäufte Mehl auf die Straße schütten, in seiner Wohnung Möbel, Spiegel und Fensterscheiben zertrümmern ließ und schließlich dies gemeine Rachewerk dadurch zu krönen versuchte, daß er die wegen ihrer wertvollen Handschriften und seltenen Bücher unerseßliche herzogliche Bibliothek den Flammen preisgeben wollte. Schon war der Befehl zum Anzünden der dem Gebäude benachbarten Heu- und Strohmagazine gegeben, da haben zum Glück seine eigenen Offiziere diese Barbarei durch energischen Einspruch verhindert.

* * *

Umjubelt von der Bevölkerung zog der Herzog am 1. März 1758 wieder in seine Hauptstadt ein; am 6. folgte ihm die Herzogin mit der übrigen Familie. Eine Woche später, am 14. März, fiel als letzter größerer französischer Stützpunkt an der Weser die Festung Minden in Ferdinands Hand, wodurch Clermont sich veranlaßt sah, bis nach dem Rheine zurückzutweichen. Ein allgemeines kirchliches Dankfest zur Errettung aus Feindeshand wurde angeordnet, welches in Braunschweig am 16. April stattfand. Leider aber wurde die frohe Stimmung durch den Ausbruch einer von den Franzosen eingeschleppten Seuche getrübt, der bis Ende Mai eine Menge Bewohner, darunter viele Ärzte, zum Opfer fielen.

Auch sonst gab es für den Herzog bald wieder Sorgen und Aufregungen genug. Vor allem blieb die ihm von England—Hannover zugebilligte Summe für den seinem Lande zugefügten Schaden aus.

Freilich die geharnischte Antwort, die man auf das Glückwunschschreiben des hannoverschen Ministeriums beim Wegzug der Franzosen in Bereitschaft hatte, ist dann in viel milderer Weise abgefaßt worden. Es hieß darin ursprünglich: „Ob nun gleich die Fortdauer eines uner-

träglich gewordenen Bedrucks insofern aufgehört hat, so ist dennoch der Schaden, welchen unsere Lande und Untertanen dadurch erlitten haben, so groß und so mannigfaltig, daß viele Jahre und vielleicht eines Menschen Alter darüber hingehen werden, ehe das erschöpfte Land sich wieder erholen kann; daher wir auch billig wünschen, daß wir deshalb nicht nur eine Ersezung erhalten, sondern auch von den Bedrückungen eines Kriegs, an welchem wir keinen Teil haben, hinfüro frei bleiben mögen.“

Aber so ernstlich auch der Herzog gleich dem Landgrafen von Hessen-Kassel gewillt war, seine fernere Beteiligung am Krieg von Englands Haltung in dieser Frage abhängig zu machen, haben doch Großsinn und Uneigennützigkeit bei ihm schließlich den Sieg davon getragen. Ja er hat im Laufe des Sommers, trotzdem England fortgesetzt die Hand auf der Tasche hielt, sogar so umfassende Ergänzungen seiner in den Reihen der Verbündeten kämpfenden Truppen vorgenommen und sie so trefflich ausgebildet, daß diese nicht nur an Zahl, sondern auch an Schulung die anderen weit übertrafen. Dagegen hat sich England, diesmal sogar im Verein mit Hessen-Kassel Anfang September nicht entblödet, bei Friedrich dem Großen die Bündnistreue des Herzogs in Zweifel zu ziehen, weil er damals mit Versailles und Wien wegen Freigabe der im Frühjahr vorher von den Franzosen aus dem Herzogtum mitgeschleppten Geiseln *) verhandelte. Da aber brauste der sonst so gutherzige Fürst, dessen in Wien abgegebene Erklärung, er werde nie seine Sache von derjenigen der Verbündeten trennen, ihm eben die Reichsacht zugezogen, in hellem Zorn gegen den ihn deswegen zur Rede stellenden Bruder Ferdinand mit den Worten auf: „In Verbindung mit jenen beiden Mächten sei er allerdings einmal früher getreten, damals, nach der Vereinbarung von Kloster Zeven, wo ihn England-Hannover so schmählich im Stiche gelassen.“

Andere Widerwärtigkeiten kamen hinzu. Am 28. Mai 1758 war der Gatte der zweiten Tochter des Herzogpaares, Herzog Ernst August Konstantin von Sachsen-Weimar, kaum 21 jährig gestorben. Schwerlich hatte man dem schon Kränkenden, als er am 16. März 1756 die um zwei Jahre jüngere Prinzessin Anna Amalie heimführte, ein langes Leben prophezeit. Aber gerade jetzt, wo die Gattin, die ihm erst dreiviertel Jahre vorher, am 3. September 1757, den Thronfolger Karl August, den späteren Freund Goethes geboren, selbst noch minderjährig war, mußte sein Tod für sie und sein Land recht unangenehme Verwicklungen heraufbeschwören. Zwar hatte er persönlich alles für einen solchen Fall geordnet. In seinem, am 21. Februar 1758 niedergelegten letzten Willen war neben Anna Amalie zum Nebenvormund bei der Erziehung des Söhnleins der in Weimar großer Beliebtheit sich erfreuende Dänenkönig Friedrich V. und außerdem in einem dem Testament am 22. März beigefügten Kodizill

*) Siehe Seite 46.

zum Landesverweser und Vormund der Gattin bis zu ihrer Volljährigkeit deren Vater, der Herzog von Braunschweig, bestimmt worden. *)

Aber sei es, daß der Sterbende schließlich troglosedem eine unerwünschte Einmischung des Reiches oder der übergangenen Mitglieder des Hauses Wettin in die inneren Angelegenheiten seines Landes fürchtete, oder daß er sich bei den unruhigen Zeitläuften von einer aus der Ferne geleiteten Regentschaft nicht viel Ersprießliches versprach, jedenfalls beschwor er die zärtlich geliebte Gattin, ehe er die Augen schloß, beim Kaiser um ihre vorzeitige Mündigspreehung (venia aetatis) einzukommen. Herzog Karl, der alsbald nach dem Ableben des Schwiegerjohns sich bei der Tochter in Weimar einfand, war vorurteilslos genug, diesen Wunsch des Toten mit seiner Verzichtleistung auf die Weimarer Regentschaft in Wien zu unterstützen. Aber dort fand ein so weitherziges Beginnen keinen Widerhall; im Gegenteil, man ergriff mit Freuden die Gelegenheit, ihm, gegen den man wegen seiner politischen Haltung aufs äußerste erbittert war, die denkbar größten Verlegenheiten zu bereiten. Laut kaiserlichem Reskript vom 1. August 1758 wurde mit stillschweigender Umgehung Herzog Karls und des Dänenkönigs zum Mitregenten Anna Amaliens und zugleich zum Nebenvormund ihres Sohnes „das Haupt des Hauses Wettin“, der Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen und König von Polen aus der jüngeren, albertinischen Linie berufen. Umsonst versuchte der Herzog, diesen zur Verzichtleistung solcher ihm gar nicht zukommender Würden zu bestimmen, umsonst stellten auf seine Veranlassung hin die Fürsten der älteren ernestinischen Linie des Hauses Wettin, die Herzöge von Coburg, Gotha, Meiningen und Hildburghausen, dem Kaiser vor, daß sie nie als Haupt des Gesamthauses Wettin ein Mitglied der jüngeren Linie anerkennen würden, und daß es auch sehr bedenkliche Folgen für den Kaiser selbst haben könne, wenn er eigenmächtig den letzten Willen eines Reichsfürsten umstoße. Der Streit darüber zog sich über ein Jahr hin, bis man endlich in Wien einsah, daß mit solchen Winkelzügen doch nichts erreicht würde. Am 30. August 1759 konnte endlich Anna Amalie nach kaiserlicher Mündigkeitserklärung vom 9. Juli ihre später so glorreich durchgeführte vormundschafiliche Regierung antreten.

Schwer wurde die herzogliche Familie gerade in diesen Jahren auch durch andere Todesfälle betroffen. Am 28. Juni 1757 war nach längerem Leiden die Königin-Mutter Sophie Dorothea von Preußen heimgegangen; am 15. November war ihr des Herzogpaares eigenes blühendes, noch nicht zehnjähriges Töchterlein Friederike Wilhelmine, am 21. Juni 1758 der Prinz August Wilhelm, der Gatte der Prinzessin Luise Amalie und am 14. Oktober 1758 die Markgräfin Wilhelmine von Bayreuth, die Schwester Philippine Charlottens, gefolgt. Und

*) Sie war am 24. Oktober 1739 geboren.

nicht genug damit, hatte am gleichen Tag das Braunschweiger Herrscherhaus den Verlust eines seiner hoffnungsvollsten Sprossen, des Prinzen Friedrich Franz, zu beklagen, der bei Hochkirch als Held gefallen war, ein Schlag, der den Herzog so tief erschüttert hat, daß seine Gattin, die eben bei ihrer Tochter Anna Amalie und deren kaum gebornen zweiten Söhnlein Konstantin weilte, schleunigst nach Hause zurückkehrte, ihm mit ihrem Troste beizustehen.

Inzwischen türmten sich auch am politischen Horizont wieder dunkle Wetterwolken auf. Zwar hatte den Herzog die Verhängung der Reichsacht, die am 21. August 1758 von Wien aus erfolgt war, nicht weiter angefochten. „Man wisse sich darüber zu trösten“, schreibt am 7. September Philippine Charlotte der Schwägerin Elisabeth Christina, „da man ja in so guter Gesellschaft sei.“ *)

Dagegen war der Gang der Ereignisse auf dem westlichen Kriegsschauplatz ganz dazu angetan, die Braunschweiger wieder mit schwerer Sorge für die Zukunft zu erfüllen. Erleichtert und dankbar hatte man im Sommer aufgeatmet, als Herzog Ferdinand, in stetem Siegeslauf den Feind vor sich hertreibend, den Krieg Anfang Juni auf das linke Rheinufer hinübergetragen hatte. Wie hatte sich dies Gefühl der Erleichterung dann zum hellen Jubel gesteigert, als wenige Wochen darnach die Kunde von der glorreichen Überwältigung des Feindes bei Krefeld (23. Juni) erscholl, wo das Heer der Verbündeten die ihm an Zahl doppelt überlegenen Franzosen aus fast unangreifbaren Stellungen herausgeworfen, eine Großtat, an der Braunschweigs Erbprinz den rühmlichsten Anteil gehabt hätte. Und als dann kurz darauf die starke niederländische Festung Roermond an der Maas trotz ihrer zahlreichen französischen Besatzung ohne Schwertstreich am 27. Juni in die Hände Karl Wilhelm Ferdinands fiel, und dessen Streifscharen schon nahe heran bis an Brüssels Tore schweiften, kannte die Freude keine Grenzen mehr. Rückhaltlos gab man sich der Hoffnung hin, daß es dem genialen Heerführer Ferdinand, der damals bereits die Maaslinie als weitere Operationsbasis ins Auge gefaßt hatte, gelingen werde, bald die Franzosen völlig aus deutschen Gauen zu vertreiben. Da trat plötzlich, wie so oft im siebenjährigen Krieg, einer jener Wechselfälle des Glückes ein, der ihn zwang, alle errungenen Vorteile im Handumdrehen wieder aufzugeben. Der am Main vorrückenden französischen Süarmee unter dem Prinzen von Soubise war es gelungen, dem zum Schutze Hessens zurückgebliebenen Prinzen von Hsenburg am 23. Juli bei Sandershausen unweit Kassel eine so empfindliche Niederlage beizubringen, daß nicht nur ganz Hessen, sondern auch der Weg nach Hannover und Braunschweig den Franzosen von Süden her wieder offen lag. Schon waren diese bis über Nort-

*) Mit dem Herzog zugleich wurden in die Reichsacht alle fürstl. Teilnehmer an der „Kurfürstl. Brandenburgischen Verschwörung“ getan, die Könige von Preußen und England, der Landgraf von Hessen-Kassel, Prinz Ferdinand v. Braunschweig u. a.

heim vorgerückt, da hat, zum Heil für Braunschweig, der französische Oberbefehlshaber bei der Kunde vom Tode Ferdinands den Befehl zum Rückzug über die Werra gegeben.

Wirklich war dieser, gefolgt von dem französischen Hauptheer unter Marschall Contades, der nach der Niederlage bei Krefeld Clermont im Oberbefehl abgelöst hatte, bei Grieth unfern Cleve am 9. August auf das rechte Rheinufer und dann weiter, da Contades die ihm gebotene Gelegenheit zum Kampfe nicht annahm, bis Coesfeld, zwischen Wesel und Münster, zurückgegangen, wo sich mit ihm die inzwischen in Emden gelandeten englischen Hülfsstruppen vereinigten, so daß seine Streitkräfte 45 000 Mann gegen 72 000 Franzosen betrugen. Trotz dieser relativ günstigen Sachlage — war doch der Feind den Verbündeten gewöhnlich um das Doppelte oder noch mehr überlegen — wich Herzog Ferdinand damals einer Entscheidung auf dem Schlachtfeld aus, weil er glaubte, über kurz oder lang Friedrich dem Großen, der mit äußerster Anstrengung auf dem östlichen Kriegsschauplatz sich der auf ihn einstürmenden Russen und Oesterreicher erwehrt, Hülfsmannschaften abgeben zu müssen. Wenn er dann dem Vordringen des Prinzen Soubise am 8. September über die Werra ins Hannoversche keinen Widerstand entgegensetzte, so waren dafür allerdings andere, strategische Gesichtspunkte maßgebend. Er hoffte, dem Prinzen nicht nur die Verbindung mit dem die Lippe heraufziehenden französischen Hauptheer unter Contades abzuschneiden, sondern ihn auch im Rücken fassen und nach den Main zurückwerfen zu können. Das Meisterstück ist ihm schließlich auch gelungen, obgleich die Niederlage, die einer seiner Unterführer, der General Oberg, gegen die Franzosen am 10. Oktober bei Lutternberg in Hessen erlitt, dies alles zeitweise in Frage stellte. Vermeiden ließ es sich dabei freilich nicht, daß Teile von Hannover und Braunschweig wieder die Greuel des Kriegs zu fühlen bekamen, wenn auch ihr Los golden gegen dasjenige Hessens war, dessen Wohlstand die Franzosen durch ihr Raub- und Plünderungssystem auf viele Jahrzehnte hinaus zu Grunde richteten.

Noch am 18. August hatte der Herzog der Königin Elisabeth Christine gegenüber betont, wie glücklich und dankbar er wäre, daß sein Land mit Ausnahme des Blankenburger Bezirks, wo Oesterreicher lägen, die aber kaum viel Übles dort anstiften würden, frei vom Feinde sei. Und nun mußte er zu seinem Schrecken kaum vier Wochen darnach erfahren, daß französische Truppen *) von Göttingen her, das sie fest in Händen hielten, bis nach Seesen streiften, andere über Osterode trotz der ungangbaren Wege und des verzweifeltsten Widerstands der dort stehenden Braunschweiger Jäger bis nach Clausthal und Zellerfeld vorgeedrungen wären und alles, was nicht niet- und nagelfest war, den Inhalt der Bergwerkstassen, den ganzen aufgestapelten Vorrat an gewonnenem Silber, ja selbst die Betriebsleiter der Bergwerke mit fortgeschleppt hätten. Ein

*) Infolge des Sieges bei Sandershausen.

Glück nur, daß der zu gleicher Zeit von dem französischen General Fischer unternommene Zug gegen Hannover mißlang, und daß die Franzosen kurz darauf bei der Nachricht von dem Herannahen des Generals Oberg sich nicht nur aus Einbeck und Northeim, sondern auch in der Nacht von dem 25. auf den 26. September aus Göttingen wieder gen Süden verzogen. Ihr Sieg bei Lutternberg hat darin auch keine Änderung mehr gebracht, da das Erscheinen Herzog Ferdinands genügte, sie weiter nach den Main hin zurückzutreiben.

Auch im folgenden Kriegsjahr ist Braunschweig von feindlichen Überfällen nicht verschont geblieben. Diesmal war es der Landstrich von Walkenried quer über den Harz herüber bis Blankenburg, gegen den am 19.—22. Juli von Thüringen aus kaiserliche Truppen*) so unversehends einen Vorstoß versuchten, daß man gar keine Vorkehrungen zur Verteidigung hatte treffen können. Walkenried allein mußte, um nicht ausgeplündert zu werden, 16000, Blankenburg sogar 48000 Taler an diese zuchtlose Horde zahlen, die sich überall, wo man eine solche Abfindung verweigerte, in den größten Ausschreitungen erging. Der von ihnen angerichtete Schaden wurde, als sie nach drei Tagen, ebenso schnell wie sie gekommen, wieder verschwanden, auf mehr als 50000 Taler geschätzt. Andererseits mußte man von einem Tag auf den anderen mit einem Wiedereinfall der Franzosen in den Weserdistrikt rechnen; denn diese saßen seit der unglücklichen Schlacht bei Bergen (13. April 1759), infolge deren Herzog Ferdinand bei seinem Vormarsch auf Frankfurt a. M. vor dem einen der französischen Oberbefehlshaber, dem Herzog von Broglie, weit hatte zurückweichen müssen, wieder als Herren in Hessen und beherrschten die Weser bis über Minden hinaus. Von dieser drückenden Sorge hat das bedrohte Land erst am 1. August Herzog Ferdinands glänzender Sieg bei Minden über die französische Hauptarmee unter Contades und Broglie befreit, der den schleunigen Rückzug der Franzosen, allerdings nicht ohne Braunschweiger Gebiet dabei zu berühren, bewirkte.

Der Herzog hatte allen Grund, für diese Wendung der Dinge Gott zu danken, umsomehr, als auch diesmal wieder sein Sohn, der Erbprinz, Wesentliches zur vollständigen Ausnützung des Sieges beigetragen hatte, indem er durch ein siegreiches Gefecht bei Gohfeld mit einer feindlichen Heeresabteilung den Franzosen in den Rücken gekommen war und den Fliehenden so den Weg ins Baderbornische und Waldeckische verlegte. Aber die Tatsache ließ sich doch je länger je weniger von der Hand weisen, daß der Krieg nicht nur die Mittel und Hilfsquellen des Landes, sondern auch die kampfgefährliche Mannschaft, über die man verfügte, erschöpfte. Schon bei der Aushebung Ende Dezember 1758 hatte man, um das fürstliche Landregiment zu ergänzen, jeden zehnten Mann

*) Es waren nach dem Brief des Herzogs an Friedrich den Großen vom 1. August 1759 hauptsächlich österreichische Truppen, Panduren und Kroaten.

der Landbevölkerung zwischen dem 18. und 36. Lebensjahr eingestellt, ohne wie bis dahin Rücksicht auf einzige Söhne der Bauernfamilien zu nehmen. Bei der wachsenden Entvölkerung des Landes ließ sich bald auch diese Altersgrenze nicht mehr festhalten, es wurden oft blutjunge und völlig untaugliche Leute eingezogen. Mit den Werbungen in anderen deutschen Landen hatte man, da der Krieg immer weitere Kreise ergriff, auch wenig Glück, sodaß schließlich der Herzog im Dezember 1759 alles Ernstes daran dachte, aus den in Magdeburg internierten ungarischen Kriegsgefangenen ein „ungarisches Hilfskorps“ zu bilden, ein Gedanke, von dem ihn indes Friedrich der Große wieder abgebracht hat, nachdem dieser selbst bei ähnlichen Versuchen sehr unerfreuliche Erfahrungen gemacht hatte. Jedenfalls aber war der Herzog längst davon abgekommen, wählerisch bei der Aushebung der Ersatzmannschaften für seine Truppen zu sein. In einem Brief an Elisabeth Christine vom 12. Mai 1760 schreibt Philippine Charlotte, ihr Gatte habe eben je ein Regiment prächtiger Husaren und Karabiniers und ein Regiment Fußvolf und Jäger zu dem Heer der Verbündeten abgehen lassen. Wie es in Wahrheit um diese prächtigen Kerls bestellt war, deren Equipierung und Einerezierung der Herzog selbst monatelang in die Hand genommen, erhellt zur Genüge aus der Klage Herzog Ferdinands nach ihrer Musterung am 16. Mai zu Lippstadt, sein Bruder habe ihm da das reine Sammelstadium von untauglichen, unzuverlässigen Leuten, Überläufern und entlassenen Gefangenen geschickt. Nicht besser stand es mit den angetroffenen Mannschaften des Landgrafen von Hessen. Das Schlimmste aber war, daß dies bunt zusammengewürfelte Heer in seiner Zahl um mehr als ein Drittel hinter demjenigen der Franzosen (75 000 Mann gegen 120 000) zurückblieb und daß auch die Offiziere zumeist der allernotwendigsten Schulung entbehrten. Eine bange Frage an die Zukunft war es daher, ob Ferdinand die ihm anvertrauten Länder gegen den wohl ausgerüsteten, einheitlich und geschickt geführten Gegner — der Oberbefehl über die gesamte französische Heeresmacht war für den Feldzug 1760 dem kriegstüchtigen Herzog von Broglie anvertraut — würde behaupten können. In der Tat standen die Franzosen bereits im Juli wieder in Hessen. Der Erbprinz von Braunschweig hatte trotz aller persönlichen Tapferkeit in dem unglücklichen Gefecht bei Korbach am 10. Juli die Vereinigung der vom Niederrhein heranrückenden französischen Verstärkungen mit Broglies Armee nicht hindern können. Kassel fiel am 31. Juli wieder in Feindeshand, worauf Landgraf Friedrich II., der sich erst am Tage vorher zur Flucht aus seiner Hauptstadt entschlossen, mit dem gesamten Hof seinen Wohnsitz bis zum Ende des Krieges, dem 12. Oktober 1762, in Braunschweig aufschlug. Die Bürgerschaft scheint von diesem zweiten Hofsager innerhalb ihres Weichbildes ganz befriedigt gewesen zu sein, da es dabei manches zu schauen und zu verdienen gab. Dem Herzog freilich mag die ständige Gesellschaft eines Fürsten,

deffen Bundestreue man, obgleich er bis zu seiner Thronbesteigung im Februar 1760 den Rang eines preußischen Generalleutnants und Vizegouverneurs von Magdeburg bekleidete, damals stark in Zweifel zog,*) nicht immer ganz erwünscht gewesen sein, umsomehr, als er bei jedem Gerücht vom Nahen der Franzosen allen Halt verlor und den Herzog zu schleuniger Flucht zu überreden suchte.

Der letztere aber ließ sich nicht aus der Fassung bringen, ob er sich auch das Kritische seiner Lage nicht verhehlte. Denn schon wieder waren Weser- und Harzdistrikt dadurch auf das äußerste gefährdet, daß Prinz Faber von Sachsen**) zu wiederholten malen im August und September ins hannoversche Gebiet eindrang, eine französische Heeresabtheilung von Thüringen aus im Oktober das Halberstädtische bedrohte, welches der Herzog Karl Eugen von Württemberg, der sich seit 1759 den Franzosen angeschlossen, kurz darauf mit seinen Truppen vom Anhaltischen her plündernd durchstreifte und dabei auch Braunschweiger Land berührte. Aber noch einmal ging der Kelch des Leidens gnädig an diesem letzteren vorüber. Die Franzosen sahen sich schließlich bei ihren Eroberungsversuchen auf Göttingen beschränkt. An einen Überfall von Süden her war auch nicht mehr zu denken, seit es dem Prinzen Friedrich Eugen von Württemberg in seiner Eigenschaft als preußischem General (an der Spitze einer preußischen Heeresabtheilung) gelungen war, seinem Bruder Karl Eugen eine empfindliche Niederlage beizubringen, so daß dieser sich schleunigst über Merseburg nach Naumburg zurückzog und dann auf den östlichen Kriegsschauplatz weitermarschierte. Aber der Sorgen war man damit doch nicht enthoben; im Gegentheil, nach Wiederbeginn des Feldzugs im Februar 1761 tauchten neue größere auf. Denn von Göttingen her, woraus die Franzosen im Vorjahr nicht mehr hatten vertrieben werden können, mußte man täglich mit einem Überfall der angrenzenden braunschweiger Landstriche rechnen. Ein solcher ist denn auch kurz darauf erfolgt, hat aber durch die energische Gegentwehr eines eilig aus braunschweigischen und preußischen Truppen zusammengerafften Hilfskorps bei Seesen Anfang März ein rasches, unrühmliches Ende gefunden, indem es diesen schwachen Kräften binnen zehn Tagen gelang, den ihnen siebenfach überlegenen Feind — 1000 Mann gegen 7000 — nach Göttingen zurückzutreiben. Aber schon löste eine neue Aufregung die eben glücklich überstandene ab. Der Erbprinz, Herzog Ferdinands rechte Hand, wurde, als er zur Unterstützung des Oheims herbeieilen wollte, nachdem es diesem gelungen war, Broglie bis an den Main

*) Wenn dieser Abfall nicht erfolgte, so hatten dies Preußen und England mit in erster Linie dem Herzog Karl zu danken, der durch unermüdlchen Zuspruch dem Landgrafen die fixe Idee auszureden wußte, daß er und sein Land von den Verbündeten im Stich gelassen sei.

**) Ein Bruder des Kurfürsten Friedrich August II. von Sachsen, der als Polenkönig den Namen August III. führte.

zurückzutreiben, von letzterem am 21. März bei Grüneberg an der Ohm geschlagen, wodurch sich Broglie in der Lage sah, sofort gegen Herzog Ferdinand angriffsweise vorzugehen und zwar unter so günstigen Umständen, daß dieser vor ihm bis hinter Göttingen ins Münsterische und Paderbornische zurückweichen mußte.

Dem Herzog war die Niederlage des Sohnes um so empfindlicher, als seine mit so großer Anstrengung zusammengebrachten Truppen dabei sehr stark gelitten hatten. Fast das ganze Regiment Imhof, das bis dahin eines der vollständigsten der ganzen Armee gewesen, war aufgerieben; außerdem hatte auch das Leibregiment schwere Einbuße erfahren. Und doch durfte man noch von Glück sagen, daß der Erbprinz selbst nicht in die Hände des Feindes gefallen war, sondern daß es ihm gelungen, in gefährvoller Flucht mit dem Rest seiner Truppen nach Braunau zu entkommen.

Noch hatte man sich in Braunschweig nicht von diesem Schlag erholt, da traf eine neue Hiobspost ein. Bei der durch den Rückzug Ferdinands bedingten Aufhebung der Belagerung der hessischen Festung Ziegenhain hatte der braunschweiger General Zastrow zwei Drittel seiner Leute und außer den Geschützen auch die Fahnen eingebüßt (25. März), die ersten, die in dem ganzen Krieg auf solche Weise verloren gingen. Er selbst war verwundet in die Hände der Franzosen gefallen.

Mit der Gelassenheit, welche dem Herzog gerade in dieser schweren Zeit auszeichnet, wo es einem Mißerfolg nach dem anderen zu begegnen galt, hat er auch diesen neuen Schicksalsschlag hingenommen. „Das schlimmste“ schreibt er noch Ende März Friedrich dem Großen, „bei der ganzen Sache sei der Verlust der Fahnen, da bis dahin keine braunschweiger Fahnen in Feindeshand gewesen wären. Bis Ende April hoffe er, die betreffenden Truppenteile wieder besser und schöner denn je in kriegstüchtigen Stand gesetzt zu haben.“ Und dabei stand ihm die stete Gefahr eines neuen Einfalls der Franzosen in sein Land vor Augen. Freilich ihren Streifzügen von Göttingen nach dem Weserdistrikt hatte Herzog Ferdinand schon Anfang April durch die Entsendung General Luckners in die Gegend von Northeim und Einbeck vorzubeugen gesucht. Um so mehr aber waren der Harz und die benachbarten Gebiete bedroht, falls die Franzosen Miene machen sollten, von Thüringen oder vom Eichsfeld aus dort einzubrechen, da zur Verteidigung nur einige hundert braunschweiger Milizsoldaten und etwa 600 Mann preussischer Linientruppen unter dem Befehl des Obersten v. Collignon zur Verfügung waren. Glücklicherweise lagen den Franzosen im Augenblick solche Absichten fern. Die Uneinigkeit, die zwischen den beiden französischen Oberbefehlshabern, dem Herzog von Broglie und dem Prinzen von Soubise, herrschte, hemmte einstweilen dort jede größere Unternehmung. Indes konnte es sich dabei doch nur um einen Aufschub des von Wien ausgehenden Kriegsplanes handeln, durch einen Überfall vom Eichsfeld

her sich des magdeburgischen Gebietes, vornehmlich aber der Stadt Braunschweig zu versichern, um so eine feste Operationsbasis gegen das Kurfürstentum Hannover zu erhalten.

Dem Herzog, der schon im April einen Vorstoß der Franzosen ins Hannoversche und Braunschweigische befürchtete, war dieses Projekt auf dem Umwege über Holland bereits Mitte Juni zu Ohren gekommen, kurz, nachdem schließlich die beiden französischen Heerführer, Soubise vom Niederrhein und Broglie von Hessen her, ihren Aufmarsch begonnen hatten, um sich in Westfalen miteinander zu vereinigen. Aber es gingen dann kostbare Augenblicke durch die alsbald mit Preußen eingeleiteten Verhandlungen wegen der zu treffenden Gegenmaßregeln verloren, besonders, weil Friedrich der Große der ganzen Mitteilung erst ernstlich Glauben schenkte, als sein Komitialgesandter zu Regensburg, Plötho, ihre Richtigkeit Mitte Juli bestätigte. *) Zum Glück hatte da aber schon Herzog Ferdinands glänzender Sieg bei Vellinghausen unweit Hamm am 15. und 16. Juli 1761 über die gesamte französische Heeresmacht den Herzog fürs erste vor dem Besuch solch' ungebetener Gäste befreit.

Allerdings ging auch dies frohe Ereignis nicht ohne schwere Trübsal an dem braunschweiger Herrscherhaus vorüber. Prinz Albrecht Heinrich, der dritte aus der Reihe der herzoglichen Söhne, der, kaum neunzehnjährig**), zwei Monate vorher dem Vater die Erlaubnis abgerungen, seinen um anderthalb Jahre älteren Bruder August Friedrich***) ins Feld begleiten zu dürfen, und der bei Vellinghausen Betweise seiner hohen, militärischen Befähigung gegeben, hatte am 20. Juli bei einem Nachhutgefecht unweit Ruhne eine tödliche Wunde empfangen. Drei lange Wochen schwebte man am herzoglichen Hofe zwischen Furcht und Hoffnung. Noch am 8. August, während der bereits von den Ärzten Aufgegebene rührende Abschiedsbriefe an Eltern und Geschwister und seinen ehemaligen Lehrer, den Abt Jerusalem, verfaßte, klammerte sich der Herzog an die Möglichkeit einer Wiedergenesung seines Lieblings, dessen Verlust er wie seine Gattin nie ganz verwunden hat.

Einstweilen war es freilich nicht an der Zeit, sich der Trauer um den Toten hinzugeben, denn schon wieder war die französische Besatzung Göttingens Mitte August plündernd in den Weserdistrikt eingebrochen. Und wenn es auch dort dem auf der Wacht stehenden General Luckner gelang, sie wieder nach Göttingen zurückzutreiben, verhindern konnte er doch nicht, daß Broglie sich wenige Wochen darnach mit dem Gros seiner Armee in der Umgegend von Einbeck festsetzte, um augenscheinlich von dort aus die Eroberung Braunschweigs und des magdeburgischen Gebiets wieder aufzunehmen. Demgemäß entsandte er in der zweiten

*) Er hatte sich den ganzen Kriegsplan zu verschaffen getraut.

**) Er war am 26. Februar 1742 geboren.

***) Geb. 29. Oktober 1740.

hälfte des Septembers etwa 8—9000 Mann ins Braunschweigische. *) Bereits am 24. September langte ein Teil davon unter General Closen, über Gandersheim und Seesen kommend, vor Wolfenbüttel an. Da ihm aber die zu einer Belagerung notwendigen Geschütze fehlten, so zog er wieder ab, nachdem die Besatzung seine Aufforderung zur Übergabe abgelehnt hatte. Nur einige Bomben sind als Schreckschüsse in die Stadt gefallen. Indes, so leichtes Kaufes sollte man diesmal doch nicht davon kommen. Während am 7. Oktober noch in Braunschweig das Gerücht ging, der Harz sei von den Franzosen freiwillig geräumt worden, war Prinz Faber von Sachsen, der sich inzwischen mit General Closen in Seesen vereinigt hatte, wieder in vollem Anmarsch auf Wolfenbüttel. Am 8. Oktober wurde mit der Belagerung durch Eröffnung eines Bombardements begonnen. Zwei Tage darnach saß wirklich der Feind als Herr in der Stadt. Die kleine Besatzung, bestehend aus einem Garnisonregiment und einem Artilleriedepot, hatte ihm nicht länger als bis zum Abend des 10. Oktobers Widerstand zu leisten vermocht. Dem weiteren Vormarsch auf Braunschweig lag so nichts mehr im Wege. Bereits am 12. ds. Mts. ließ Prinz Faber von Riddagshausen aus, wo er mit seinen Scharen um drei Uhr nachmittags angelangt, die Aufforderung zur sofortigen Übergabe an die dortige, 1800 Mann zählende Besatzung ergehen. Drinnen aber war man, obgleich sich der Kommandant, General Philipp Ernst von Imhof, auf seine Leute, die größtenteils französische Überläufer waren, nicht so recht verlassen konnte, zum Äußersten entschlossen. Mit Hilfe der Behörden, die die nötigen Materialien und Gespanne zur Verfügung stellten, ward sofort ein hoher Wall um die Stadt aufgeführt. Lange aber hätte diese sich trotzdem nicht halten lassen, besonders, nachdem der Feind in der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober Anstalten traf, sie mit glühenden Kugeln zu beschießen. Da stellte sich in letzter Stunde zu Aller Erleichterung der Retter ein.

* * *

Herzog Karl war schon samt seiner Familie bei der ersten Nachricht vom Nahen der Franzosen am 24. September nach Gelle und Anfang Oktober weiter nach Lüneburg geflohen. Seinen Sohn Friedrich August, in dessen fähige Hände Herzog Ferdinand kurz vorher die Verteidigung Hannovers und Braunschweigs gelegt, hatte er bei der Nachricht von der Gefährdung seiner Hauptstadt sofort um schleunige Hilfe angehen lassen. Dieser war auch alsbald am 9. Oktober nach Empfang der Hiobspost zum Entsatz Braunschweigs von Hameln, seinem Standquartier, aufgebrochen, und an der Spitze von 2000 Mann in der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober bei Mondaufgang in Olper, einem nördlich der Stadt

*) Schon Anfang September waren Franzosen von Osterode aus in den Harz eingefallen.

gelegenen Dörfe erschienen, wo er auf die erste feindliche Truppe, zwei französische Kompagnien, stieß. Ein kurzer Kampf, und diese mußten sich ergeben. Wenige Stunden darauf zog Prinz Friedrich durch das Hoyer als Sieger in seine hartbedrängte Vaterstadt ein.

„Danken gewiß mit mir dem Herrn, der da hilft und einem würdigen Sohne unseres Herzogs beisteht, daß just zu der Zeit, wie unser Verderben angehen sollte, der Feind von ihm geschlagen und gestört werden mußte“, so drückt Minister Schrader von Schlieestedt am Morgen darnach in einem Brief an Kammerrat Völter die allgemeine Stimmung aus. Er werde mit seinen Kollegen sprechen, damit ein Tedeum und ein öffentlicher Dankesgottesdienst angeordnet werde. Um elf Uhr solle mit den Glocken geläutet werden; wen da die Betglocke nicht rühre, habe ein Herz von Stein.

Und als dann am gleichen Tag der Abzug der Franzosen auf die bloße Aufforderung Prinz Friedrichs hin auch aus Wolfenbüttel nach Seesen und Gandersheim erfolgte, da kannte deren Dank gegenüber dem prinziplichen Befreier keine Grenzen mehr. Allerdings, ganz war die Gefahr vor einem erneuten feindlichen Einfall nicht beseitigt, so lange der nördliche Harzrand noch von den Franzosen besetzt blieb. In der That hat der dort stehende französische Befehlshaber Stainville Ende Oktober eine Überraschung Wolfenbüttels und Braunschweigs ins Auge gefaßt. An der Ausführung haben ihn aber die noch rechtzeitig vom Erbprinzen nach Wolfenbüttel gesandten Lucknerschen Scharen verhindert. Am 12. November endlich wurde Stainville durch die vereinten Anstrengungen des Erbprinzen, Luckners und Wangenheims endgültig aus Seesen vertrieben. Indes blieb trotzdem die Gesamtlage noch wochenlang höchst kritisch, bis sich endlich Broglie, von Herzog Ferdinand und dem Erbprinzen immer mehr in die Enge gedrängt, entschloß, seine Stellungen nördlich von Göttingen aufzugeben. Nun erst konnte man in Braunschweig ganz frei wieder aufatmen.

Herzog Karl war am 14. November, seine Familie am 17. wieder in der Residenz eingetroffen. Traurige Bilder der Verheerungen waren es, die sich ihm bei der Rückkehr überall darstellten: „Ils ont agi dans mon pays comme les Russes en Poméranie“, schreibt er am 28. November Friedrich dem Großen. Dem kleinen Seesen hatten die Franzosen allein 50000 Taler, Gandersheim gar 100000 Taler abgepreßt. Wer nicht gutwillig seine Habe hergegeben, war auf das abscheulichste mißhandelt worden. Verbrannt waren die Bauerngehöfte, zerstampft die Fluren, allerorts das Vieh weggetrieben. Zu einer Neubestellung der Felder fehlten Saatkorn und bei der wachsenden Entvölkerung des Landes die Arbeitskräfte. Dazu griff auch unter den braunschweiger Truppen infolge der Länge des Krieges ein wüster, unbotmäßiger Sinn, eine zunehmende Verrohung und Zuchtlosigkeit Platz, so daß diese sich häufig nicht scheuten, trotz der darauf gesetzten hohen Strafen den unglücklichen

Landbewohnern ihre letzten Lebensmittel, ihr spärliches Viehfutter mit Gewalt fortzunehmen. Wahrlich, nicht mit Unrecht hat der Herzog gerade dies Kriegsjahr 1761 als das Schlimmste bezeichnet. „Gott wolle in seiner Gnade endlich Erbarmen mit uns haben“, ruft er voll Verzweiflung der Königin-Schwester in den trüben Oktobertagen, in denen er landflüchtig umherirrte, zu.

Dazu gesellte sich dann noch die leider nur allzu berechtigte Sorge, wie sich nach Pitts Rücktritt (5. Oktober 1761) England den Verbündeten gegenüber stellen würde. Man durfte froh sein, daß dessen Nachfolger, der engherzige Lord Bute, dem Herzog Ferdinand nicht wie Friedrich dem Großen jede weitere Unterstützung durch Hilfsgeelder entzog, wenn er es auch in allen Tonarten zu hören bekam, welch' geringes Interesse England an der Fortsetzung des Krieges in Deutschland hätte.

Ein Lichtblick war es wenigstens, daß das Braunschweiger Land keinen feindlichen Einfall mehr über sich ergehen lassen mußte. Nur einmal noch, am 5. und 6. Juli 1762, haben ganz flüchtig von Einbeck her französische Truppen die Umgegend von Clausthal und Zellerfeld, von Osterode und Seesen unsicher gemacht. Die Siege Herzog Ferdinands bei Schloß Wilhelmstal in Hessen am 24. Juni über das französische Hauptheer und bei Lutternberg am 25. Juli über Prinz Faber von Sachsen haben die Franzosen gezwungen, ihre noch im Hannoverschen behaupteten Stellungen, zuletzt am 17. August auch Göttingen aufzugeben. Dritthalb Monate darnach hat das blutige Ringen zwischen Frankreich und England auf deutschem Boden sein Ende gefunden.

Aber ganz ohne seelische Erregung ist auch diese letzte Phase des Krieges, die sich größtenteils in Hessen abspielte, nicht an dem Herzog vorübergegangen. Den Erbprinzen, den, wie Philippine Charlotte einmal Elisabeth Christine klagt, sein Oheim, weil er sich auf niemanden sonst so recht verlassen konnte, mit den gefährlichsten Aufgaben betraute, wobei er des öfteren verwundet worden,*) traf am 30. August 1762 bei dem Kampfe von Johannisberg bei Friedberg während des Sturms auf die Höhe eine Kugel in den Unterleib so schwer, daß man noch im Oktober an seinem Aufkommen zweifelte. Man rief den verzweifeltsten Vater an sein Krankenbett nach Minden, der dann aber zu seiner Erleichterung statt eines Sterbenden einen Genesenden fand.

Und als dann endlich all' diese Drangsale und Leiden überwunden waren und man nach Niederlegung der Waffen im November 1762 glaubte, mit dem Anbruch einer besseren, glücklicheren Zeit rechnen zu dürfen, welch' eine bittere Enttäuschung hat dann erst der am 10. Februar 1763 von Frankreich und England zu Paris unterzeichnete Friede**) dem viel geprüften Herzog gebracht. Er, der durch unwandelbare Treue,

*) So bei Korbach am 10. Juli 1760, bei Kloster Campen 16. Oktober 1760.

**) Die Präliminarien waren bereits am 3. November 1762 zu Fontainebleau geschlossen.

durch seine die Kräfte des Landes weit übersteigenden Kriegs- und Truppenlieferungen so viel zu dem günstigen Ausgang des ungleichen Kampfes beigetragen, der all' das Schwere, was über ihn und sein Land im Laufe desselben gekommen, ohne Murren auf sich genommen, der selbstlos das Leben der eigenen Söhne in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt: er sah sich in der rücksichtslosesten Weise beim Friedensvertrag mit seinen nur allzu gerechten Forderungen auf eine entsprechende Entschädigungssumme gleich Hessen übergangen, vonseiten Englands auf unbestimmte Zeit vertröstet und so um alle Früchte des Sieges gebracht.

Fast noch schlimmer aber wurde der Herzog im Augenblick dadurch betroffen, daß England seit dem 31. Oktober 1762 die weitere Auszahlung der Gelder an die für den Krieg geworbenen Truppen verweigerte. Hatte er doch eben noch im Sommer vorher im Vertrauen auf die ihm dafür von dort zufließenden Summen seine Truppen bis auf 16000 Mann vermehrt. Ihre Verringerung auf die Friedensstärke ließ sich beim besten Willen nicht im Handumdrehen durchführen, zumal viele Offiziere gegen Zusicherung einer späteren Pension eingetreten waren. Auch widerstrebte es dem edelgesinnten Herzog, so manch einen, der freiwillig sich seinen Fahnen angeschlossen, mit schlichem Abschied fortzuschicken. Man hat schließlich die betreffenden Offiziere, so weit sie nicht dienstuntauglich waren, allerdings mit niedrigerem Gehalt bei dem Braunschweiger Garnison- und Landregiment und bei der Invalidencompagnie in Wolfenbüttel eingestellt. Auch die beabsichtigte Verminderung der Truppen ist mehr oder weniger eine Verordnung auf dem Papier geblieben,*) da sich der Herzog von seinen Soldaten nicht trennen mochte, was ihm später allerdings gar manchen Verdruß und manche Unannehmlichkeit bereitet hat. Die erst im Frühjahr 1762 geschaffene, leichte Truppe der „Volontaires de Brunsvick“, etwa 800 Mann, hat der Herzog zunächst für die Dauer des noch zwischen Preußen und Oesterreich, beziehungsweise dem Reiche weitergehenden Krieges an Friedrich den Großen abgetreten. Er hat nach dieser Richtung eine bedeutend größere Weitherzigkeit als der Landgraf von Hessen gezeigt, der seine Truppen ohne weiteres im Januar 1763 zurückzog, obgleich es auch Herzog Karl nicht ganz erwünscht sein konnte, daß seine Volontaires in Cleve, Geldern und Westfalen gegen Oesterreich Verwendung finden sollten, nachdem er stets, wie übrigens auch Hessen, mit einer gewissen Geflissentlichkeit betont, daß er den Waffengang Preußens mit Oesterreich als eine Sache für sich betrachte, in die er sich nicht einmischen wolle, da er persönlich ja nur im Kampf mit Frankreich und nicht mit dem Kaiser stehe. Wenn er jetzt von diesem an sich völlig begreiflichen Standpunkt abwich,**) so ist dies eben ein Beweis mehr, wie ernst und hoch er seine Waffen-

*) Nur einige Reiterregimenter und die Jäger zu Fuß wurden entlassen.

**) Die Volontaires sind übrigens noch im Februar 1763 gegen eine Entschädigungssumme von etwa 62000 Taler ganz in preussische Dienste übergegangen.

brüderschaft mit Friedrich dem Großen auffaßte. „Den einzigen unter seinen Bundesgenossen, der ihn nicht verlassen habe“, hat ihn Friedrich selbst in den letzten Monaten, die dem am 15. Februar 1763 geschlossenen Hubertusburger Frieden vorangingen, genannt,*) zu einer Zeit, da England, Preußen schmählich im Stich lassend, sich nicht scheute, bei seinen am 3. November mit Frankreich abgeschlossenen Friedenspräliminarien dessen Gutsdünken es zu überlassen, ob die noch von französischen Truppen besetzten preussischen Festungen in Cleve und Westfalen an Friedrich den Großen oder an Osterreich oder das Reich auszuliefern seien. Bekanntlich hat dann noch England diesem hinterlistigen Gebaren dadurch die Krone aufgesetzt, daß es schließlich versuchte, die Zarin Katharina II. gegen den Preußenkönig aufzuheizen.

Wieder war es Herzog Karl, wie so oft während des siebenjährigen Krieges, aus dessen Mund Friedrich zuerst von solch' dunklen Mächenschaften erfuhr. Nur allzu natürlich erscheint es daher, daß dieser, nachdem er im Hubertusburger Frieden die Hände frei bekommen hatte, sich dem Schwager, dessen Zuverlässigkeit und Freundschaft er bei jeder Gelegenheit so glänzend erprobt,**) dankbar zu erweisen versuchte. Vornehmlich wurden dem mit finanziellen Schwierigkeiten aller Art ringenden Herzog die Sorge für einzelne Glieder seiner zahlreichen Familie abgenommen. Noch im Herbst 1763 hat Friedrich zwei der Söhne unter den ehrenvollsten Bedingungen an den Berliner Hof gerufen, den jugendlichen Helden Friedrich August***), der sich durch seine glänzenden Geistesgaben, seinen sprühenden Witz bald so des Oheims Gunst zu erwerben wußte, daß dieser ihn kaum von der Seite ließ, und den um fünf Jahre jüngeren Wilhelm Adolf. †)

*) Brief Friedrichs des Großen aus Leipzig an Herzog Ferdinand v. 6. Dez. 1762.

**) In der Antwort auf des Herzogs Glückwunschschreiben vom 18. Februar 1763, zum Hubertusburger Friedensschluß aus Dahlem in Schlesien (22. Februar) sagt Friedrich, er werde nie vergessen, wie sich des Herzogs Freundschaft bei jeder Gelegenheit erprobt habe.

***) Friedrich August wurde das durch den Tod des Markgrafen von Schwedt erledigte Infanterieregiment, um das sich ein Jahr vorher der Landgraf von Hessen vergeblich beworben hatte, verliehen. Des Königs Vermittlung hatte er es weiter im Jahre 1768 zu danken, daß er die Hand der einzigen Tochter des Herzogs von Württemberg, der Prinzessin Friederike, und mit ihr die Anwartschaft auf das Fürstentum Ols und die Herrschaft Gutenberg in Schlesien erhielt, wodurch Ols in den Besitz des Braunschweiger Herzoghauses gekommen ist.

†) Geb. 18. Mai 1745. Er wurde zum Chef des seit dem Tode des Prinzen Friedrich Franz bei Hochkirch seines Führers beraubten Füsilierregiments „Jung Braunschweig“ ernannt. Durch den Vorschub, den er seiner fast abgöttisch geliebten Schwester Elisabeth, der Gemahlin des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen bei ihren Eheirungen (S. 61) leistete, hat er sich bei den Mitgliedern des preussischen Herrscherhauses mit Ausnahme des Königs selbst mißliebig gemacht. Auf vieles Drängen hin erhielt er von den Eltern und dem Oheim Friedrich dem Großen im Frühjahr 1770 die Erlaubnis, in russische Dienste zu treten und sich an dem im Oktober 1769 ausgebrochenen russisch-türkischen Krieg zu beteiligen. Mehrere Wochen nach der

Ein Freudentag war es für das Herzogspaar gewesen, als Friedrich der Große zum erstenmal im Dezember 1763 der Herzogin Philippine Charlotte den Vorschlag machte, ihre jugendschöne, lebensprühende, kaum 17 jährige Tochter Elisabeth*) mit dem preussischen Thronfolger, dem späteren König Friedrich Wilhelm II., zu vermählen. In der That hat dann am 18. Juli 1764 die feierliche Verlobung zu Charlottenburg und ein Jahr darnach (14. Juni 1765) die Hochzeit des glückstrahlenden jungen Paares stattgefunden. Allgemein fiel dabei das frohe und zufriedene Aussehen des Königs und der Brauteltern auf, als müßte für sie aus diesem Bund nur lauter Heil und Segen erwachsen. Leider ist dann aber diese Ehe, wohl in erster Linie durch des Gatten Schuld, die denkbar unglücklichste geworden, so daß sich schon mehrere Jahre darnach der König auf das Drängen seiner Brüder hin zu deren Trennung entschließen mußte. Er sowohl, dessen bevorzugter Liebling die Prinzessin gewesen, wie die Eltern, welche die entartete Tochter nicht mehr wiedersehen wollten**), haben sich nie so recht in diese Wendung der Dinge hineingefunden. Ein Glück nur, daß dem niedergebeugten Elternpaar in der jüngsten Tochter, der 1749 geborenen Auguste Dorothee, deren Hand vergeblich der eine oder andere Prinz begehrt hatte, ***) Trost und Sonnenschein für ihre letzten Lebensjahre erwuchs, besonders, nachdem auch der jüngstgeborene Prinz Leopold, †) der Mutter Liebling, das sanfteste ihrer Kinder, wie ihn gelegentlich Philippine Charlotte dem königlichen Bruder gegenüber nennt, das Vaterhaus verlassen. Nach längerem Schwanken ist er im Januar 1776 ebenfalls in den Dienst des preussischen Oheims getreten, ††) nicht ganz nach Vaters Wunsch, der den Sohn lieber in demjenigen des Kaisers gesehen hätte, getreu seinem Grundsatz, bei aller preußenfreundlichen Politik doch die guten Beziehungen zum Kaiserhaus zu pflegen. Dies war auch der Grund, warum der Herzog in den Jahren 1764 und 66 dem Erbprinzen in fast ungnädiger Weise trotz dessen wiederholter Bitte den Eintritt in das preussische Heer verwehrte, so daß dieser erst im Jahre 1773, zu einer Zeit, wo er dem Vater als

Schlacht am Flusse Raghul (1. August 1770), in der er sich rühmlich hervorgetan, ist er dort einer Lungenentzündung erlegen. Friedrich der Große ist mit ihm bis zu seinem Tode im regen brieflichen Verkehr geblieben.

*) Geb. 8. November 1746.

**) Sie ist 94 jährig in der Verbannung zu Stettin 1840 gestorben.

**) So Prinz Karl von Schweden, ihr Vetter, dem sie 1773 eine Absage gegeben hat. Auch bei der Brautwahl des verwitweten Kaisers Joseph II. im Jahre 1768 kam sie in Frage, allerdings unter der stillschweigenden Voraussetzung eines Religionswechsels, Sie, die seit 1778 die Würde einer Abtissin von Gandersheim bekleidete, ist 1810 unvermählt gestorben.

†) Geb. 11. Oktober 1752.

††) Friedrich hat ihm im Januar 1776 ein Regiment verliehen. Der Prinz ist bekanntlich am 27. April 1785 bei seinem Versuch, die vom Hochwasser überraschten Einwohner der unteren Dammvorstadt zu Frankfurt a. O. zu retten, in den Fluten des tolldreißenden Stromes ertrunken.

Mitregent freier gegenüberstand, seinen Willen durchzusetzen vermochte. *)

Jrgendwie unfreundliche oder gar preußenfeindliche Beweggründe lagen indessen dem Herzog bei solch gelegentlichen Seitensprüngen fern; er wollte sich eben seine Selbständigkeit erhalten und sich nicht so von dem doch immerhin etwas gewalttätigen Schwager gleich seiner Gattin ins Schlepptau nehmen lassen. Ihr war der große Bruder der Abgott, dem sie alles, was sie bewegte, und was sie erfuhr, rückhaltlos anvertraute; um so schmerzlicher mußte sie es dann allerdings berühren, wenn der von ihr so zärtlich geliebte Gatte bei Dingen, von denen er wußte, daß er darüber anderer Meinung sei als der König, seine eigenen Wege ging, ohne sie ins Vertrauen zu ziehen. Sonst aber ist wohl keiner so warm und so vorurteilslos für Friedrichs Interessen eingetreten als Herzog Karl. Man denke nur an seine Haltung anläßlich des Austritts seines Bruders Ferdinand aus preußischen Diensten im Juni 1766, welcher erfolgte, weil sich dieser nicht ohne Grund vielfach vom König zurückgesetzt und absichtlich gekränkt glaubte. Der Herzog hat sich damals so lebhaft zu des letzteren Untwalt aufgeworfen, daß Ferdinand, verbittert wie er war, in einem Brief vom 19. Juni 1766 aus Wechelde (bei Braunschweig), wohin er sich alsbald nach seiner Entlassung zurückgezogen, der Königin Elisabeth Christina klagt, sein Bruder sei bei seinem vorgestrigen Besuch wie ein Tyrann mit ihm verfahren, indem er ihn habe zwingen wollen, in der fraglichen Angelegenheit genau so zu denken wie er.

Ganz so, wie es sich Ferdinand vorgestellt, ist der Herzog aber doch nicht in dieser Sache auf der Seite des Königs gestanden. Im Gegenteil, er hat in dem Schreiben, worin er diesem das Mißlingen seines im Auftrag Friedrichs unternommenen Vermittlungsversuches berichtet, warm des Bruders Standpunkt verteidigt, wenn er auch zum Schluß betont, wie schmerzlich ihm selbst das ganze Vorkommnis berühre, nachdem er ja seit 36 Jahren dem preußischen Herrscherhaus und besonders dem König auf engste verbunden sei. Hätte ihn das Geschick auf einen so hohen Posten unter solch' einem Herrn berufen, er würde nie so ge-

*) Nur einmal, während des siebenjährigen Kriegs, als der König den Herzog Ferdinand infolge der Kapitulation von Magdeburg und der Niederlage des Generals Diercke bei Meissen Ende 1759 um ein Hilfskorps anging, hat der Erbprinz als Führer desselben im preußischen Lager bei Freiberg einige Wochen, vom 26. Dezember bis zum 3. Februar 1759 zugebracht, aber in die kriegerischen Ereignisse nicht eingegriffen. Die herzoglichen Eltern sahen nicht ohne Besorgnis dem Beisammensein des feurigen Jünglings mit dem kritisch veranlagten Oheim entgegen. Ihre Sorge, der sie beide in ihren Briefen an Friedrich dem Großen Ausdruck gaben, war indessen unberechtigt. Friedrich hat sich wiederholt beim Herzog über dies Beisammensein in einer für den Erbprinzen höchst schmeichelhaften Weise ausgesprochen; ja er hat damals sogar die berühmte Ode an den Prince-héréditaire de Brunswick zu seinem Preise verfaßt. Bei seinem Eintritt ins preußische Heer 1773 bekleidete er zunächst die Stelle eines Generals der Infanterie, seit 1786 die höchste militärische Würde, die eines Generalfeldmarschalls.

handelt haben; aber Ferdinand sei trotz allen Anspruchs eben nicht von seinem Entschluß abzubringen gewesen.

Auch wenn dadurch eine zeitweilige Spannung zwischen den beiden Brüdern eingetreten ist,*) so ist dies wohl in erster Linie seine eigene Schuld gewesen, da er nie mehr ein Wort über die strittige Angelegenheit verlor, sich bei Hofe nicht sehen ließ und überhaupt jedes Zusammensein mit dem Bruder vermied.

Um so inniger und zwangloser gestaltete sich der Verkehr des Herzogs mit Friedrich dem Großen. Häufiger denn je spricht der König als Gast bei dem Herzogpaar ein. In launiger Weise bittet er dann wohl, mit ihm keinerlei Umstände zu machen, sondern ihn einfach im Jagdhaus zu Salzdhallum oder sonstwo einzuquartieren. Sie würden dadurch ja auch weniger belästigt sein und könnten sich freier und besser gegenseitig genießen.

Bei solchen Gelegenheiten wurden rüchhaltlos auch die finanziellen Nöte, die den Herzog bedrängten, besprochen, und Friedrich ist dem Schwager wiederholt, vornehmlich in den Jahren 1765 und 1766 mit größeren Summen beigeprungen. Ebenso war es seiner Vermittlung zu danken, daß im Jahre 1773 die königliche Bank zu Berlin der Braunschweiger Regierung eine halbe Million Taler vorschob, eine Summe, die allerdings viel zu unbeträchtlich war, um den Fehlbetrag in den herzoglichen Kassen zu decken und daher auch nicht, wie Philippine Charlotte in ihrem Dankesbrief an den Bruder vom 9. August 1773 hofft, Fürst und Volk die Ruhe und den verlorenen Kredit wiedergeben konnte.

Jedenfalls aber hat der Herzog dem König diese Beizeise von Freund- und Hilfsbereitschaft nicht vergessen. Klar und deutlich ist dies in den Briefen an ihn, ob sie auch mit der Zeit spärlicher werden, zum Ausdruck gekommen. Besonders in dem letzten uns erhaltenen Schreiben des Herzogs vom 29. Dezember 1775, das an den König kurz nach einer schweren Erkrankung desselben gerichtet wurde, und dessen zitterige Schrift schon ein Zeichen des nahenden Leidens ist, spiegelt sich dies Gefühl von Dankbarkeit und warmer Anhänglichkeit in der Freude über dessen fortschreitende Genesung wieder. „Niemand auf der Welt nehme ein aufrichtigeres Interesse daran als er, und er sende die heißesten Wünsche zum Himmel, damit dieser dem König bald seine volle Gesundheit wiederschente. Friedrich möge ihm auch ferner seine huldvolle Freundschaft bewahren. Er jedenfalls sei ihm bis zum letzten Augenblick ergeben als *de votre Majesté le très humble, très obéissant et tout à fait dévoué frère et serviteur Charles.*

*) Noch im Dezember 1769 klagt Ferdinand der Königin Elisabeth Christina, der Herzog weise ihn in nichts ein, er fühle sich als Fremder im eigenen Lande.

**) Brief Friedrich des Großen an den Herzog vom 22. Februar 1773.

Herzog Karl als Regent.

I. Bestrebungen zur Hebung des Landes.

Die Regierung Herzog Karls gehört, abgesehen von den ersten Jahren, da der erst zum Manne heranreifende Jüngling noch kaum die ihm zugefallenen Herrscherpflichten in vollem Umfang erfaßte, bereits jenen Tagen an, in denen sich immer lauter der Widerspruch gegen Ansichten und Sitten regte, die aus dem Mittelalter übernommen, das Denken und Handeln der breiten Volksschichten in politischer und religiöser Hinsicht fast bis zur Unerträglichkeit einengten und Zustände geschaffen hatten, welche z. B. diejenigen der früheren Epoche noch weit übertrafen. Von England ausgehend, dem Land, wo sich der Bürger seit Jahrhunderten im Vergleich zu anderen Staaten einer ganz unerhörten Freiheit erfreute, hatte diese Bewegung, die man mit dem Namen Aufklärung bezeichnet, und die auch auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet bessere Verhältnisse herbeizuführen strebte, etwa seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in Frankreich Fuß gefaßt, wo sie an Voltaire, der damals eben auf der Höhe seines Ruhmes stand, sowie an dem federgetwandten, scharfsinnigen Diderot, an d'Alembert und den übrigen Encyclopädisten und an Rousseau warme Anhänger und Vertreter fand. Ihre Ideen verbreiteten sich infolge der führenden Stellung, welche Frankreich dazumal auf geistigem Gebiet einnahm, bald über ganz Europa. Freilich haben nicht überall ihre Verfechter sich wie dort in so schroffen Gegensatz zu den bestehenden Verhältnissen gestellt, nicht überall ward der Kampf gegen Fanatismus, Heuchelei und den Geistesdruck der Kirche mit gleichem Wagemut, aber auch mit gleichem Eynismus gegen allen religiösen Glauben übernommen; nirgends wurde so rücksichtslos an altersschwachen staatlichen Einrichtungen gerüttelt, nirgends so folgerichtig und geschickt der Haß gegen die unbefchränkten Machthaber im Priestergewand und auf dem Thron geschürt. Andererseits aber sind es gerade die Franzosen gewesen, welche den Forderungen der Aufklärung Eingang bei den Fürsten, vornehmlich deutschen, verschafften; ja, diese letzteren waren fast ängstlich bemüht, sich durch philanthropische Schöpfungen und eine möglichst vorurteilsfreie Haltung den verschiedenen Konfessionen gegenüber den Beifall jener, besonders denjenigen Voltaires, zu erwerben. Daß die freidenkerische ja frivole Art, mit der die Franzosen staatliche, sozialpolitische und religiöse Fragen behandelten, auch eine Gefahr für die eigene Machtfülle barg, ist diesen Fürsten wohl kaum zum Bewußtsein gekommen, umsoweniger, da man sich nirgendwo so staats- und kirchen-

umwälzende Ziele gleichwie in Frankreich steckte. Wohl schwärmte man für Freiheit und Menschenwürde; nimmer aber wäre es jemandem eingefallen, an angestammte oder angemaßte Fürstenrechte zu tasten. Und wagte sich ja einmal ein Unerforschener mit kühnem Einspruch dagegen vor, so blieb sein Wort auf den engen Kreis der Gebildeten, welche sich der ganzen Bewegung angeschlossen hatten, beschränkt; in die breiten Volksmassen ist es nie gedrungen. Waren es doch meist gute Staatsbürger, Gelehrte, vor allem Geistliche, die sich mit der Lösung der neu aufgeworfenen Fragen befaßten. Da bedeutete es schon sehr viel, wenn man daran ging, die dogmatischen Säkungen auch der lutherischen Kirche einer sachlicheren Kritik als bisher zu unterziehen, von den Kanzeln herab eine vernunftgemäßere Erklärung der in der Bibel erzählten Wunder zu empfehlen und die Moral als Grundlage und Zweck jeder Religion hinzustellen. Das größte Verdienst aber, das sich diese Aufklärungsapostel um ihr Vaterland und die Menschheit erworben, liegt auf philanthropischem Gebiet. Ihnen hatte es die heranwachsende Jugend zu danken, wenn sie von jetzt ab eine mit den Forderungen des Lebens mehr im Einklang stehende Erziehung erhielt, wenn auch der Mittellose einen regelrechten Unterricht genoß. Sie haben den unteren Ständen, voran den Bauern, zwar nicht die Befreiung, aber doch wenigstens eine wesentliche Verminderung der drückenden Lasten gebracht, welche frühere Jahrhunderte zu Gunsten der bevorzugten Klassen auf ihre Schultern gewälzt hatten.

Auch um die Einführung einer milderen Gesetzgebung, um eine menschenwürdigere Behandlung der Gefangenen und um die Werte der Nächstenliebe, die Unterstützung der Bedürftigen und mittellosen Kranken haben sie sich unleugbare Verdienste erworben. Daß sie sich außerdem mit volkswirtschaftlichen Fragen, mit einer Weckung der Kräfte des Landes, der Hebung von Handel und Industrie, vorzüglich aber der Landwirtschaft befaßten, konnte den Fürsten nur erwünscht sein, weil aus solchen Bestrebungen dem Lande und in letzter Linie ihnen selbst neue Einnahmequellen erwachsen mußten. Auch die Heranziehung der Bürger zu Mitarbeitern bei diesen neuen Kulturaufgaben und, so weit es sich um landwirtschaftliche Fragen handelte, des Landmanns, konnte der Macht der Krone nur förderlich sein. Denn das Emporkommen des dritten Standes mußte ohne Zweifel eine Abnahme an Einfluß und Ansehen für den ersten Stand nach sich ziehen, dessen Macht zu stärken wahrlich nicht im Interesse einer selbstherrlichen Regierung lag; denn ihm stand von altersher das Recht zu, daß die Landesangelegenheiten, insofern es sich dabei um Steuerfragen handelte, ihm zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden mußten.

Am Herzog Karl von Braunschweig hat diese ganze rationalistische Strömung schon sehr früh einen warmen Anhänger gefunden, und zwar zu einer Zeit, da sie sich auch in Frankreich noch in durchaus gemäßigten

Bahnen hielt und einstweilen erst gegen die herrschenden religiösen Vorurteile und kirchlichen Mißbräuche, gegen Ausbeutung und Vergeßlichkeit der unteren Volksklassen durch die oberen, nicht aber gegen alle Religion und die bestehenden Staatseinrichtungen zu Felde zog. Vermittler der neuen Ideen am herzoglichen Hof war ein junger Geistlicher, der später als Kanzelredner so berühmte Abt Johann Friedrich Wilhelm Jerusalem,*) welcher im Jahr 1742 zunächst als fürstlicher Hof- und Reiseprediger und Erzieher des Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand nach Braunschweig berufen, in Folge seiner ungewöhnlichen Kenntnisse auf wissenschaftlichem, literarischem und sozialpolitischem Gebiet, seiner feinen, weltmännischen Sitten, sowie seiner seltenen Charaktereigenschaften einen maßgebenden Einfluß auf das weiche, empfängliche Gemüt des Herzogs und auf dessen kluge Gemahlin gewann. Während letztere in ihm ebenso sehr den Leiter und Förderer ihrer geistigen Interessen und Halt und Stütze in den Stürmen des Lebens, die ihr ja nicht erspart geblieben sind, fand, ist ihrem Gatten in ihm ein einsichtiger, wertvoller Berater bei Ausführung seiner Regentenpflichten erstanden. Ganz erfüllt von den neuen Ideen der Volksbeglückung, deren glänzende Verwirklichung vornehmlich auf philanthropischem Gebiet er kurz vorher durch eine längere Reise in England und Holland, damals den Musterländern staatlicher und sozialer Einrichtungen, kennen gelernt hatte, frei von persönlicher Eitelkeit, reich an Lebenserfahrung, dabei weitblickend, besonnen und doch redegewandt wie wenige der zahlreichen philosophischen Staatskünstler, die die Aufklärung hervorgebracht hat, war er so recht geeignet, dem leicht Feuer fangenden Herzog die tiefgreifende Bedeutung der neuen Forderungen für ihn und sein Volk klarzulegen, das reiche Maß irdischer Glückseligkeit, das einem nach diesen Grundsätzen regierten Land widerfahren und das hohe Ansehen und die Macht, welche einem solchen Herrscher zufallen würde. Immerhin ist es fraglich, ob Jerusalem, der ja erst langsam in seine Stellung hineinzuwuchs,**) mit seinen Ansichten und Plänen bei dem leichtlebigen, höfischen Zerstreuten nur allzusehr ergebene Fürsten durchgedrungen wäre, hätte er nicht in dem Manne, der auf den Herzog den größten Einfluß hatte und in dessen Hand schon damals tatsächlich die Leitung des Braunschweigischen Staatswesens lag, weitgehendes Verständnis und einen begeisterten Fürsprecher gefunden.

*) Näheres darüber siehe bei „Abt Jerusalem und die Gründung des Collegium Carolinum zu-Braunschweig“ von August Roloff, Dissertation, Berlin 1910.

**) An äußeren Ehren ist ihm nach und nach durch des Herzogs Gunst die Beförderung zum Propst der Klöster St. Crucis und Agidii, zum Abt von Marienthal (1749), zum Abt des Klosters Riddagshausen (1752) und schließlich zur höchsten theologischen Würde im Herzogtum, dem Amt eines Vizepräsidenten beim Konsistorium in Wolfenbüttel 1771 zu teil geworden. Er ist der Vater von Karl Wilhelm Jerusalem, dem Urbild von Goethes Werther.

Möglich, daß die Beweggründe, welche Heinrich Bernhard Schrader von Schlieftedt, den „Mazarin des Braunschweiger Hofes“, wie ihn der Kammerherr der Königin Elisabeth Christine, der Reichsgraf von Lehndorff, gelegentlich seines Besuches in Braunschweig 1756 nennt, dazu bestimmten, Jerusalems Vorschläge zu den seinigen zu machen, keine ganz selbstlosen waren. Von Herzog Ferdinand Albrecht kaum 27 jährig *) zum Sekretär des Prinzen Karl erkoren, den er in dieser Eigenschaft überall hin begleiten mußte, hatte er sich in ganz ungewöhnlicher Weise das Vertrauen und die Gunst seines jugendlichen Herrn erworben. Schon wenige Wochen nach seiner Thronbesteigung ernannte ihn dieser am 31. Oktober 1735 zum Hofrat und Mitglied der Justizkanzlei in Wolfenbüttel. Ja, er hat für ihn kurz darauf in Wien ein kaiserliches Adelsdiplom ausgewirkt, auf Grund dessen sich Schrader nach dem von ihm erworbenen Gute den Beinamen von Schlieftedt zulegte. Wie viel der Herzog von ihm hielt, ergibt sich daraus, daß er überhaupt erst nach vorheriger Rücksprache mit ihm, häufig über die Köpfe seiner berufenen ersten Ratgeber hinweg, Entscheidungen selbst in den wichtigsten Staatsangelegenheiten traf. Trotzdem aber hat es doch fast noch zwanzig Jahre gedauert, ehe der ehrgeizige Mann sich am Ziel seiner Wünsche sah, einen Ministerstiz im Braunschweiger Geheimratskollegium einzunehmen. Und auch da stand zunächst nicht er, sondern der 1742 nach dem Tode Münchhausens zu dessen Nachfolger ernannte Geheimrat August Adolf von Gramm an erster Stelle. Allerdings hat der Herzog, indem er jedem seiner drei Minister **) laut Reskript vom 16. Dezember 1754 ein bestimmtes Ressort zuwies, von vornherein seinem Günstling ein bedeutendes Übergewicht vor den anderen beiden eingeräumt dadurch, daß dessen Arbeitsgebiet nicht nur die wichtigsten Zweige der Verwaltung umfaßte, sondern auch die fürstlichen Civil- und die geheimen Staatsangelegenheiten, welche in der Geheimratsstube nicht verhandelt werden durften, und all' das, was Serenissimus dahin zu rechnen für gut fände, wie es in dem Reskripte heißt. ***)

Schrader war ebenso wie Jerusalem zur Zeit, da er in das Gesichtsfeld des Herzogs trat, trotz seines jugendlichen Alters bereits ein weit gereifter, viel erfahrener Mann. Auch hatte er gleich jenem Gelegenheit gehabt, die mächtigen Fortschritte auf kulturellem Gebiet in England und den Niederlanden aus eigener Anschauung zu bewundern; auch er hatte sich dort, wie unschwer einem aus dieser Wanderzeit stammenden Tagebuch †) zu entnehmen ist, die Richtlinien für seine späteren Versuche ge-

*) Schrader war am 3. Oktober 1706 als Sohn des Patriziers und Bürgermeisters Paul Schrader zu Braunschweig geboren.

**) Neben Schrader wurde am 7. März 1754 noch der bisherige Kriegsrat Justus Heinrich von Böttcher als dritter Minister berufen.

***) 1763 hat der Herzog sogar daran gedacht, ihm das Präsidium des Konfistoriums in Wolfenbüttel zu übertragen.

†) Heute in Wolfenbütteler Landes-Haupt-Archiv.

holt, den Braunschweiger Staat auf eine den Anforderungen der neuen Zeit entsprechende Stufe zu heben. Ansätze, mit teilweise völlig veralteten, wenn auch eng mit dem ganzen Volksleben verbundenen Einrichtungen und Gepflogenheiten aufzuräumen, wurden daher schon in den ersten Regierungsjahren Karls I., lange vor dem Auftreten Jerusalems gemacht. Möglich, daß sogar der Fürst selbst und nicht Schrader die eigentliche, treibende Kraft dabei gewesen. Hatte ersterer doch als Schwiegersohn König Friedrich Wilhelms I. hinreichend Gelegenheit, zu beobachten, wie rasch das von der Natur so vernachlässigte Preußen durch die weisen Neuerungen seines Königs auf dem Feld der inneren Verwaltung emporblühte. Besonders mußten dessen Reformen auf finanziellem Gebiet, in erster Linie die Änderung der preussischen Steuer- verfassung, welche auf eine gerechtere Verteilung der Abgaben hinauslief, außerdem aber dem Staat und der Krone eine beträchtliche Mehreinnahme einbrachte, in dem jugendlichen Herzog die Lust zur Nachahmung erwecken. Sah er sich doch auch bald in die dringliche Notwendigkeit versetzt, seine Einkünfte auf passende Weise zu erhöhen.

Eine fürstliche Civilliste im späteren Sinn, für welche das Land aufzukommen hat, gab es damals in Braunschweig noch nicht. Die laufenden Ausgaben für die Hofhaltung wie für den Herrscher selbst und seine Familie wurden aus den Einkünften des fürstlichen Grundbesitzes, des „Kammergutes“ bestritten. Aufsicht und Verwaltung dieser Domänen lag der herzoglichen Kammer ob, die früher dem Geheimratskollegium angegliedert war, seit dem 18. Jahrhundert aber eine selbstständige Behörde bildete, welcher auch die dem Staate gehörenden Güter unterstellt waren. Für den am Hofe durch Anton Ulrich eingeführten Prunk reichte indessen bald das fürstliche Einkommen nicht mehr aus, selbst wenn man, woran in jener Zeit absoluter Herrschaft niemand Anstoß nahm, keine strenge Scheidung zwischen Staats- und fürstlichen Einkünften zog.*) Die Folge davon war, daß man nach und nach den gesamten Grundbesitz mit Schulden mehr als billig belastete. Schon unter Ludwig Rudolph hielt es schwer, neue Anleihen aufzunehmen. Trotzdem aber wurde im großen Stil weiter darauf los gewirtschaftet. Niemals wurden weder im fürstlichen, noch im Staatshaushalt Voranschläge über Ausgaben und Einnahmen gemacht, um beide ins Gleichgewicht zu bringen, oder die Stände befragt, obgleich ihnen das Recht zustand, zur Beratung herangezogen zu werden, auf welche Weise die Kosten für die Verwaltung des Landes gedeckt werden könnten. Auch unter Herzog Karl trat darin keine Änderung ein. Er dachte gar nicht daran, den Ständen die ihnen seit Jahrzehnten vorenthaltenen Rechte wieder einzuräumen, oder nach Preußens Beispiel eine Finanzbehörde einzusetzen,

*) Mit diesen ungefunten Zuständen hat erst die Verfassung vom Jahre 1832 aufgeräumt, die den Staatshaushalt völlig von dem fürstlichen löste.

welcher man die Regelung der gesamten Wirtschaftsführung des Staats in Einnahmen und Ausgaben übertragen hätte. Selbst die kostspielige, völlig unnötige Sonderverwaltung, welche Herzog Ludwig Rudolph dem Fürstentum Blankenburg bei seiner Wiedervereinigung mit dem Herzogtum Braunschweig im Jahre 1731 gewährleistet hatte, blieb bestehen, obgleich die Besoldung einer doppelten, an sich schon viel zu großen Beamtenschaft Unsummen verschlang. So blieb denn nichts anderes übrig, als energische Maßregeln zur Ordnung der Finanzen auf andere Weise zu ergreifen, wollte der Herzog sich und sein Land nicht über kurz oder lang unliebsamen Überraschungen und Verlegenheiten aussetzen.

Für die Deckung der Schulden standen zwei Wege offen: die Einführung neuer Steuern, was aber nicht ohne Zustimmung der Stände geschehen konnte, *) oder der Versuch, die Einnahmen auf dem Wege indirekter Abgaben, sowie durch die Hebung von Handel, Landwirtschaft und Industrie zu erhöhen. Es entsprach ganz der selbstherrlichen Denkwiese unseres jungen Herrschers, daß er sich nicht für den ersten Weg entschied, umsomehr, als er sich gerne dem Neuen, wenn es nur irgendwie glänzend und aussichtsvoll in die Erscheinung trat, zuwandte; aber er besaß nicht die nötige Ausdauer, an dem einmal Ergriffenen festzuhalten, sobald sich ihm größere Schwierigkeiten entgegenstellten. Leider hat Schrader, teils weil es ihm selbst an der nötigen Stetigkeit gebrach, teils wohl, um sich unentbehrlich zu machen, dieser Schwäche seines Herrn allzusehr Rechnung getragen, indem er ihm, der in seiner Ungeduld rasche Erfolge verlangte, immer wieder neue Vorschläge und Pläne vorlegte, ehe die früheren ausgereift und durchgeführt waren. So kam es, daß die oft ohne viele Überlegung ins Werk gesetzten Unternehmungen sich zeitweise nur so überstürzten, und daß gar manches, was gut und lebensfähig gewesen wäre, wieder in die Brüche ging, oder erst in viel späterer Zeit die sehnlichst erwarteten Früchte trug.

* * *

Allerdings aber stand dem Herzog noch ein drittes Mittel offen, der drohenden Krise entgegen zu treten, ein Mittel, das vor ihm König Friedrich Wilhelm I. von Preußen mit so großem Erfolg angewandt hatte: auf Grund durchgreifender Reformen im Finanzwesen eine Erhöhung sowohl der aus landesständischer Bewilligung hervorgegangenen Staatseinnahmen als derjenigen der Krone selbst zu erzielen. Aber um die fürstlichen Domänen oder die dem Herrscher seit langher zustehenden Regalien ertragsfähiger zu gestalten, hätte es eines zuverlässigeren, gesulteren Beamtenpersonals bedurft, als man es von den Vorgängern

*) Nur bei außerordentlichen Gelegenheiten, so in dem Falle, daß Prinzessinnen des fürstlichen Hauses sich nach auswärts verheirateten und auf ihre Rechte verzichteten, hatte der Landesherr das Recht, von sich aus eine Steuer bei den Untertanen zu erheben.

überkommen hatte. Andererseits mußte man bei der Inangriffnahme einer Neuregelung der Staatseinkünfte mit der Gegnerschaft der bevorzugten Stände rechnen; denn es war klar, daß sich nur dann günstige Ergebnisse erzielen ließen, wenn man diese in bedeutend höherem Maße als bisher zur Besteuerung heranzog, wobei aber Eingriffe in ihre verbrieften Rechte nicht zu umgehen waren. Ein solch' offensichtliches Frontmachen gegen altererbte Privilegien entsprach indessen nicht der milden, zu Ausgleich stets bereiten Denkweise des Herzogs, so sehr er auch sonst für seine Person die Ausnahmestellung eines absoluten Herrschers beanspruchte. Nie hat ein Fürst auf dem Braunschweiger Thron sich weniger als er von anderen in seine Regierungsweise hineinreden lassen; nie wurden die Landstände, denen aus der Zeit, da ihre völlige Unterwerfung unter das fürstliche Machtgebot nicht gelungen war, ein Anteil an der Verwaltung des Landes, vornehmlich bei Einführung und Verwilligung neuer Steuern eingeräumt war, mehr bei Seite geschoben. *) Denn wenn auch endlich ihre Einberufung im Jahre 1768 erfolgte, so hatten sie dies nur den Umständen zu danken, daß es kein anderes Mittel mehr gab, um Braunschweig vor dem drohenden Staatsbankrott zu retten.

Allerdings an Versuchen, die bisherige Steuerverfassung nach der einen oder anderen Richtung hin einer Reform zu unterziehen und dadurch die Staatseinnahmen zu vergrößern, hat es bei alledem die Regierung Herzog Karls doch nicht fehlen lassen. Vornehmlich wurde eine Änderung der Grundsteuer ins Auge gefaßt, welche auf veralteten Erbregistern fußte und ganz dazu angetan war, der Verheimlichung von steuerpflichtigem Grundbesitz Vorschub zu leisten. Demzufolge wurde nach den nötigen Vorarbeiten durch Erlaß vom 6. April 1746 eine allgemeine Landesvermessung ins Werk gesetzt, mit der eine Neuregelung des Katasters verbunden war, um eine richtigere Besteuerung anzubahnen. Sehr zum Schaden für den Staat wurde den Rittergütern und dem kirchlichen Grundbesitz die Befreiung von der Grundsteuer als altes Vorrecht belassen. Trotzdem aber stand man in diesen Kreisen der Landesvermessung mit Mißtrauen gegenüber; man mochte fürchten, es könne der Tag nicht ferne sein, an welchem die Krone manch eine der ihr früher gehörenden Domänen, welche der Adel im Laufe der Zeit eigenmächtig an sich gerissen, zurückfordern werde. Aber auch bei der niederen Landbevölkerung erfreute sich die neue Maßregel keiner Beliebtheit, obgleich die Regierung es auf eine gerechtere Verteilung der Grundsteuer abgesehen hatte, was doch für viele nur ein Vorteil sein konnte. Ihr Argwohn wurde vor allem dadurch erregt, daß man, um Anläßen zu künftigen Streitigkeiten vorzubeugen, auf die Schaffung möglichst geradliniger

*) Indes hat die Landschaft diese Hintanziehung ihrer Rechte lange nicht als solche empfunden. Wurde doch ihren Mitgliedern, soweit sie zum Adel gehörten, reicher Ersatz für den verlorenen politischen Einfluß geboten durch die Rolle, welche man sie am glänzenden Hoflager des Landesfürsten spielen ließ.

Grenzen zwischen den einzelnen Besitzungen und deshalb des öfteren auf einen Austausch von Grund und Boden hindrang, wodurch sich meist sämtliche Beteiligte geschädigt glaubten. Auch daß man, um die Ertragsfähigkeit der Felder zu steigern, bei diesen Vermessungsarbeiten zugleich den Ackerboden auf seine Beschaffenheit prüfte und dem Bauern daraufhin vorschreiben wollte, was er zu pflanzen habe, war nicht dazu angetan, diesen freundlicher gegen die Maßnahmen der Regierung zu stimmen, umsoweniger, als die Vermessungsbeamten ziemlich rücksichtslos auftraten. Und dabei hatte er auch noch zu den Kosten dieser ihm so völlig unnötig erscheinenden Neuerung beizusteuern. Kein Wunder daher, daß er ihr, wo er nur immer konnte, jeden möglichen latenten Widerstand entgegensetzte. Infolgedessen ging die Spezifizierung der einzelnen Grundstücke nur langsam vor sich; sie war zudem, weil die damit betrauten Beamten selbst häufig nicht viel von der Sache verstanden, vielfach so fehlerhaft, daß man sie erst einer gründlichen Nachprüfung unterziehen mußte. Die Vermessung von Wolfenbüttel und Umgebung nahm allein fünf Jahre von 1750 bis 55 in Anspruch. So kam es, daß die Arbeit noch lange nicht vollendet war, als der siebenjährige Krieg begann. Dauernde Unterbrechung zwar hat die Landesvermessung durch ihn nicht erfahren, wenn auch ihr Abschluß in noch weitere Ferne geschoben wurde. Erst gegen Ende des Jahres 1773 konnte sie, nachdem sich schließlich seit 1769 die Stände ihrer Fertigstellung angenommen, im großen und ganzen als vollendet gelten, viel zu spät für den Herzog, um daraus für sich und seine Finanzwirtschaft irgendwie Nutzen zu ziehen. Auch daß man infolgedessen jetzt eingehende Orts- und Flurbeschreibungen für das gesamte Herzogtum besaß, ist weniger seiner sich zu Ende neigenden Herrschaft als späteren Geschlechtern zugute gekommen.

Ebensowenig haben andere Versuche der herzoglichen Regierung, einzelne Zweige des Steuerverwesens auf zeitgemäßer Grundlage neu auszubauen, zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Vornehmlich hätte sich durch eine geschicktere Handhabung der Altzise, jener Verbrauch- oder Verzehrsteuer, *) welche, mit eine der Haupteinnahmequellen des damaligen Staates bildend, hauptsächlich den Städten zur Last fiel, manches erreichen lassen. Aber dadurch, daß man sie auf z. T. ganz unentbehrliche Nahrungsmittel oder sonstige unumgänglich notwendige Bedürfnisse des täglichen Lebens legte, zwang man die Unbemittelteren förmlich dazu, sich solche, wo immer nur möglich, hinten herum auf Schleichtwegen zu verschaffen. Noch mehr vielleicht von den Erträgen der Altzise ist dadurch nebenhin gegangen, daß man die Erhebung einem wenig geschulten, unzuverlässigen Beamtenpersonal anvertraute, überhaupt es dabei an der richtigen Aufsicht und einheitlichen Oberleitung fehlen ließ. An

*) Gebühren oder Abgaben, welche vornehmlich die Städte, später auch kleinere Ortschaften bei Kauf oder Verkauf an die Krone, beziehungsweise an den Staat zu entrichten hatten.

solchen Schäden frankte aber dazumal, nicht ohne Schraders Schuld, vielfach die ganze Verwaltung des Herzogtums, weshalb ohne Zweifel auch die anderen fürstlichen oder staatlichen Einnahmen aus Zöllen, Regalien, Monopolen ufw. nicht den erwarteten Gewinn abwarfen.

* * *

Als Herzog Karl Anfang der vierziger Jahre mit frischem Wagemut seine reformatorischen Pläne in die Tat umzusetzen begann, da hatte das einst von Ludwig XIV. großem Minister Colbert so begünstigte Merkantilsystem, welches auch die Richtschnur für die Handels- und Finanzpolitik der meisten deutschen Fürsten geworden war, die Lehre, daß der Reichtum eines Volkes vorzugsweise im baren Gelde bestehe, bereits sehr an Bedeutung verloren. In Frankreich selbst hatte schon im ersten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts die Gegenbewegung gegen die schädlichen Wirkungen dieses Systems wegen seiner einseitigen Begünstigung der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft eingesetzt. Die philosophischen Ökonomen, die Vorläufer der späteren Nationalökonomien, welche die Quelle des Nationalwohlstandes nicht im Handel, sondern im Grund und Boden, in Ackerbau und Viehzucht sahen, hatten eine Befreiung des Landbaues von seinen vielfachen Fesseln und Lasten, die Abschaffung der Fronen und Zölle, die Freigabe des Getreidehandels und für den Bauern selbst eine menschenwürdiger soziale Stellung gefordert, um ihn so nach und nach zur Mitarbeiterschaft bei den Versuchen einer gründlicheren, sachgemäßen Ausnutzung des Bodens heranzuziehen. Als dann mit der Zeit die Ökonomen von ihrer einseitigen Bevorzugung der Landwirtschaft zurückkamen und der Industrie die ihr gebührende Stellung im Staatsleben wieder einräumten, da suchten sie auch für letztere volle Bewegungsfreiheit zu erkämpfen, indem sie mit allem Einfluß, der ihnen zu Gebote stand, für die Einführung des Freihandels, gegen die Beibehaltung der Zünfte und der jeden freien Wettbewerb unterbindenden Monopole eintraten.

Herzog Karl hat von diesen neuen Bestrebungen, die allerdings erst feste Gestalt während seiner weiteren Regierungszeit gewannen, gerade so viel übernommen, als sich mit seinen eigenen Ansichten und Wünschen vertrug. Sie sich ganz zu eigen zu machen, kam ihm nicht in den Sinn; dazu hingen er und sein Ratgeber doch noch viel zu sehr am Altüberkommenen. Auch daß weder er, noch Schrader das Ziel, dem man zusteuern wollte, klar ins Auge faßte, daß man nicht vorher genau die Mittel, welche für die Durchführung der geplanten Unternehmungen zur Verfügung standen, überschlug, mußte sich in der Folge als ein bedenklicher Fehler erweisen. In der Tat sind denn auch die mit so großen Hoffnungen begonnenen Neuerungen, soweit sie überhaupt lebensfähig waren, Bruchstücke geblieben. Durch die überstürzte Art, in der sie erfolgten, haben sie zudem bei den Untertanen statt dankbaren Verständnisses

bloß Unzufriedenheit und Mißtrauen gegen die neuzeitlichen Tendenzen ihres Herrn erregt. Wie weitherzig und freidenkend war es doch von ihm, wenn er, der wahrlich nicht über unerschöpfliche Geldmittel verfügte, um die Industrie seines Landes zu heben, Anfang der vierziger Jahre, also zu einer Zeit, wo den meisten deutschen Fürsten noch jegliches Verständnis der Bedeutung von Handel und Industrie für das Staatswohl abging, sich eines Teils der eigenen Einkünfte entäußerte, indem er die sehr beträchtlichen in seinen Sädel fließenden Handelsabgaben, als den Ab- und Umsatz hemmend, vermindern ließ. Schlecht aber war damit in Einklang zu bringen, daß er sich mehr und mehr als eifrigen Anhänger der besonders von Friedrich dem Großen so hartnäckig und eifrig betriebenen Monopolwirtschaft entpuppte, indem er bestimmte Industriezweige als Staatsmonopole erklärte.

Solche Monopole hatte es in Braunschweig schon vor Karl I. gegeben, vornehmlich das alte Salzregal, dem sich 1716 das Tabaksmonopol hinzugesellte. Beide aber warfen, weil man zu teuer arbeitete, nicht den erwarteten Gewinn ab. Die Untertanen zogen es vor, sich ihr Salz heimlich von andersher, wo sie es billiger bekamen, zu verschaffen. Vergebens wurden Verordnungen über Verordnungen erlassen, das Salz nur aus den fürstlichen Salziedereien zu beziehen. Vornehmlich unter Karl, der an sich in seiner grenzenlosen Nachsicht unzuverlässigen Beamten gerne durch die Finger sah, erwiesen sie sich als Schlag ins Wasser. Dagegen hätte vielleicht nur ein Radikalmittel, etwa wie dasjenige König Friedrich Wilhelms I. helfen können, der jedem seiner Untertanen so viel Salz aufzwang, als man von Staats wegen zu seinem jährlichen Bedarf bestimmt hatte.

Ähnlich verliefen die Dinge beim Tabak, obgleich der Herzog bald nach seinem Regierungsantritt, seit 1736, weitgehende Vorkehrungen *) getroffen, um die fürstliche, unter Leitung des Kammeragenten David stehende Landestabakfabrik gegen den blühenden Schleichhandel zu schützen, Vorkehrungen, die jedoch nicht zum gewünschten Ergebnis führten, da die Beamten vielfach mit den schmuggelnden Untertanen unter einer Decke steckten. Als gänzlich verfehlt aber erwies es sich, als die Regierung auch den Anbau des Tabaks als ihr ausschließliches Vorrecht seit 1740 in Anspruch nahm. Schon vier Jahre später mußte man, damit man nicht überhaupt die ganze wichtige Einnahmequelle verlor, die Friedrich dem Großen jährlich etwa 3 Millionen Uberschuß abwarf, die Anpflanzung des Tabaks zunächst im Weserdistrikt und drei Jahre darnach auch im übrigen Herzogtum wieder freigeben. Ja, man hat sogar jetzt diesem Industriezweige bedeutende Geldopfer gebracht. Sachverständige, von der Regierung angeworben, mußten den Tabaksbauern die richtige Behand-

*) Unter anderem laut Verordnung vom 1. September 1736 durch die Aufstellung eigener Visitatoren.

lung des Materials lehren. Leider hat man dann aber die Tabakfabrikation selbst wieder in die Hände einzelner Bevorzugter gelegt und diese mit Exklusivprivilegien und namhaften Geldzuschüssen von seiten der Regierung ausgestattet. Allerdings mußten sie den eigens dafür angestellten herzoglichen Beamten eine Kontrolle ihres Betriebs einräumen, worüber diese dann dem Herrscher von Zeit zu Zeit Vortrag zu halten hatten.

Von ungleich größerer Bedeutung für den Anbau des Tabaks ist es gewesen, daß der Herzog bereits Ende der vierziger Jahre Auswanderer aus der Pfalz, welche infolge religiöser Unduldsamkeit der Heimat den Rücken gefehrt hatten, zu Beltenhof bei Braunschweig ansiedelte, weil er in ihnen geschickte, mit der Kultur der Pflanze seit langher vertraute Mitarbeiter gewann. Trotzallem aber führte sich der heimische Tabak nur sehr schwer im Lande ein; noch in den letzten Regierungsjahren Karls war das Mißtrauen gegen ihn so groß, daß er meist unter fremdem Namen verkauft wurde. Erst unter seinem Nachfolger, Herzog Karl Wilhelm Ferdinand, gelang es, die letzten Schwierigkeiten zu überwinden.

Auch die Beanspruchung verschiedener Industriezweige für den Staat, welche mit Beginn der vierziger Jahre erfolgte, hat der herzoglichen Regierung nur in den seltensten Fällen die erhofften Früchte gezeitigt. Die Schuld lag z. T. daran, daß man die Schwierigkeiten unterschätzte, mit denen ein staatliches Unternehmen von vornherein zu kämpfen hat, weil es gewöhnlich viel teurer als der Privatmann arbeitet. Dazu gesellte sich dann noch der Umstand, daß man zu vieles auf einmal ohne gehörige Überlegung und Vorbereitung, sowie ohne die nötige Sachkenntnis in Angriff nahm und daher denjenigen, denen man die Ausführung der einzelnen Pläne übertrug, zu viel Vertrauen schenkte. Wie es häufig in solchen Fällen geht, haben diese vielfach ganz gedankenlos gewirtschaftet oder sich überhaupt um die Durchführung des ihnen gewordenen Auftrags recht wenig gekümmert. Auch kam es vor, daß man dabei Projektenmachern in die Hände fiel, welche sich kein Gewissen daraus machten, dem Herzog durch die Aussicht auf glänzenden Gewinn immer wieder größere Summen zu entlocken, die natürlich zum Fenster hinausgeworfen waren.

War schließlich der eine oder andere Betrieb doch glücklich in Gang gebracht, so verdarb die lässige Art der Geschäftsführung noch vieles. Denn nicht immer hatte man es mit so gut fundierten Schöpfungen Schraders zu tun, wie den Glas- und Spiegelglashütten zu Grünensplan, auf dem Hilse 1740, und Schorborn, 1748 auf dem Solling errichtet, welche trotz aller Mängel der Verwaltung zeitweilig doch bedeutende Überschüsse abwarfen. Wie konnte man auf einen größeren Absatz hoffen, wenn man beispielsweise die „Kleineisentraren“, deren Anfertigung

und Verschleiß sich die Regierung seit Frühjahr 1744 vorbehielt, so minderwertig herstellte, daß sie dem Benutzer vielfach gleich beim ersten Gebrauch in der Hand zerbrachen? Oder wie durfte man auf Erfolge bei der 1754 zu Vorfelde angelegten Scheidewasserbrennerei, einer Art chemischer Fabrik, welche neben der Salpetersäure auch Salzsäure, Vitriolöl, schwefelsaures Kali, künstlichen Zinnober und Sublimat erzeugen sollte, rechnen? Man hatte dort als Betriebsleiter einen unfähigen Laboranten, ursprünglich den Gehülfen in einer Apotheke, angestellt, der von der ganzen Sache nichts verstand, und den man dennoch auf seinem Posten beließ, obgleich er bis zum Jahre 1760 kaum Proben seiner Tätigkeit abgelegt, so daß der Herzog schließlich zweifelhaft geworden war, ob die Fabrik überhaupt je ins Leben getreten sei. Die gleiche Langmut entwickelte man dann auch bei andern von vornherein aussichtslosen Unternehmungen, so der künstlichen Erzeugung des Salpeters*) für die Schießpulverfabrikation aus stickstoffhaltigen tierischen Abfällen in sogenannten Salpeterplantagen, ein Verfahren, das zwar in Frankreich gute Ergebnisse lieferte, aber sowohl in Braunschweig wie auch in Preußen versagte. Man wußte eben damals noch nicht, daß unser nördliches, kälteres Klima viel weniger geeignet für die Salpeterbildung ist als südlichere Gegenden.

Bei einer Anzahl dieser herzoglichen Gründungen war ferner eine rasche gedeihliche Entwicklung dadurch sehr erschwert, daß sie aus Rücksicht auf die Beschaffung der notwendigen Rohstoffe in abgelegenen Gegenden angelegt werden mußten. Beamte und Arbeiter, die fern vom Verkehr und jedem Wettbewerb viel zu sehr sich selbst überlassen waren, taten hier selten ihre Pflicht, wesswegen die Anfertigung der bestellten Waren oft unverhältnismäßig lange auf sich warten ließ. Ofters kam es auch vor, daß der ganze Betrieb mit der Zeit einschlief. Wenn dann der Herzog doch einmal Erkundigungen einziehen ließ, da konnte er wie bei der Töpferei in Hohenbühren unterm Hülse die unliebsame Erfahrung machen, daß in den vom Staat vorgerichteten Arbeitsräumen andere Gewerbetreibende sich eigenmächtig eingenistet hatten. Beträchtliche Summen gingen ferner dadurch verloren, daß die Regierung in ihrem an sich ja völlig berechtigten Streben, die Fabrikationskosten tunlichst zu vermindern, auch die Möglichkeit der Gewinnung fossiler Brennstoffe ins Auge faßte. Gar manche kostspielige Nachforschungen nach dem Vorkommen von Steinkohlenlagern im Herzogtum sind dadurch verursacht worden! Und wenn man es dann nur bei dem negativen Ergebnis hätte bewenden lassen! Aber es fanden sich vielfach Leute, welche dem Herzog vorspiegelten, daß aus solchen verunglückten Versuchen anderweitig noch etwas herauszuholen sei. So hoffte man beispielsweise, daß

*) Abgesehen hatten sich bereits die Herzöge Rudolph August, Anton Ulrich und August Wilhelm mit diesem Problem beschäftigt.

der spärlich kohlenhaltige Sandstein von Flechtorf bessere und billigere Quadersteine liefern werde, als die Sandsteinbrüche des Rußbergs unfern Braunschweig und von Königslutter. Leider aber stellte sich dann heraus, daß der Stein infolge seiner lockeren Beschaffenheit sich dazu nicht eignete und daß man aus diesem Grund die Gewinnung schon hundert Jahre vorher wieder aufgegeben hatte.

An ähnlichen Übeln krankte auch des Herzogs bedeutendste kommerzielle Schöpfung, welche eines hohen Ansehens sich erfreuend, bis zum heutigen Tage besteht, die 1747 im alten herzoglichen Schloß zu Fürstenberg gegründete Porzellanfabrik. *) Der Umstand, daß sich im Weserdistrikt ein Ton vorfand, welcher sich nicht bloß zur Anfertigung von Tabakspfeifen und Töpferwaren, sondern auch zur Herstellung von Porzellan zu eignen schien, und die Gewißheit, daß man in den ausgedehnten Wäldern des Sollings einen unerschöpflichen Vorrat an Brennstoff für den Betrieb besaß, hatten Anlaß zu ihrer Gründung auf jener weltfernen Höhe, hoch über der Weser, Corbey und Höxter schräg gegenüber, gegeben. Daß der Ton die Erwartungen nicht erfüllte, daß man erst nach vielem kostspieligen Hin- und Herprobieren 1753 echtes Porzellan herzustellen lernte, daß es dann noch weiterer vier Jahre bedurfte, bis die Einrichtungen zu einem größeren Betrieb fertig waren, dafür trifft allerdings weder den Herzog noch den Mann, der dies alles nach bestem Wissen und Gewissen in die Wege geleitet hat, den Hofjägermeister Johann Georg von Langen, die Schuld. In jener Zeit, wo die chemische Wissenschaft noch in den Anfängen steckte, dachte niemand daran, die etwa in Betracht kommenden Rohstoffe zuvor durch die chemische Analyse auf ihre Brauchbarkeit für den gedachten Zweck zu untersuchen. Man ging vielmehr rein empirisch probierend vor; und die Wenigen, die im Besitz des Fabrikationsgeheimnisses waren, hüteten sich wohl, es preiszugeben. Kein Wunder daher, daß es außerordentlich schwer hielt, für Fürstenberg einen dieser Wenigen und zwar im Frühjahr 1753 in der Person des kurmainzischen Kommerzienrates und Direktors der Porzellanfabrik zu Höchst a./M., Johannes Wendgraff, zu gewinnen und daß man während der Suche nach einem solchen verschiedenen Schwindlern in die Hände fiel.

Die Fabrik war kaum im Gang, als sie auch schon in ihrer ganzen Existenz durch die 1757 in den Weserdistrikt einfallenden Franzosen bedroht wurde (siehe S. 36), die in der zweiten Hälfte des Juli in Fürstenberg erschienen und alles zerstörten. Trotzdem hat man, freilich nicht ohne große Geldopfer vonseiten des Herzogs, versucht, den Betrieb auch während des siebenjährigen Kriegs aufrecht zu erhalten. Erst im letzten Jahr desselben wurde er ganz eingestellt, aber gleich nach Friedens-

*) Näheres darüber siehe H. Stegmann, die kurlst. Braunschv. Porzellanfabrik zu Fürstenberg, Braunschweig, B. Goerig 1893.

schluß, zu Anfang des Jahres 1763, wieder aufgenommen, wohl schon aus dem Grunde, weil infolge der Großmut des Herzogs die Angestellten nach wie vor ihr Gehalt bezogen, eine Ausgabe, die sich monatlich etwa auf 1100 Reichstaler belief. Aber aus den Geldopfern kam man auch weiterhin nicht heraus. Innerhalb 17 Jahren, zwischen 1751 und 1768 hat die Fabrik etwa 42000 Taler (41300 Taler 3 g Gr. 8 Pf.) an Zuschüssen erfordert. Auch die folgenden Jahre haben darin wenig Änderung gebracht, obgleich sich Fürstenberg während des letzten Jahrzehnts der Herrschaft Karls bereits auf der Höhe seines Könnens befand. Man ließ sich in dem abgelegenen Bergschloße eben Zeit, so daß die Einnahmen oft nicht die Hälfte des den Arbeitern zu zahlenden Lohnes ausmachten. Seit 1763 hat man sich daher zeitweise mit dem Gedanken getragen, den ganzen Betrieb nach Braunschweig zu verlegen, aber dann immer wieder davon abgesehen; nur die Maler- und die Modelleurwerkstatt sind zeitweise nach dorthin übergesiedelt. Jedenfalls ist dem Herzog aus der mit so großen und so berechtigten Hoffnungen ins Werk gesetzten Schöpfung ebenso wenig irgend welcher pekuniäre Vorteil erwachsen, wie aus ähnlichen Unternehmungen, vornehmlich der Braunschweiger Fayencefabrik, einer Gründung Herzog Anton Ulrichs, die, dann in Privatbesitz übergegangen, aber vom Staat im Jahre 1756 zurückgekauft worden war.

Noch viel weniger günstig ist der Anfang der vierziger Jahre unternommene Versuch des Herzogs verlaufen, die Fabrikation anderer Manufakturwaren, besonders auf dem Gebiet der Textilindustrie, in die eigene Hand zu nehmen, so allgemeine Bewunderung es auch erregte, wie energisch und großzügig dieser junge Herrscher alsbald die ganze Sache anpakte. „Es gäbe“, rühmt der Kriegs- und Domänenrat Plesmann aus Magdeburg, der im Auftrag Friedrichs des Großen damals regelmäßig die Braunschweiger Messen besuchte, seinem Herrn im Februar 1744, „in Braunschweig jetzt elf neu angelegte Fabriken, darunter eine Zwirn-, Leinen-, Wollen-, Seidenstrumpf- und Tapetenfabrik. Wer neue Erfindungen mache, dem würden Belohnungen gereicht, die Leute zu neuen Unternehmungen ermutigt; es sei zu bewundern, wie viele Sachen in so kurzer Zeit unternommen würden. Man schmeichle sich, der Herzog habe nur den Zweck, hierunter seinen Ruhm und des Landes Wohlfahrt zu erhöhen. Es wäre genug, daß das Geld im Lande verzehret, durch so vieler Leute vermehrte Consumtion wiederum ein guter Teil davon genommen und der Armut Gelegenheit, etwas zu verdienen, an die Hand gegeben werde. Dem mit der Oberleitung all' dieser Fabriken betrauten Kommissarius Graumann — demselben, der sich später durch seine Münzreform besonders in Preußen einen Namen gemacht — fehle es, da ihm nicht nur des Herzogs Kasse, sondern auch dessen Kredit zur Verfügung stände, an keinem Gelde und alles ginge so mit Lust von statten.“

Aber schon während der nächsten Messe im August weiß derselbe Berichterstatter nach Berlin von Einschränkungen in diesem gesamten Fabrikbetrieb zu melden. Besonders in der Wollfabrik habe man eine Anzahl überflüssiger, untauglicher Arbeiter entlassen, von 120 Webstühlen seien nur noch 76 im Betrieb, von den 96 Wollkämmen seien 26 eingegangen. Tücher und Flanelle würden nur insoweit angefertigt, als man ihrer zur Bekleidung der Truppen und Hofbediensteten und zur Not sonst im Lande bedürfe. Die Färbungen der Baumwolle und Baumwollwaren hielten die nötigen Proben nicht aus. Mit der Stärkfabrik wolle es auch nicht so recht vorwärts gehen. Die darauf gewandten Kosten dürften wohl vergeblich sein. Ein einhalb Jahr später schreibt er allerdings gelegentlich seines Messebesuchs wieder, daß, da der Herzog nicht müde würde, die Verluste zu tragen, er endlich doch seinen Zweck zu erreichen scheine.

Die Absicht, welche die Regierung mit der Gründung und dem Betrieb all' dieser Fabriken verfolgte, war solcher Opfer wohl wert. Denn nicht nur auf den eigenen Vorteil war der Herzog dabei bedacht; es sollten vielmehr Musteranstalten sein, bestimmt, innerhalb der Bevölkerung die Lust zur Nachahmung zu wecken und so dem Lande neue oder frühere, im Laufe der Zeit aber aufgegebene Industriezweige wieder zuzuführen. Wenn dies gelang, so war auch der Verlust, den die herzogliche Schatzkammer durch die sich bald als notwendig erweisende Einstellung dieser Betriebe erlitt, nicht allzu hoch anzuschlagen. Aber wieder beging man den Fehler, daß man, um die Hebung der Industrie möglichst zu beschleunigen, jeden freien Wettbewerb ausschloß, und das Recht der Fabrikation einzelnen, mit allerlei Privilegien ausgestatteten Personen*) verlieh, bei deren Wahl weniger Wert auf die Tüchtigkeit als auf die Zahlungsfähigkeit gelegt wurde. So sollte der Landkommissär Karl August Funke aus Schöppenstedt, der im Auftrag des Herzogs im Jahre 1745 die Leipziger Messe besuchte, um dort Handelsbeziehungen mit fremden Kaufleuten anzuknüpfen, Fabrikanten und auch Künstler, soweit es bemittelte Leute wären, nach Braunschweig ziehen. Zum Glück ist der Herzog später von diesem verfehlten Grundsatz abgegangen, als es sich darum handelte, französische Emigranten oder andere, der Herstellung von Manufakturwaren kundige Einwanderer ständig an Braunschweig zu fesseln. Auch in anderer Hinsicht ist man später weitherziger

*) Die Erleichterungen, welche man ihnen gewährte, waren sehr beträchtlich. Außer einem bestimmten, jährlichen Zuschuß aus der herzoglichen Kasse, wurde ihnen die Befreiung von allen öffentlichen Abgaben auf zehn Jahre gewährt. Für die im Laufe der Regierung Karls in Braunschweig sich niederlassenden, arbeitssamen, französischen Einwanderer, die um ihres Glaubens willen ihr Vaterland verlassen, wurde die letztere sogar auf zwölf Jahre ausgedehnt. Ueberhaupt hat sich der Herzog diesen gegenüber besonders entgegenkommend gezeigt und ihnen z. B. für den Fall, daß sie ein Antwesen erbauten oder brachliegendes Land urbar machen wollten, bedeutende staatliche Unterstützung zugetrieben.

geworden. So wurde vor allem der besonders im Weserdistrikt ein gebürgerten Linnenfabrikation, mit welcher der Herzog die schlesische Leinwand aus dem Felde zu schlagen hoffte, dadurch wesentlich aufgeholfen, daß man seit 1760 den Sildezwang für die Leineweber aufhob und ihnen die Herstellung von Webetwaren erlaubte, ohne daß sie der Gilde angehören mußten. Schon früher hatte man gelegentlich auf Staatskosten zur Verbesserung des Flachsbauens den hochgeschätzten Leinsamen aus Riga kommen, diesen unentgeltlich an die Flachsbauern verteilen und Ausfuhrverbote für das gesponnene Garn ergehen lassen. Von staatlichen Linnenfabriken oder einem auf herzogliche Rechnung zu eröffnenden Leinenhandel wollte der Herzog aber in dieser späteren Zeit nicht mehr viel wissen. „Er fände es gut, daß der Flachs im Lande gesponnen und verwebt würde, am besten geschähe dies aber auf dem Privatweg.“ Dem Herzog ist noch die Genugtuung zu teil geworden, daß das Braunschweiger Linnen, das in den vierziger Jahren noch weit an Güte und Wohlfeilheit hinter dem schlesischen zurückstand, später als vielbegehrter Artikel nach Hamburg, Holland und England ging.

Die gleichen Erfahrungen machte man mit der Woll- und Tuchfabrikation, welche, solange sie in Staatshänden lag, auch nicht so recht vorwärts kommen wollte, obgleich die Regierung die genauesten Vorschriften vornehmlich für Anfertigung der Tuche gegeben und das Militär die Stoffe für seine Montierung aus den Landesfabriken beziehen mußte. Später hat dann der Staat zu Gunsten Privater auf eine aktive Beteiligung verzichtet, die man immer als eine lästige Einmischung empfinden mußte, obwohl sie mit der damaligen herrschenden Ansicht im Einklang stand, daß eine Hebung des Volkswohlstandes einzig und allein durch Regierungsmaßregeln zu erzielen sei. Von da an hat auch in diesen Industriezweig ein Aufschwung begonnen, dessen wohlthätige Wirkungen allerdings dem Braunschweiger Land erst in den Tagen Karl Wilhelm Ferdinands zu gute kamen.

Gänzlich fehlgeschlagen dagegen ist der Versuch, die Seidenindustrie in Braunschweig einzubürgern, trotzdem man gerade hierauf alle erdenkliche Mühe und Sorgfalt verwandte und nichts unterließ, die Bevölkerung dafür zu interessieren und heranzuziehen. So werden nicht nur seit 1755 jährliche Prämien für diejenigen, die die meiste Seide gewinnen, ausgesetzt, sondern auf Landeskosten bei Braunschweig, Wolfenbüttel und Königslutter Maulbeerbaumschulen angelegt, wo jeder, der sich mit der Seidenzucht befassen wollte, laut herzoglicher Verfügung vom 7. Jan. 1765 eine bestimmte Anzahl von Maulbeerbäumen unentgeltlich erhalten und sie auf seinem Grundstück durch einen herzoglichen Gärtner einpflanzen lassen konnte. *) Für die weitere Behandlung der Bäume wurden ihm

*) Mit Anlagen von Maulbeerplantagen wurde übrigens schon Mitte der vierziger Jahre begonnen. 1760 hatte das Konsistorium dem herzogl. Wunsch entsprechend, allen Geistlichen die Seidenzucht empfohlen und ihnen dafür umsonst Maulbeerbäume aus den fürstlichen Maulbeerplantagen angeboten. (4. Okt. 1760).

dann genaue, vom Sekretär der fürstlichen Pflanzschulen, einem Herrn von Florencourt, verfaßte Anweisungen an die Hand gegeben. Außerdem wurden Unterrichtskurse in der Seidenindustrie für „Lehrlinge zwischen 16 und 40 Jahren“ eingerichtet, in denen diese die dazu nötigen Gerätschaften kostenlos erhielten. Im Anfang war denn auch der Andrang groß; allein der Eifer erkaltete gar bald. Schon in einem Erlaß vom 18. September 1766 beklagt sich die Regierung, „daß die Lust für die eben nicht leicht zu betreibende Sache den Meisten bereits vergangen sei. Es werde zwar jetzt eine beträchtliche Menge Seide in den fürstlichen Pflanzungen gewonnen; eine allgemeine Beschäftigung für die Landesbewohner werde aber wohl, wenigstens für jetzt, der Seidenbau kaum werden.“ Die Schuld an diesem negativen Ergebnis lag aber nicht, wie die Regierung annahm, in der Trägheit und dem Ungeschick der Bevölkerung, sondern in äußeren Umständen, in den einem Gedeihen der Maulbeerbäume nicht günstigen klimatischen und Bodenverhältnissen. Sind doch beispielsweise von den vielen hundert von Maulbeerbäumen, welche Ende der sechziger Jahre im fürstlichen Amt Lichtenberg angepflanzt wurden, kaum einzelne fortgekommen, die meisten schon vor dem Beschneiden abgestorben. Aus denselben Gründen ist ja auch die von Friedrich dem Großen mit so vieler Mühe und Umsicht eingeführte Seidenindustrie in Preußen trotz vielversprechender Anfänge nach seinem Tode wieder eingegangen.

Neben derartigen, aus mangelnder Sachkenntnis entspringenden Fehlschlägen machten der Krone nicht minder solche zu schaffen, welche sich aus den Ansichten jener Zeit über Wirtschaftspolitik ergaben. Dahin gehörte vor allem die heute aus anderen Gründen wieder gestellte Forderung, daß die für irgend einem Industriezweig notwendigen Ausgangsstoffe möglichst im Lande selbst erzeugt werden sollten, damit kein Geld dafür nach auswärtig gehe. Denn noch herrschte die Anschauung der Merkantilisten, nach denen der Reichtum eines Landes in der größtmöglichen Anhäufung von Edelmetallen beruhte. Jede Regierung hielt es daher für ihre wichtigste Aufgabe, diesen Bestand zu vermehren und durch alle Mittel zu verhindern, daß selbst bei augenscheinlich günstigen Handelsverhältnissen die Einfuhr nicht die Ausfuhr übersteige, da die Abwanderung von barem Gelde ja über kurz oder lang eine Verarmung des betreffenden Staates nach sich ziehen mußte.

In der Wahl der Maßnahmen, welche diesem Zweck dienen sollten, bewies Herzog Karl zweifellos eine glückliche Hand. Leider nur ließ ihre Ausführung dann meist vieles zu wünschen übrig, schon deshalb, weil gewöhnlich die dahingzielenden Versuche gleich viel zu sehr ins Große gingen, ohne daß vorher genau erwogen worden war, ob dafür auch die Mittel zur Verfügung ständen. So hat der an sich so vielversprechende, 1745 von dem Oberjägermeister von Langen in die Wege geleitete Versuch, den Bedarf an roten und blauen Farbstoffen für die

heimische Textilindustrie durch Anbau von Färbekräutern, vor allem von Krapp, Safflor und Waid wenigstens teilweise selbst zu decken, nur in Hinsicht des Krapps und auch da zu spät für den Herzog zu einem günstigen Ergebnis geführt.

Bei dem Waid, welcher übrigens schon vor dem 30 jährigen Krieg im Fürstentum Calenberg eingebürgert gewesen war und besonders in Thüringen in der Umgebung der sogenannten „Waidstädte“ seit dem Mittelalter angebaut wurde, verfehlte man es dadurch, daß man den von Ostindien bezogenen, viel farbenreicheren Indigo aus dem Felde zu schlagen hoffte. Dementsprechend wurden die Waidanpflanzungen gleich in viel zu großem Maßstab angelegt. Um sie richtig im Stande zu halten, hätte es eines ganzen Stabes geschulter Hilfskräfte bedurft. Da man über einen solchen aber nicht verfügte, so waren die Waidkulturen schon nach vier Jahren von Unkraut überwuchert. Auch der auf Befehl des Herzogs angepflanzte Safflor ging aus Mangel an richtiger Behandlung ein. Der Krappanbau wurde nur dadurch für Braunschweig gerettet, daß man ihn nach langen, vergeblichen Versuchen der Regierung schließlich sachverständigen Privathänden überließ. Diese haben ihn denn auch langsam derartig in die Höhe gebracht, daß der aus ihm erzielte jährliche Reingewinn in der Gegend von Königslutter sogar 18 000 Reichstaler, im Wesertale 10 000, zu Anfang des 19. Jahrhunderts betrug.

Auch bei anderen Fragen auf Handels- und gewerbepolitischem Gebiet hat die herzogliche Regierung, z. T. ganz ohne ihre Schuld, meist nicht günstig abgeschnitten. Welche Mühe nur hat sie sich um Hebung des stark zurückgebliebenen, so gut wie mittellosen Handwerkerstandes gegeben! Man ließ oft unter beträchtlichen Geldopfern es sich angelegen sein, geschickte Handwerker aus aller Herren Länder nach Braunschweig zu ziehen,*) damit sie den heimischen Gewerben aufhelfen. Denn nicht ohne Grund klagt ein herzoglicher Erlaß vom 2. Januar 1759 an den Braunschweiger Magistrat, daß es den eingefessenen Handwerkern an der Lust fehle, Arbeiten, die Nachdenken und Geschicklichkeit erforderten, auszuführen, oder wenn es geschähe, wäre es meist schlechte Arbeit. Und doch sei dies, wie ein späteres Reskript betont, der einzige Weg, um einen Staat reich und glücklich zu machen.

Deshalb hat auch der Herzog schon sehr früh eine Reformierung der Gilden im zeitgemäßen Sinn beschlossen. Bei dem veralteten Zustand,

*) So ist es des Herzogs Verdienst, daß die aus Thüringen gebürtigen beiden Stobwasser, Vater und Sohn, welche durch ihre mit Bildern geschmückten Lackwaren allgemeine Aufmerksamkeit erregten, durch Verleihung eines Privilegs für die Errichtung einer Lackwarenfabrik 1763 dauernd an Braunschweig gefesselt wurden. Die Stobwasser'schen Arbeiten, bemalte Schnupftabaksdosen, Tische, Kaffeebretter ufw. werden noch heute um ihrer Schönheit willen mit hohen Preisen bezahlt. Für Braunschweig war es außerdem von Vorteil, daß die Stobwasser, um sich die nötigen Kräfte heranzuziehen, eine Malerschule unterhielten, aus der gar mancher geschickte Künstler hervorgegangen ist.

in welchem sie sich befanden, mußten sie ja auch den von ihm ins Auge gefaßten Plan der Hebung des kleinen Handwerks auf eine ausgedehntere und intensivere Betriebsform nur hinderlich sein. Aber wie es meist bei solchen Neuregelungen geht, man hat das, was der Herzog erstrebte, gerade in den Kreisen, die es anging, gar nicht verstanden. Es war schon viel, daß es gelang, eine allgemeine Gildeordnung für sämtliche Gilden durchzusetzen, wobei man sich allerdings mehr oder weniger das schon vorhandene Braunschweiger Gildereglement von 1692 und das Reichsgutachten vom Jahre 1731, welches die Aufhebung der Mißbräuche in Gildesachen bezweckte, und die preußische Gildeordnung zum Muster nahm. Ein tüchtiger Schritt vorwärts wurde vor allem dadurch getan, daß das später des öfteren wiederholte herzogliche Reskript vom 13. April 1744 auf Herstellung des Meisterstücks aus möglichst billigen Stoffen hindrang, um so geschickten, unbemittelten Gesellen das Meistertwerden zu erleichtern. *)

Überhaupt hatte es die Krone in erster Linie auf Entwicklung derjenigen Gewerbe abgesehen, welche mit billigen Ausgangsstoffen arbeiteten, so daß der Hauptwert der Erzeugnisse erst in der darauf verwendeten Handfertigkeit lag. Leider nur wurde die Wirkung so vernünftiger Maßnahmen z. T. dadurch wieder aufgehoben, daß man durch allzu vieles Hineinreden von oben her dem Handwerk die zur gesunden Entfaltung seiner Kräfte so notwendige Bewegungsfreiheit entzog. Wurden doch Gewerbe, die hauptsächlich in den Städten gepflegt wurden, nur in recht beschränktem Maße auf dem Lande zugelassen; auch erhielten die zugewanderten Handwerker ihren Wohnsitz durch die Obrigkeit zugewiesen.

Indessen hatte die Regierung mit solchen Anordnungen, besonders wenn sie aus dem Rahmen des Herkömmlichen, Gewohnheitsmäßigen herausfielen, selten Glück. Weisungen, wie diejenige, daß jeder Handwerker, so lange er ohne Aufträge sei, auf Vorrat arbeiten und seine Erzeugnisse zum Verkauf auf die Wochenmärkte bringen solle, stießen ebenso auf taube Ohren, wie das wiederholt ergangene Gebot, innerhalb der einzelnen Distrikte an einigen der größeren Orte Niederlagen der dort angefertigten Erzeugnisse zu errichten, um jedem Einwohner des Herzogtums Gelegenheit zu geben, seinen Bedarf möglichst an Ort und Stelle und nicht etwa im Ausland zu decken. Denn wenn auch dem Herzog im Gegensatz zu den meisten damaligen deutschen Fürsten eine Hebung des Handels und Verkehrs in seinem Lande gar sehr am Herzen lag, so sollte sich doch der letztere auf den Absatz einheimischer Erzeugnisse im Ausland gegen bares Geld und gegen unentbehrliche, im Herzogtum nicht erhältliche Stoffe und Gegenstände, sowie auf den Durchgangs-

*) Später wurde solch Unbemittelten noch dadurch entgegengekommen, daß man auch die mit der Erwerbung des Meisterrechts verbundenen kostspieligen Gebräuche und Gastereien aufhob. (Reskript vom 4. März 1765.)

handel mit fremden Waren beschränken. Es sind Grundsätze gleich denen, die Friedrich der Große 1748 in den Zusätzen der neuen Dienstordnung für das preussische Generaldirektorium ausgesprochen hat, wie sich der Herzog ja überhaupt mehr und mehr in seiner Handelspolitik, wenn man bei ihm von einer solchen reden will, an das größere Vorbild angeschlossen hat. So hat er auch 1755 alljährliche Konferenzen mit Vertretern verschiedener Städte seines Landes gelegentlich der Braunschweiger Sommermesse geplant, wie sie zu Berlin seit 1747 während der Winterlustbarkeiten unter dem Vorsitz des Königs stattfanden, wo dieser sich mit den Kammerpräsidenten der verschiedenen Provinzen über wichtige neue Maßnahmen zur Hebung von Handel und Industrie beriet. In letzter Linie liefen alle diese Bestrebungen der herzoglichen Regierung darauf hinaus, der Stadt Braunschweig ihre alte Bedeutung als Handelsstadt, die sie seit dem dreißigjährigen Krieg eingebüßt, wieder zu verschaffen, sie womöglich zum Mittelpunkt des Handels für ganz Niedersachsen, vielleicht auch für einen größeren Teil Deutschlands zu machen. Schon seit Anfang der vierziger Jahre hatte daher der Herzog sein Augenmerk auf eine Förderung der beiden, seit dem späten Mittelalter dort abgehaltenen Jahrmärkte gerichtet, welchen sein Ahnherr Rudolph August dadurch bereits eine erhöhte Bedeutung verschafft, daß er sie zu Messen ausgestaltete. Durch bereitwilliges Entgegenkommen den sie beziehenden Kaufleuten gegenüber, Gewährung billiger Meßkontrakte, neuer Wechselbestimmungen, mäßiger Durchgangszölle usw. *) wurde in der Tat erreicht, daß die Braunschweiger Messe bereits Mitte der vierziger Jahre eine Rolle spielte, die, wenn auch nicht der Leipziger Hauptmesse, doch der nicht viel weniger angesehenen dortigen Neujahrsmesse an Bedeutung gleichkam.

Ein nicht geringerer fachmännischer Blick verrät sich ferner darin, daß der Herzog die an sich für einen größeren Handelsverkehr so günstige Lage Braunschweigs an den damaligen Hauptstraßen Bremen—Leipzig, Hamburg—Frankfurt a. M., Lübeck—Nürnberg, Berlin—Aachen noch vorteilhafter zu gestalten suchte, indem er die Schöpfung neuer großer Verbindungswege zwischen Süd und Nord über seine Hauptstadt ins Auge faßte. Besonders beschäftigte ihn der Gedanke, vermittelt einer quer über den Harz laufenden Straße zwischen Seesen und Nordhausen oder zwischen Blankenburg und Stolberg den bis dahin durch preussisches Gebiet laufenden Handel mit Thüringer Getreide über das Braunschweiger Land zu leiten. Leider hat der siebenjährige Krieg wie durch so manche andere gute Absicht des Herzogs auch durch dieses Projekt, das 1753 feste Gestalt anzunehmen begann, einen dicken Strich gemacht. Man durfte froh sein, wenn die schon früher von der Regierung mit großen

*) Gelegentlich kam es wohl auch vor, daß der Herzog die Kaufleute bei ungünstigem Geschäftsgang zu einem Maskenball einlud, um sie über den schlechten Verlauf der Messe etwas zu trösten. (Bericht Plessmanns an Friedr. d. Großen v. 16. Februar 1746.)

Hoffnungen ins Leben gerufene Wegeverbesserungskommission wenigstens die furchtbar verwahrlosten, z. T. ganz unfahrbar gewordenen Hauptstraßen im Herzogtum wieder einigermaßen instand setzte.

* * *

Weit größere Hoffnungen noch hat der Herzog auf die Erschließung neuer Wasserwege gesetzt. Es mochten ihm dabei die glänzenden Ergebnisse vorschweben, welche der große Kurfürst mit der Schöpfung des Müllroser Kanals, einer Verbindung der Oder mit der Spree, erzielt hatte; denn durch ihn war der Durchgangshandel Schlesiens nach dem Norden von Leipzig weg über Berlin gelenkt worden. Zuerst hat der schon genannte Kommissar Graumann im Jahre 1741 den Herzog auf die Vorteile aufmerksam gemacht, welche er und sein Land aus einer Schiffbarmachung der an der Stadt Braunschweig vorüberfließenden Oder ziehen könnten.

Der Vorschlag war nicht neu. Schon im 13. und dann im 14. und 15. Jahrhundert, unter den Herzögen Magnus II., Bernhard und dessen Söhnen verkehrten Handelsschiffe auf der Oder, die z. T. bis Bremen fuhren; und im 16. Jahrhundert hat Herzog Julius auf dem Flusse Holz aus dem Harz flößen lassen, bis auf Vorstellungen der damals von den Herzögen unabhängigen Stadt Braunschweig hin das kaiserliche Kammergericht dagegen Einspruch erhob.

Bei alledem ist die Zustimmung Herzog Karls zu dem von Schrader eifrig befürworteten Plan erst nach längerer Überlegung im Jahre 1743 erfolgt und zwar zunächst nur für die Strecke zwischen Hedwigsburg und Braunschweig. Allein es entsprach ganz dem Wesen der Braunschweiger Regierung, daß man bald darauf diesen Plan beträchtlich erweiterte und eine Schiffsverbindungs in jenem älteren Sinn von den Ausläufern des Harzes über Celle nach der Aller und damit nach Bremen in Erwägung zog. Der Ausführung jedoch stellte sich die geringe Tiefe und Wassermenge des Flusses in seinem oberen Lauf als Hindernis entgegen. Außerdem brachten die Verhandlungen mit der hannoverschen Regierung, deren Zustimmung man ja für den unteren Lauf der Oder bedurfte, welcher durch hannoversches Gebiet ging, nicht das gewünschte Ergebnis. Man sah sich also wieder auf den ursprünglichen Plan beschränkt. Aber auch da wurden bald Stimmen laut, die den Herzog, welcher, wie die vielen eigenhändigen Randbemerkungen in den betreffenden Akten beweisen, inzwischen für den Plan Feuer und Flamme geworden war, vor einem solchen kostspieligen Unternehmen warnten, dessen Erfolg höchst zweifelhaft war. Auch hier wurde der Fehler gemacht, die Arbeiten in höchst unzuverlässige Hände zu legen. So kam es, daß die für den Sommer 1747 angelegte und vom Herzog mit Ungeduld erwartete Eröffnung der Schiffsahrt nicht vor sich gehen konnte, weil die Sandbänke in der Oder nur in der alleroberflächlichsten Weise entfernt worden waren, und ein Teil

der eingebauten Schleusen gleich zu Anfang versagte. Die Schleuse bei Hedwigsburg bedurfte sofort wegen ihrer liederlichen Bauart der Reparatur; eine andere bei Rüningen arbeitete nicht richtig; und eine dritte bei Eisenbüttel war, wie sich allerdings erst mit der Zeit herausstellte, so fehlerhaft angelegt, daß das durch sie aufgestaute Wasser immer wieder tiefe Löcher in den Uferdamm riß, wodurch die Schleuse selbst gefährdet war. Nur durch alljährliche wiederholte Herstellungsarbeiten wurde deren Einsturz einstweilen vorgebeugt.

Trotz alledem sind die von der Regierung angeschafften beiden Osterschiffe am 30. November 1747 zum erstenmal, allerdings nur auf der Strecke zwischen Wolfenbüttel und Braunschweig gefahren. Der Herzog, welcher bis dahin bloß Opfer über Opfer gebracht und statt des erhofften Erfolges eitel Ärger und Verlegenheiten geerntet, war überglücklich. Es geschah alles, die neue Art der Beförderung möglichst rasch im Volk einzubürgern. So sollten die täglich einmal verkehrenden Schiffe nicht nur Personen und Frachten, sondern auch die Post mitnehmen; außerdem wurde den Braunschweigern und Wolfenbüttlern die Haltung eines eigenen Transportschiffes auf der Oster gestattet. Ja, wäre es dem Herzog nach gegangen, so hätte die Schifffahrt auch während des Winters nicht geruht; dem Leiter des Ganzen, Peltier,*) wurde der Befehl erteilt, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie dies möglich zu machen sei. Herausgekommen ist dabei natürlich nichts. Im Gegenteil, man hatte bald alle Ursache, auch bei normalen Verhältnissen für den Fortbestand des mit so großen Kosten ins Werk gesetzten Unternehmens zu fürchten, da sich sofort allerlei Unzuträglichkeiten im Schifffahrtsverkehr einstellten. Nur in den seltensten Fällen glückte es, die auf vier Stunden veranschlagte Fahrzeit zwischen den beiden Städten einzuhalten, schon darum nicht, weil die beiden Schiffe in der Mitte der Fahrt (bei Klein-Stöckheim) aufeinander warten mußten; denn in dem schmalen Osterbett bot sich sonst zum Ausweichen keine Gelegenheit. Oder man lief in dem nur notdürftig ausgebaggerten Fluß auf eine Untiefe auf, wenn nicht gar ein heftiger Wind die Ankunft der schwachen Fahrzeuge gleich um einen halben Tag verzögerte. Es kann daher nicht wundernehmen, daß das Publikum die Schiffe trotz ihrer bescheidenen Preise**) wenig benützte, weshalb sich

*) Martin Peltier de Belfond war ein französischer Emigrant, welcher früher im Dienst des Bremer Senats gestanden hatte und 1744 vom Herzog als künftlicher Landesbaumeister berufen worden war. Als solchem lag ihm die Erhaltung und Verschönerung der landesherrlichen Bautwerke, die Errichtung von Brücken-, Kanal-, Brunnen- und Mühlenanlagen ob. Durch seine verüßigten Horizontalmühlen, wie überhaupt durch seine Projektienmacherei und lässige Rechnungsführung hat er die Regierung in arge Schulden gestürzt. 1749 wurde er infolgedessen, trotzdem er beim Herzog in hoher Gunst stand, vor die Wahl gestellt, künftig sich auf die Ausführung der ihm gegebenen Befehle zu beschränken oder den braunschweiger Dienst zu verlassen.

**) Für die Person zwei gute Groschen ohne, vier mit Gepäck bis zu einem Zentner, für ein halbes Faß Bier an Fracht sechs gute Groschen usw.)

statt des erwarteten Überschusses bald ein stetig anwachsender Fehlbetrag einstellte, der im Jahre 1754 bereits 2668 Reichstaler betrug. Kurzerhand entschloß sich daraufhin die Regierung, die ganze Schifffahrt gegen ein jährliches Entgelt von 100 Reichstalern zu verpachten. Aber schon nach Jahresfrist mußte sie, da der neue Pächter, ein Zimmermeister, namens Strauß, mit Verlust arbeitete und daher alles herunterkommen ließ, die Herstellung der inzwischen völlig unbrauchbar gewordenen Rünninger Schleuse und die Ausräumung der immer mehr versandenden Oker wieder auf eigene Kosten übernehmen. Auch dachte man daran, den vielgewundenen Flußlauf gerade zu legen, wodurch man eine Kürzung der Fahrzeit zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel um eine halbe Stunde zu erzielen hoffte. Bald darauf hat der siebenjährige Krieg dem ganzen Unternehmen überhaupt ein Ende bereitet; und auch die schüchternen Versuche Schraders, es nach dem Frieden wieder ins Leben zu rufen, führten zu keinem Ergebnis. So entschloß man sich im Jahre 1764 kurzerhand, die beiden Regierungsschiffe zu versteigern. Doch scheint damals nur eins von ihnen einen Liebhaber gefunden zu haben. Wenigstens wird im Juni 1771 von der Absicht des fürstlichen Kriegskollegiums berichtet, das „große Okerschiff“ zu verkaufen, das dann später, um es los zu werden, durchschnitten und zu zwei kleineren Fahrzeugen verarbeitet wurde.

Ebenso wenig Glück hat der Herzog mit der Schifffahrt auf der Schunter, einem Nebenfluß der Oker, gehabt, deren Eröffnung für seinen Geburtstag 1747 unter großem Schaugepränge und in seinem Beisein in Aussicht genommen war. Der Zweck dieses Unternehmens bestand darin, mittels Kanälen und unter Hinzuziehung von kleinen Fließchen sowie durch Abschneiden der Schunterkrümmungen eine kürzere Verbindung mit der Oker und damit zwischen Braunschweig und Königsutter zu schaffen. Anderntheils sollte dadurch auch von Hattorf aus ein Zufahrtskanal von der Schunter zur Aller bei Borsfelde hergestellt werden, um für die bei letzterem gelegenen Steinbrüche von Reislungen und Dannndorf einen billigen Transportweg nach Braunschweig und hinunter nach der an der Weser gelegenen braunschweigischen Enklave Thedinghausen zu erschließen. Es rächte sich aber auch hier, daß man von Anfang an nicht mit der nötigen Sachkenntnis und Sorgfalt zu Wege ging. Niemand zog in Betracht, daß die niedrigen Ufer eine häufige Wegräumung der in den Fluß vordringenden Wasserpflanzen notwendig machen würden. Eine der Kanalschleusen bei Quorum war wieder so fehlerhaft angelegt, daß dort binnen kurzem völlige Versandung eintrat. Dazu kam noch, daß es nicht gelang, bei der Bevölkerung für das neue Verkehrsmittel Verständnis zu wecken. Man konnte es nicht einmal erreichen, daß die in der Stadt Braunschweig zusammenlaufenden, an sich zu eng bemessenen Verbindungskanäle zwischen Oker und Schunter rein gehalten würden; unbekümmert um angedrohte Strafen wurden Küchenabfälle und sonstiger

Unrat hineingeworfen. Und die Anwohner der Schunter empfanden es als höchst lästig und zeitraubend, daß sie nicht mehr wie bisher sich durch hineingeworfene Steine Übergänge über den Fluß an ihnen passenden Stellen einrichten sollten. — Noch feindlicher stellte man sich den Meliorationsplänen der Regierung entgegen, der Entwässerung von Mooren und Sümpfen zwecks Schaffung von Weideland, womit die Gewinnung des dort vorhandenen Torfs verbunden wurde. Allerdings ließen auch hier die behördlichen Anordnungen viel zu wünschen übrig, so daß der gute Zweck selten erreicht wurde. So war der Kanal, der die sumptigen Niederungen zwischen Hornburg und Oschersleben entwässern sollte, nicht an der richtigen Stelle gezogen worden. Das Projekt, den Bruch bei Dettum an der Alße trocken zu legen, kam überhaupt nicht zustande. Es sollte in Verbindung mit einer Schiffbarmachung der dort vorüberfließenden Altenau, eines Nebenflusses der Oker, ausgeführt werden, um das Holz und die Steine aus dem Elm und der Alße und den Dettumer Torf auf dem Wasserwege nach Braunschweig befördern zu können. Allein die ganze Sache unterblieb, nachdem man sich zwölf Jahre (von 1744—56) mit ihr beschäftigt und eine große Summe Geldes in die Vorarbeiten hineingesteckt hatte.

Noch schlimmere Enttäuschungen hat der Versuch gezeitigt, größere Moor- und Sumpfstrecken im Gebiet der Fulse, eines Nebenflusses der Aller, bei Barum, Gramme, Gebhardshagen und Lobmachtersen, sowie bei Wierthe unweit Albestee und weiter nach Norden bei Bechelde in fruchtbares Weideland zu verwandeln, ja, er hat wesentlich zu dem absprechenden Urteil der Nachwelt über die wasserwirtschaftlichen Unternehmungen des Herzogs beigetragen. Der Plan, den man ihm zu dem Ende Anfang des Jahres 1757 vorgelegt, und der ihm eine erkleckliche Einnahme aus dem dabei zu gewinnenden Torf in Aussicht stellte*), faßte die Regulierung der Fulse und die Ziehung eines Verbindungskanals zwischen ihr und der Oker über die Alue, den Oberlauf der in die Fulse mündenden Erse, ins Auge. Man zielte dabei nicht nur auf eine Trockenlegung der beteiligten Gebiete ab; sondern man wollte zugleich auch eine Wasserstraße schaffen, um Holz und Torf zu billigem Preise nach Braunschweig einesteils und andernteils nach Peine verfrachten zu können. Aber wieder wurde der Plan nicht ordentlich durchgearbeitet, die Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich ihm entgegenstellten, nicht gehörig erwogen; wieder wurde die Ausführung unfähigen Händen anvertraut. So war gleich bei der Vermessung des Fulse-Aluekanals auf der kurzen, etwa $\frac{1}{2}$ stündigen Strecke zwischen Broitzem und Rüningen, wo er in die Oker münden sollte, ein Nivellementsfehler von fast neun Fuß in der Bestimmung des Höhenunterschiedes gemacht worden, so daß

*) Auf Schraders Anregung hatte man schon 1743 mit dem Torfstich in der Umgebung von Oebensleben und Watenstedt begonnen; der erwartete Geldzufluß für die herzogl. Kassen war aber ausgeblieben.

die dort zu errichtende Schleuse von vornherein auf ganz falscher Grundlage beruhte. Außerdem war die für die Speisung des etwa 8 Meter breiten Kanals nötigen Wassermenge im Sommer vornehmlich nur durch Stauung der Erse zu beschaffen, wobei aber, wenn man die Probe anstellte, die offenbar mit jener zusammenhängenden Brunnen und sonstigen Wasseradern weiter unterhalb, bei Bechelde, versiegten, so daß die Gefahr einer Vertrocknung der Felder und Wiesen bestand. Um das Übel voll zu machen, entdeckte man dann im Jahre 1766, daß unter den Quellen, welche das Wasser für den immer noch der Vollendung harrenden Kanal liefern sollten, sogenannte Hungerquellen waren, d. h. Quellen, die zeitweise zu fließen aufhören.

Trotz alledem hat man es meisterhaft verstanden, den allmählich immer ungeduldiger und mißtrauischer werdenden Herzog über den wahren Sachverhalt hinwegzutäuschen und den Umstand, daß das Werk nicht vom Flecke kommen wollte, auf äußere Ursachen, den langen Krieg, mangelnde Arbeitskräfte u. dgl. zu schieben. Erst die auf Betreiben des Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand im Jahre 1774 ernannte Untersuchungskommission, welche sich an Ort und Stelle von dem Stand der Dinge überzeugen mußte, hat der Regierung den wahren Sachverhalt dargelegt mit dem trostlosen Ergebnis, daß man am besten tue, kein Geld mehr an das gänzlich verfehlte Unternehmen zu wenden. Viel schärfer noch hat ein anderes, der Regierung im August 1776 überreichtes Gutachten sich darüber ausgelassen: „Die Vertiefung und Erweiterung des Alue-(Erse-)flusses mit allen seinen großen Anstalten sei das unglücklichste Projekt, das jemals hat erdacht werden können. Der landesverderblichste Krieg hat hierbei noch vieles voraus. Denn nach demselben machet der Landmann wieder die Spieße zu Sicheln und die Schwertler zu Pflugscharen und erntet auf den verheerten Feldern vielfachen Segen ein. — Die vertiefte und erweiterte Alue im Gegenteil vermindert die Fruchtbarkeit der Felder, welche sie zu segnen geschaffen war und setzt die reichste und beste Gegend des Landes in eine tödliche Auszehrung ohne Hülfe.“ Im Ganzen hat der Kanal, den man jetzt einfach verfallen ließ, dem Staate die erkleckliche Summe von etwa 58 000 Reichsthalern gekostet.

* * *

Nicht viel günstiger verliefen Versuche, die Ergiebigkeit der braunschweigischen Berg- und Hüttenwerke zu steigern, obgleich die Regierung dabei im Anfang eine ganz ungewöhnliche Tatkraft und Zielsicherheit entfaltete. Schon im Jahre 1745 wurde der Landkommissar Funke aus Schöppenstedt auf seiner bereits S. 78 erwähnten Reise zur Leipziger Messe beauftragt, die Einrichtungen der sächsischen Berg- und Hüttenwerke zu studieren. Zwei Jahre später wurde eine Kommission von Bergbeamten, darunter jener Freiherr von Heinig, der sich später als Minister Friedrichs des Großen um das Berg- und Hüttenwesen Preußens so große Ver-

dienste erworben hat, zu dem gleichen Zweck nach Schweden gesandt. In den Einrichtungen der fürstlichen Bergämter zu Blankenburg und Braunschweig wurden allerlei wichtige Veränderungen getroffen, und besonders für eine bessere Ausbildung des Personals vielversprechende Weisungen erlassen, darunter diejenige, daß jeder höhere Hüttenbeamte zu sämtlichen Arbeiten des Departements herangezogen werden sollte. In der Tat hat der Herzog auch schon bald die Befriedigung erlebt, daß ihn die Kaiserin Maria Theresia um die Entsendung einiger braunschweigischer Bergbeamten bat, damit sie dem Gold- und Silberbergbau zu Kremnitz in Ungarn aufhelfen.

Aber trotzdem wollte sich der Hüttenbetrieb nicht heben, sondern ging im Gegenteil mehr und mehr zurück. Im Jahre 1758 lagen im Fürstentum Blankenburg mit Ausnahme der Treseburger alle Hütten still; zu Borge und Ifeld im Südharz arbeitete man Jahr für Jahr, zumal wenn Unfälle vorkamen, mit Fehlbeträgen. Außerdem verursachten allerlei Verbesserungen im Bergbau größere Ausgaben, so die 1747 von dem damaligen Fährndrich, dem späteren Artilleriemajor Georg Winterschmidt*) erfundenen Wassersäulenmaschinen, welche zur Entfernung des Wassers aus den Oberharzer Bergwerken dienen sollten, ein Problem, mit dem sich schon Leibniz ohne Erfolg beschäftigt. Der Mühe Lohn ist auch hier späteren Zeiten zuteil geworden, indem diese Wassersäulenmaschinen, obgleich sie gut arbeiteten, den Wasserandrang nicht völlig bewältigen konnten. Dazu waren erst noch weitere Maßnahmen nötig.

Die Regierung, die sich in ihren Hoffnungen auf bessere Ergebnisse getäuscht sah, leitete schließlich im Jahre 1766 ein Verfahren gegen den Vorsteher der Blankenburger und Walsenrieder Hütten, den Kammerrat Kramer, ein, weil er die staatlichen Gruben für „viel zu nutzbringend angegeben“, überhaupt durch „seine Verbesserungen im Berg- und Hüttenwesen“ die herzoglichen Kassen schwer geschädigt hätte.**). Den Unwillen des Herzogs hatte Kramer besonders auch dadurch erregt, daß er versprochen hatte, vermittelt eines von ihm selbst erfundenen Verfahrens zur Scheidung von Gold und Silber binnen kurzem den Ausfall zu decken, der der Regierung aus der Einschmelzung des berückichtigten G-Geldes im Jahre 1764 erwuchs (siehe später) und der binnen drei Monaten drei Tonnen Goldes betrug. Der verheißene Goldregen ist dann aber trotz der Errichtung einer Affinierhütte ausgeblieben. Doch hat der Herzog ihm, der allgemein als ein äußerst tüchtiger Fachmann galt, so daß selbst Friedrich der Große ihn 1767 vorübergehend in seine Dienste beehrte, bald darauf wieder seine Gunst zuwandte.

* * *

*) Winterschmidt hat seine Maschine selbst ausführlich beschrieben in dem Werke von Henning Calbör: Historisch-chronologische Nachricht und theoretische und praktische Beschreibung des Maschinenwesens und der Hilfsmittel bei dem Bergbau auf dem Oberharze etc. (Braunschweig, Fürstliche Waisenhausbuchhandlung, 1. Teil (1763) S. 159 ff.)

**) Er wurde infolgedessen 1767 aus dem Dienst entlassen.

Besser sind der herzoglichen Regierung alle diejenigen Reformen und Neuerungen geglückt, bei denen kein rein geschäftliches Interesse von ihrer Seite mit im Spiele war, sondern einzig und allein die Sorge um Hebung und Verbesserung des Landes. Allem voran steht das Verdienst, welches sie sich um die Einrichtung einer regelrechten Forstwirtschaft erworben, und zwar zu einer Zeit, wo man in Deutschland meist noch so gedankenlos mit dem vorhandenen Holzreichtum umging, daß, wie im Hildesheimischen, der Bestand ganzer Berge einfach abgetrieben wurde, ohne für Wiederanpflanzung zu sorgen.

Allerdings waren dem Herzog, was Schonung der vorhandenen Wälder anbelangte, schon seine Vorfahren, vornehmlich Heinrich der Jüngere (1514—1568), Heinrich Julius (1589—1613), August der Jüngere, Rudolph August, Anton Ulrich und Ludwig Rudolph mit gutem Beispiel vorangegangen. Keiner aber hat dabei auch nur im entferntesten an eine regelrechte Aufforstung im heutigen Sinne gedacht. Dies blieb erst dem 18. Jahrhundert, hauptsächlich der Regierung Herzog Karls vorbehalten. Die Anregung dazu hat der schon mehrfach erwähnte Oberjägermeister von Längen*) gegeben, der es verstand, durch seine für jene Zeit ganz ungewöhnlichen forstwissenschaftlichen Kenntnisse die Blankenburger und später auch die bis dahin arg vernachlässigten Weserforsten auf eine Höhe zu bringen, daß sie nach einem damaligen fachmännischen Ausspruch zu einer hohen Schule für Jäger und Forstleute wurden.

Sunächst allerdings, im herzoglichen Erlaß vom 22. März 1736, dem ersten in einer langen Folge, begnügte man sich damit, alles was eine gedeihliche Entwicklung der Waldbestände verhinderte, das eigenmächtige Abhauen des grünen Stangenholzes, das mutwillige Beschädigen der Bäume, die Errichtung von Köhlerhütten ohne obrigkeitliche Genehmigung, den Viehtrieb in den jungen Anpflanzungen usw. zu verbieten. Erst in „vorgängigem Reglement, die Forsten des Weserdistrikts betreffend“ vom 30. März 1746 wird der entscheidende Schritt zur Einführung einer rationellen Forstwirtschaft getan, indem darin das planmäßige Abholzen schlagreifer Bestände und die Wiederanpflanzung der Waldblößen durch Baumarten, welche am raschesten darauf fortkommen, anbefohlen wurde. Ferner wurden in einem diesem ersten beigegebenen, an Längen persönlich gerichteten Reskript wichtige Bestimmungen für die Ausbildung des Forstpersonals erlassen. Es sollte, um pflichttreue, ihrem Dienst mit Verständnis nachgehende Beamte heranzuziehen, künftig eine bessere Schulung, ja unter Umständen einen regelrechten Unterricht in Botanik, Mineralogie und Gesteinskunde, Mathematik,**) sogar der Baukunst erhalten. Niemand

*) Schon Herzog Ludwig Rudolph hatte ihm, der in früher Jugend an seinen Hof zu Blankenburg gekommen, 1730 die Aufsicht über die Blankenburger Forsten anvertraut.

**) In der Tat wurden seit den sechziger Jahren im Braunschweigischen die Waldvermessungen durch Forstleute und nicht wie bis dahin von Geometern ausgeführt.

sonstwo in Deutschland hat damals an dergleichen gedacht. Sind doch erst in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts jene sogenannten Meisterschulen aufgekommen, in denen einzelne tüchtige Forstmänner jüngeren Fachgenossen ihre Erfahrungen im Betrieb mitteilten, woraus sich dann nach und nach die eigentliche Forstschule entwickelt hat. Eine solche Schule hat z. B. um 1765 Hans Dietrich von Zanthier, ein Schüler Langens, in Ilfenburg gegründet.

Neuerungen von der allergrößten Tragweite hat dann noch das Jahr 1766 gebracht: Die Durchforstung, d. h. das Sichten der Bestände von denjenigen Bäumen, die in ihrem Wachstum hinter den anderen zurückblieben, aber doch durch ihr Dasein die Entwicklung der kräftigeren Stämme hemmen, und die Heranziehung der Buche und Fichte zum Hochwald- oder Samenholzbetrieb, jenem bereits dem wesentlichen nach im „vorgängigen Reglement 1746“ enthaltenen, heute allgemein angewendeten Verfahren, wonach man die durch natürliche oder künstliche Befamung und durch die Pflanzung erzeugten Holzbestände unverstümmelt und hochstämmig bis zur Schlagreife fortwachsen läßt.

Aber so großzügig und weitschauend auch die Regierung in alledem verfahren ist, ganz hat sie dabei doch ihren Hang zur Projektienmacherei nicht verleugnen können. In einem an Langen gerichteten herzoglichen Promemoria vom 16. Dezember 1748 wird die Aufstellung von Bienenstöcken an den abgeholzten Orten „zur Hebung der heimischen Honigkuchenindustrie“ empfohlen, wobei man einen Reingewinn von 70 000 Talern jährlich für das Land herausrechnete. Um dies Ziel rascher zu erreichen, sollten alle Untertanen, welche ihr Beruf nur die Hälfte des Tages in Anspruch nahm, Prediger, Schullehrer, Bader, Bäcker, Brauer, Müller u. s. w. sich in Zukunft mit der Imkerei beschäftigen. Natürlich erregte man mit solchem Ansinnen nur Unwillen, und die Regierung sah sich schließlich veranlaßt, ihre Bienenzuchtpläne auf die Seminaristen der Waisenhaus-schule, als die angehenden Landschullehrer und Opferleute zu beschränken. *)

* * *

Diese selbstherrliche Art, über das Tun und Treiben der Untertanen zu bestimmen, ist wohl auch mit die Ursache gewesen, daß viele andere an sich höchst segensreiche Neuerungen des Herzogs zur Hebung und Verbesserung der Landwirtschaft ihren Zweck nicht erreichten, weil die Bauern, wie einmal einer der Landkommissäre seinem Fürsten klagt, so wenig Devotion vor die gnädigste Landesherrschaft und einen mit vielem Ungehorsam verknüpften Eigensinn nebst einer gleichsam angeborenen Unlust, ihren Zustand zu verbessern, zeigten.

*) Laut herzoglicher Verordnung vom 26. März 1772 an das Waisenhausdirektorium sollten die Seminaristen neben dem Seidenbau auch in der Bienenzucht unterwiesen werden, im übrigen es aber Sachkundigen anheimgestellt werden, durch ihr Beispiel und ihre Erfolge aufmunternd auf die Landbevölkerung einzuwirken.

Wie schwer nur hat sich die Kartoffel eingeführt, mit deren feldmäßigem Anbau man, dem Vorgange Preußens folgend, 1747 auf Langens Vorschlag begann und zwar in der Umgegend von Braunlage. Es bedurfte einer Menge von Rundschreiben und Mahnungen an Gerichte und Ämter, die Gewährung mancher Prämien und anderer Vorteile an die Kartoffelpflanzer, ehe sich Städte, wie Königsutter, Helmstedt, Schöningen ufw. zu einem regelrechten Anbau entschlossen; noch im Jahre 1764 war es geradezu eine Seltenheit, wenn man in Gandersheim, Schöppenstedt, Holzminden u. a. D. die Kartoffeln nicht nur in Gärten, sondern auch auf Feldern und Waldblößen zog. Erst im letzten Regierungsjahre des Herzogs hat sie sich mehr und mehr eingebürgert.

Nicht geringere Schwierigkeiten waren bei Einführung des Hopfens, der Bichorie, die als Kaffeersatz dienen sollte, des Rhabarbers zu überwinden. Den Nutzen davon haben auch hier erst spätere Geschlechter gehabt.

Schwer hielt es ferner, die Landwirte zu einer vernünftigeren Bestellung der Äcker, der Wiesen und Weideplätze durch rechtzeitige Düngung, zum Anbau der darauf am besten fortkommenden Fruchtarten oder ergiebigeren Futterpflanzen, wie des wichtigen roten Wiesen- oder Burgunder-Klees, der Esparsette, der Luzerne, zu bewegen. Allerdings trug die Regierung an diesem Widerstand selbst mit schuld, da sie von den Bauern nur blinden Gehorsam für ihre Befehle, nicht aber selbsttätige Mitarbeiterschaft verlangte. Verordnungen, wie diejenige vom 20. Januar 1756, wonach jährliche Preisaufgaben über Verbesserungen in der Landwirtschaft gestellt wurden, waren lediglich an die höheren Stände gerichtet. Viel ist dabei auch nicht herausgekommen; der bald darauf beginnende, lange Krieg schob an sich schon einen Riegel vor. Und nach seiner Beendigung fehlten die Mittel, etwa eine landwirtschaftliche Gesellschaft zu gründen, wie dies Kurhannover zu Celle tat mit dem Zwecke, durch Untersuchungen theoretischer und praktischer Art, Ausgabe belehrender Schriften und Stellung von Preisaufgaben, besonders aber durch Errichtung landwirtschaftlicher Versuchstationen helfend und fördernd auf den Bauernstand einzutwirken. Man begnügte sich damit, nach Missernten dem Landvolk von regierungswegen das nötige Saat Korn zur neuen Aussaat oder das Geld zur Anschaffung dafür vorzustrecken. War die Not sehr groß, so ließ der Herzog wohl auch Getreide aus anderen Gegenden, so 1756 aus Bremen, kommen und unterm Selbstkostenpreis abgeben. Oder es wurden für solche Fälle staatliche Kornmagazine errichtet und in Zeiten der Teuerung das in guten Jahren aufgekaufte und dort aufgespeicherte Getreide zu mäßigem Preise verkauft. Irgend ein pekuniärer Nutzen ist dem Staate daraus nicht erwachsen, was auch gar nicht beabsichtigt war. Sein Auftreten als Käufer ist vielmehr dem Landvolk noch insofern zugute gekommen, als sich dadurch der Kornpreis immer so ziemlich auf gleicher Höhe hielt.

Außerdem ging man wohl dem Bauern mit allerlei Ratschlägen zur Vermehrung seiner Einnahmen an die Hand. So wurden für die Ämter, in welchen man vorzüglich Viehzucht trieb, im Amte Königsutter, Schöningen, Vorsfelde, Calvörde usw. seit 1750 beachtenswerte Winke für eine rationelle Behandlung des Viehs, wie auch für die Hebung der Milchwirtschaft erlassen. Vor allem aber suchte man die Landwirtschaft vor größeren Verlusten an Vieh zu bewahren, indem man genaue Verhaltungsmaßregeln bei Einschleppungsgefahr oder Ausbruch von Viehseuchen gab. Auch hier mußten vielfach Zwangsmittel angewandt werden. Die Regierung erntete aber damit wenig Dank, weil der Bauer von einer fachkundigen Behandlung des erkrankten Viehes nichts wissen wollte, und sich überhaupt nicht gerne in seine wirtschaftlichen Angelegenheiten hineinreden ließ, so abhängig er auch sonst in seiner sozialen Stellung war.

* * *

Eine Leibeigenschaft im eigentlichen Sinne des Wortes gab es zwar im Braunschweigischen nicht; aber darum war der Bauer doch noch lange kein freier Mann. Der Hof, den er bewirtschaftete, war, auch wenn er ihn von seinen Vorfahren überkommen, in den seltensten Fällen sein eigen. Aber selbst dann stand ihm kein Recht zu, ihn nach Gutdünken zu verkaufen, zu verpachten oder zu verpfänden. Meistens jedoch saß er darauf nur als Pächter eines der adeligen Großgrundbesitzer, welche neben dem Fürsten die eigentlichen Herren des Landes waren. Zu ihnen stand nicht nur er, sondern bis zu einem gewissen Grad auch seine Familie im untertänigen Verhältnis, insofern als niemand von ihnen ohne Einwilligung des Gutsherrn sich anderwärts verdingen durfte. Er selbst war zum Herrendienst, d. h. zu unentgeltlichen Hand- und Spannarbeiten verpflichtet und durfte von Glück sagen, wenn diese ihm nicht mehr als zwei Tage in der Woche kosteten. Irgendwie auf eigene Faust eine Preissteigerung für die von ihm gezogenen Feldfrüchte vorzunehmen, war ihm nicht erlaubt. Unter Umständen wurden ganz sonderbare Zumutungen an ihn gestellt. Es kam vor, daß man von ihm das Sammeln von Obstkernen für die Vergrößerung der Obstbaumkulturen verlangte. Mitunter wurde ihm auch verboten, Tauben zu halten; oder er mußte auf höhere Weisung hin eine genau vorgeschriebene Zahl von Sperlingen oder Maulwürfen sammeln und die Köpfe dieser „schädlichen Tiere“ an die Obrigkeit abliefern. Bei seinen allerdings oft recht rohen Erholungen und Lustbarkeiten sah er sich durch allerlei Verbote eingeschränkt; selbst seine Tracht ward, wie übrigens diejenige aller unteren Stände, vornnehmlich des Gesindes, einer strengen Kontrolle von oben her unterworfen. Auch Herzog Karl hat zu verschiedenenmalen strenge Weisungen gegen den überhandnehmenden Luxus bei dem Landvolk, gegen das Tragen von Seide, Rattun, Spitzen, ledernen Schuhen, brokatenen, gold- und

silbergestickten Mützen erlassen*). Außerdem aber hatte der Bauernstand die Hauptlast der von Jahr zu Jahr mehr anschwellenden „Landesauf-lagen“ — sie haben nach Aussage eines damaligen Regierungsbeamten im Jahre 1749 schon etwa ein Drittel mehr als dreißig Jahre vorher ausgemacht — zu tragen, da die oberen Stände sich ihrer fast ganz zu entziehen wußten.

Versuche Herzog Karls, darin Wandel zu schaffen, sind größtenteils im Sand verlaufen. Auch mit Fragen von so weittragender, sozialer Bedeutung gleich derjenigen, wie dem Bauern bei möglichster Beibehaltung der ländlichen Besitzverteilung doch ein größeres Recht auf das Gütchen, das er bewirtschaftete, einzuräumen sei, hat die Regierung sich kaum befaßt, sie hat nur die Veräußerung und Verpfändung von Grundstücken, soweit sie überhaupt zulässig war, noch mehr erschwert, indem sie eine solche ohne Vorwissen der Obrigkeit untersagte und überhaupt jeden berufsmäßigen Handel damit verbot. Sie wollte dadurch ihrer Versicherung nach verhindern, daß der in Zahlungsschwierigkeiten oder in Not Geratene wucherischen Spekulanten in die Hände falle oder sich durch Losschlagen von liegendem Gut seiner letzten Existenzmittel beraube. In Wahrheit aber hatte die Maßregel wohl den Zweck, eine Minderung der kleinen bäuerlichen Wirtschaften und die Vereinigung des Grundbesitzes in den Händen Weniger zu vermeiden, sowie der während der sechziger Jahre in erschreckendem Maße zunehmenden Auswanderung der Landbevölkerung nach Amerika vorzubeugen.

Die Frage der Bauerngüter hat die Regierung des öfteren beschäftigt. Schon am 19. März 1753 hat sie bei der fürstlichen Kammer angeregt, nicht mehr mit der gleichen Strenge wie bisher an dem Grundsatz einer Unteilbarkeit der Bauernhöfe, wobei der jüngste Sohn allein den ganzen Besitzstand des Vaters erbt, die älteren Kinder mithin leer ausgingen, festzuhalten. Um auch hier die Bildung großer Güter zu verhindern, hat sie 1760 verfügt, daß kein Bauer zu seinem Hof noch einen zweiten ohne eingeholte herzogliche Erlaubnis kaufen dürfe; besitze er mehrere Höfe, so müsse er sie bei seinem Ableben unter seine Söhne verteilen. Diese Verordnung wurde am 8. Mai 1778 wiederholt.

In einer Sache aber ist die herzogliche Regierung nach durchaus idealen Gesichtspunkten verfahren: in ihrem Bestreben, das Dienstverhältnis der Pächter zu ihren Gutsherren zu regeln.**)

*) Am 27. Oktober 1740 erschien eine offene, herzogliche Verordnung, welche unter anderem den Bauersleuten die Verwendung kostbaren Stoffs und Materials bei der Anfertigung ihrer Kleidung verbot. Eine spätere Verordnung vom 22. Februar 1753 wendet sich speziell gegen das Tragen von Spitzen. Auch den Soldatenweibern und dem Gesinde war in der am 2. Oktober 1758 erschienenen Gefindeordnung genau vorgeschrieben, was sie tragen durften. Indes wurden solche Befehle, wie ihre öfteren Wiederholungen beweisen, meist schlecht befolgt.

**) Siehe Näheres über das Folgende bei E. Geseñius, das Meyerrecht, Wolfenbüttel 1801. S. G. Albrecht, I. Band, 515 ff.

vom 9. März 1737 läßt dies deutlich erkennen, indem darin jede eigenmächtige Erhöhung des Pachtzinses, jede nachträgliche Einfügung willkürlicher, den Pächter oder Meier (wie er im Braunschweigischen heißt) schädigender Bestimmungen in die Pachtverträge vonseiten der Gutsherren verboten wird. Leider hat man dann in diesen höchst anerkennenswerten Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Pächter vielfach über das Ziel hinausgeschossen, so daß man nachher manches als zu weitgehend wieder zurücknehmen mußte. Besonders die Verordnung vom 8. Juli 1747, wonach rückständige Zahler von ihren Gutsherren nur dann zur vollen Entrichtung der Pachtsumme gezwungen werden durften, wenn jene dadurch an ihrer Existenz keinen Schaden nahmen, mußte zu ganz bedenklichen Mißständen führen, umsomehr als die zur Schlichtung derartiger Streitigkeiten ernannte Kommission meist von vornherein eine gegenüber den Meiern wohlwollende Haltung einnahm. Mit der nachträglichen Einschränkung, daß die Gewährung einer Stundung des Pachtgeldes nur dann statthaft sei, wenn es dem Pächter schlechterdings unmöglich wäre, seinen Verpflichtungen nachzukommen, und daß man damit keinesfalls beabsichtige, säumigen Meiern Vorschub zu leisten, erreichte man nicht viel. Als die Stände, und damit die Großgrundbesitzer in den Jahren 1768—70 einen Teil ihrer alten Macht der Regierung gegenüber zurückgewannen, gehörte daher die Aufhebung jener Verordnung mit zu ihren ersten Forderungen. Ganz ihren Wünschen hat sich der Herzog aber doch nicht gefügt, denn ihr am 14. August 1769 gestelltes Ansinnen, daß jeder Meier künftig von Haus und Hof gejagt werden könne, wenn er nicht mindestens zwei Drittel der jährlichen Pachtsumme erlegen würde, wurde nur insoweit berücksichtigt, als schließlich am 23. Februar 1775 der Bescheid erfolgte, dem Gutsherrn müsse von Obrigkeitsewegen unverzüglich zu seinem Rechte verholfen werden, falls bei gerichtlicher Untersuchung die Zahlungsfähigkeit des Meiers sich herausstellte. Wie sehr des Herzogs Meinung auch sonst auf einen Schutz der Pächter ging, bewies sein Reskript vom 7. Oktober 1776, in welchem er das so häufig mißbrauchte Pfändungsrecht der Gutsherren im Amte Lhedinghausen einschränkte. Weniger war den Bauern damit gedient, daß man 1770 die Hand- und Spanndienste, soweit nicht die herzoglichen Ämter in Betracht kamen, abschaffte; denn sie mußten statt dessen eine bestimmte Entschädigungssumme oder ein höheres Pachtgeld entrichten, was ihnen bei dem Mangel des baren Geldes auf dem Lande oft viel schwerer fiel.

Immerhin spiegelt sich in solchen Maßnahmen eine langsam sich bahnbrechende neue Weltanschauung wieder, derzufolge nicht mehr die Willkür des Stärkeren, sondern das Gesetz über die Pflichten und das Tun und Lassen des Schwächeren zu entscheiden hat.

* * *

Nichts kennzeichnet vielleicht überhaupt den Herzog mehr als Fürsten des Aufklärungszeitalters, als der Umstand, daß er in der Anbahnung einer besseren Rechtspflege eine der Haupttrichtlinien für seine ganze Regierungstätigkeit suchte. Denn die Aufstellung von Rechtssystemen und Rechtskodifikationen sind immer eine charakteristische Erscheinung von Aufklärungszeiten gewesen.

Gleich seinen beiden größten Zeitgenossen, Friedrich dem Großen und der Kaiserin Maria Theresia, hatte auch er es in erster Linie dabei auf eine völlige Neuordnung des Justizwesens, vornehmlich des Zivil- und Strafrechts abgesehen; aber weniger noch als jenen ist ihm diese gewaltige Aufgabe geglückt. Allein wenn auch das, was von den hochfliegenden Plänen und Entwürfen zur Ausführung kam, ein Stückwerk geblieben ist, so wurde doch damit die Grundlage geschaffen, auf welcher ein späteres Geschlecht erfolgreich weiter bauen konnte.

Drei Punkte waren es vor allem, auf welche der Herzog sein Hauptaugenmerk gerichtet hat: die Einführung eines rationelleren Gerichtsverfahrens, besonders bei Prozessen, die Forderung einer besseren Vorbildung beim Richterstand und den Advokaten und die Schaffung eines dem Herkommen sich anpassenden Landesgesetzbuches in deutscher Sprache. Am meisten hinter den Erwartungen ist das letztere zurückgeblieben, obgleich man schon im Jahre 1744 auf herzoglichen Befehl mit dem Sammeln der in den einzelnen Landbezirken gültigen, ungeschriebenen Gewohnheitsrechte begann. Aber sei es, daß die damit Beauftragten, die Untergerichtsbeamten, Advokaten, Pastoren ihrem Auftrage lässig nachkamen, sei es, daß die herzogliche Justizkanzlei und das Konsistorium, denen der gesammelte Stoff zur Bearbeitung übergeben werden sollte, kein rechtes Interesse an dem Fortgang der Sache nahmen: kurz und gut, der treffliche, vielverheißende Plan ist schließlich liegen geblieben. Auch der schwache Anfaß zu seiner Wiederaufnahme im Jahre 1770 auf Wunsch der Landstände*) hin hat daran nichts mehr ändern können.

Allzu geringe Unterstützung vonseiten der Behörden ist größtenteils auch schuld daran, daß sich des Herzogs Absichten auf Einführung eines rascheren und rationelleren Gerichtsverfahrens nicht in vollem Umfang verwirklicht haben. Bis in das letzte Jahrzehnt seiner Regierung wollten die Klagen über den schleppenden Geschäftsgang bei den Gerichten, besonders bei den Untergerichten nicht verstummen, wo so wichtige Angelegenheiten, wie Erbschafts-, Vormundschafts- und Hypothekensachen oft erst nach Jahren zur Entscheidung kamen. Die Verleihung einer neuen Untergerichtsordnung an die Stadt Braunschweig im Jahre 1764 hat nicht den erwünschten Erfolg gehabt; dazu hätte mehr guter Wille in den beteiligten Kreisen vorhanden sein müssen.

*) Noch im gleichen Jahre, am 22. Mai, hat der Herzog daraufhin den Befehl erteilt, alle Bauernrechte und besonders auch die das Meierrecht betreffenden Gesetze und rechtlichen Entscheidungen zum Zwecke der Kodifizierung zu sammeln.

Noch mehr machte sich dies unangenehm fühlbar bei den Bemühungen des Herzogs, das übliche langwierige und kostspielige Prozeßverfahren abzukürzen. Mit vollen Segeln ist die Regierung von Anfang an diesem Ziele zugesteuert. Schon das umfangreiche Projekt zu einem Justizreglement aus dem Jahre 1744 enthält die Richtlinien, die auch in der Folge für sie maßgebend geblieben sind. Nicht daß man etwa, wie sie darin des Näheren ausführt, damit umginge, den im Lande üblichen Prozeß abzuschaffen oder mit den gültigen Gemeinderechten aufzuräumen, es sollten lediglich Mittel und Wege gefunden werden, wie derartigen Rechtsstreitigkeiten vorgebeugt werden könne. Demgemäß sollten Geistliche, Lehrer, Gerichtsherrn das Volk über die häufigen üblen Folgen des Prozeßführens aufklären und wie sehr daher ein gütlicher Vergleich vorzuziehen sei. Ließen sich aber Prozesse nicht umgehen, so hätten die Justizbeamten bei den zwei gebräuchlichen Prozeßverfahren, dem solennen oder ordentlichen und dem summarischen, sich möglichst nach der Vernunft und dem klaren Buchstaben der Landesgesetze zu richten und das Urtheil unparteiisch (ohne Ansehen der Person) zu fällen.

Leider nur, daß der Herzog mit solch' goldenen Worten keinen Widerhall bei denjenigen fand, an welche sie gerichtet waren. Lag es doch im ureigensten Interesse der Advokaten, daß sich die Wünsche der Regierung in Hinsicht einer Abkürzung, ja Vermeidung der Prozesse durch gütliche Beilegung, durch Anwendung des mündlichen Verfahrens ufw. nicht erfüllten. Aber auch der Richterstand hatte allen Grund, den Anordnungen der Regierung passiven Widerstand zu leisten, weil sie ihn, der schlecht besoldet war, einer seiner wichtigsten Einnahmequellen, der Sporteln bei den Prozeßverhandlungen, beraubten. Demgemäß hat er sich auch zumeist der an sich nicht mit dem gehörigen Nachdruck gegebenen Verfügung zu entziehen gewußt, dafür Sorge zu tragen, daß diese Verordnungen durch öffentliche Vorlesungen von Richtersthülen, Rathedern, Kanzeln aus zur allgemeinen Kenntnis gelangten. Wie hätten sonst im Jahre 1775 die Stände darüber Klage führen können, daß so wichtige, prozeßverhütende Verordnungen wie diejenigen über Faustpfänder aus den Jahren 1745, 1746, 1758 und 1770 und über die Wechselordnung von 1743 und 1748 weder der Allgemeinheit, noch selbst den Advokaten je bekannt geworden wären. Es zeigte sich eben auch hier, daß Gesetze, mag man sie noch so oft und noch so dringlich wiederholen, nur leere Worte sind, wenn es an einem pflichtgetreuen, einheitlich geschulten Beamtenpersonal gebricht, sie in die Tat umzusetzen.

Sich ein solches heranzuziehen, war die Regierung schon in den vierziger Jahren bestrebt; nur ist sie leider dabei nicht systematisch genug vorgegangen. So wurde bereits (laut Verordnung vom 20. März 1742) dem gesamten Richterstand unter Androhung der Dienstentlassung und einer namhaften Geldstrafe jede Annahme von Geschenken verboten. Man über sah dabei nur das eine, daß man ihn dann vor allem hätte

besser befolgen müssen. Daran aber dachte bis in die Mitte der siebziger Jahre kein Mensch. *) Statt dessen setzte allmählich eine immer schärfere Beaufsichtigung der unteren Justizbeamten durch die höheren in Form von Generalvisitationen ein, wodurch man natürlich den gewünschten Zweck erst recht nicht erreichte. Auch mit Weisungen wie derjenigen, daß jeder, der sich der Rechtswissenschaft widmen wollte, bei den Gerichten zuzulassen sei, um sich dort theoretisch und praktisch auf seinen Beruf vorzubereiten, ist die Regierung nicht so, wie es notwendig gewesen wäre, durchgedrungen.

Viel bessere Ergebnisse wurden von ihr mit ihren Maßnahmen zur Milderung der Strafgesetze erzielt; ja es ist ihr — für jene Zeit ein ganz unerhörter Fortschritt — die Anerkennung einer leidlichen Gleichheit der Personen vor Gericht gelungen. Auch der Gebrauch der Folter wurde sehr eingeschränkt. Zu einer völligen Aufhebung, wie 1754 in Preußen, ist es allerdings nicht gekommen; sie ist in Braunschweig offiziell überhaupt nicht erfolgt. **) Ein großes Verdienst hat sich die herzogliche Regierung ferner damit erworben, daß sie, um den vielen, oft der Unkenntnis oder Gedankenlosigkeit entsprungenen Meineiden zu steuern, den Eid vor Gericht auf besonders dringliche Fälle beschränkte. Auch in der Bestimmung vom 14. Mai 1750, wonach künftig diejenigen, die zu einer „Spezial-Inquisition“ herangezogen wurden, während des gegen sie schwebenden Verfahrens nicht mehr ihres Amtes entsetzt werden sollten — natürlich mit Ausnahme wirklicher Verbrecher — verrät der Herzog eine für damalige Zeit ganz ungewöhnlich humane Gesinnung. Dies schloß natürlich nicht aus, daß dazwischen auch sehr drakonische Verfügungen herauskamen. So wurden Diebstähle von Dingen, deren Wert unter fünf Taler lag, mit jahrelangem Werkhaus oder dem großen Karren, schwerere gewöhnlich mit dem Tode bestraft. Freilich ist auch in diesen Bestimmungen später eine Milderung eingetreten, indem der Landesherr laut Reskript vom 28. Dezember 1759 die letzte Entscheidung über die Vollziehung sich selbst vorbehielt.

Trotz solcher hohen Strafen hörte das Stehlen und Rauben nicht auf; ja das letztere hatte während des siebenjährigen Krieges so überhand genommen, daß noch lange darnach die Kaufleute, welche die Braunschweiger Messe bezogen, vor Wegelagerern nicht sicher waren. Anfang der siebziger Jahre verging fast kein Tag, an dem nicht irgend ein Überfall vorgekommen wäre. Aufrufe der Regierung an Behörden und Publikum, im Lande keine Hausierer, Winkelträger und Handels-

*) Erst da hat man auf Veranlassung des Erbprinzen eine Gehaltsaufbesserung, und, um sie durchführen zu können, eine Minderung der Stellen in Aussicht genommen.

**) Die letzte sie betreffende Bestimmung stammt aus den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts. Herzog Karl hat darin die Entscheidung, wann sie anzuwenden sei, für die Stadt Braunschweig sich selbst, für das übrige Land der Universität Helmstedt vorbehalten.

juden zu dulden, weil sich unter ihnen häufig verbrecherisches Gesindel verbürge, überhaupt ein wachsamcs Auge auf alle fremden, verdächtigen Leute zu haben, fruchteten wenig. Wie oft, ja fast stereotyp kehrt in den vielen Edikten seit den vierziger Jahren, welche sich mit dieser Sache beschäftigen, die Klage wieder, daß man so selten die wohlgemeinten Absichten des Herzogs befolge.

Und doch hat kaum einer unter den damaligen Fürsten der Not, welcher diese unhaltbaren Zustände größtenteils entsprangen, so eifrig durch philanthropische Maßregeln zu begegnen gesucht; keiner hat sich so warm der Armen und Schwachen, für die in jenen Zeiten so gut wie gar nichts geschah, angenommen. Daß die treibende Kraft bei diesen Bestrebungen Jerusalem war, der schon damals die Absicht vertrat, es sei Pflicht jeder Regierung, die Leitung der Armenpflege in die eigene Hand zu nehmen, tut seinem Verdienst keinen Eintrag.

Den äußeren Anstoß, sich mit dem Los der Elenden und Hilfsbedürftigen zu befassen, hat dem Herzog, die seit seinem Regierungsantritt stetig wachsende Bettlerplage gegeben, welche besonders in der Stadt Braunschweig, wo schließlich ganze Horden unbeschäftigten Gesindels in den Straßen herumlungerten, zu einer ernstcn Gefahr für die öffentliche Sicherheit sich auszuwachsen drohte. Dementsprechend hatte er schon vor dem Eintritt Jerusalems in seine Dienste, so 1737, es versucht, mit diesem Übelstand aufzuräumen, indem er die im Land umherstreifenden Bettler aufgreifen und zu Wegeverbesserungsarbeiten verwenden ließ. An diesem guten Grundsatz hat man dann auch später festgehalten. Im Jahre 1742 wurden sämtliche Bettler in der Stadt Braunschweig, welche noch arbeitsfähig waren, nach dem mit dem großen Waisenhaus verbundenen Zuchthaus gebracht, wo sie sich ihren Lebensunterhalt durch Spinnen oder andere Handarbeiten verdienen mußten. Im darauffolgenden Jahr sollte dann das gesamte Herzogtum auf landesherrlichen Befehl an einen Tag, den 20. Dezember 1743, von Bettlern und Landstreichern gefäubert werden. Sie sind zumeist dem Schicksal, ins Gefängnis gesteckt zu werden, nur dadurch entgangen, daß man sie kurzweg zum Land hinaus schaffte. Ihnen die Rückkehr ins Braunschweigische zu wehren, wurden wochenlang an den Grenzen Wachen aufgestellt. Das erhoffte Ergebnis aber ward damit nicht erzielt; im Gegenteil, schon nach Jahresfrist sah man sich vor die Notwendigkeit einer Wiederholung der Maßregel gestellt. Auch spätere Zeiten haben darin keine Änderung gebracht. Trotzdem wurde die Regierung nicht müde, ihren Kampf mit den Bettlern immer wieder aufzunehmen. Um ihn erfolgreich durchzuführen, hätte es jedoch einer größeren Unterstützung vonseiten der Untertanen, ja selbst der Behörden bedurft. Freilich mochte es für diese auch zuweilen schwer genug sein, den Unordnungen der Krone nachzukommen. Wie wäre beispielsweise selbst den pflichtgetreuesten Beamten in den Jahren 1770 und 1771, wo infolge dauernder Missernten der Bettel

derartig zugenommen hatte, daß sich nicht selten tagsüber vor einer Türe über hundert Almosenheischende einfanden, es möglich gewesen, sie alle, wie es der Herzog wollte, von frischer Lat weg nach dem Zuchthaus auf dem Philippsberg bei Wolfenbüttel zu bringen. Außerdem barg die Sache auch ernste Gefahren in sich. Ist es doch nicht selten vorgekommen, daß solche Leute nach der Freilassung denen, die ihre Verhaftung betwirkt hatten, das Haus über den Kopf angezündet haben.

Wenn dem Herzog unter solchen Umständen eine Regelung des Armenwesens im Sinne der philanthropischen Ideen Jerusalems nicht gelang, so ist dies begreiflich. Bei alledem aber darf seine Regierung doch für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, die Grundlagen geschaffen zu haben, worauf später unter Karl Wilhelm Ferdinands Regierung Johann Anton Leisewitz seine mustergültigen Reformen auf dem Gebiete der Armenpflege aufbaute, Reformen, die zu einer Verstaatlichung der Armenanstalten führten.

Unter Herzog Karl begnügte man sich damit, die nötigen Mittel zur Unterstützung Hilfsbedürftiger durch allwöchentlich stattfindende Sammlungen bei den Wohlhabenderen aufzutreiben. Schon der Erlaß vom 25. Juni 1742 „Das vorläufige Reglement wegen Einsammlung der wöchentlichen Almosen in der Stadt Braunschweig betreffend“, das erste Reskript, welches sich ernstlich mit der ganzen Armenfrage befaßte, sah eine regelmäßig zu leistende Beisteuer vor. Die dadurch eingegangenen Summen wurden in der Folge von einem eigens dafür geschaffenen Armendirektorium unter die Notleidenden verteilt. Im Krankheitsfalle hatten diese außerdem Anspruch auf freie ärztliche Behandlung und Abgabe von Arzneien, eine Einrichtung, die schließlich im Jahre 1768 zur Eröffnung eines allgemeinen Krankenhauses in der Stadt Braunschweig*) führte, in dem mittellose Kranke Aufnahme fanden.

Freilich ohne Kämpfe ließ sich dies alles nicht durchsetzen, fehlte doch bis in die höchsten Kreise hinauf für solche philanthropische Maßnahmen des Landesherrn jegliches Verständnis. Vornehmlich empfand man es als eine ganz unbillige Zumutung, daß angesehenen Bürger der Stadt Braunschweig auf höchstem Befehl das allwöchentliche Einsammeln der Almosen von Haus zu Haus als Ehrenamt auf sich nehmen mußten, während auf dem platten Land Geistliche und Justizbeamte damit betraut wurden. Über die Verwendung der zusammengekommenen Gelder liefen die abenteuerlichsten Gerüchte um. „Der Herzog“, hieß es, „wolle damit die Löhne in der herzoglichen Wollfabrik sparen, weil die Almosenempfänger, soweit es ihr Zustand zuließ, mit Spinnarbeiten beschäftigt wurden.“ Es half nicht viel, daß er solch haltlosen Reden am 4. Oktober 1742 die enttäuschten Worte entgegensezte: „Nun achten Wir zwar mit billiger Geringschätzung und Langmuth des Undanks nicht, mit welchem Unsere Gnade und Vorforge vergolten wird, es soll Uns auch die Thorheit oder

*) Mit dem Bau wurde 1764 begonnen.

Bosheit einiger niemals zu einem Untwillen wider alle bewegen. Jeder, der zweifle, möge sich doch durch den Augenschein von dem Gang der Armenanstalten überzeugen.“

Ebensowenig war es für die ganze Sache förderlich, daß man allgemein fürchtete, aus den freiwilligen Liebesgaben könnte mit der Zeit eine feste Steuer werden, eine Befürchtung, die ja auch nicht so ganz aus der Luft gegriffen war, da die herzogliche Regierung wirklich seit Dezember 1743 einen Zuschuß zur Armentasse bei Hochzeiten, Kindtaufen, beim ersten Gang zum heiligen Abendmahl, bei Erbschaften, Gewinnung eines Rechtstreites, Aufführung eines Neubaus, Genesung von schwerer Krankheit erhob,*) ja, seit Oktober 1747 sogar einen freiwilligen Beitrag zu den Armenanstalten von den Diensthoten verlangte, „weil diese im Alter davon die größten Vorteile genießen“.

Große Unzufriedenheit wurde ferner dadurch erregt, daß die Geistlichen seit 1748 in ihren Sprengeln Listen darüber führen mußten, ob und wieviel die einzelnen Pfarrkinder gegeben, und daß strenge Polizeistrafen auf der geringsten Übertretung der Armengesetze standen. Auf der anderen Seite sollte die Leiche jedes Almosenempfängers, falls dieser im Winter starb, eo ipso dem theatrum anatomicum zu Studienzwecken übergeben werden, was gerade nicht nach jedermanns Geschmack war. All dies wirkte zusammen, daß die Almosenbeiträge immer sparsamer eingingen. Der Herzog ließ sich dadurch aber nicht irre machen; ja, er, der selbst einen beträchtlichen Zuschuß spendete, verschmähte es nicht, gelegentlich bei Hoffestlichkeiten sogar in eigener Person für die Armen zu sammeln. Mit Vorschlägen zur Verbesserung der Armenpflege war er stets bei der Hand, wie seine vielen Randbemerkungen in den einschlägigen Akten zeigen. Auch guter Rat wurde von ihm gern entgegen genommen. „Solltet ihr auch einige Mittel und Wege finden, die zur Verbesserung dieses heilsamen Werks dienlich sein möchten, so sind Wir darüber Eurer Vorschläge gewärtig“, heißt es in einem, am 29. März 1747 dem Braunschweiger Magistrat wegen Verbesserung der Armenanstalten zugegangenen herzoglichen Schreiben. Sein Werk auch für die Zukunft zu sichern, hat er sogar an die Auffammlung eines größeren Kapitals gedacht, zu welchem Zwecke er das Armendirektorium am 5. Februar 1754 ermuntert, ein Teil der einlaufenden Almofengelder für diesen Zweck zurückzulegen. Ein anderesmal, im Jahre 1757, denkt er daran, nach dem Beispiel von Hamburg oder Hannover auch in Braunschweig und Wolfenbüttel Wärmestuben für den Winter einzurichten, wo bedürftige Frauen Handarbeiten, zu welchen ihnen die Regierung unentgeltlich das Material lieferte, anfertigen könnten. Überhaupt hat der Herzog in der Erziehung zu ernster Arbeit neben einer, wenn auch noch so einfachen Schulbildung mit Recht das beste Heilmittel gegen die Armut gesehen. Dementsprechend schlägt

*) Wiederholt im herzogl. Reskript vom 28. Dez. 1746.

derartig zugenommen hatte, daß sich nicht selten tagsüber vor einer Türe über hundert Almosenheischende einfanden, es möglich gewesen, sie alle, wie es der Herzog wollte, von frischer Lat weg nach dem Zuchthaus auf dem Philippsberg bei Wolfenbüttel zu bringen. Außerdem barg die Sache auch ernste Gefahren in sich. Ist es doch nicht selten vorgekommen, daß solche Leute nach der Freilassung denen, die ihre Verhaftung betwirkt hatten, das Haus über den Kopf angezündet haben.

Wenn dem Herzog unter solchen Umständen eine Regelung des Armenwesens im Sinne der philanthropischen Ideen Jerusalems nicht gelang, so ist dies begreiflich. Bei alledem aber darf seine Regierung doch für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, die Grundlagen geschaffen zu haben, worauf später unter Karl Wilhelm Ferdinands Regierung Johann Anton Leisewitz seine mustergültigen Reformen auf dem Gebiete der Armenpflege aufbaute, Reformen, die zu einer Verstaatlichung der Armenanstalten führten.

Unter Herzog Karl begnügte man sich damit, die nötigen Mittel zur Unterstützung Hilfsbedürftiger durch allwöchentlich stattfindende Sammlungen bei den Wohlhabenderen aufzutreiben. Schon der Erlaß vom 25. Juni 1742 „Das vorläufige Reglement wegen Einsammlung der wöchentlichen Almosen in der Stadt Braunschweig betreffend“, das erste Reskript, welches sich ernstlich mit der ganzen Armenfrage befaßte, sah eine regelmäßig zu leistende Beisteuer vor. Die dadurch eingegangenen Summen wurden in der Folge von einem eigens dafür geschaffenen Armendirektorium unter die Notleidenden verteilt. Im Krankheitsfalle hatten diese außerdem Anspruch auf freie ärztliche Behandlung und Abgabe von Arzneien, eine Einrichtung, die schließlich im Jahre 1768 zur Eröffnung eines allgemeinen Krankenhauses in der Stadt Braunschweig*) führte, in dem mittellose Kranke Aufnahme fanden.

Freilich ohne Kämpfe ließ sich dies alles nicht durchsetzen, fehlte doch bis in die höchsten Kreise hinauf für solche philanthropische Maßnahmen des Landesherrn jegliches Verständnis. Vornehmlich empfand man es als eine ganz unbillige Zumutung, daß angesehenen Bürger der Stadt Braunschweig auf höchstem Befehl das allwöchentliche Einsammeln der Almosen von Haus zu Haus als Ehrenamt auf sich nehmen mußten, während auf dem platten Land Geistliche und Justizbeamte damit betraut wurden. Über die Verwendung der zusammengekommenen Gelder liefen die abenteuerlichsten Gerüchte um. „Der Herzog“, hieß es, „wolle damit die Löhne in der herzoglichen Wollfabrik sparen, weil die Almosenempfänger, soweit es ihr Zustand zuließ, mit Spinnarbeiten beschäftigt wurden.“ Es half nicht viel, daß er solch haltlosen Reden am 4. Oktober 1742 die enttäuschten Worte entgegensezte: „Nun achten Wir zwar mit billiger Geringschätzung und Langmuth des Undanks nicht, mit welchem Unsere Gnade und Vorforge vergolten wird, es soll Uns auch die Thorheit oder

*) Mit dem Bau wurde 1764 begonnen.

Bosheit einiger niemals zu einem Untwillen wider alle bewegen. Jeder, der zweifle, möge sich doch durch den Augenschein von dem Gang der Armenanstalten überzeugen.“

Ebensowenig war es für die ganze Sache förderlich, daß man allgemein fürchtete, aus den freiwilligen Liebesgaben könnte mit der Zeit eine feste Steuer werden, eine Befürchtung, die ja auch nicht so ganz aus der Luft gegriffen war, da die herzogliche Regierung wirklich seit Dezember 1743 einen Zuschuß zur Armentasse bei Hochzeiten, Kindtaufen, beim ersten Gang zum heiligen Abendmahl, bei Erbschaften, Gewinnung eines Rechtstreites, Aufführung eines Neubaus, Genesung von schwerer Krankheit erhob,*) ja, seit Oktober 1747 sogar einen freiwilligen Beitrag zu den Armenanstalten von den Diensthoten verlangte, „weil diese im Alter davon die größten Vorteile genießen“.

Große Unzufriedenheit wurde ferner dadurch erregt, daß die Geistlichen seit 1748 in ihren Sprengeln Listen darüber führen mußten, ob und wieviel die einzelnen Pfarrkinder gegeben, und daß strenge Polizeistrafen auf der geringsten Übertretung der Armengesetze standen. Auf der anderen Seite sollte die Leiche jedes Almosenempfängers, falls dieser im Winter starb, eo ipso dem theatrum anatomicum zu Studienzwecken übergeben werden, was gerade nicht nach jedermanns Geschmack war. All dies wirkte zusammen, daß die Almosenbeiträge immer sparsamer eingingen. Der Herzog ließ sich dadurch aber nicht irre machen; ja, er, der selbst einen beträchtlichen Zuschuß spendete, verschmähte es nicht, gelegentlich bei Hoffestlichkeiten sogar in eigener Person für die Armen zu sammeln. Mit Vorschlägen zur Verbesserung der Armenpflege war er stets bei der Hand, wie seine vielen Randbemerkungen in den einschlägigen Akten zeigen. Auch guter Rat wurde von ihm gern entgegen genommen. „Solltet ihr auch einige Mittel und Wege finden, die zur Verbesserung dieses heilsamen Werks dienlich sein möchten, so sind Wir darüber Eurer Vorschläge gewärtig“, heißt es in einem, am 29. März 1747 dem Braunschweiger Magistrat wegen Verbesserung der Armenanstalten zugegangenen herzoglichen Schreiben. Sein Werk auch für die Zukunft zu sichern, hat er sogar an die Auffammlung eines größeren Kapitals gedacht, zu welchem Zwecke er das Armendirektorium am 5. Februar 1754 ermuntert, ein Teil der einlaufenden Almofengelder für diesen Zweck zurückzulegen. Ein anderesmal, im Jahre 1757, denkt er daran, nach dem Beispiel von Hamburg oder Hannover auch in Braunschweig und Wolfenbüttel Wärmestuben für den Winter einzurichten, wo bedürftige Frauen Handarbeiten, zu welchen ihnen die Regierung unentgeltlich das Material lieferte, anfertigen könnten. Überhaupt hat der Herzog in der Erziehung zu ernster Arbeit neben einer, wenn auch noch so einfachen Schulbildung mit Recht das beste Heilmittel gegen die Armut gesehen. Dementsprechend schlägt

*) Wiederholt im herzogl. Reskript vom 28. Dez. 1746.

er 1755 die Errichtung von Werkhäusern nach englischem Muster vor, in denen Arme Unterkommen und Beschäftigung finden sollten, eine Einrichtung, die sich anderorts, so in Oesterreich, wo Kaiserin Maria Theresia Schloß Ebersdorf bei Wien dafür einräumte, in Kurpfalz, Frankfurt a. M. glänzend bewährt hatte. Beides ist dann aber aus Mangel an Mitteln unterblieben. Wohl wurde der letztere Plan noch einmal ins Auge gefaßt, als man im Jahre 1772 wegen der Übelstände, die sich bei der bisherigen Art der Armenunterstützung immer fühlbarer machten, zu einer Reform schritt, wobei man die Ausübung der Armenpflege mehr oder weniger den Kirchengemeinden übergab. Indessen hat auch diese ihrem Zweck nicht gedient, schon um deswillen nicht, weil man sich um das Tun und Lassen der Almosenempfänger in den seltensten Fällen weiter kümmerte.

Des Herzogs Fürsorge für Bedürftige hat sich übrigens nicht bloß auf die unteren Stände erstreckt; sie hat in erster Linie auch den Familien seiner Offiziere und Beamten gegolten. Für diese wurde bereits im Jahre 1743 eine Wittven- und Waisenkasse gegründet, welcher der Fürst selbst namhafte Summen und sonstige Zuwendungen spendete, während die Beamten 2 Prozent ihres Gehalts als jährlichen Beitrag zu leisten hatten. Ebenso suchte man durch die Errichtung von Sterbekassen den Hinterbliebenen die Bestreitung der oft hohen Begräbniskosten zu erleichtern.

Eine nach hannoverschem Muster im Jahre 1753 ins Leben gerufene Brandversicherungskasse sollte die von einem Brandunglück Heimgesuchten vor der ärgsten Not schützen. Viel Dank aufgehoben hat die Regierung mit dieser Maßregel nicht. Nur gezwungen traten ihr die Inhaber der größeren Bauernhöfe bei. Und wie schwer hielt es dann erst, sie zur richtigen Abschätzung des Wertes ihrer Besitzungen für die Brandkataster zu bewegen, wie zögernd und widerwillig liefen die Geldbeiträge ein!

Fast mit noch mehr Schwierigkeiten hatte man bei der Einführung der neuen Feuerchutzordnung im Jahre 1742 zu kämpfen. Vor allem wollten sich die Bauern nicht dazu verstehen, an ihren Häusern Brandmauern und feuerfeste Schornsteine anzubringen, ihre Dächer mit Ziegeln statt mit Stroh zu decken, ihre Ställe nicht mehr mit offenen Lichtern oder glimmenden Pfeifen zu betreten. Hatten sie sich doch auch an frühere feuerpolizeiliche Verordnungen, vornehmlich an diejenige Herzog Rudolph Augusts aus dem Jahre 1677, nie ernstlich gekehrt. Aber die Regierung blieb fest. Sie erreichte es schließlich, daß in den Städten und Dörfern die notwendigen Feuerlöschgeräte angeschafft und Brunnen und Wasserleitungen angelegt wurden, um bei Ausbruch eines Brandes über genügende Wassermengen zu verfügen. In bestimmten Zeiträumen wurden dann auch alle diese Einrichtungen auf ihre Brauchbarkeit geprüft. Bei den Landgemeinden lag dies Amt den Landgerichtskommissären*) ob,

*) Diese Landgerichtskommissäre sind nicht mit den Landkommissären zu verwechseln, einer Art von Kreisdirektoren, welche Herzog Karl nach dem Vorbild der

welche die alljährlich zweimal in den einzelnen Gemeinden stattfindenden Land- und Forstgerichte*) zu leiten hatten. In den Städten Wolfenbüttel und Braunschweig hatte das herzogliche Polizeiamt die Aufsicht, eine besondere, in Wolfenbüttel seit 1747, in Braunschweig seit 1759 bestehende Behörde, welche unmittelbar der Geheimratsstube unterstand, und deren Leiter zugleich als erstes Mitglied dem Magistrat angehörte. Der Geschäftskreis dieses Amtes deckte sich nur zum Teil mit demjenigen unserer heutigen Polizei. Als vornehmste Aufgabe war ihm gesetzt, der Stadt Bestes zu fördern; deshalb konnte und durfte es auch bei jeder Gelegenheit in die städtische Verwaltung sich einmischen. Städtische Freiheit im alten Sinn gab es ja überhaupt unter Karl nicht mehr. Nicht bloß das selbstherrliche Braunschweig hat dies zu wiederholten Malen erfahren; auch der Stadt Helmstedt wurden im Jahre 1744, als man ihr eine neue Magistratsordnung verlieh, die letzten Reste einer allerdings zum Teil angemachten Selbstverwaltung genommen.

In Braunschweig hatten nun nicht mehr die städtischen Behörden, sondern das Polizeiamt darüber zu wachen, daß man die Lagen beim Verkauf von Lebensmitteln nicht überschritt, richtige Maße und Gewichte gebrauchte, keine verbotenen Bücher, gefälschte Lebens- und Arzneimittel und was dergleichen Dinge noch mehr waren, zu Markte brachte. Auch über alles, was sonst irgendwie das öffentliche und geschäftliche Leben der Stadt anging, sogar über die Form des Gottesdienstes und Schulunterrichts war ihm die Aufsicht übertragen. Daneben hatte es für Reinigung und Erhaltung der Straßen, Kanäle, Brücken, wie für Instandhaltung der öffentlichen, ja bis zu einem gewissen Grade auch der Privatbauten zu sorgen, wie es z. B. nicht dulden durfte, daß an den Hauptstraßen stehende Häuser unvollendet blieben.

Ein Bauherr wie andere Fürsten damaliger Zeit ist der Herzog nie gewesen. Seine Tätigkeit nach dieser Richtung hin beschränkte sich, soweit nicht öffentliche Gebäude in Betracht kamen, auf Umänderungen im Salzdahlumer Schloß und im Grauen Hofe zu Braunschweig, welchen er bei der Verlegung des Hofes von Wolfenbüttel nach Braunschweig 1753 zu seiner Residenz erfor. Dafür war ihm aber umso mehr, wie schon die obengenannte Verfügung zeigt, an einem stattlichen Aussehen der Städte seines Landes gelegen. Nach dem Erlaß vom 5. April 1745

Brandenburgischen Commissarii Loci, der Vorläufer der preussischen Landräte, an die Spitze der Verwaltung für die einzelnen Distrikte des Herzogtums betief.

*) Auf diesen Gerichtstagungen wurden kleinere Streitfachen, Beleidigungen, Forst- und Ackerergehen erledigt, alles Dinge, welche auch den anderen Gerichten zugewiesen werden konnten. Der Herzog dachte daher 1744 daran, sie überhaupt aufzuheben. Da man sich aber nicht schlüssig werden konnte, wer denn für die Aburteilung der Forstergehen zuständig sein sollte, zudem das ganze Verfahren sehr einfach war und rasch sich vollzog, so hat man sie bestehen lassen, nur daß der Herzog seit 1745 mit ihrer Abhaltung nicht mehr wie bisher Kammerbedienstete, sondern Landgerichtskommissare betraute.

waren selbst bloße an Häusern vorzunehmende Wiederherstellungsarbeiten nicht ohne Genehmigung des herzoglichen Landbaumeisters Beltier zulässig. Seit 1750 mußte man die Pläne für Neubauten der Geheimratsstube zur Begutachtung vorlegen, sofern man dafür irgendwelche Unterstützung von oben her genoß. Um nämlich die Baulust in Braunschweig, wo nach Übersiedlung des Hofes dorthin ein empfindlicher Wohnungsmangel eintrat, zu steigern, hatte der Herzog denjenigen, welche ein Haus aufzuführen wollten, die Befreiung von allen möglichen Abgaben, ja unter Umständen einen beträchtlichen Geldzuschuß gewährt. Selbst das nötige Material wurde an die Betreffenden aus dem im Jahre 1746 zu Braunschweig und Wolfenbüttel eingerichteten herzoglichen Baumagazinen zu bedeutend ermäßigten Preisen abgegeben. Im letzten Jahrzehnt seiner Regierung, als ihn wahrlich genug andere Sorgen bedrückten, hat der Herzog (1771) sogar an die Errichtung eines Generalbaudepartements gedacht, welches alle bei der Geheimratsstube eingereichten Baupläne einer Prüfung unterziehen sollte. Auch denjenigen gegenüber, denen die Aufsicht und Erhaltung der staatlichen Gebäude oblag, hat er es an Mahnungen nicht fehlen lassen, im Bausach wohlverfahrene Leute anzustellen, und sich womöglich eigene gründliche Kenntnisse darin zu erwerben, um nötigenfalls selbst ein fachgemäßes Urteil abgeben zu können.

Der Stadt Braunschweig ist dieser Verschönerungsdrang ihres Herzogs noch ganz besonders darin zugute gekommen, daß sie stattliche Alleen vor ihren Toren, bessere Zufuhrstraßen und nicht zum letzten 1755 ein neues Straßenpflaster mit Bürgersteigen — für jene Zeit ein ganz besonderer Luxus — erhielt. „Diese so kostbare und der Stadt zur äußeren Zierde und Bequemlichkeit gereichende Anlage“, wie später ein herzogliches Reskript vom 4. Januar 1779 sie nicht ganz mit Recht nennt, weil das gelegte Steinpflaster höchst holprig war, hat in den Bürgerkreisen, welche für die Kosten aufzukommen hatten, wenig Anklang gefunden. Aber ähnliche Auftritte, wie zwölf Jahre vorher beim gleichen Fall in Wolfenbüttel, sind doch unterblieben. Dort hatten die erbitterten Hausbesitzer, denen man ohne weiteres die Rechnungen für den Plattenbelag des Weges vor ihren Häusern aufstellte, die Pflasterer mit Erschießen bedroht, falls sie in ihrer Arbeit fortführen. Aber spärlich und langsam genug liefen die Gelder dafür ein; im Jahre 1761, also nach sechs Jahren, hatten noch die wenigsten ihren Beitrag bezahlt. Es lag wohl auch daran, daß man noch schwer an den Kosten der 1750 von oben her befohlenen aber langsam vorstatten gehenden Ausräumung und Einfassung der Kanäle innerhalb der Stadt, wie an den laufenden Ausgaben für die Straßenreinigung*) zu tragen hatte, die an sich überaus lästig empfunden wurde, weil man weder Küchenabfälle, noch sonstigen Unrat wie früher vor die Türen werfen durfte. Freilich, den Viehtrieb

*) Eine Straßenreinigungsordnung erschien 1742 für Wolfenbüttel, 1758 für Braunschweig.

durch die Stadt, wie auch das Schlachten auf der Gasse ließ sich der Bürger trotz strenger Verbote nicht nehmen, so daß ungeachtet aller Verschönerungsversuche des Herzogs Braunschweig doch noch im Jahre 1777 mehr einem Landstädtchen als einer fürstlichen Residenz glich.

Ebenso widerwillig ward von den Hauseigentümern die verlangte Beisteuer zur öffentlichen Straßenbeleuchtung geleistet, welche auf Befehl des Herzogs, nachdem er sich zweiundzwanzig Jahre lang mit diesem Plan getragen,*) endlich im Jahre 1765 eingerichtet wurde. Er selbst hatte, um die Sache rascher in Fluß zu bringen, anlässlich der am 3. Dezember 1764 erfolgten Geburt seiner ersten Enkelin, der Prinzessin Auguste, einen Teil der notwendigen Straßenlaternen gestiftet, auch einen bedeutenden jährlichen Zuschuß von nahezu 1000 Reichstaler in Aussicht gestellt. Aber die Genugthuung, daß nun die Straßen Braunschweigs wie in dem viel kleineren Blankenburg, welches schon seit den Tagen Ludwig Rudolphs eine Straßenbeleuchtung besaß, allnächtlich durch das Licht von nahezu 1600 Laternen erhellt waren, wurde doch z. T. wieder durch den Ärger über die lässige Art getrübt, mit welcher der mit Anzünden und Instandhaltung der Laternen betraute Unternehmer seines Amtes waltete, weil er nicht auf seine Kosten kam. Um den Einwohnern nicht noch mehr Lasten in dieser Beziehung aufzubürden, verfiel man auf den Plan, ihnen selbst die Verwaltung des Beleuchtungswesens zu übertragen, kam aber dann, jedenfalls zum Vorteil für die Sache, rasch davon wieder ab.

Einen noch größeren Sturm der Entrüstung hat im Schoß der Bürgerschaft die zugleich mit der Straßenpflasterung in Aussicht genommene, 1758 begonnene Verlegung der Friedhöfe vor die Stadt und die damit verbundene neue Begräbnisordnung erregt, obgleich die letztere nur im allgemeinen Interesse eine Verminderung der unverhältnismäßig hohen Beerdigungskosten**) und eine Beschränkung des bei den Leichenbegängnissen entfalteten Prunkes bezweckte. Aber die Einen wollten eben nicht auf die bis dahin üblich gewesene feierliche Aufbahrung der Leichen, die Abhaltung von Leichenschmäusen und die Schmückung der Gräber mit Kronen und Kränzen „als heidnischen Brauch“, wie ihn die Regierung nennt, verzichten, den Anderen war die nunmehrige Einteilung in vier Beerdigungsklassen je nach Abkunft und Stand ein Dorn im Auge. So beklagten sich die „Herren Schulkollegen an den großen Gymnasien“, daß sie nicht gleich den Advokaten der ersten, sondern der zweiten Klasse zugeteilt worden waren. Es blieb schließlich nichts übrig, als einzelne Bestimmungen, wie das Kranzverbot, aufzuheben und im beschränkten Maße die Leichenschmäuse wieder zu gestatten.

*) 1743 hatte ein gewisser Joh. Wilh. Ritter dem Minister Schrader zum erstenmal die Anbringung von Nachtleuchten in Braunschweig vorgeschlagen, fünf Jahre später hat er sein Projekt noch einmal dem Herzog vorgelegt.

**) Kam doch ein besserer Sarg allein auf hundert Taler, eine für jene Zeit ganz ungeheure Summe, zu stehen.

Fast noch mehr Schwierigkeiten galt es bei Verlegung der Friedhöfe vor die Stadt zu überwinden, da der Herzog dabei mit der größtmöglichen Schonung der dadurch Geschädigten verfahren wollte. Hatte er doch schon 1754, als er beim Braunschweiger Magistrat zum erstenmal das ganze Projekt anregte, ausdrücklich erklärt, es solle nicht eher zur Ausführung kommen, bis für die Kirchen und geistlichen Stiftungen der Ausfall an Einnahmen, den sie dadurch erlitten, anderweitig gedeckt sein würde. Auch dem Publikum suchte man, als vier Jahre darnach die Regierung wieder das Begräbnisverbot in Kirchen und auf den Stadtfriedhöfen ins Auge faßte, so weit wie möglich entgegenzukommen, indem man jedem, der dort ein Grab besaß, ein solches auf einer der neuen Begräbnisplätze unentgeltlich einräumte. Indes wußte man der Regierung dafür wenig Dank. Denn da bis dahin nur Bedürftige und geringe Leute außerhalb der Stadt beerdigt worden waren, so empfanden es die besseren Kreise als eine Art Schande, daß ihre Toten von nun an auch draußen vor den Toren ruhen sollten. So hat der Herzog schließlich nur durchgesetzt, daß das Begraben in den Kirchen, soweit darin nicht schon Familienbegräbnisse vorhanden waren, für deren Benutzung es jedoch von nun an der Zustimmung des Konsistoriums bedurfte, abgeschafft wurde. Die Regierung sah sich eben einmal wieder in ihrem segensreichen Wirken eingeschränkt, weil es dem Spießbürger nicht einleuchten wollte, daß die im Boden verwesenden Leichen mitten unter den Wohnungen der Lebendigen der öffentlichen Gesundheitspflege nicht zuträglich sein können. *)

Freilich sind auch dem Herzog solche vom rein sanitären Standpunkt aus getroffenen Verfügungen — denn um nichts anderes handelt es sich bei der ganzen Friedhofsangelegenheit — nicht immer so glatt und gut hinausgegangen. Er hat sich dadurch aber nicht irre machen lassen, sondern die Ziele, welche ihm dabei als die richtigen vorschwebten, unentwegt weiter verfolgt, soweit dies nur irgendwie in seiner Macht lag. Raum anderswo in deutschen Landen hat man sich damals eifriger mit derlei Fragen beschäftigt, nirgends ist so viel Ersprießliches trotz gelegentlicher Entgleisungen auf medizinischem Gebiet geleistet worden wie in Braunschweig. Schon im Jahre 1740 betont ein Arzt in einer Eingabe, worin er die Regierung auf allerlei Unzulänglichkeiten im Medizinalwesen aufmerksam macht, wie sehr die Braunschweiger Gott danken könnten, daß er ihnen einen Regenten gegeben, der so klar die Wichtigkeit und Notwendigkeit erkenne, gesunde Untertanen zu haben, und daher „den eingerissenen großen Mißbrauch derer Medici und Medicinen in eine bessere Ordnung bringen wolle.“

In der Tat war es hohe Zeit, daß eine energische Hand hier helfend eingriff. Zwar hatten schon früher Braunschweiger Regenten, so Herzog

*) Siehe die Friedhöfe vor den Toren der Stadt Braunschweig v. H. Meier und W. Schadt, Braunschw. Magazin 1920.

August der Jüngere 1653, August Wilhelm 1721, sich dieser Aufgabe zu unterziehen versucht, indem sie umfangreiche Medizinalverordnungen erließen; erreicht aber hatten sie damit nichts. Das Kurpfuschertum, dem sie dadurch den Garaus zu machen hofften, trieb nach wie vor seine Blüten. Auch wenn wir den Aberglauben aus dem Spiele lassen, war es dem Volke nicht zu verdenken, daß es in Krankheitsfällen lieber seine Zuflucht zu den billigen Wunderdoktoren und Quacksalbern nahm als zu den studierten, teuren Ärzten, von denen noch dazu die wenigsten von ihrem Beruf etwas verstanden. In erhöhtem Maß galt dies von Chirurgen und Badern, die z. T. nicht einmal richtig zur Ader lassen konnten, so daß nicht selten Patienten unter ihren Händen verbluteten. Noch schlimmer sah es mit den Kenntnissen der Apotheker aus. Selbst die Inhaber der vom Staate privilegierten Apotheken waren, obgleich sie vor ihrer Zulassung ein Examen abzulegen hatten, häufig so unwissend, daß sie die ihnen zur Ausführung übergebenen Rezepte gar nicht verstanden. So konnte es vorkommen, daß man auf das gleiche Rezept in jeder Apotheke eine andere Arznei erhielt. Sogar verdorbene Arzneimitteln wurden skrupellos an Kranke verabfolgt. Im Weserdistrikt gab es im Jahre 1742 nach dem Zeugnis des dortigen Landphysikus Dr. Wachsmuth keine Apotheke, in welcher man mit gutem Gewissen ein Rezept hätte machen lassen können. Dabei wurden für die Arzneien gewöhnlich unverhältnismäßig hohe Preise gefordert. Vergebens hatten schon die Herzöge August Wilhelm, Ludwig Rudolph, Ferdinand Albrecht II. diesem Unwesen zu steuern gesucht, indem sie eine regelmäßige Revidierung der Apotheken durch die Behörden verlangten. Allein die gute Absicht kam nicht zur Ausführung, da die Apotheker sich weigerten, die daraus erwachsenden Kosten zu tragen. Kein Wunder daher, daß der gemeine Mann lieber in die wilden Apotheken*) ging, wo er wesentlich geringere Preise zahlte.

Verordnungen, die auf Abstellung all' dieser Mißstände hinzielten, hat Herzog Karl bereits im Anfang seiner Regierung erlassen. Systematisch dagegen vorgegangen ist er indes erst vom Jahre 1744 an, wo er beschloß, die Oberaufsicht über alles, was nur irgendwie ins medizinische Gebiet einschlug, einer besonderen Behörde, einem Collegium medicum, wie es verschiedene Ärzte schon 1694 den Herzögen Rudolph August und Anton Ulrich vorgeschlagen, anzuvertrauen. Die Seele des ganzen Planes ist neben Schrader, der das Verdienstliche einer derartigen Einrichtung schon in London während seines dortigen Aufenthaltes im Jahre 1729 schätzen gelernt, der Stadtphysikus Dr. Behrens gewesen,

*) Wilde Apotheken waren solche, deren Besitzer wohl gelehrte Apotheker waren, aber kein herzogliches Privileg besaßen. Es gab deren in der Stadt Braunschweig eine ganze Anzahl aus jener Zeit, da sie sich der Notmäßigkeit der Herzöge zu entziehen gewußt hatte; denn der Magistrat legte auf den Besitz des Privilegs wie auch auf ein abgelegtes Examen keinen Wert.

dem ein Jahr vorher der Herzog die Kontrolle über sämtliche Apotheker, Chirurgen, Bader uſto. übertragen hatte. Bereits am 29. August 1744 war man ſich über die dem Collegium zuzutheilenden Aufgaben ſchlüſſig;*) auch der Herzog hatte ſeine Einwilligung zur Eröffnung gegeben. Sie iſt dann aber doch erſt nach drei Jahren, am 23. März 1747, erfolgt. Die Behörde, als deren Sitz nach längerem Schwanken zwiſchen Wolfenbüttel, Helmſtedt und Braunschweig das letztere auſerſehen wurde, ſetzte ſich zuſammen aus einem Präſidenten,**) einem Vicepräſidenten, einem Deſan,***) drei Aſſeſſoren und drei Ehrenmitgliedern, die mit Ausnahme des Präſidenten, der ſtets ein Jurist ſein ſollte, meiſtenteils dem Stand der Ärzte angehörten. Vor dem Collegium hatten ſowohl angehende Ärzte und Apotheker, als auch Heilgehilfen, Bader, Chirurgen und Hebammen durch Ablegung einer Prüfung den Nachweis genügender Kenntniſſe oder praktiſcher Ausbildung zu liefern, ehe ſie zugelassen wurden. Ärzte, die nicht den vorgeschriebenen Studiengang durchgemacht hatten, wies man von vornherein ab.†) Des Weiteren wurden die Apotheken einer ſtrengen Reviſion unterworfen. Ebenſo ſollte das Collegium energiſch gegen alle Kurpfuſcherei und ſonſtigen derartigen Unfug vorgehen. Selbſt Schriften mediſiniſchen Inhalts mußten, ſoweit ſie nicht von der Univerſität Helmſtedt ausgingen, ihm vor dem Druck zur Begutachtung vorgelegt werden. Seine Befugniſſe gingen ſogar ſo weit, daß es alle ins Sanitätsweſen einſchlagende Vergehen aus eigener Machtvollkommenheit mit Aufſchaltung der Gerichte zur Strafe ziehen durfte, eine Beſtimmung, die indeſſen auf die Dauer ſo böſes Blut gemacht hat, daß der Herzog ſie auf dringliches Verlangen der Stände im Landtagsabſchied vom 9. April 1770 z. T. wieder aufheben mußte. Auch die Abfaſſung der ſeit 1767 auf landeſfürſtlichem Befehl in den Kalendern veröffentlichten Geſundheitsberichte, in denen man den Leuten Vorſchriften und Ratſchläge über das Verhalten bei plötzlich auftretenden Krankheiten gab, wurde ihm anvertraut. Überhaupt haben ſich der Herzog und ſeine Miniſter, denen allein das Collegium Verantwortung ſchuldig war††) in mediſiniſchen Angelegenheiten durchaus nach deſſen Anſichten gerichtet, alle nur irgendwie damit zuſammenhängenden Fragen ihm zur Entſcheidung übergeben. Als beiſpielsweiſe die Regierung 1763 mit der Abſicht umging, eine Tierarzneiſchule in Braunschweig zu errichten, wozu es dann leider nicht gekommen iſt, hat ſie ſich zunächſt dort Rat geholt, ob

*) Medizinalkollegien exiſtierten damals ſchon in anderen deutſchen Staaten, ſo in der Markgraviſchaft Brandenburg—Ansbach, das ſich verſchiedentlich mit der Frage befaßte, wie vornehmlich der Chirurgie aufzuhelfen ſei.

**) Bis 1770 Kammerpräſident von Völſter, 1772—85 Legationſrat v. Flögen.

***). Bis 1748 Dr. Behrens, nach deſſen Tod ſeit 1749 Dr. Meibom, einer alten Helmſtedter Profeſſorenfamilie entſtammend.

†) Die gleiche Beſtimmung hatte ſchon Anton Ulrich (1696) getroffen; man war ihr aber nie mit der nötigen Schärfe nachgekommen.

††) Es war direkt der Geheimratſtube unterſteht.

und wie sich ein solcher Plan verwirklichen lasse. Mitunter sah sich freilich dann auch das Collegium dank des fürstlichen Vertrauens mit Aufträgen bedacht, die in recht loser Beziehung zu seinen Zwecken standen. Es mochte noch angehen, wenn es, wie 1747 einen Arzt, Dr. Kaiser aus Wolfenbüttel, ermuntern mußte, seine meteorologischen Beobachtungen fortzusetzen; daß es aber im Anschluß daran auch bei anderen in der Witterungskunde erfahrenen Leuten, die es verstanden „nach Breslauer oder Petersburger Art“ Tabellen anzufertigen, dafür werben sollte, war doch einem ärztlichen Collegium etwas viel zugemutet.

Mit seiner Gründung war zugleich diejenige von medizinischen Gesellschaften (*societates medicae*) verbunden, denen jeder Arzt bei Verlust seiner Stellung beitreten mußte. Die Ärzte hatten an den verschiedenen Orten in bestimmten Zeiträumen, in Braunschweig, wo sie ihren Hauptsitz hatten, alle vierzehn Tage, bei dringlichen Fällen alle acht Tage zusammenzukommen. Auf diesen Versammlungen sollten Maßregeln gegen herrschende Krankheiten beraten, gegebenenfalls auch Vorträge gehalten werden. Berichte davon waren dem Herzog einzusenden, welcher dann besonders Wichtiges dem Druck übergeben ließ. Auf dem Lande wohnende Ärzte, die sich an solchen Versammlungen nicht beteiligen konnten, hatten die in ihrer Praxis gemachten Beobachtungen und Erfahrungen allmonatlich, bei Seuchen allwöchentlich, an das Collegium medicum einzusenden. Indes ließen solche Berichte nur höchst spärlich ein. Sogar der Vorsitzende der Gesellschaft, Hofrat Schöpfer, wußte sich dieser im Ärztekreis als äußerst lästig empfundenen Verpflichtung jahrelang zu entziehen. So blieben denn die Hoffnungen, die man an die Gründung dieser Societates geknüpft, unerfüllt; sie sanken, wie ein Arzt, der Leibmedikus Dr. Wagler 1768 dem Herzog in einer Eingabe klagt, zu einem Schattendasein herab.

Überhaupt hat der Herzog mit all' diesen so segensreichen Neuerungen auf medizinischem Gebiet wenig Dank geerntet. Bei der großen Masse, welche dafür nicht das mindeste Verständnis besaß, war das Collegium medicum von Anfang an äußerst unbeliebt. Selbst Mitglieder des Magistrats und der Gerichte nahmen dagegen Partei, so daß der Herzog gelegentlich bei seinen Beamten die Schreibart in ihren gegen das Collegium gerichteten Schriftstücken als unzulässig rügen mußte. Versteckt und offen trat die große Menge für die von ihm Gemahregelten oder Bestraften ein. Wenn ein Arzt Mitglied des Collegiums wurde, verlor er gewöhnlich seine bisherige Praxis. Und wenn er dann gar noch, wie der Leibmedikus und Hofrat Meibom als Defak des Collegiums, für die verhaßte, künstliche Einimpfung der Menschenblattern auftrat, so war es mit seinem Ansehen ganz und gar vorbei. Hat es doch selbst der Herzog, obgleich er dem Meibomschen Vorschlag zustimmte,*) lange Jahre nicht gewagt, seine Untertanen zu einer solchen Impfung zu zwingen. Obwohl!

*) 1754 schon hat ihn Meibom, einstweilen ohne Erfolg, dafür zu gewinnen versucht.

letztere in anderen deutschen Städten, vornehmlich in Hannover, ziemlich eingebürgert war und sogar auf Veranlassung des Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand dessen einjähriges Söhnlein Karl Georg August im Juni 1767 zu London geimpft wurde, mußten in Braunschweig noch Prämien für diejenigen Eltern ausgesetzt werden, welche die Impfung an ihren Kindern, selbstverständlich auf Kosten der Regierung vornehmen ließen. *)

Besonders aber wurde es dem Collegium verdacht; daß es so eifrig bei der seit 1744 vom Herzog in Aussicht genommenen Verstaatlichung der Apotheken, wodurch sich dieser eine wesentliche Erhöhung der Staatseinkünfte versprach, mitgewirkt hatte; ist es doch mit zu diesem Zwecke ins Leben gerufen worden. **)

Schon Behrens war in diesem Sinn tätig gewesen; mehr noch ließ es sich Meibom angelegen sein, die Wünsche seines Herrn in die Tat umzusetzen. Im Jahre 1753 waren bereits die elf größten der privilegierten Apotheken im Lande ***) in den Besitz der Regierung gelangt. Aber nur zu bald stellte sich der ganze Plan, gegen den Sachverständige von Anfang an die ernstesten Bedenken geäußert hatten, als durchaus unzweckmäßig heraus. Schon dadurch, daß der Staat in den meisten Fällen die Leitung der Apotheken den bisherigen Besitzern überließ und ihnen dafür ein festes Gehalt auszahlen mußte, wirtschaftete er bedeutend teurer als der Privatmann. Weiter wurde zur Herstellung der Arzneien ein Zentrallaboratorium, ein Laboratorium Chymicum, wie es offiziell hieß, verbunden mit einem großen Warenlager in Braunschweig eingerichtet, von dem die Apotheken ihre Medicinen fix und fertig erhielten. Auch hier waren die Verwaltungskosten ziemlich bedeutend. Sie zu decken, blieb kein anderer Ausweg, als eine Preissteigerung der Arzneien, so daß sie den Apothekern, die es an sich als eine Kränkung empfanden, zu einfachen Händlern herabgedrückt zu werden, wesentlich höher zu stehen kamen, als wenn sie selbst sie angefertigt hätten. Die gelieferten Medicamente waren zudem oft ganz minderwertig oder verdorben durch allzulanges Lagern, besonders an Orten, wo kein Arzt ansässig war. Denn laut herzoglichem Befehl durfte ohne ärztliches Rezept keine

*) Diese künstliche Blatternimpfung (Variolation) beruhte auf der Beobachtung, daß die gefährlichen Blatternkrankungen bei Übertragung des Blatterngifts durch kleine Hautverletzungen viel milder und gutartiger verliefen. Sie war aber nicht ungefährlich, vermochte auch die Zahl der Krankheitsfälle nicht zu verringern und bedeutete zudem eine Vermehrung der Ansteckungsgefahr durch die Geimpften, so daß der Widerstand gegen sie sehr begreiflich erscheint. Erst 1796 hat dann der englische Arzt Edward Jenner die bedeutungsvolle Entdeckung gemacht, daß die Überimpfung der Kuhpocken auf Menschen (die Vaccination) ein sicheres Schutzmittel gegen die Menschenblattern darstelle.

**) Siehe Näheres für das Folgende bei A. Eilers „Die Staatsapotheken in Braunschweig 1750—71“, in der Apothekerzeitung, herausgegeben vom deutschen Apothekerverein. 13. Jahrgang 1898 S. 733, 739, 746, 753, 763, 773, 782.

***) Die wilden hatte man zum größten Teil ohne weiteres aufgehoben.

Medizin verabfolgt werden. So klagt der Apotheker in Seesen einmal, er habe das ganze Jahr über nur zwei Rezepte umgesetzt. Man versuchte die Einnahmen dadurch zu vergrößern, daß man die Preise für die Arzneien ganz willkürlich erhöhte, so daß mitunter eine Medizin an einem Ort doppelt, ja dreimal so viel kostete, als an einem anderen. Mißstände des Zentrallaboratoriums kamen hinzu, das ganze Unternehmen für die Regierung immer aussichtsloser zu gestalten. Schwere Herzen hat sich daher der Herzog endlich im Jahre 1771 entschlossen, seine Zustimmung zur Wiederveräußerung der verstaatlichten Apotheken, sowie des Warenlagers und des Laboratoriums zu geben. Ein bleibender Gewinn ist aber doch dem Lande aus diesen Versuchen, das ganze Apothekerwesen von Grund aus umzugestalten, erwachsen: ein neues Arzneibuch, das Dispensatorium pharmaceuticum Brunsvicensis, welches genaue Vorschriften über die Anfertigung aller damals verwandten Arzneien enthält und dafür zugleich einen bestimmten Preis festsetzt. Die erste Anweisung zur Abfassung eines solchen Werkes, das im Herzogtum fehlte, hat der Herzog dem Collegium medicum bereits Mitte der fünfziger Jahre gegeben, und zwar wurde dabei an eine Ausgabe in lateinischer und deutscher Sprache gedacht, was für damalige Zeiten, wo erst langsam das Deutsche die tote fremde Gelehrtensprache zu verdrängen begann, etwas ganz Außerordentliches war. Vier Jahre darnach war der Entwurf fertig. Da er aber nicht den Beifall der Helmstedter Fachkreise fand, denen er zur Begutachtung vorgelegt ward, so blieb die Sache zunächst liegen, obgleich der Herzog sofort dem Collegium den Auftrag zur Bearbeitung eines neuen Dispensatoriums erteilt hatte. Erst 1768 wurde sie, hauptsächlich auf Veranlassung des Leibmedikus Dr. Wagler ernstlicher in Angriff genommen. Neun Jahre hat es dann noch gedauert, ehe das bedeutungsvolle Werk, allerdings nur lateinisch, erschien; bloß das Namensregister ist deutsch. Gewidmet ist es dem Herzog als „dem Vater des Vaterlands“ und dem Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand. Alle Apotheker und Physiker erhielten davon je ein Exemplar; erstere wurden außerdem darauf vereidigt, daß sie die darin enthaltenen Vorschriften genau befolgen würden.

Mehr Gegner noch als durch die Verstaatlichung der Apotheken ertouchten dem Collegium medicum durch die Stiftung eines Theatrum anatomicum vonseiten der Regierung, mit dem zugleich ein Collegium anatomico-chirurgicum verbunden war, dessen anatomisch-chirurgische Unterrichtskurse zu Anfang des Jahres 1751 begannen. In erster Linie bezweckte man damit, den Böglingen am Collegium Carolinum, dieser vornehmsten Schöpfung des Herzogs auf dem Gebiete der Jugendberziehung, Gelegenheit zu geben, sich ohne eigentliches Universitätsstudium die notwendigsten Kenntnisse in der Anatomie zu verschaffen. Daneben wurden aber auch für Wundärzte, Chirurgen, Bader und Hebammen Vorlesungen und Demonstrationen eingerichtet. Indessen fiel infolge der Nachlässigkeit,

mit welcher die dafür angestellten Ärzte ihres Amtes walteten, der Unterricht nur zu häufig aus. Jahrelang wurden die wichtigsten Vorlesungen nicht gehalten, weil die Lehrkräfte lieber ihrer ärztlichen Praxis nachgingen. Darin änderte auch die mitten in den Nöten und Sorgen des siebenjährigen Krieges vorgenommene Erweiterung des Lehrplans nichts, indem der Herzog, der seinem Collegium gerne eine Bedeutung gleich derjenigen des anatomischen Instituts oder der Charité zu Berlin verliehen hätte, den bisherigen Vorlesungen solche über Botanik, Chemie, Pharmakognosie u. dgl. m. hinzufügen ließ. Denn selbst wenn der Vertreter der Anatomie mehr Pflichteißer entfaltet hätte, ließen sich doch Störungen bei den anatomischen Demonstrationen nicht vermeiden, weil die dafür nötigen Leichen nicht immer zu beschaffen waren. Hielt es doch in dem kleinen Land schon schwer genug, das anatomische Institut der Universität Helmstedt damit zu versehen, weil eigentlich nur die Körper der Hingerichteten und Selbstmörder für den Zweck verwendet werden durften. Der Herzog aber, welcher für das Zustandekommen eines „dem gemeinen Wesen so zum besten gereichenden Instituts“ schon ganz erhebliche Opfer gebracht hatte,*) war nicht geneigt, daran sein Werk scheitern zu lassen. Im Jahre 1751 wurde daher bestimmt, daß auch die im Gefängnis Verstorbenen, sowie alle diejenigen, für deren Beerdigung die Armenkasse die Kosten zu tragen hatte, dem Theatrum anatomicum ausgeliefert werden mußten. Selbstverständlich war das Volk weit entfernt, diese in rein wissenschaftlichem Interesse ergangene Verfügung von dem gleichen Standpunkt aus anzusehen. Selbst diejenigen, welche den landesherrlichen Befehl auszuführen hatten, wußten ihn zu umgehen, indem sie den Hinterbliebenen solcher Bedürftigen allen möglichen Vorschub leisteten, um ihre Toten vor diesem Schicksal zu bewahren. Die allgemeine Entrüstung darüber fiel auf das Collegium medicum als den Urheber solcher Beschlüsse. Dieses hatte sich überdies schon längst durch die umständliche und herrische Art, mit der es seine Amtshandlungen erledigte, verhaßt gemacht. Zudem herrschte Uneinigkeit und Zwietracht unter seinen Mitgliedern, was für sein Ansehen nicht gerade förderlich war. Man hätte daher am liebsten seine Aufhebung gesehen. Dem Herzog aber lag nichts ferner als dies. Durfte er doch im Jahre 1767 die Genugthuung erleben, daß die Hessen-Darmstädtische Regierung ihr Collegium medicum nach dem Braunschweiger Vorbild reformierte. Er hat sich nur insofern scheinbar dem allgemeinen Wunsch angepaßt, als der Name Collegium medicum verschwand. Es wurde laut Verordnung vom 25. Januar 1772 in ein Obersanitätscollegium umgewandelt, welchen Namen bereits die gleiche ärztliche Behörde in Berlin und Stuttgart führte. Anderweitige Änderungen waren damit nicht verbunden. Als solches setzt bekanntlich die Schöpfung Karls bis zum heutigen Tag ihre segensreiche Wirksamkeit fort.

*) Wurde doch die Anschaffung von Büchern, Instrumenten und Präparaten z. T. aus fürstlichen Mitteln bestritten.

II. Des Herzogs Verdienste um Schule und Kirche.

Hat Herzog Karl schon mit seinen Reformen auf volkswirtschaftlichem Gebiet all' das, was die meisten zeitgenössischen deutschen Fürsten in gleicher Hinsicht geleistet, weit in den Schatten gestellt, so darf dies in erhöhtem Maße von seinen Bemühungen um Einführung einer besseren Jugenderziehung gelten. Und zwar ist sein Wirken nach dieser Richtung hin bedeutend vielseitiger und vorurteilsloser gewesen, als es sogar Friedrich der Große, sonst in so vielen Dingen sein Vorbild, entfaltet hat. Denn dessen Hauptaugenmerk war, so sehr er auch die damals landläufige Ansicht bekämpfte, ein unwissendes Volk wäre leichter zu regieren als ein wohlunterrichtetes, in erster Linie auf eine Verbesserung der Mittelschulen gerichtet. Die anderen Schulen, ja sogar die Hochschulen, haben von ihm kaum irgendwelche Unterstützung und Förderung erfahren, letztere vermutlich deshalb nicht, weil er dem hier herrschenden Bestreben, die Studenten, die künftigen Beamten und Bürger des preussischen Staats, zum Subjektivismus, zur individuellen Betätigung zu erziehen, sein Verständnis, ja Mißtrauen entgegenbrachte.

Nicht, daß Herzog Karl in diesen Dingen freier und vorurteilsloser gedacht hätte als sein Schwager. Wie alle damaligen Machthaber auf dem Thron war auch er in der Ansicht befangen, daß das Volk möglichst in blindem Gehorsam zu halten und jede individuelle Betätigung als etwas den Staat Gefährdendes zu unterdrücken sei. Der damals von den Universitäten, vornehmlich Göttingen, geltend gemachte, noch heute festgehaltene Standpunkt, für sich Freiheit der Lehre und Forschung in Anspruch zu nehmen, soweit nicht politische Interessen in Frage kamen, eine Forderung, der sich auch die Braunschweiger Landesuniversität Helmstedt angeschlossen, wird kaum nach dem Geschmack eines Fürsten gewesen sein, der freie Meinungsäußerung durch strenge Bücherzensur niederhielt. Wenn sich trotzdem die Universität Helmstedt seiner ganz besonderen Fürsorge, ja Nachsicht erfreute, so erklärt sich dies eben daraus, daß er stolz darauf war, in seinem kleinen Lande eine Hochburg der Wissenschaft zu besitzen.

1576 von Herzog Julius*) zu einer Zeit gegründet, wo den lutherischen Fürsten Deutschlands die Errichtung von Hochschulen als eine Ehrenpflicht galt, damit diese, die gegebenen Trägerinnen und Verbreiterinnen der neuen Glaubenslehre, ihnen überzeugte Verfechter derselben heranzögen, hatte die Alma Julia**) zu Helmstedt ihre Aufgabe auf das glänzendste erfüllt, indes bereits bei Karls Regierungsantritt den Höhepunkt überschritten. Wohl waren an ihr immer noch wie einst wissenschaftliche Größen allerersten Ranges tätig. Gab doch weder der

*) Regierte von 1568—1589.

**) Vergleiche über all' dies und das Folgende: Geschichte der ehemaligen Hochschule Julia Carolina zu Helmstedt (von Häberlin), Helmstedt 1876, F. Richter.

1723—47 als Theologieprofessor lehrende Abt Johann Lorenz von Mosheim, der Begründer der wissenschaftlichen Kirchengeschichte und Mitschöpfer der heutigen deutschen Schriftsprache, noch sein Nachfolger Abraham Teller und der zunächst 1748 als Professor der Dichtkunst und griechischen Sprache berufene Johann Benedikt Carpzob,*) an geistigem Einfluß dem ein Jahrhundert vorher im Sinn eines Ausgleichs zwischen lutherischen und reformierten Bekenntnis dort wirkenden, berühmten Theologen Georg Calixtus**) etwas nach. Kaum minderen Ansehens in der damaligen Gelehrtenwelt hatten sich aus der philosophischen und juristischen Fakultät zu erfreuen: der Litterarhistoriker und Professor der orientalischen Sprachen Hermann von der Hardt,***), der wegen seiner Mitarbeiterschaft an der „Allgemeinen Weltgeschichte“ im Auszug****) noch heute gelegentlich genannte Geschichtsprofessor und Jurist Franz Dominikus Häberlin†) und der Jurist Johann Friedrich Eisenhart.††) In der medizinischen Fakultät war es der Anatom und Chirurg Lorenz Heister,†††) dessen Hauptwerk, seine „Chirurgie“, zu ihrer Zeit eines der berühmtesten Bücher war und in alle europäischen Sprachen übersetzt wurde, sowie dessen Nachfolger, der wegen seiner umfangreichen Sammlungen auf den verschiedensten Gebieten berühmte Gottfried Christoph Beireis,††††) der seinen Ruf bei der Mitwelt allerdings weniger seiner wissenschaftlichen Bedeutung, als seinen vielen Geheimnissträmereien, vor allem dem von ihm selbst genährten Glauben, daß er Gold machen könne, verdankte.

Trotz alledem hatte Helmstedt bereits seit Ende des 17. Jahrhunderts infolge der Gründung neuer Universitäten, so Kiels 1665 und Halles 1693, einen langsam zunehmenden Rückgang an Besuchern zu verzeichnen. Vor allem zog Halle, wo die neu aufkommenden theologischen Richtungen, Pietismus, Rationalismus, und die neuere historische und philosophische kritische Theologie nacheinander ihren Hauptstützpunkt fanden, die Studierenden in stetig wachsender Zahl an sich. Geradezu an seinem Lebensnerv getroffen wurde Helmstedt durch die 1734 erfolgte Gründung der Universität

*) Er erhielt erst ein Jahr darnach eine Theologieprofessur. Weiteren Kreisen ist er vornehmlich durch sein im Auftrag des Herzogs 1768 verfaßtes *Liber doctrinalis theologiae puriores* bekannt geworden, in welchem er den Ruf Helmstedts bei den Strenggläubigen, der durch Tellers freisinniges Auftreten etwas gelitten hatte, wieder herzustellen suchte.

**) Geb. 1586, † 1656, lehrte zu Helmstedt v. 1614—1656.

***)) Wirkte zu Helmstedt 1690—1746.

****)) 27 Bände, Halle 1767—90.

†) Wirkte zu Helmstedt 1748—1787.

††) 1751 außerordentl., 1755 ordentl. Professor, † 1783.

†††) Wirkte zu Helmstedt v. 1715—1758.

††††) Wirkte zu Helmstedt von 1756 bezw. 1759 bis 1809. Vgl. Carl von Heister, *Nachrichten über Gottfried Christoph Beireis*. Berlin 1860, Nicolai. — Von dem wunderlichen und doch zweifellos verdienstvollen Mann hat uns Goethe eine launige Schilderung anlässlich seines Besuchs zu Helmstedt im August 1805 in seinen Tages- und Jahreshäften hinterlassen.

Göttingen durch König Georg II. Von Anfang an auf das Großartigste angelegt, mit Hilfsmitteln ausgestattet, wie sie im damaligen Deutschland eben nur dem Kurfürsten von Hannover als dem gleichzeitigen Beherrscher des reichen Englands zur Verfügung standen, dabei von einem organisatorischen Talent allerersten Ranges, dem hannoverschen Minister Gerlach Adolf von Münchhausen geleitet, der die allerersten Kräfte für die neue Anstalt zu gewinnen wußte, hatte die jüngere Schwester die ältere gar bald derart in den Schatten gestellt, daß die Ansicht Platz griff, nur in Göttingen könne man weise und gelehrt werden. Dazu gesellte sich dann noch, daß Helmstedt, welches bis dahin dem Gesamthaus Braunschweig-Lüneburg gehört und gemeinsam von beiden Linien verwaltet worden war, gemäß den 1745 abgeschlossenen Vereinbarungen in den Alleinbesitz von Braunschweig gelangte und dadurch eines beträchtlichen Theils seiner bisherigen Einnahmequellen, der vom Kurfürstentum Hannover geleisteten Geldzuschüsse, Stipendien usw. verlustig ging.

Zwar in Braunschweig, wo man die Trennung auf das eifrigste betrieben hatte, da die gemeinsame Verwaltung der Universität durch beide Regierungen gar manche Unannehmlichkeit, manche Verstimmung mit sich brachte, wie auch in dem Kreis des Lehrkörpers der Hochschule selbst gab man sich der Hoffnung hin, damit eine neue Blüte der Universität heraufzuführen. Aber so sehr sich dies der Herzog, der dem Namen der Universität den seinigen als den ihres zweiten Begründers beifügte, angelegen sein ließ, mit der Göttinger Georgia konnte die Alma mater Julia-Carolina doch nicht gleichen Schritt halten. Den einstigen Glanz vermochte er Helmstedt trotz aller Anstrengungen nicht mehr zurückzugeben. Zwar wurde bereits 1746 der Universitätsfonds vergrößert und ein Jahr darnach auch die Lehrmittel vermehrt. Ferner wurden einzelne der seit langem verwaisten Lehrstühle neu besetzt, einige ganz neu geschaffen. Viel versprach man sich auch von der Gründung eines theologischen Seminars im Jahre 1750, dem dann allerdings erst 29 Jahre später ein philologisch-pädagogisches Seminar folgte, das schon 1755 in Vorschlag gebracht worden war. Selbst das äußere Aussehen der Universität suchte man würdiger zu gestalten, indem man die Universitätsbibliothek durch Zusammenziehung zweier Hörsäle würdiger und zweckdienlicher aufstellte, einen prunkvollen Fest- und Konzertsaal errichtete und Reitbahn und Fechtboden neu in Stand setzte.

Dabei war man eifrig bestrebt, bei der studierenden Jugend die Empfänglichkeit für alles Schöne und Edle, überhaupt ihre Bildung zu heben, vornehmlich unter den Theologen, die, vielfach den unteren Gesellschaftsschichten entstammend, häufig weder Fähigkeit noch Neigung, ja oft nicht einmal die nötigen Vorkenntnisse zu ihrem späteren Beruf mitbrachten. Schon 1748 hatte der Herzog für sie ein Collegium musicum, eine Besonderheit, welche an keiner anderen Hochschule sich fand, ein-

richten lassen, damit sie dereinst als Geistliche imstande wären, selbst Musik auszuüben. Seit 1764 sollten sie auch als die künftigen Schulinspektoren einen gründlichen Einblick in das Schulwesen erhalten. Ferner hatten sie neben ihren Fachkollegien Vorlesungen über Physik, Mathematik, Ökonomie und Heilkunde zu hören, um gegebenenfalls einmal ihrer Gemeinde bei Fragen des praktischen Lebens an die Hand zu gehen.

Auch die Zügel der Disziplin wurden seit 1754 straffer angezogen, da der Herzog, wie er wiederholt erklärte, lieber gar keine als eine moralisch schlechte Universität haben wollte. Die der Studentenschaft angehörenden Landeskinder wurden einer strengen Aufsicht unterworfen. Jeder Studiosus der Theologie mußte bei der Aufnahme vor dem Dekan seiner Fakultät eine Prüfung über seine Vorkenntnisse ablegen. Waren diese ungenügend, so konnte er zurückgewiesen werden. Die Collegien, die er in den einzelnen Semestern zu hören hatte, wurden ihm genau vorgeschrieben. Ferner sollte er über sein Tun und Lassen dem Dekan Rechenschaft geben. Seit 1764 hatte jeder Student, der jahrelang keine Vorlesung besucht hatte, das Consilium abeundi zu unterschreiben. Wer sich einer ausschweifenden Lebensart hingab, sollte keine Anstellung im Braunschweiger Staatsdienst erhalten. Indes sind nicht nur die Studenten, sondern auch die Professoren, denen ein solches Beaufsichtigungssystem nicht paßte, nur in den seltensten Fällen diesen lästigen Verpflichtungen nachgekommen. Deshalb wurde 1764 vonseiten der Regierung an die Aufstellung eines „Ephorus“, einer Art väterlichen Freundes und Mentors der Studierenden gedacht, der nicht nur den Studiengang der Einzelnen, sondern auch deren ganze Lebensführung überwachen und sie außerdem bei ihren sonstigen Angelegenheiten mit Rat und Tat unterstützen sollte. Aber mit einer solch' offensichtlichen Beschränkung akademischer Freiheit war man im Professorenkreis wenig einverstanden, weshalb sich die Entscheidung darüber vierzehn Jahre hinzog. Als dann wirklich 1778 die Ernennung eines Ephorus in der Person des Philosophieprofessors Zerber erfolgte, da trat das, was man in Helmstedt gefürchtet hatte, ein: Abwanderung der nicht auf ein Brodstudium angewiesenen, also aller bessergestellten Studenten an andere Universitäten. Trotzdem blieb die so viel bekämpfte Einrichtung bestehen. Erst im Jahre 1786 wurde sie dadurch abgelöst, daß man den einzelnen Professoren eine Art väterliche Aufsicht über ihre Zuhörer übertrug.

In Wahrheit wagte man es allerdings nur in den seltensten Fällen, gegen die Studenten schroff aufzutreten, um die Hochschule dadurch nicht noch mehr zu entvölkern. Die vielen herzoglichen Erlasse, bestimmt, den Mensuren, sowie dem ausschweifenden Leben, dem leichtsinnigen Borgen der Musenföhne durch Festsetzung strenger Strafen einen Riegel vorzuschieben, blieben mehr oder weniger Verordnungen auf dem Papier. Ist doch das im herzoglichen Auftrag 1764 von dem Hofrat Cellarius unter Mitwirkung des Helmstedter Magistrats verfaßte Kredit-Gesetz, das

an Stelle ähnlicher, bereits von Herzog August Wilhelm 1725 festgesetzter, aber seitdem in Vergessenheit geratener Bestimmungen treten sollte, schon deshalb zu Lebzeiten Herzog Karls nicht im Druck erschienen, weil die darin enthaltene Forderung, ein Student müsse, wolle er sich anders nicht der Pfändung seiner Habe aussetzen, die Collegiengelder im voraus bezahlen, eine Verminderung des Besuchs der Hochschule zur Folge hätte haben können. Man begnügte sich damit, den Bürgern das Vorstrecken von Geldern, überhaupt jegliches Vorschußgeben, sei es gegen Faustpfänder oder in sonst irgendwelcher Form, an Studenten zu verbieten, ein Verbot, dem man natürlich nur in den seltensten Fällen nachkam. Nicht minder nachsichtig hat sich die Regierung trotz Androhung strenger Strafen bei den Anfang der sechziger Jahre sich mehrenden nächtlichen Studententumulten gezeigt, welche sich vornehmlich gegen unbeliebte Mitglieder des Lehrkörpers richteten. Hat doch Minister von Schrader, sicher nicht ohne Zustimmung seines Herrn, der Ansicht des derzeitigen Prorektors von der Hardt sich angeschlossen, es sei besser, die Täter laufen zu lassen, als bei Ausübung der Gerechtigkeit einen Tumult zu riskieren. *)

Dieser Nachgiebigkeit ist es wohl auch zuzuschreiben, daß die damals aufkommenden Studentenorden mit ihren symbolischen, z. T. recht lächerlichen Zeremonien, hinter denen die Autokraten des 18. Jahrhunderts meist mit Unrecht staatsgefährdende Absichten twitterten, und die man daher auch in Helmstedt glauben nicht dulden zu dürfen, sich trotz aller herzoglichen Verbote insgeheim bis tief hinein in die Regierungszeit Karl Wilhelm Ferdinands hielten. Vermied man es doch ängstlich, einen Studenten, der vor der Promotion stand, zu relegieren; ja, man ließ den Unfug, sich von einer angedrohten Relegierung loskaufen zu können, stillschweigend fortbestehen, da der Universitätsfonds solcher Einkünfte zur Deckung von Verwaltungskosten nicht entbehren konnte. Denn aus den Geldverlegenheiten kam man, seitdem die hannoverschen Zuschüsse wegfielen, in Helmstedt nicht mehr heraus. Nur eine wesentliche Zunahme der Studierenden hätte dem vielleicht abzuhelpen vermocht. Damit sah es aber trübe genug aus, besonders seit Mitte des 18. Jahrhunderts Preußen und Hannover ihren Landeskindern das Beziehen einer fremden Hochschule wesentlich erschwerten. Dazu waren einzelne von den Professoren kurzschichtig genug, statt der im Lehrplan festgesetzten Collegien lieber ihre persönlichen Forschungen vorzutragen oder sich für ihre Vorlesungen Themen zu wählen, bei denen sie viel Zulauf hatten. So konnte es kommen, daß angehende Theologen die grundlegenden Vorlesungen z. T. überhaupt nicht zu hören bekamen, obgleich die Theologie die Hauptrolle an der Universität spielte. Einen nicht unbeträchtlichen Rückgang erfuhr der Besuch der Universität direkt dadurch, daß der Herzog für die einheimischen Studierenden der Theologie statt des bisherigen vier- ja sechsjährigen Studiengangs nur einen solchen von zwei bis drei Jahren festsetzte.

*) Schreiben Schraders an von der Hardt vom 26. März 1762.

Was nützte es da viel, wenn man vonseiten der Regierung andererseits alles tat, den Aufenthalt in Helmstedt für die Hörer der Universität möglichst nach Wunsch zu gestalten? So mußten 1760, um den Mangel an geeigneten Studentenwohnungen abzuheffen — es standen dafür kaum zwölf Häuser zur Verfügung — auf höchsten Befehl die Bürger ihre leerstehenden Zimmer zu diesem Zweck einrichten. Sechs Wochen vor Ablauf eines jeden Semesters veranstaltete dann der Prorektor bei diesen eine Umfrage, um festzustellen, wie viel Neuankömmlinge man im nächsten Semester unterbringen könne. Zugleich wurde für ein besseres Aussehen der Stadt Sorge getragen, vor allem eine regelmäßige Reinigung der furchtbar verwahrlosten, bei schlechtem Wetter z. T. fast ungangbaren Straßen eingeführt. Die Oberaufsicht darüber hatte man neben dem Bürgermeister Hofrat Lichtenstein einem Mitglied des Lehrkörpers der Universität, dem Mathematikprofessor Hentsch, zugebracht, mit der sonderbaren Begründung, daß die Wegschaffung des Unrats zur Mathematik gehöre, was dieser aber begreiflicherweise auf das energischste zurückgewiesen hat. Erst nach längeren Verhandlungen hat der bereits früher erwähnte Professor Häberlin dies für einen Geschichtsforscher etwas merkwürdige Amt übernommen.

Um der Universität wenigstens eine feste Besucherzahl zu sichern, hatte der Herzog bereits am 18. August 1753 die Verordnung Herzog August Wilhelms vom 9. November 1724 erneuert, wonach jedes Landeskind, sobald und solange es Braunschweiger Stipendien genoß, in Helmstedt studieren mußte. Ferner sollte kein Kandidat der Theologie Anstellung im Braunschweiger Kirchen- und Schuldienst erhalten, der nicht wenigstens zwei seiner Studienjahre dort zugebracht. Im Jahr darauf wurde dies auch bei der Besetzung von Patronatspfarreien zur Bedingung gemacht. Freilich mußte die Regierung zwei Jahrzehnte später im Landesrezess vom 2. September 1775 diese Bestimmung wieder dahin einschränken, daß sie der Ritterschaft auf deren Verlangen das Recht zubilligte, „ihre Patronatsstellen auch an andere tüchtige Subjekte, die nicht in Helmstedt studiert hätten, zu verleihen.“ Dagegen hat man drei Jahre später im Reskript vom 28. Dezember 1778 die genannte Verfügung auf sämtliche Studierende ausgedehnt, die sich später um eine Anstellung im Braunschweigischen Staatsdienst zu bewerben gedachten, und den Behörden den strengen Befehl gegeben, niemanden mehr zu irgend welchem Amt zuzulassen, der dem nicht nachgekommen wäre. Durch solche Zwangsmaßregeln wurde wenigstens die über kurz oder lang unvermeidliche Schließung der Universität Jahrzehntelang hinausgeschoben. Sie ist erst 1810 unter der Herrschaft König Jérômes von Westfalen *) erfolgt.

Möglich, daß man ihrer Aufhebung überhaupt hätte vorbeugen können, wenn man sie, wie es Jerusalem 1747 anregte, nach Braun-

*) Das von Napoleon neugeschaffene Königreich hatte fünf Universitäten.

schweig verlegt und dort mit dem kurz vorher gegründeten Collegium Carolinum in irgend einer Form vereinigt hätte, *) da das Herzogtum offenbar zu schwer an den Kosten zweier so kostspieliger Anstalten trug. Davon aber wollten die Helmstedter Professoren, welche das Carolinum nicht als gleichwertig anerkannten, nichts wissen. An letzterem wirkende Lehrkräfte, denen der Herzog, um eine engere Verbindung zwischen beiden Anstalten herbeizuführen, zugleich eine Professur in Helmstedt verlieh, wie der Kammerrat Zink, einer der Kuratoren des Carolinums, hatten dort einen schweren Stand. Niemand aus Universitätskreisen wollte mit ihnen verkehren, ein Beweis zugleich, wie frei und unabhängig sich diese trotz der absolutistischen Tendenzen jener Tage ihrem Landesherrn gegenüber fühlten, von dem sie doch wußten, mit welcher Befriedigung und welchem Stolz ihn das Bewußtsein erfüllte, in dem nach ihm genannten Collegium Carolinum eine Anstalt geschaffen zu haben, die mit zu dem besten gehörte, was das damalige Deutschland auf dem Gebiet des Unterrichtswesens überhaupt hervorgebracht hat.

Daß Jerusalem und nicht der Herzog selbst die Anregung zur Gründung des Collegiums **) gegeben, daß jener ihm den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt und die Richtlinien für den ganzen Lehrplan festgelegt hat, kann des Herzogs Verdienst um seine Schöpfung nicht schmälern. Denn selten hat sich ein Fürst mehr an dem Entstehen und Werden einer solchen Anstalt beteiligt, obwohl diese eine wesentlich andere Form annahm, als er ursprünglich beabsichtigt hatte; selten hat sich ein Herrscher in jener Zeit des absoluten Despotismus so bereitwillig und vorurteilslos den Plänen und Ideen eines Anderen angepaßt, dessen bessere Einsicht auf dem ganzen Gebiet er rückhaltlos anerkannte, als es Herzog Karl tat.

Den ersten Anstoß zur Auflösung der ganzen Frage gab die Klosterschule zu Marienthal ***) bei Helmstedt, welche 1742 aus Mangel an Lehrkräften einzugehen drohte. Herzog Karl beabsichtigte zunächst, sie einfach nach Braunschweig zu verlegen als den zu ihrer Wiederaufnahme geeignetsten Platz. Da sich aber in Fachkreisen Bedenken dagegen erhoben, so wurde in der nächsten Umgebung des Herzogs die Aufhebung der Anstalt überhaupt erwogen, zunächst in der Absicht, mit den dadurch frei werdenden Geldmitteln †) eine Akademie für wissenschaftliche und

*) 1774 dachte man vorübergehend wohl auch daran, umgekehrt das Collegium nach Helmstedt zu verlegen und es der Universität anzugliedern.

**) Eine Geschichte des Collegiums hat J. J. Eichenburg geschrieben unter dem Titel: Entwurf einer Geschichte des Collegii Carolini in Braunschweig, Berlin und Stettin 1812, Nicolai.

***) Solche Klosterschulen, unter Herzog Julius eingeführt, waren für junge Leute bestimmt, die dem geistlichen Beruf sich widmen wollten, aber keine Mittel besaßen, um die Kosten ihrer Ausbildung allein zu bestreiten, Koldewey, Geschichte des Schulwesens im Herzogtum Braunschweig, Wolfenbüttel 1891, J. Zwickler, S. 66.

†) In Marienthal wurden auf Staatskosten zwölf Landesfinder erzogen.

literarische Bestrebungen zu gründen, ähnlich derjenigen von König Friedrich I. von Preußen 1700 nach Leibniz' Plan gestifteten, 1711 eröffneten Societät der Wissenschaften zu Berlin, welche durch Friedrich dem Großen 1744 zur königlichen Akademie der Wissenschaften erhoben wurde. Indes mochte sich der Herzog selbst sagen, daß dazu größere Summen gehörten, als sie ihm zur Verfügung standen, kurz und gut, bereits zu Anfang des Jahres 1744 war bei ihm Jerusalem mit seinem schon früher eingebrachten Vorschlag durchgedrungen, statt dessen eine neue Anstalt zu gründen, welche dem Erziehungsideal jener Zeit, gewandte Weltleute nach französischem Muster heranzubilden, entsprach, so sehr der Plan auch Widerspruch bei anderen, zur Beratung hinzugezogenen Sachmännern fand. Zu diesen gehörte vornehmlich der Stadtsuperintendent Dr. Köcher, der es für angemessener hielt, die beiden Lateinschulen der Stadt bei St. Martin und St. Katharinen zu Gymnasien auszubauen, eine Forderung, die auch von der Universität Helmstedt aufs eifrigste unterstützt wurde. Tatsächlich hat der Herzog ihr bereits 1745 anlässlich der Errichtung des Carolinums nachgegeben, offenbar ohne klare Vorstellung darüber, daß er damit dem letzteren mehr oder weniger die Daseinsberechtigung nahm. Denn gerade das Carolinum sollte, da in Braunschweig bis dahin noch kein Gymnasium vorhanden gewesen war, die klaffende Lücke zwischen Lateinschule und Universität ausfüllen. Hier sollte der noch nicht dem Knabenalter entwachsene Absolvent der unteren Mittelschulen die ihm fehlende fachgemäße Vorbildung und die nötige Reife zum Studium auf der Hochschule empfangen. Aber die Anstalt hatte nach dem Plane ihres Gründers noch eine zweite Bestimmung zu erfüllen. Auch denjenigen, die sich höheren praktischen Berufsarten zuwenden wollten oder zugewandelt hatten, Offizieren, höheren Technikern, angehenden Kaufleuten, wie überhaupt Jünglingen aus den besseren Ständen sollte Gelegenheit zur Erweiterung ihrer Kenntnisse und zur Erwerbung einer allgemeinen Bildung gegeben werden. Deswegen fügte man den rein philologischen Vorlesungen — denn der Unterricht ward in durchaus akademischer Form gehalten — auch solche über Naturwissenschaften, Mathematik, neuere Sprachen, Befestigungskunst, Geschütztechnik, Feldmessen, Buch- und Rechnungsführung ufw. hinzu. Ja, später durften sogar an der Unterweisung in einzelnen Fächern, in Chemie, Mathematik, Mechanik, Architektur, Zeichnen und Glasschleifen, Handwerker, Goldschmiede, Drechsler, Bau- und Zimmerleute teilnehmen, der Erwägung gemäß, welche man am Braunschweiger Hofe früher als sonstwo Raum gab, daß auf eines Landes Aufschwung und Blüte ein gut geschulter Handwerkerstand von großem Einfluß sei.

Dies schloß natürlich nicht aus, daß man bei dem mit dem Institut verbundenen Pensionat, dem A und O des ganzen Carolinums, in erster Linie den Wünschen und Erziehungsgrundsätzen der höchsten Stände entgegenzukommen suchte, schon zu dem Zweck, möglichst viele junge

Edelleute heranzuziehen. Die Zöglinge wurden nebenbei in allen, den adeligen Standesinteressen entsprechenden Künsten, im Reiten, Fechten, Tanzen u. dergl. unterrichtet. Denn nichts war wohl dem Herzog an Jerusalems Plänen inbetreff des Carolinums anziehender und verlockender erschienen, als der Gedanke, es werde damit vielleicht in noch glänzenderer Form die einst vom Herzog Anton Ulrich gegründete, ihres allzu großartigen Zuschnitts halber aber gleich nach dessen Tod 1715 eingegangene Ritterakademie zu Wolfenbüttel wieder entstehen, eine Lehranstalt für den jungen Adel, in der meist Söhne aus den ersten Geschlechtern des Reichs ihre Ausbildung gefunden hatten. Dank der hohen Verbindungen, deren sich die zu Kuratoren der neuen Anstalt berufenen Männer von der Bedeutung eines Mosheims, eines Jerusalems rühmen konnten, stand ja auch zu erwarten, daß ihr Ansehen adelige Zümlinge nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus dem Ausland, vornehmlich aus England nach Braunschweig ziehen würde, eine Hoffnung, die den Herzog auch nicht betrogen hat.

Für ein Erziehungsinstitut damaliger Zeit, wo sich sogar die soziale Stellung der Lehrer nach der Abkunft ihrer Zöglinge richtete, gab es keine größere Empfehlung, als wenn ihm Edelleute oder gar Eltern fürstlichen Geblüts ihre Kinder übergaben. Ist doch sogar die Reform der höheren Schulen, welche zu Ende des 17. Jahrhunderts, beziehungsweise zu Anfang des 18. Jahrhunderts einsetzte und neben den alten Sprachen in den Unterricht die „galanten Disziplinen“, Mathematik, Physik, Geographie, Geschichte, Französisch, Politik, Oekonomik usw. einführte, in Rücksicht darauf erfolgt, daß der Adel in seiner völligen Abhängigkeit vom französisch-höfischen Bildungsideal solche Kenntnisse für den feinen Weltmann, den „Galanthomme“, als unerläßlich forderte. Selbst die Universitäten, Göttingen an der Spitze, zählten voll Stolz jedes Semester die jungen Adligen auf, die an den Vorlesungen teilnahmen,*) ja, letzteres suchte sogar seinen Haupttruhm darin, allgemein als die Hochschule für die vornehme Welt zu gelten. Wer wollte es da dem Herzog Karl verdenken, daß er das Gleiche für sein Carolinum erstrebte und alles, was damals an ähnlichen Anstalten in Deutschland vorhanden war, damit in den Schatten zu stellen suchte?

Wohl hatte schon mancher Fürst vor ihm es unternommen, die Lücke, welche zwischen Latein- und Hochschule bestand, da Gymnasien im heutigen Sinne meist fehlten, durch ein zweckentsprechendes Bindeglied auszufüllen. So hatte im Jahre 1664 Herzog August von Sachsen-Weißenfels in seiner Residenz Weißenfels ein akademisches Gymnasium errichtet, es diente aber, wie schon sein Name besagt, in erster Linie dazu, dem kleinen Land die fehlende Universität zu ersetzen, so daß sein Lehrplan sich mehr oder weniger den Aufgaben einer solchen angeschlossen.

*) In den Hörsälen einzelner Universitäten gab es sogar besondere Grafenbänke.

Abgesehen von den Ritterakademien, jene für den Adel bestimmten höheren Lehranstalten des 17. und 18. Jahrhunderts, welche ihren Zöglingen neben humanistischer Bildung eine ihrem Stande entsprechende höfliche Erziehung geben sollten, wäre als eine dem Braunschweiger Carolinum verwandte Einrichtung das vom Landgrafen Karl von Hessen-Cassel 1709 an Stelle einer eingegangenen Ritterakademie gegründete Collegium Carolinum zu Cassel zu erwähnen. An ihm konnten Söhne aus besseren Ständen entweder die ihnen zum künftigen Universitätsstudium noch fehlenden Vorkenntnisse erwerben, oder die ihnen für ihre dereinstige Stellung in der Welt und am Hofe nötige Unterweisung in alten und neueren Sprachen, in Mathematik, Naturwissenschaften empfangen, für die sich seit Mitte des 17. Jahrhunderts ein weitergehendes Interesse bei der vornehmen Welt kundgab, sowie in ritterlichen Übungen Unterricht erhalten. Lebensfähig aber hat sich dies Carolinum nur so lange erwiesen, als es die adligen Eltern unter ihrer Würde fanden, ihre Kinder zu den Bürgerlichen in die großen, öffentlichen Schulen zu schicken, und man vonseiten der Regierung die alte Stadtschule zu Cassel künstlich in ihrer Entwicklung hemmte. Als sie 1779 zu einem Lyceum ausgebaut wurde, war es mit dem Carolinum vorbei, so sehr es auch der Landgraf Friedrich II. nach der Rückkehr in sein Land nach Beendigung des siebenjährigen Krieges sich hatte angelegen sein lassen, seinem Collegium durch möglichste Anpassung an das inzwischen errichtete Braunschweiger Carolinum mehr Zugkraft zu verleihen, indem nach dem von ihm 1766 erweiterten Lehrplan wie dort angehende Offiziere, Wundärzte, Architekten, Bildhauer, Künstler usw. die nötige Vorbildung für ihren späteren Beruf finden konnten.**)

Wenn das Carolinum zu Braunschweig solche gefährlichen Krisen, die auch ihm durch die beiden Gymnasien der Stadt, das Martineum und Catharineum erwuchsen, besser überwand, so gebührt das Hauptverdienst daran Jerusalem. Schon daß man der langsam, aber immer bestimmter sich geltend machenden Forderung nach einer größeren Wertschätzung und Pflege der deutschen Muttersprache nachgab, daß man aus dem ganzen Unterricht, selbst aus demjenigen in fremden Sprachen jegliche Pedanterie, jede gedankenlose Gedächtnisarbeit verbannte und statt dessen Einsicht, Urteil und Geschmack zu wecken und großzuziehen suchte, mußte zu einer Zeit, da eben ein so hochgeschätzter Gelehrter, wie der Professor der Beredsamkeit zu Göttingen, Johann Matthias Gesner*) seinen ganzen Einfluß für eine solche Lehrmethode, besonders bei dem Unterricht der alten Sprachen in die Waagschale warf, von der durchschlagendsten Wirkung sein. Ebenso war es für das Ansehen des

*) Auch bei der von Herzog Karl Eugen von Württemberg 1778 errichteten hohen Karlschule, auf der Schiller seine Erziehung empfing, hat das Braunschweiger Carolinum bis zu einem gewissen Grade Pate gestanden.

**) Geb. 1691, † 1761.

Carolinums ungemein förderlich, daß Jerusalem in Karl Christian Gärtnert, dem Herausgeber der „Bremer Beiträge“, und mehreren seiner Mitarbeiter, Johann Arnold Ebert, Just Friedrich Wilhelm Zachariae und später auch Konrad Arnold Schmid, Lehrkräfte gewann, deren Ruf als Schriftsteller und Dichter bereits durch ganz Deutschland gedrungen war. Sind es doch gerade die Bremer Beiträger gewesen, welche durch ihren Anschluß an die Schweizer Bodmer und Breitinger der von Gottsched bekämpften Ansicht, daß dichterisches Schaffen nicht eine reine Verstandes-sache sei, welche man erlernen könne, sondern dem lebendigen Gefühl der ungekünstelten Phantasie entquelle, Eingang in das deutsche Schrift-tum verschafften und durch mustergültige Übersetzungen englischer Dichter-werke den Blick unseres Volks weg von den vielbewunderten, von Gottsched so hoch gepriesenen französischen Vorbildern auf die Engländer, besonders Milton, lenkten und so der höchsten Blüte unserer National-literatur mit den Weg bereiten halfen.

Dazu kam noch, daß Abt Jerusalem nicht nur die an Ehrfurcht grenzende Verehrung seiner Zöglinge, die er mit sanfter Gewalt zu allem Edlen, Großen und Schönen hinzulenken wußte, sondern auch das Ver-trauen der Eltern im höchsten Maße genoß. Es entsprach durchaus den Tatsachen, wenn Hofrat Erath, einer der drei neben Jerusalem be-stellten Kuratoren*) etwa vier Wochen nach der vom Herzog selbst am 5. Juli 1745 vollzogenen feierlichen Eröffnung des Carolinums dem Minister von Schrader berichtet, „die Fremden könnten gar nicht genug beschreiben, wie angenehm ihnen diese Foundation sei“.

Zu einer solch' günstigen Aufnahme, besonders in den vornehmen Kreisen, hat aber auch zweifellos viel die rege persönliche Anteilnahme des Herzogs an dem Werden und Gedeihen der neuen Anstalt beigetragen, eine An-teilnahme, die mehr oder weniger bis in seine späten Lebensjahre hinein immer die gleiche geblieben ist. In ihm, dem sonst so leichtlebigen, ge-nußsüchtigen Fürsten, war doch etwas von jener pädagogischen Alder vorhanden, welche die führenden Geister der Aufklärung in so aus-gebildeter, hoch entwickelter Form besaßen.

Wie einst sein Vater bei ihm, so hat auch er allabendlich die Arbeiten seiner Kinder durchgesehen: ja, diese mußten sogar schriftliche Berichte über ihr Tun und Lassen während des Tages verfassen. Das Spiel-zeug, das man ihnen gab, war dem Zug der Zeit entsprechend auf das Nützliche gerichtet: historische Kupferstiche, Münzen, Medaillen, Stein-, Schmetterlings- und andere Sammlungen, bestimmt, in dem jungen Ge-müt frühzeitig Geschmack, Urteil und die Lust nach Erweiterung der Kenntnisse zu wecken. Nicht umsonst galten die Söhne und Töchter des Herzogpaares am Berliner Hof als die unter ihresgleichen am besten erzogenen. Wohl ist neben der Herzogin Philippine Charlotte, die ihre

*) Außerdem hatte der Herzog noch Mosheim und den Stadtsuperintendenten Dr. Köcher ins Curatorium des Carolinums berufen.

vornehmste Aufgabe darin fand, durch gemeinsame belehrende Lektüre, durch Zeichnen und Musizieren bildend und fördernd auf ihre Kinder einzutwirken, auch hier der Hauptanteil Jerusalem zuzuschreiben. Hat ihm doch der Herzog nach und nach die Oberleitung über die Erziehung sämtlicher Prinzen und Prinzessinnen anvertraut. Und mit welchem Pflanzeifer, welcher Liebe er sich dieses Amtes unterzogen, dafür legt die kindliche Hingebung und Verehrung, die ihm seine Pflegebefohlenen samt und sonders entgegengebracht haben, das beste Zeugnis ab. Es ist aber auch ein nicht hoch genug zu veranschlagendes Verdienst des Herzogs, daß er, der seinen Kindern ein sehr zärtlicher Vater war, den Erzieher derselben selbständig walten ließ, ja sich dessen besserer Einsicht auch da beugte, wo seine Wünsche andere Wege gingen. Hat er doch sogar Personen aus deren Nähe entfernt, von denen sich Jerusalem keinen guten Einfluß auf seine Zöglinge versprach, wie den zum Hofmeister des Erbprinzen bestellten Kammerjunker von Wittorf, *) obgleich er ihn selbst um seiner glänzenden gesellschaftlichen Eigenschaften willen hochschätzte. Sehr zu beklagen ist es, daß die „merkwürdigen Briefe“, **) welche Herzog Karl an Jerusalem über den Bildungsgang seines Erbprinzen gerichtet hat, verloren sind; sie würden uns jedenfalls einen höchst wertvollen Aufschluß darüber geben, in wie weit sich der Herzog selbst mit den damals im Vordergrund stehenden Erziehungsfragen beschäftigt hat. Daß er ihnen ein mehr als gewöhnliches Interesse zugewandt, ja, daß er selbst, sofern es sich mit seiner fürstlichen Würde vertrug, tätigen Anteil an der Heranbildung der Jugend nahm, davon ist uns ein glänzendes Zeugnis erhalten in einer Briefstelle Jerusalem vom 26. April 1749 an den Liederdichter Friedrich von Hagedorn, ***) dem eigentlichen Begründer des neueren deutschen Kunst- oder des Gesellschaftsliedes, der gleich Albrecht von Haller den größeren Sternen an unserem Literaturhimmel, vor allem Wieland, den Weg bereiten half. Sie lautet: „Es ist gewiß noch kein deutscher Fürst gewesen, der sich der Erziehung der Jugend mit mehrerer Vernunft und Liebe angenommen hätte, als unser regierender Herr. Die großen Kosten, die er darauf verwendet, und wovon die große Anzahl der öffentlichen Lehrer ein Beweis ist, sind das Wenigste. Mancher große Herr gibt auch wohl zum gemeinen Besten Geld ohne Gefühl aus. Aber die große Leutseligkeit, womit er die jungen Leute annimmt, wenn sie ihm vorgestellt werden, die gnädige Ermunterung, die er ihnen selbst zu allem Guten

*) Seit 1747 Geh. Etatsrat.

**) Nach Karl Friedrich Pockels biogr. Gemälde des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand, Tübingen 1809, vgl. darüber P. Zimmermann, Abt Jerusalem's Berichte über die Erziehung der Kinder Herzog Karls I., insbesondere des Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand, Jahrbuch des Geschichtsvereins für das Herzogtum Braunschweig, 5. Jahrgang, 1906, S. 129. J. Zivislers Verlag, Wolfenbüttel.

***) Friedrich von Hagedorns poetische Werke, herausgegeben von J. J. Eschenburg, Neue wohlfeile Ausgabe, Hamburg, A. Campe 1825, 5. Teil (Briefwechsel) S. 302 f.

gibt, die sorgfältige Achtung, die ihnen bei allen Gelegenheiten bei Hofe gezeigt wird, und die recht väterliche Fürsorge für Alles, was ihnen die Wissenschaften und die Tugend angenehm machen kann, sind solche Beweise von seiner edeln Absicht, die er bei diesem Kollegio hat, daß man Ihn als den ersten Lehrer dabei ansehen kann, so wie er überhaupt in seinem Lande der erste ehrliche Mann ist. Etw. — sollen nicht denken, daß ich dieß als herzogl. braunschweigischer Hofprediger schreibe. Sie würden ihm, wenn Sie ihn kennten, eben dieß Zeugniß geben; und was für ein Zeugniß für ihn! Sie selbst würden ihn als Fürsten für einen liebenswürdigen Menschen halten.“ In der That ist der Herzog den Pensionären des Carolinums, welche sofort nach der kirchlichen Einsegnung mit dreizehn oder vierzehn Jahren aufgenommen wurden, also zu einer Zeit, wo sie noch nicht einmal das Jünglingsalter erreicht hatten, dessen ungeachtet in einer Weise entgegengekommen, die für jene Zeit beifpielloos bezeichnet werden muß. Es standen ihnen nicht nur die Bücherei und die Sammlungen des Carolinums, das physikalisch-mathematische Kabinett, der Modellsaal ufw. nach dem Vorbild der Göttinger Universität zu beliebiger Benutzung offen; sondern man gewährte ihnen auch Zutritt zu der berühmten Kunstgalerie zu Salzdahlum, sowie zu allen anderen fürstlichen Lusthäusern, selbst zu den Wällen der Stadt Braunschweig, zu deren Besuch es sonst einer besonderen herzoglichen Erlaubnis bedurfte. Auch gesellschaftlich wurde ihnen eine Stellung eingeräumt, die weit über ihre Jahre ging. Bei den ersten Familien der Stadt verkehrten sie als gern gesehene Gäste; ja sie hatten zum Theil sogar die Erlaubnis, bei Hof zu erscheinen. Kein Wunder daher, daß ihnen ihre bevorzugte Stellung zu Kopfe stieg, daß sie sich bei der milden Art, mit der man im Carolinum die Beaufsichtigung handhabte, bald allerlei Übergriffe nicht nur gegen ihre Erzieher, sondern auch der Braunschweiger Bevölkerung gegenüber erlaubten. Für die weitere Entwicklung der Anstalt war es auch nicht förderlich, daß sich der Aufenthalt dafelbst trotz des bescheidenen jährlichen Pensionspreises von hundert Reichstaler durch allerlei Nebenausgaben für Privatvorlesungen, für Fecht-, Tanz- und Reitunterricht ufw. recht kostspielig gestaltete, so daß eigentlich nur sehr wohlhabende Eltern daran denken konnten, ihre Söhne dorthin zu schicken. Nicht ganz grundlos wurde außerdem manchem der am Carolinum angestellten Professoren nachgesagt, daß er sich lieber mit literarischen Arbeiten als mit dem Unterricht beschäftige. Demzufolge ging der Besuch schon nach wenigen Jahren langsam zurück, obgleich der Erbprinz selbst als „Hörer“ an einzelnen Vorlesungen teilnahm. Gehässige Angriffe, etwa wie sie die „Hamburger Berichte über gelehrte Sachen“ am 7. März 1747 zu dem Zwecke brachten, die Anstalt lächerlich zu machen, mochten auch nicht von günstigem Einfluß auf das Ansehen der Anstalt nach auswärts sein. „Das hochfürstliche Carolinum“, hieß es da, „habe bereits 130 Zuhörer, 125 Lehrer und

einen ansehnlichen täglichen Zuwachs. Die Stadt Braunschweig erreichte dadurch einen merkwürdigen Grad ihres Glanzes und der Hochachtung, worin sie seit dem 10. Jahrhundert gestanden.“ Solche kritische Zeiten treten bei neuartigen Gründungen immer ein. Schlimm nur war es, daß man in Braunschweig nicht über die nötigen Geldmittel verfügte, um sie bald zu überwinden. Nicht nur der Herzog, auch Jerusalem hatten in der Hoffnung, daß das Collegium mit der Zeit eine beträchtliche Rente abwerfen werde, wiederholt, um ihm aufzuhelfen, viel zu tief in die eigene Tasche gegriffen. Die Sorge um seinen Fortbestand läßt Jerusalem zuweilen auf ganz abenteuerliche Ideen verfallen. So geht er einmal den Minister von Schrader an, doch in der Lotterie ein Los für das Carolinum zu erwerben: „Gott segne es, daß es auf diese Weise zu einem kleinen Fond käme und der Herzog der vielen Kosten dieses Collegiums los würde.“

Dabei hatte man sich, soweit es nur irgendwie anging, bei der Einrichtung des Ganzen der größtmöglichen Sparsamkeit befleißigt. Bloß für einzelne Fächer wurden Lehrkräfte von auswärts berufen, mit den übrigen bereits angestellte braunschweigische Beamte im Nebenamt betraut. Trotzdem sah es von Anfang an mit der Befoldung nicht zum Besten aus, so daß die Professoren oft gezwungen waren, sich nach anderweitigen Einnahmequellen umzuschauen, was seine Schatten wieder auf den Unterricht warf, indem zuweilen dadurch wichtige Vorlesungen jahrelang fortfielen oder überhaupt nicht zustande kamen.

Im Jahre 1752 war die Zahl der Zöglinge auf vier herabgesunken. Dann traten wieder bessere Zeiten ein, so daß in Jerusalem neue Hoffnungen erwachten. Auf seine Veranlassung übernahm Minister von Schrader, neben dem Herzog der Hauptgönner der Anstalt, der ihr Zustandekommen auf das eifrigste gefördert hatte, im Jahre 1754 das Oberkuratorium, wenn auch nur dem Namen nach, „da dem Collegium, welches, nachdem es einem einfallenden Gebäude geglichen, jetzt eine so brillante Tour nähme, nur noch der illustre Chef fehle, um ihm nach auswärts und im Lande selbst mehr Freunde noch und mehr Ansehen zu verleihen. Der Herzog habe die Anstalt ja allezeit geliebt und er würde sie dadurch in dem Flor sehen, den sie sowohl wegen hochherzoglicher Fürsorge als wegen ihrer innerlichen Einrichtung verdiene.“ Jerusalem blieb dessen ungeachtet nach wie vor die Seele des Ganzen, aber seine an den Schritt Schraders geknüpften Hoffnungen sollten leider nicht in Erfüllung gehen. Die verzwickte Lage, in der sich das Carolinum infolge seiner Zwitterstellung zwischen Gymnasium und Universität befand, ließ sich eben nicht aus der Welt schaffen. Zudem hatten dann auch die Wirren des siebenjährigen Kriegs die Reihen des Lehrkörpers bedenklich gelichtet. Hat doch damals keiner von den Professoren selbst die bescheidenste Berufung anderswohin ausgeschlagen, nur, um nicht in die traurige Lage zu kommen, im Falle der Not all' sein Hab und Gut

versetzen zu müssen; denn die Regierung konnte damals jahrelang die Gehälter nicht auszahlen.

Auch nach dem Krieg blieben die Einnahmen des Collegiums weit hinter den Ausgaben zurück. So sah sich denn schließlich im Sommer 1773, nachdem man sich klar darüber geworden war, daß die herzogliche Kasse den jährlichen Aufschuß von 11024 Reichstaler nicht mehr zu leisten vermochte, der Herzog gezwungen, eine Kommission, bestehend aus dem Geheimen Rat von Flögen, Oberjägermeister von Hoym und Kammerrat von Hohnstein, einzusetzen, welche unter seinem Vorsitz über Maßnahmen zur Verringerung des Stats für das Carolinum beraten sollte. Was 1774 davon in Kraft trat, lief auf Ausschaltung verschiedener Lehrfächer, Einschränkung der Zahl der Dozenten, sowie auf Erhöhung bestimmter Beiträge unter gleichzeitiger Verminderung sonstiger Nebenausgaben für die Zöglinge hinaus. *) Erreicht wurde damit nichts; im Gegenteil, im Jahre 1776 konnte sogar, ein bis dahin unerhörter Fall, gar keine neue Immatriculation vorgenommen werden. Erst die durchgreifenden Änderungen, zu denen man sich infolgedessen ein Jahr darnach entschloß, und die es auch weniger Wohlhabenden ermöglichten, an dem Unterricht teilzunehmen, haben dem Carolinum wieder bessere Zeiten gebracht. Eine stattliche Anzahl neuer Schüler wurden ihm vornehmlich durch die herzogliche Bestimmung vom 29. September 1777 zugeführt, wonach jeder Einwohner in der Stadt Braunschweig, welcher seinen Sohn studieren lassen wollte, diesen nach seinem Abgang von der Schule so lange auf das Collegium schicken mußte, bis er das Reisezeugnis für den Besuch der Universität erhielt. Der Aufschwung war aber doch nur ein vorübergehender und konnte auch nichts anderes sein, weil er ausschließlich auf Kosten der beiden Gymnasien der Stadt erfolgte, welchen dadurch nur die Schüler der oberen Klassen entzogen wurden. Im Jahre 1791, zwei Jahre, nachdem Jerusalem, an dessen Person schließlich mehr oder weniger das Bestehen der ganzen Anstalt hing, zu Grabe getragen war, **) ging zunächst das Pensionat ein, während das Collegium als solches bis zur napoleonischen Fremdherrschaft bestehen blieb. 1808 verwandelte es König Jérôme von Westfalen in eine Militärschule. Doch wurde es bereits sechs Jahre darnach durch den Heldenherzog Friedrich Wilhelm während seiner kurzen Regierung wieder hergestellt, allerdings ohne das Pensionat. Fast zwei Menschenalter später hat man ihm endlich jene Form gegeben, welche sich völlig mit dem einst von dem Gründer ins Auge gefaßten Zweck deckte: Den technischen Berufskreisen

*) Neben Jerusalem wurde damals Hoym mit der Oberleitung und Oberaufsicht des Carolinums betraut. Es scheint aber das Einvernehmen zwischen beiden manches zu wünschen übrig gelassen zu haben, da Hoym dem Herzog gelegentlich klagt, daß Jerusalem ihn von jeder Mitberatung ausschließe.

**) Er starb in der Nacht vom 1. auf dem 2. September 1789 an den Folgen eines Schlagflusses. Beigesetzt ist er im Chor der alten Cistercienserabteikirche zu Altdagshausen.

die für sie erforderliche höhere Ausbildung zu verschaffen. Unter Herzog Wilhelm, dem letzten Sproß der älteren Welfenlinie, wurde sie 1862 zur polytechnischen Schule umgewandelt und 1877 zur technischen Hochschule Carolo-Wilhelmina erhoben und so in die Reihen der höchsten technischen Bildungsanstalten deutscher Zunge eingeführt.

* * *

Hat so zweifellos die Betätigung Herzog Karls auf dem Gebiete der Jugend-erziehung im Collegium Carolinum ihren glänzendsten, nachhaltigsten Ausdruck gefunden, so sind doch die bescheidenen Verdienste, die er sich um Verbesserung des übrigen Schulwesens erwarb, darum nicht minder hoch einzuschätzen, wenn auch das, was dafür geschehen ist, z. T. Stückwerk bleiben mußte. Denn um überall zum Ziele zu gelangen, hätte es einer entschiedeneren Mitarbeit von seiten derjenigen bedurft, denen es oblag, die großzügigen herzoglichen Pläne in die Tat umzusetzen. Auch hatte man Schritt vor Schritt mit eingeordneten Vorurteilen, verbrieften Vorrechten, auf die keiner verzichten wollte, zu kämpfen. So blieben die Versuche zur einheitlichen Regelung des Mittelschulwesens gleich in den ersten Anfängen stecken. Die vom Herzog 1755 ernannte Kommission, welche unter dem Vorsitz des Ministers von Schrader eine Neuordnung des Unterrichts für die Braunschweiger „großen Schulen“ in die Wege leitete — es kamen dafür außer den beiden Gymnasien noch vier andere Schulen in Betracht — mußte ein Jahr darnach ergebnislos auseinander gehen, weil der Braunschweiger Magistrat sich weigerte, das ihm seit Alters zustehende Recht der Leitung und Beaufsichtigung des einen von den beiden Gymnasien einen Schulsenat einzuräumen, in welchem er wohl Sitz und Stimme haben sollte, der Vorsitz und das letzte entscheidende Wort aber dem jetzigen Stadtsuperintendenten gebührte.

Die Regierung ließ es infolgedessen bei Maßnahmen für einzelne, einer Reform besonders bedürftige, höhere Schulanstalten im Lande bewenden. Sie verfuhr dabei nach ähnlichen Gesichtspunkten wie beim Carolinum, indem sie den Hauptnachdruck auf Ausbildung des Geschmacks, des Urteils und auf eine moralische Vervollkommenung der Schüler legte, im Sinne jener neuhumanistischen Bewegung, welche seit Mitte des achtzehnten Jahrhunderts die Geister ergriffen hatte, und die von dem Göttinger Humanisten Johann Mathias Gesner*) eingeleitet, von seinem Nachfolger Christian Gottlieb Heyne, sowie von J. J. Winkelmann, Joh. Gottfried Herder u. a. in die zweiten Kreise der Gebildeten getragen, den Werken des klassischen Altertums die ihnen gebührende Bedeutung als das idealste Mittel einer Erziehung zu allem Edlen, Großen und Schönen zuwies. Allerdings sind auch diese Versuche der Regierung schon deshalb Stückwerk geblieben, weil es für solche Zwecke an Lehrern gebrach. Für den Schulberuf besonders vorgebildete Philologen gab es

*) Siehe S. 122.

bei dem geringen Ansehen, welches damals der Lehrerstand genoß, und den schlechten Gehaltsverhältnissen kaum. Den Unterricht erteilten gewöhnlich geprüfte Theologen, welche diese Tätigkeit natürlich nicht als Lebensberuf, sondern als eine Durchgangsstufe zum geistlichen Amt aufsaßen. Wie sehr und wie lange nur hatte das 1697 an der Universität Halle als erstes gegründete philologische Seminar um seine Existenz zu kämpfen! Zwar wurden durch das nach Halleschem Vorbild Ende der dreißiger Jahre des 18. Jahrh. von Gesner in Göttingen errichtete Seminarium philologicum in dieser Hinsicht langsam bessere Zustände angebahnt; aber im Braunschweigischen hat es doch bis in das letzte Regierungsjahr Herzog Karls gedauert, ehe ein solches an der Universität Helmstedt entstand. *) In einem Punkte zeichnen sich die Braunschweiger Schulen vor den meisten anderen jener Zeit höchst vorteilhaft aus: sie legten großen Wert auf den Unterricht in der deutschen Sprache.

Schon der große Philosoph Leibniz (1646—1716) hat, obgleich er selbst noch seine Werke in lateinischer und französischer Sprache abfaßte, den Gebrauch des Deutschen für wissenschaftliche Arbeiten vorgeschlagen; aber erst durch das entschlossene Vorgehen vornehmlich des Leipziger, später Hallenser Rechtslehrers Christian Thomassius (1655—1728) wurde das Lateinische als einzig zulässige Gelehrtensprache aus den akademischen Hörsälen durch das Deutsche verdrängt. Andererseits wäre es im Kreise der Gebildeten als eine Schande empfunden worden, hätte man sich im gesellschaftlichen oder gar schriftlichen Verkehr anders als französisch ausgedrückt. Man muß es dem Herzog daher hoch anrechnen, wenn er bei den Schülern darauf drang, daß diese einen deutschen Brief abzufassen lernten, mag er auch für seine Person weit davon entfernt gewesen sein, dies, wie es der Dichter Gellert forderte, zum Gradmesser der allgemeinen Bildung zu machen.

Überhaupt darf bei der Beurteilung von Herzog Karl nie außer acht gelassen werden, daß er, wie sehr er sich auch die Bestrebungen und Ziele der Aufklärung zu eigen gemacht, gleich jedem, der an der Schwelle einer neuen Zeit steht, doch nur schwer sich von dem ihm überkommenen Ideenkreis ganz losmachen konnte. So kam es, daß in seine Schulreformen eine ganze Reihe pietistischer Anschauungen und Einrichtungen mit aufgenommen wurden, obgleich der Pietismus bereits Mitte des 18. Jahrhunderts vor dem Rationalismus immer mehr die Segel zu streichen begann. Aber die Art und Weise, wie jener sich der Erziehung der Jugend von den höheren Gesellschaftsschichten bis herab zu den mittellosen Waisen annahm, wie er in die jungen Gemüter die Hingabe zur Frömmigkeit, den Sinn für gute Sitten, für die Gemeinnützigkeit

*) Noch im Jahre 1768 wurde es in einer gleichzeitigen Schrift (Michaelis, *Räsonnement* I, 146) „als erstaunlich hervorgehoben, daß seit einiger Zeit einige, die den seltenen, rauhen Vortatz auf Universitäten mitbringen, bereinst Schulmänner zu werden, sich bloß auf Schulstunden legen, ohne sich mit der Theologie zu beschäftigen.“

pflanzte, wie er bei seiner ganzen Lehrmethode stets den Standpunkt des Praktisch-Nüchternen festhielt, all' dies mußte einem Fürsten wie Karl, der sich in seinen Untertanen Mitgehilfen bei seinen Versuchen zur Steigerung der eigenen Machtmittel heranbilden wollte, Wasser auf seine Mühle sein. Zudem waren auch die Schulreformen in Preußen unter Friedrich Wilhelm I., welche mehr oder weniger die Richtschnur für Herzog Karl bei seinen eigenen geblieben sind, ganz im Sinne der Grandefchen Stiftungen zu Halle a. S. erfolgt, jener 1695 begründeten Musteranstalten für Volkserziehung nach pietistischen Grundfätzen, bei welchen sich das organisatorische Talent ihres Schöpfers, des Universitätsprofessors August Hermann Francke in so glänzender Weise bewährt hatte.

Dieser Einfluß Halles kam naturgemäß besonders bei denjenigen Braunschweiger Schulen zur Geltung, deren Schwerpunkt von Anfang an auf praktischen, unmittelbar ins Leben einschneidenden Fächern, d. h. in den neueren Sprachen, Mathematik, Astronomie, Physik, Mechanik, Ökonomie, Modell- und Freihandzeichnen, Feldmessen usw. lag. Derartige Realschulen lassen sich bis in die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts zurückverfolgen; wirkliche Bedeutung haben sie aber erst durch Francke und seine Mitarbeiter erhalten, woraufhin sie sich auch sonst in Deutschland einbürgerten.

Auf den Gedanken, solche Schulen auch in seinem Lande einzurichten, haben den Herzog wohl die vielen Klagen gebracht, welche besonders in der Stadt Braunschweig über die mangelhafte Arbeit der Handwerker, der Goldschmiede, Rademacher usw. und ihre schlechte Vorbildung umliefen. Wahrscheinlich aber hätte es mit der Ausführung noch gute Wege gehabt, wäre nicht in dem 1750 nach Braunschweig berufenen Pastor Johann Arnold Zivide der Mann gefunden worden, der das Zeug dazu hatte, des Herzogs Wünsche in die Tat umzusetzen. Ein echt frankescher Sendbote,*) verfügte er über die nötige Beredsamkeit und Geistesstärke, um den Herzog zu überzeugen, mit wie geringen Mitteln sich die ihm neben seinem seelsorgerischen Amt unterstellte Schule des großen Waisenhauses,**) bis dahin eine einfache Elementarschule, die dringend einer Reform bedurfte, in eine Realschule umzuwandeln ließe. Dies ist denn auch kurz darnach geschehen, und die neue Gründung konnte sich bald eines regen Besuches erfreuen.***) In der Freude darüber ordnete der Herzog an, daß die Hälfte der eingehenden Schulgelder zur Anschaffung der für den Unterricht nötigen Instrumente, Modelle und

*) Er hatte bis dahin als Inspektor an dem Grandefchen Pädagogium zu Halle, jener Mustererziehungsanstalt, gewirkt.

**) Vgl. näheres darüber bei Hänfelmann, das erste Jahrhundert der Waisenschule zu Braunschweig. Braunschweig 1897. U. Limbach.

***) Für Mädchen wurde im Waisenhaus eine besondere Nähsschule errichtet, außerdem erhielten sie, eine Seltenheit zu jener Zeit, auch Unterricht in den Elementarfächern, im Rechnen, Lesen, Schreiben, der Christenlehre.

Maschinen verwandt werde, und befahl auch auf Zwickes Wunsch, daß die hierfür in Betracht kommenden Beamten aus dem Harz Objekte für ein Naturalien- und Mineralientabinett zu sammeln hätten. Später wurde sogar mittellosen Lehrlingen die am Zeichen-, Mal- und Modellierunterricht der 1760 errichteten und mit der Waisenhauschule verbundenen Zeichenschule dortselbst teilnahmen, alles dafür Nötige frei geliefert. Leider aber traten infolge der Überbürdung Zwickes*) bald Unregelmäßigkeiten im Lehrbetrieb ein. Infolgedessen nahm die Schülerzahl schon nach wenigen Jahren erheblich ab. Zwar hat dann die im Jahre 1759 vorgenommene Vereinigung mit einer anderen Schule (der Agydienschule) wieder bessere Zeiten gebracht. Aber schon vierzehn Jahre später stand man infolge Mangels an Mitteln der Frage einer völligen Auflösung der ganzen Anstalt und des 1755 zu Helmstedt gegründeten Schwesterninstituts gegenüber. Nur das tatkräftige Eingreifen des geheimen Legationsrates von Flögen, der die Wichtigkeit einer solchen Schule erkannte, welche — ein seltener Fall in jenen Tagen — für das Leben und seine Anforderungen erzog, hat damals das Äußerste verhindert. Erst Mitte der achtziger Jahre ist dann für die Anstalt eine Zeit der Blüte angebrochen, wie sie ihr fürstlicher Gönner von Anfang an von ihr mit gutem Recht erwarten durfte.**)

* * *

Schloß sich Herzog Karl schon bei seinen Reformversuchen der höheren Schulen vielfach an Grandesche Vorbilder an, so ist diese Anlehnung naturgemäß in noch viel ausgeprägterer Form bei seinen Bemühungen um Verbesserung der Braunschweiger Volksschulen zum Ausdruck gekommen; ja, diese erscheinen geradezu nach dem Muster der Hallschen Waisenhauspädagogik aufgebaut.

Die hohe Bedeutung, welche der Volksschule im Staatswesen zukommt, hatten damals außer König Friedrich Wilhelm I. nur wenige deutsche Fürsten erkannt. Eigentlich hätte sich ja jeder noch so absolutistisch gesinnte Herrscher sagen müssen, daß seine Macht, mochte ihm diese auch die Volksgewalt über das Tun und Lassen der Untertanen geben, doch schließlich auf deren Leistungsfähigkeit beruhe, und daß letztere im gleichen Maße steige, als jene in den Stand gesetzt würden, die dabei notwendige Belehrung anzunehmen und in ihrer Bedeutung zu erkennen. Wohl waren bereits im Laufe des 17. Jahrhunderts einzelne Fürsten mit gutem Beispiel vorangegangen, indem sie, wie Herzog Ernst der Fromme von

*) Seiner Aufsicht war nicht nur das Waisenhaus samt allen damit verbundenen Einrichtungen, neben der Schule einem Lehrerseminar, einer Buchdruckerei, sondern auch die anderen kleinen Stadtschulen und zeitweise sogar die Dorfschulen im Lande unterstellt.

**) Vgl. über das Vorhergehende und das Weitere: F. Kolbwey, Geschichte des Schulwesens im Herzogtum Braunschweig, Wolfenbüttel 1891, S. Zwickler.

Sachsen-Gotha 1642 durch seinen „Schulmethodus“ eine gewisse Bildung in alle, selbst die untersten Schichten der Bevölkerung hineinzutragen versuchten. Auch in Braunschweig hatte schon vor Beendigung des dreißigjährigen Krieges Herzog August der Jüngere den allgemeinen Schulzwang eingeführt und wenige Jahre darnach den gesamten Unterricht im Lande von einheitlichen Gesichtspunkten aus zu regeln versucht. Aber er fand damit weder bei den Behörden, denen die Ausführung oblag, noch bei der Bevölkerung das nötige Verständnis, so bescheiden auch das Pensum der Volksschulen war. Der Unterricht beschränkte sich auf Katechismuslehre, Lesen und ein wenig Schreiben. Selbst geistig hochbedeutende Männer, die sich doch sicher der Tragweite und Wichtigkeit solcher Maßnahmen nicht verschließen konnten, wie der Abt Mosheim, dem 1729 die Generalinspektion übertragen wurde, haben in dieser Hinsicht keinen Wandel geschafft.

Jedenfalls sah es bei Karls Regierungsantritt mit dem allgemeinen Schulbesuch und den Kenntnissen von Lehrern und Schülern traurig genug aus. Für die Heranbildung der Ersteren zu ihrem Beruf war bis dahin so gut wie gar nichts geschehen; ja, man übertrug den Unterricht, wie auch sonst in Deutschland, selbst in Preußen bis tief hinein in die Regierung Friedrichs des Großen, gewöhnlichen Handwerkern, ausgedienten Lakaien oder Soldaten.

1734 und 1742 hatte der Propst Harenberg, welcher seit 1735 neben Mosheim das Amt eines Generalschulinspektors bekleidete, den Antrag gestellt, diesen unhaltbaren Verhältnissen durch die Gründung eines Lehrerseminars, wie solche bereits zu Halle a. S., Stettin und in dem ehemaligen Kloster Berge bei Magdeburg bestanden, ein Ende zu machen. Aber seinem Verlangen wurde zunächst nicht entsprochen, obgleich sich weder das Konsistorium, in dessen Hand die Aufsicht und Verwaltung der Schulen lag, noch des Herzogs vornehmster Ratgeber, der spätere Minister von Schrader, der Notwendigkeit einer Regelung dieses Zustands verschloß. Erst als dieser selbst in einer Denkschrift vom 13. Novbr. 1744 seine Ansichten darüber niedergelegt, trat die Regierung dem Gedanken einer systematischen Ausbildung von Volksschullehrern näher, wofür sich auch noch andere gewichtige Stimmen erhoben, wie diejenigen des obersten Generalsuperintendenten, des Abtes Hassel, dem mit ein Hauptverdienst an der Verbesserung des damaligen Braunschweiger Volksschulwesens zukommt. Dessen ungeachtet hat es noch bis Ostern 1751 gedauert, ehe auf das energische Betreiben Zwieses das erste Lehrerseminar im großen Waisenhaus zu Braunschweig eröffnet worden ist. 1753 hat dann der Herzog seine Einwilligung zur Errichtung eines zweiten im Auguststädtschen Waisenhaus zu Wolfenbüttel gegeben.

Viel, aber lange nicht alles, war damit erreicht. Um eine Änderung von Grund aus zu schaffen, hätte der Staat nicht nur die vielen Patronatsstellen, bei denen er sich voreinst des Rechtes der Besetzung begeben

hatte, wieder ablösen, sondern auch seine Schullehrer besser befolgen müssen, damit sie nicht wie bisher bei dem mitunter lächerlich niedrigen Jahreseinkommen bis herab zu zehn Reichstaler gezwungen waren, sich die Mittel zu ihrem Lebensunterhalt auf andere Weise, durch Ausübung eines Handwerks oder durch Landarbeit auf Kosten ihres Lehrberufs zu verschaffen. Dem stand jedoch die schlechte Finanzlage des Landes im Wege. Für die Seminaristen selbst hatte die Erziehung in der Stadt auch insofern ihre Schattenseiten, als sie dort keine Gelegenheit hatten, sich die praktischen, landwirtschaftlichen Kenntnisse anzueignen, deren sie für ihre spätere Wirksamkeit auf dem Lande dringend bedurften. *)

* * *

Und wie schwer hielt es dann erst, den breiten Volksschichten die Nothwendigkeit eines allgemeinen, regelrechten Schulbesuchs beizubringen! Besonders das Landvolk war damit durchaus nicht einverstanden, schon darum, weil der Herzog seit 1740 den Sommerunterricht, welcher die Kinder stundenlang von der Feldarbeit fernhielt, wieder eingeführt hatte. Allem Sträuben hat indessen die herzogliche Regierung durch das am 22. September 1753 erschienene neue Landeschulgesetz: „die Ordnung für die Schulen auf dem Lande in dem Herzogtum Braunschweig—Wolfenbüttel und dem Fürstenthum Blankenburg betreffend einen kräftigen Riegel vorgehoben. Nicht umsonst hat man diese Verfügungen ein Ehren Denkmal für den Herzog und seine Ratgeber genannt. Ist doch darin mit der damals noch weit verbreiteten Ansicht gebrochen, daß eine stumpfsinnige, unwissende Menge von Analphabeten leichter zu regieren sei, als ein aufgeklärtes, unterrichtetes Volk. „Bisher wären“, so etwa führt die Vorrede aus, „wenigstens in den Städten der hiesigen Lande für die unterrichtung der in denselben befindlichen Jugend in dem allen, was zu ihrer geistlichen und leiblichen Wohlfahrt gehöret, reichlich gesorgt worden.“ Auf dem Lande hätte dies, wegen der mancherlei Schwierigkeiten, die sich dort einem regelrechten Unterricht entgegen stellten, nicht im gleichen Maße der Fall sein können. „Gleichwol seien baurenkinder auch vernünftige geschöpfe, sie hätten mit den kindern der größten auf erden einerley hoffnung ihres berufs zur ewigen Seligkeit, sie seien auch, und zwar sehr nötige und nützliche Glieder des staats; was sei daher nötiger und billiger, als daß auch sie zeitig genug gelehret würden, wie sie so wol ihre eigene glückseligkeit in dieser und jener welt schaffen, als auch dem gemeinwesen, in welchem sie leben, nützlich werden können.“ Daß in der folgenden Landschulordnung manches noch verbesserungsbedürftig sei, unterliege keinem Zweifel „die Regierung werde dahin abzielende vorschläge jedesmal mit gnädigem wolgefallen“ zur Kenntnis

*) Mitte der neunziger Jahre wurde deshalb von dem Abte Bartels in Riddags-
hausen der Vorschlag gemacht, dort ein Lehrerseminar verbunden mit landwirtschaft-
lichem Unterricht zu gründen. Es ist aber nicht dazu gekommen.

nehmen. Einstweilen möge man „nur alles dasjenige treulich befolgen, was darin vorgeschrieben worden, so wird der segen daran bald verspühret werden.“ Leider nur wurden diese goldenen Worte von den Wenigsten beherzigt. Obgleich sich der Unterricht auf die allereinfachsten Elementarfächer, neben Christenlehre auf Lesen, Schreiben und Rechnen beschränkte, sah man in den höheren Gesellschaftsschichten diese geistige Hebung des Bauernstandes mit scheelen Augen an. Selbst Lehrer und Geistliche, welch' letztere die Oberaufsicht über die Landschulen zu führen hatten, waren damit z. T. durchaus nicht einverstanden, erstere, weil sie bei den geringen Kenntnissen, über die sie verfügten, einen regelrechten Unterricht gar nicht erteilen konnten, letztere, weil sie die Visitationen und Schulprüfungen, welche die neue Ordnung der Dinge von ihnen verlangte, als überaus lästige Beigabe empfanden. Es fiel wenig ins Gewicht, daß ihnen durch andertweilige Verfügungen des Herzogs allershand Erleichterungen in ihrer eigentlichen Berufstätigkeit entstanden. Ja, für manches, wie für die am 3. September 1754 angeordnete Abschaffung verschiedener kirchlicher Feiertage, der heiligen drei Könige, von Mariä Lichtmess, Verkündigung und Heimsuchung, Johannis und Michaelis wußte die Geistlichkeit, obgleich damit doch eine Reihe gottesdienstlicher Handlungen wegfiel, dem Landesherrn ebenso wenig Dank wie die Bevölkerung, die sich darüber ärgerte, daß man ihr die Feiertage nahm. *)

Bornehmlich aber stieß die neue Landschulordnung bei den Eltern der schulpflichtigen Kinder auf Widerstand, da diese gar nicht einsehen wollten, wozu man bei der Feldarbeit Schreiben, Lesen und Rechnen brauche, und weshalb man gegen sie selbst mit strengen Strafen vorging, wenn sie versäumten, ihre Kinder zur Schule zu schicken.

Nicht besser war es mit der Einsicht der geringen Leute in der Stadt bestellt. Besonders die Bedürftigen wollten von einer derartigen Erziehung ihrer Kinder nichts wissen, obgleich der Herzog bei den Armen- und Freischulen, die er 1742 nach Frankeschem Vorbild zunächst in Braunschweig und einige Jahre später in Helmstedt errichtet, den Schwerpunkt vorerst weniger auf einen regelrechten Schulunterricht, als auf eine nutzbringende Beschäftigung mit Handarbeiten gelegt hatte. Man schickte die Kinder lieber zum Broterwerb in die Fabriken. Es nuzte wenig, daß der Herzog deshalb mit Entziehung der Armengelder drohte, da die mit der Ausführung des Befehls beauftragten Behörden vielfach durch die Finger sahen. Dies wurde natürlich nicht besser, als man seit 1755 auf Zwisches Befürworten hin den Elementarunterricht weitaus die erste Stelle in der

*) Auf den Herzog, der dies hauptsächlich getan haben mochte, um dem Müßiggang und der herrschenden Vergnügungssucht etwas zu Leibe zu rücken, wie er überhaupt sein Volk an eine einfachere, tätigere Lebensführung gewöhnen wollte, hat dies offenbar weiter keinen Eindruck gemacht. 19 Jahre später, am 21. Oktober 1773 hat er auch die dritten Feiertage an den drei Hauptfesten, Weihnachten, Ostern und Pfingsten aufgehoben.

Schule einräumte. Indessen ist der Herzog bei Neuorganisation des Armenwesens im Jahre 1772 insofern wieder davon abgegangen, als neben den Armenthsulen sogenannte Arbeitsschulen eingerichtet wurden, wo die Kinder einige Tage in der Woche lediglich mit Handarbeiten, vornehmlich mit Spinnen beschäftigt wurden, um bei der herrschenden Not ihnen Gelegenheit zu geben, wenigstens einen Teil ihres Unterhalts sich selbst zu verdienen.

Aber auch der einfache Bürger, der damals in den seltensten Fällen lesen und schreiben konnte, hielt einen längeren Schulbesuch für höchst überflüssig. Günstiger mag er dafür auch nicht gestimmt worden sein, wenn er erfuhr, daß der Herzog sogar einmal (1749) eine Schule für ältere Leute im Braunschweiger Werthause plante, um diesen nachträglich das Buchstabieren, wenigstens etwas das Lesen und die Katechismuslehre beizubringen. Wie dem Landbewohner mußte man daher auch ihm durch energische Maßregeln den Nutzen der neuen Einrichtungen begreiflich machen. In Anschluß an die seit 1751 in Angriff genommene Ordnung des Volksschulwesens hat die Regierung zunächst für Braunschweig und dann auch für die übrigen größeren Städte des Herzogtums den allgemeinen Schulzwang insoweit eingeführt, als kein Kind zur Konfirmation zugelassen werden durfte, das nicht wenigstens ein Jahr vorher in der obersten Klasse einer Volksschule zugebracht.

Andere Hindernisse, die sich den Schulreformen Herzog Karls entgegenstimmten, und die mit die Schuld tragen, daß das, was er so eifrig erstrebte, ein Torso geblieben ist, ließen sich freilich nicht auf so leichte Weise aus dem Weg räumen. Vor allem fehlte es an Mitteln, um alle die Pläne, vornehmlich die Ausführung neuer, dringend notwendiger Schulhäuser ins Werk zu setzen. Schon 1756 klagt Ziwide, daß die Neuordnung der Braunschweiger Volksschulen nicht lange bestehen könne, falls nicht mehr dafür geschähe. Wie aber wäre dies möglich gewesen, als kurz darnach der siebenjährige Krieg ausbrach! Man mußte froh sein, wenn man die Schulen nur einigermaßen weiter im Gang zu halten vermochte.

Abgesehen von alledem aber hätte sich eine Entwicklung des Schulwesens in unserem Sinne nur dann erfolgreich durchführen lassen, wenn man die Schule aus ihrer völligen Abhängigkeit von der Kirche löste. Daran aber war bei den damaligen engen Wechselbeziehungen zwischen beiden gar nicht zu denken. Hat sich doch auch der spätere Versuch Herzog Karl Wilhelm Ferdinands 1786, einem weltlichen Schuldirektorium an Stelle des Konsistoriums die Verwaltung des gesamten Erziehungswesens im Herzogtum anzübertrauen, als durchaus verfrüht erwiesen,*)

*) Mit mehr Glück hat Preußen auf des Minister Zedlitz Anregung — eines Schülers und Verehrers des Abt Jerusalems — 1787 die Trennung der Schulen von der kirchlichen Abhängigkeit in dem Oberschulkollegium, einer selbständigen, obersten Schulbehörde durchgeführt.

so daß man schon nach wenigen Jahren (1790) auf die alten Verhältnisse zurückgriff, obgleich damals doch überall eine ziemlich freigeistige Stimmung und eine damit verbundene Gereiztheit gegen die Geistlichkeit herrschte. Dem Herzog Karl, der 1756 sogar das bereits zu August des Jüngeren Zeit bestehende weltliche Generalschulinspektorat aufhob und damit den kirchlichen Behörden die alleinige Leitung der Schulen zurückgab, wäre es gar nicht in den Sinn gekommen, einen so wichtigen Faktor wie die Kirche bei der Jugendberziehung auszuschalten oder deshalb irgendwie Verstimmungen zwischen sich und ihr entstehen zu lassen. Er ist es sich wohl immer bewußt geblieben, wie sehr das selbstherrliche Regiment der Kirche als fester Stütze bedurfte, nachdem sie immer wieder den Untertanen blinden Gehorsam gegen das weltliche Oberhaupt als göttliches Gebot zur Pflicht machte. Außerdem übte sie einen weit- aus größeren Einfluß auf das Staatswesen als heute aus, da ihr Einrichtungen unterstellt waren, die ihrem Bereich seitdem längst entzogen sind. Neben der Leitung der Schulen, lag auch diejenige der Hospitäler und übrigen Wohltätigkeitsanstalten, die Entscheidung über Ehestreitigkeiten, Ehescheidungsprozesse, die Pflege der Sittlichkeit in ihrer Hand. Neue Gesetze oder sonst irgendwelche obrigkeitliche Gebote wurden von den Kanzeln herab dem Volk verkündigt. Bei seinem Regierungsantritt oder auch bei wichtigen Staatshandlungen, selbst Steuerbewilligungen, mußte der jeweilige Herrscher ihr jedesmal die Unantastbarkeit in Glaubenssachen zusichern. Eine Einmischung in geistliche Gerichtsbarkeit stand ihm nicht zu. Aus eigener Machtvollkommenheit durfte die Kirche bei Religionsvergehen dem Schuldigen Bußen auferlegen. Mußte die weltliche Obrigkeit dabei zugezogen werden, wie bei den hochnotpeinlichen Prüfungen, denen sich bei den alljährlich stattfindenden Kirchenvisitationen Erwachsene über ihre Kenntnisse im lutherischen Katechismus zu unterwerfen hatten, so wurde es meist von der Geistlichkeit höchst übel vermerkt, wenn jene über den Säumigen nicht sofort die üblichen Strafen verhängte.

Bei Herzog Karl fanden solche Klagen seitens der Geistlichkeit, besonders in den ersten Jahrzehnten seiner Regierung, stets ein williges Ohr. Später allerdings hat auch er freisinnigeren Anschauungen gehuldigt. Indessen ist das Urteil, das man gelegentlich über ihn fällte, er habe nach dem Beispiel seines großen Schwagers in Berlin die Köpfe seiner Untertanen erleuchten und von veralteten Vorurteilen befreien wollen, jedenfalls stark übertrieben. Er blieb immer ein überzeugter Lutheraner, den es mit Genugthuung erfüllte, wenn in katholischen Ländern Evangelische mit Nachdruck für ihren Glauben eintraten. Nur mit nicht mehr zeitgemäßen kirchlichen Forderungen und Einrichtungen wollte er aufräumen.

So war es sicher menschlich sehr schön gedacht, daß er laut Edikt vom 7. Juli 1774 den Landleuten am zweiten Feiertag der hohen Feste nach beendigtem Gottesdienst Tanzen und Musizieren in anständigen

Grenzen als Ergözung nach der vielen Arbeit erlaubte, obgleich dies damals noch vielfach als Entheiligung der Sabbatsruhe galt. Ebenso kam er den Wünschen weiter Kreise entgegen, als er am 6. März 1775 *) die Kirchenbußen einschränkte, vornehmlich das Rügen kleinerer in den Gemeinden vorgekommener Vergehen von den Kanzeln herab verbot, während bei größeren vorher seine Einwilligung eingeholt werden mußte. Auch mit der am 5. März 1775 erfolgten Abschaffung der Ohrenbeichte hat er einem langgehegten Wunsch liberal gesinnter Theologen entsprochen. Freilich ist diese Bestimmung erst unter seinem Nachfolger in Kraft getreten. Gleichertweise war es im Interesse der Geistlichen, wenn er in dem Erlaß vom 28. März 1750 versuchte, den Beichtpfennig durch eine jährliche Abgabe von seiten der einzelnen Familien je nach Vermögen und Kopfszahl abzulösen. Jene bekamen von ihm gar manches über Mangel an richtiger Einsicht zu hören, wenn sie sich dazu herbeiliessen, Eingaben ihrer Gemeinden, es doch beim Alten zu lassen, zu unterstützen. Aber schließlich ist doch durch diesen Widerstand die ganze Anordnung zu Falle gekommen. Nicht viel besser erging es dem Edikt vom 18. September 1741, in welchem der Herzog den Äbten und Prälaten das Präsentationsrecht bei erledigten Pfarrereien innerhalb ihrer Diözese nahm, und statt dessen die Klosterratsstube **) mit deren Besetzung betraute. Es gehörte mit zu den Hauptforderungen des Landtags, als er im Jahre 1768 zusammentrat, das erstemal während der Regierung Herzog Karls, der Curia Prälatorium jenes ihr entzogene Privileg zurückzugeben, was denn auch am 17. Juni 1769 geschah.

Mehr Dank hat der Herzog durch das Reskript vom 1. Mai 1745 geerntet, in welchem den Gemeinden Braunschweigs, soweit nicht Patronatspfarrereien dabei in Frage kamen, das uralte Vorrecht wieder zugebilligt worden ist, sich ihre Prediger selbst zu wählen, ein Recht, dessen sich die Martinigemeinde schon seit Kaiser Otto IV. erfreut hatte und das der Stadt kurz nach deren Eroberung 1671 durch Herzog Rudolph August genommen worden war. ***)

Dem Herzog war es dabei freilich nicht um eine den Bürgern erwiesene Artigkeit zu tun, sondern er hoffte, auf solche Weise die Besetzung der Pfarrstellen mit guten Predigern zu erreichen. Konnte es doch einem Herrscher, in dessen Land ein Mosheim, ein Jerusalem in Wort und Tat für einen lichtvollen, stillistisch gut durchgeführten, freien Kanzelvortrag wirkten, nicht gleichgültig sein, wenn trotzdem die meisten Geistlichen ihre dürftigen, mühsam zusammengestellten Predigten einfach vom

*) Im Landesrezess vom 2. September 1775 zum Gesetz erhoben.

**) Die Klosterratsstube ist ein dem Landesfürsten unmittelbar unterstehendes Collegium. Ihr lag vornehmlich die Oberaufsicht über alle Stifts- und Klostergüter und deren Verwaltung ob. Begründet hatte sie Herzog August.

***) Der Martinigemeinde ist dies Recht als der ersten bereits am 30. September 1744 verlihen worden.

Blatt herunterlassen. Wir besitzen eine Menge Verordnungen, vornehmlich aus den fünfziger Jahren, die auf eine gründlichere Vorbereitung und Schulung der angehenden Pastoren hinauslaufen. So mußte jeder, der sich um eine größere Pfarrei bewarb, zuerst seine Befähigung dafür durch eine Prüfung in Gestalt eines Kolloquiums vor dem Konsistorium darlegen. Wiederholt wurde den Professoren der Universität Helmstedt eingeschärft, das Ablefen der Predigten von Seiten der Theologiekandidaten unter keinen Umständen zu dulden. Der Herzog hat auch der weiteren Ausbildung, welche die jungen Theologen nach vollendetem Studium im Predigerseminar zu Riddagshausen bei Braunschweig erhielten, seine besondere Aufmerksamkeit zugewandt. In diesem Seminar, ursprünglich einer von Abt Dorbeer nach seinem Übertritt zur Reformation 1568 gestifteten Klosterschule, welche 1690 durch die Herzöge Rudolph August und Anton Ulrich in ein Collegium Candidatorum Theologiae umgewandelt worden war, sollten sie sich die notwendige Übung im Predigen und Disputieren aneignen, was damals beides gleichertweise zur theologischen Erziehung gehörte. Ein durchgreifender Umschwung in der ganzen Einrichtung trat mit Übernahme der Leitung der Anstalt durch Jerusalem im Jahre 1750 ein. Er hat aus jenen Kandidaten eine Corona aus-erlesener, auf allen Gebieten der Gottesgelehrtheit, der Philosophie und Literatur beschlagener Theologen gemacht, wie sie damals wohl kaum ein anderes Land aufzuweisen hatte. Freilich konnte die Anstalt nicht für die Dauer auf solcher Höhe erhalten werden. Bei den bescheidenen Mitteln, über die man verfügte, ließen sich nicht so leicht erste Lehrkräfte für den Unterricht gewinnen. Dabei aber wurden von den Kandidaten bei ihrer Aufnahme ins Collegium mehr Kenntnisse als von einem bereits im Amt stehenden Geistlichen verlangt. Als Collegiaten verfügten sie dann, obgleich sie vielfach zur Muthilfe an verschiedenen Kirchen des Herzogtums verwandt wurden, gewöhnlich über so geringe bare Mittel, daß sie selten ohne Schulden ihre erste feste Anstellung antreten konnten. Trotz der Verehrung, die Jerusalem von ihrer Seite genoß, nahm daher der Zuzug zur Anstalt ständig ab. 1771 sollte sie dann nach Braunschweig verlegt werden, was aber auf Jerusalem's Einspruch, der davon nichts erwartete, unterblieb.

* * *

Auch in anderer Hinsicht hat der Herzog seine rege Theilnahme an der Förderung des evangelischen Glaubenslebens betätigt. Seit 1748 wurde auf Abt Hassels Anregung hin eine Verbesserung des Gesenius'schen Katechismus und zwar je in einer Ausgabe für Erwachsene und Kinder geplant. Zum Ziele ist man damit freilich nicht gelangt, weil Jerusalem, den man mit dieser Aufgabe betraute, infolge seiner vielen anderweitigen Berufsgeschäfte nicht Zeit fand, ernstlich Hand daran zu legen.

Viel zu langsam für des Herzogs Ungeduld ging es auch mit der 1745 ins Auge gefaßten Neuherausgabe der lutherischen Bibelübersetzung voran. Erst fünf Jahre darnach, am 7. Dezember 1750, konnte ein herzogliches Restrikt ihr demnächstiges Erscheinen verkündigen. *) In-
deffen war der Druck so schlecht geraten, daß man sofort zu einer neuen Ausgabe schritt. Aber wieder schlichen sich grobe Druckfehler ein. Zudem forderten die dem Text beigegebenen Noten, welche einzelne Stellen oder Worte dem Verständnis der Leser näher bringen sollten, die allgemeine Spottlust heraus. So wurde beispielweise in der Anrede: „Mein teurer Feste“ (Apostelgeschichte 26, 25) das „teuer“ mit „hochwohlgeborener“ erklärt, was zur Folge hatte, daß man nur noch von der „Complimentirbibel“ sprach. Um all dem die Spitze abzubringen, hat der Herzog 1761 eine nochmalige Bibelrevision von dem durch Pastoren der Stadt Braunschweig gebildeten sogenannten geistlichen Ministerium verlangt. Aber obgleich sogar Minister von Schrader sein Möglichstes für ihr rasches Zustandekommen tat, indem er selbst lange Abhandlungen über die beste Fassung einzelner Stellen schrieb, was dieser Bibel den Beinamen „Erzellenzenbibel“ eintrug, zog sich ihr Erscheinen doch bis zum Jahre 1771 hin. Das Ergebnis war nicht besser; es hatten sich nämlich in den Text wieder so viele Fehler eingeschlichen, daß Jerusalem, dem er zur Begutachtung vorgelegt wurde, nichts anderes raten konnte, als die ganze Ausgabe zu unterdrücken und die Bibeln statt dessen lieber im Großen aus Halle zu beziehen. Irgendwelchen klingenden Gewinn hat somit der Herzog mit diesen Bibelgedrucken nicht erzielt, obgleich seit 1747 alle diejenigen, die zum erstenmal zum heiligen Abendmahl gingen und alle Neuvermählten sich eine Bibel anschaffen mußten, ein Zwang, den der Herzog erst 1770 auf Vorstellung der Stände wieder aufhob.

Ebensowenig wollte es mit der seit 1758 ins Auge gefaßten Herausgabe eines zeitgemäßerer Gesangbuches glücken. Wiederholter Mahnungen durch fast sieben Jahre durch hat es bedurft, ehe sich das damit beauftragte geistliche Ministerium an die Arbeit machte. 1775 schien diese so weit gediehen zu sein, daß der Herzog den Landständen das demnächstige Erscheinen in Aussicht stellte. Doch dauerte es immer noch fünf Jahre, bis es endlich am Ostersonntag 1780 dem Gottesdienst übergeben werden konnte, dem gleichen Tag, an welchem Herzog Karl für immer die müden Augen schloß.

* * *

Wenn der Herzog sich so stets als ein echt evangelisch-lutherischer Herrscher betätigte, der den Wünschen und Forderungen seiner Kirche nach jeder Richtung hin zu entsprechen suchte, so haben doch auch Andersgläubige an ihm einen milden, nachsichtigen Herrn gefunden.

*) Das neue Testament war allerdings schon 1749 für sich herausgekommen.

Wohl hätte er, selbst wenn er gewollt hätte, gar nicht daran denken dürfen, bei der herrschenden Stimmung im Lande die Katholiken — von den Juden ganz zu schweigen — auf eine Stufe mit seinen protestantischen Untertanen, nicht nur in Glaubenssachen zu stellen. Wie sträubte sich der Braunschweiger Magistrat dagegen, als der Herzog durch seinen Gnadenbrief vom 4. April 1748 französischen Emigranten römisch-katholischer Konfession, falls sie sich in den Städten Braunschweig oder Wolfenbüttel niederlassen wollten, die Erlaubnis zur freien Ausübung ihrer Religion, zur Aufstellung von Seelsorgern und Kirchendienern und zur Errichtung von Pfarreien und Schulhäusern erteilte! Der Herzog hat sich allerdings in seinen Ansichten nicht irre machen lassen. Es sei dem Sinne Christi zuwider und ein unbilliger Religionseifer, ruft er am 21. Oktober 1749 voll Unwillen den Häuptern der Stadt zu, wenn man alle Römisch-Katholischen für schädliche, verdamnte Leute halten sollte. Ihm, dem Herrn des Landes, stände allein zu, zu entscheiden, was dem Staat in seiner äußerlichen und politischen Kirchenverfassung nützlich oder schädlich sei. „Ihr möget euch dieserhalb um so eher beruhigen, als ihr versichert sein könnt, daß Wir darin solche Maßregeln ergreifen werden, wie es für Gott verantwortet werden kann.“

Den gleichen Standpunkt nahm er ein, als im Jahre 1762 dieselbe Behörde bei ihm vorstellig wird, es vertrage sich nicht mit der Verfassung der Stadt, wenn die Regierung gestatte, daß Katholiken auf ihren eigenen Namen hin*) Haus und Hof erwerben könnten; denn zweifellos würden durch solche Vergünstigungen die letzteren bald allzusehr überhand nehmen. Er gibt darauf durch Schraders Hand den Bescheid, es sei gar nicht seine Meinung, die Ausschließung vom Grundbesitz, welche nicht ohne Ursache geschehen sei, aufzuheben; aber er fände es nachteilig, nützliche Einwohner, bloß weil sie einer anderen Religion angehörten, sich nicht ankaufen zu lassen.

In der That hat es dann auch der Herzog seinen katholischen Untertanen gegenüber bei diesen Gnadenbeweisen betwenden lassen. So weit es sich nicht um die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel handelte, war ihren Geistlichen nach wie vor keine Austeilung des heiligen Abendmahls, kein Vornehmen von Taufen, Eheschließungen, Beerdigungen, ja sogar von Krankenbesuchen ohne vorher eingeholte obrigkeitliche Erlaubnis gestattet.

Geringer waren die Schwierigkeiten, die sich der Ansiedlung von Emigranten reformierten Bekenntnisses entgegenstellten. Ihnen durfte der Herzog schon eher Kirchen einräumen und sonstige religiöse Vergünstigungen gewähren. Immerhin war auch hier das Vorurteil noch so groß, daß er 1762 ihr Gesuch, in der mitten im Armenhof gelegenen Georgen-Hofes-Kirche zu Blankenburg Gottesdienst abhalten zu dürfen,

*) Früher hatte es dafür eines protestantischen Scheinkäufers bedurft.

abschlägig bescheiden mußte, weil „die armen, alten, einfältigen Leute aus dem fremden Gottesdienst ein Argernis nehmen und in ihrem Glauben irre gemacht werden könnten.“

Das größte Mißvergnügen aber hat der Herzog bei seinen Untertanen erregt, als er laut Reskript vom 19. Juni 1745 sogar den Juden neben der Ausübung ihrer Religion die Errichtung einer Privat-Synagoge in einem ihrer Häuser und eines Kirchhofs vor der Stadt, sowie die Anstellung eines Rabbiners gestattete, und ihnen außerdem die selbständige Schlichtung kleinerer Streitsachen, die Erlaubnis zur Gründung von Fabriken nach erteilter Konzession und zum Großhandel erteilte.

Es waren in erster Linie handelspolitische Erwägungen, welche den Herzog zu dieser für damalige Zeiten unerhört weitherzigen Haltung bestimmten. Hat doch der Minister von Gramm wenige Tage nach dem Erscheinen des Edikts erklärt, *) wie wichtig die Heranziehung jüdischer Familien für den Aufschwung des Landes sei, wenn man auch alle Maßregeln treffen müsse, damit daraus kein Nachteil für seine Durchlaucht und die christlichen Untertanen erwüchse. Noch klarer ist dies in einer Denkschrift des Ministers von Schrader vom 18. Februar 1766 ausgedrückt. „Juden“, meint er darin, „können leicht schädlich werden, weil sie in Deutschland kein Handwerk lernen dürfen, die meisten daher von Wucher leben. Der Braunschweigische Handel sei zu klein, um ohne eigenen Abbruch viele jüdische Kaufleute dulden zu können; zuträglich sei es jedoch, etliche Juden zu haben, bis Deutschland einen besseren Pli' bekomme und mit ebensoviel Fleiß und so geringem Gewinn sein Geschäft treibe.“

Dementsprechend blieben auch unter Herzog Karl die alten Bestimmungen in Geltung, daß kein Jude ohne einen Schutzbrief sich im Braunschweigischen aufhalten durfte. Ein solcher wurde aber nur an vermögende Juden erteilt. Wollten diese sich im Lande irgendwo niederlassen, so mußten sie zunächst für 2000 Gulden Waren aus den fürstlichen Fabriken nehmen. Es war ihnen nicht gestattet, allein mit ihrer Familie ein Haus zu beziehen oder sich einer Wohnung auf Lebenszeit durch Erlegung des Kaufgeldes zu versichern, und was der einschränkenden Bedingungen noch mehr waren. Bei alledem aber haben sich doch die Juden zu Braunschweig bedeutend besser als in anderen deutschen Ländern, vornehmlich in Hessen, gestanden, wo die Schutzjuden alljährlich nicht nur ein Prozent ihres Gesamtvermögens an den Staat entrichteten, sondern auch noch andere Abgaben leisteten, und dazu noch ausgemusterte Pferde aus den fürstlichen Marställen, „Federlappen“, und was des Plunders noch mehr war, zu unverhältnismäßig hohen Preisen übernehmen mußten. **) Einzelne Juden, wie der Gründer der jüdischen Gemeinde in Braun-

*) 23. Juni 1745.

**) Auch in Preußen mußten die Juden der Berliner Porzellanmanufaktur jährlich Porzellan ablaufen.

schweig, der Kammeragent und Leiter der fürstlichen Tabakfabrik, Alexander David, der schon die Geldangelegenheiten der Herzöge Anton Ulrich, August Wilhelm, Ludwig Rudolph und Ferdinand Albrecht geordnet und deren Vertrauen er in hohem Maße genossen hatte, durfte sich unter Herzog Karl weitgehender Begünstigungen erfreuen.

Den gleichen vorurteilslosen Standpunkt hat der Herzog gegenüber den Männern der Wissenschaft bekundet, die als Vertreter einer neuen Weltanschauung gegen den damals noch allgemein herrschenden blinden Autoritätsglauben zu Felde zogen und statt dessen Freiheit der Forschung für alle Wissenszweige, auch für die Theologie in Anspruch nahmen.

Den Anstoß zu der ganzen Bewegung hatte der an Leibniz sich anschließende Hallenser Philosoph Christian Wolf (häufig Wolff geschrieben, 1679—1754) gegeben, den 1723 König Friedrich Wilhelm I. unter Androhung des Stranges aus seinem Staat verbannte, Friedrich der Große aber sofort nach seinem Regierungsantritt 1740 in der ehrenvollsten Weise zurückgeholt hatte. Trotz des Ansehens und seines großen Einflusses, wie ihn seit Melancthon kein akademischer Lehrer mehr genossen, dürfte ihm indessen der Herzog kaum je ein tieferes Interesse entgegengebracht haben. Denn wenn das Herzogspaar während seiner Anwesenheit in Halle im Jahre 1747*) sich Wolf vorstellen ließ, so ist die treibende Kraft dabei zweifellos die Herzogin**) gewesen, die sich mit ihm in eine längere Auseinandersetzung über das Wesen und den Sitz der Seele im Körper einließ und ihn auch seiner eigenen Aussage zufolge nach Braunschweig zu weiteren philosophischen Gesprächen einlud. Ebenso wenig hat der Herzog jemals, wenn er auch sonst der ganzen Aufklärungsbewegung Sympathie entgegenbrachte, sich eingehender mit jener, die damalige gesamte wissenschaftliche Welt aufregenden Frage beschäftigt, ob es im Sinne der Hallenser Theologieprofessoren J. S. Baumgarten und J. S. Semler, Schüler und Anhänger Wolfs, zulässig sei, die Methode historisch-kritischer Forschung auf die biblischen Schriften auszuweiten u. dgl. m. Vielmehr dürfte es die im Nachbarstaat Preußen unter Friedrich dem Großen allen Arbeiten wissenschaftlichen, literarischen, religiösen Inhalts gewährte, für jene Lage ganz unerhörte Freiheit der Meinungsäußerung gewesen sein, die den Herzog veranlaßte, auch in seinem Lande gegen „derartige Freigeistereien“ so milde und nachsichtig aufzutreten.

Nur ihm allein hatte es der 1762 an Mosheims Statt nach Helmstedt berufene Theologieprofessor Abraham Teller zu danken, wenn er seiner

*) Aus den Briefen der Herzogin Phil. Charlotte S. 79, herausgegeben v. Hans Droyen (Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte, herausgegeben von dem Geschichtsverein für das Herzogtum Braunschweig, VIII. Band, Wolfenbüttel 1916).

**) Unter den wenigen deutschen Büchern in des Herzogs Privatbibliothek fanden sich allerdings Wolfs philosophische Schriften.

Stellung im Jahre 1764 nicht verlustig ging, als die Mehrzahl der Kollegen wiederholt die Entfernung des „gefährlichen Mannes“ verlangten, dessen Lehrbuch über den christlichen Glauben im Sinne Baumgartens und Semlers die heilige Schrift zum Gegenstand wissenschaftlich-kritischer Untersuchung gemacht und auf den Unterschied zwischen Religion und Dogma, den ewigen Wahrheiten der ersteren und ihrer Einkleidung in letzterem hingewiesen hatte. Zwar regte der Herzog, nachdem viele deutsche Fürsten deswegen ihren Landeskindern den Besuch der Universität Helmstedt verboten, 1768 eine von dem Professor Carpzob verfaßte Rechtfertigungsschrift der dortigen theologischen Fakultät an, worin diese sich feierlich von Lessers „kezerischen Ideen“ lossagte. *) Doch wird dies Lessern, welcher kurz vorher als Oberkonsistorialrat nach Berlin berufen worden war, wenig angefochten haben.

Nicht minder hatte sich der herzoglichen Fürsprache der dem Kloster entsprungene Helmstedter Professor Rotfischer zu erfreuen, als 1753 ein einflußreicher Kardinal das Unsinnen stellte, ihm wegen seiner freisinnigen Äußerungen über Glaubenssagenungen der katholischen Kirche den Schutz der Universität zu entziehen: „Gott ist die Hauptsache dabei, und da ich weder die Ansicht des Ewigen über diese Einzelheiten, noch die verborgenen Falten des Herzens kenne, so lasse ich unseren Mann in voller Freiheit zu kommen und zu gehen. Und wenn er sich wegen meiner Kälte oder wegen des Eifers Eurer Eminenz in seinen Ansichten im geringsten änderte, würde er dann nicht der größte Laugenichts entweder eurer Kirche oder der meinigen sein?“ lautete die herzogliche Antwort.

Den gleichen Schutz genoß der Verfasser der sogenannten Wertheimer Bibel, Johann Lorenz Schmidt, der 1734 durch die freie Art, in welcher er bei seiner Übersetzung mit dem Grundtext der heiligen Schrift umsprang und diesen im Sinne der Aufklärung vernunftgemäß auszulegen suchte, die Entrüstung aller Strenghäubigen erregte, ja sich 1737 deshalb einen Haftbefehl von Kaiser Karl VI. zuzog. Er hat, wenn auch der Herzog den Verkauf seiner Bibel verbot, in späteren Jahren Zuflucht und Anstellung als Pagenhofmeister und Hofmathematikus in Wolfenbüttel gefunden.

Und welch' einen nachsichtigen, milden Richter an dem Herzog hat erst Lessing gehabt, der 1769 als Oberbibliothekar nach Wolfenbüttel berufen worden war? Man hatte ihm am 13. Februar 1772 Zensurfreiheit für seine Schriften unter der Bedingung gewährt, nichts drucken zu lassen, was gegen die Religion und die guten Sitten verstieße. Aber Lessingkehrte sich nicht daran und warf in seinen „Wolfenbüttler Beiträgen“ die schwierigsten theologischen Streitfragen auf. Auch als er gar wagte, 1778 die freireligiösen „Fragmente eines Ungenannten“ **) herauszugeben, verhielt sich die herzogliche Regierung zunächst abwartend,

*) Siehe dazu S. 114.

**) Sie rühren bekanntlich der Hauptsache nach aus dem Nachlaß des Lessing befreundeten Hamburger Popularphilosophen Hermann Samuel Reimarus († 1768) her.

obgleich darin Dinge und Ansichten an die breite Öffentlichkeit gebracht wurden, welche bis dahin höchstens im allerengsten Kreis theologisch geschulter Gelehrter den Gegenstand von Erörterungen gebildet hatten. Längst steht ja fest, daß wir in Lessing einen der Hauptbegründer freierer theologischer Wissenschaft zu sehen haben, daß es ihm aber ganz ferne lag, an den Grundfesten der Religion zu rütteln, wenn er in diesen Fragmenten das göttliche Eingreifen bei einzelnen, in der Bibel erzählten Vorkommnissen in Zweifel zog, er hoffte im Gegentheil, gerade durch solche Kritik das echte religiöse Gefühl und die wahre Gottesidee im deutschen Volksbewußtsein zu heben. In jener Zeit aber, die viel zu sehr daran gewöhnt war, die Richtschnur für ihren Glauben nicht aus dem eigenen Gewissen zu schöpfen, sondern von der Kirche und ihren Dogmen zu empfangen, erregte das Erscheinen der Fragmente innerhalb Deutschlands einen wahren Sturm der Entrüstung. Sah sich doch sogar die Göttinger Universität veranlaßt, beim Kaiser um ein Schreibverbot gegen Lessing vorstellig zu werden, nachdem nicht nur die Braunschweiger Geistlichkeit, voran der Wolfenbüttler Superintendent Johann Heinrich Reß und Pastor Lüderwald aus Vorsfelde, sondern auch der orthodoxe Hamburger Pastor J. M. Goeze sich gegen Lessings freie Auffassung erhoben hatten und dieser die Antwort auf ihre Angriffe nicht schuldig geblieben war. So konnte schließlich auch die herzogliche Regierung nicht anders, als zu dem Streit Stellung nehmen. Sie tat es, indem sie auf Wunsch des Konsistoriums dem Dichter die Zensurfreiheit entzog und das ärgerniserregende Manuskript der „Fragmente eines Ungeannten“ zur Konfiskation einforderte. Wie sehr der Herzog bei alledem aber immer noch geneigt war, dem Dichter gegenüber Schonung walten zu lassen, betweisen die Zeilen, welche er am 20. Juli 1778 an die geheime Ratsstube gleich nach Empfang der Handschrift richtete, deren Ablieferung an den Fürsten selbst vonseiten Lessings nicht ohne die kühne Bitte erfolgte, ihm für die eigenen Schriften, besonders soweit sie sein Vorgehen gegen Goeze betrafen, auch ferner Zensurfreiheit und die Erlaubnis, sie in der fürstlichen Waisenhausbuchhandlung drucken zu lassen, zu gewähren.

Der Herzog schreibt: „Was den übrigen Inhalt des Briefes anlangt, so wird man ihm (Lessing) wol schwerlich erlauben können, ohne Censur sowol seine Anti-Goezischen Blaetter als einige von seinen künftigen Schriften drucken zu lassen, was aber die Confiskation betrifft, so könnte es vielleicht genug seyn, wenn die ganze Edition der Fragmente konfisciert bliebe und ihm künftig hin erlaubt würde, fernerhin seine Anti-Goezischen Blaetter, jedoch nicht ohne Censur allhier drucken zu lassen. Ich bitte mir d. H. Geh. Raths Meinung hierüber aus. C.

Die endgültige Entschliebung in der ganzen Angelegenheit ist nach dem am 3. August 1778 dem „Hofrath und Bibliothekar Lessing zugegangenen Resolutio“ wirklich in diesem Sinne erfolgt. Ein nochmaliger Versuch Lessings am 8. August den Herzog wenigstens in Hinsicht seiner

außerhalb Braunschweigs erscheinenden Schriften*) umzustimmen trug ihm nur eine neuerliche Abweisung ein. Bei alledem war man aber an höchster Stelle doch immer noch sehr geneigt, das Selbstbewußtsein des stolzen Mannes, der furchtlos und unbekümmert um die Folgen ausschließlich seinen hohen Zielen nachstrebte, soweit es nur anging, zu schonen. Denn nicht nur ist der abschlägige Bescheid vom 17. August ohne Verweis wegen des „in so unschicklichen terminis abgefaßten Gesuches“ des Dichters an den Herzog erfolgt, sondern dieser hat auch noch mit eigener Hand Wendungen daraus entfernt, welche jener als persönliche Kränkungen hätte empfinden können. Und sah es nicht sogar nach versteckter Parteinahme für Lessing aus, wenn die 1778 verfaßte Gegenschrift des Wolfenbüttler Superintendenten Reß „Auferstehungsgegeschichte Jesu ohne Widersprüche“ trotz dessen Vorstellungen bei der Regierung im gleichen Jahr nicht mehr gedruckt wurde? Vergeblich hat auch gar mancher einflußreiche Mann die Entfernung des Dichters aus Wolfenbüttel dem Herzog als die beste Lösung der ganzen ärgerlichen Angelegenheit hingestellt.

III. Literatur und Kunst.

Mit zu den vornehmsten Gepflogenheiten der Welfenfürsten gehörte schon seit langem ein lebhaftes Interesse für schöne Künste und Wissenschaften; ja mehrere unter ihnen, so die Herzöge Heinrich Julius, Anton Ulrich und Ferdinand Albrecht I. sind sogar mit eigenen schriftstellerischen Arbeiten an die Öffentlichkeit getreten. Daß ihre Werke heute für uns ungenießbar und der Vergessenheit anheimgefallen sind, ist ein Los, das sie mit den meisten dichterischen Erzeugnissen jener Zeit teilen, in welcher die Dichtkunst nicht einem gesunden, blühenden Volksleben entsproß, sondern in einem engen Kreis von Gelehrten gepflegt wurde, denen die Poesie nicht eine Gefühls-, sondern eine reine Verstandessache war.

Herzog Karl hat weder, etwa wie später seine Söhne, irgendwie sich schriftstellerisch betätigt, noch hat er gleich der hochgebildeten Gattin des Kurfürsten Ernst August von Hannover, Sophie, der Stammutter der Könige von England und Preußen, oder ihrer Tochter Sophie Charlotte, der ersten Preußenkönigin, seine Befriedigung im ständigen Umgang mit Philosophen und anderen wissenschaftlichen Größen gesucht. Dafür aber hat er sich um gar manchen geistig bedeutenden Mann angenommen, ihm, wenn auch den bescheidenen Verhältnissen des Braunschweiger Landes entsprechend, eine Freistatt und eine gesicherte Lebensstellung gewährt, nach welcher jener anderstwo vergeblich ausgeschaut hatte. Er hat damit zweifellos seiner Tochter Anna Amalie die erste Anregung

*) Er mußte auch sie nach der Resolutio dem Ministerium vor dem Druck zur Begutachtung vorlegen.

gegeben, den kleinen Weimarer Hof zu jenem glänzenden Sitz der Musen zu gestalten, wo die zu neuem, blühendem Leben erwachte heimatlose, deutsche Dichtkunst das Verständnis und Entgegenkommen fand, deren sie zu ihrer glücklichen Entfaltung dringend bedurfte.

Mag auch der Anstoß zu diesem für jene Zeit fast einzigartigen Vorgehen des Braunschweiger Hofes vielleicht nicht von dem Herzog selbst ausgegangen sein, so ist doch schon seine Zustimmung um so größerer Anerkennung wert, als sein Vater in ihm eigentlich nur militärische Interessen großgezogen hatte. Diesem, der den größten Teil seines Lebens unter mancherlei Entbehrungen in Feldlagern zugebracht, war wie seinem Freund, dem Preußenkönig Friedrich Wilhelm I., wohl nie so recht der Sinn für die Daseinsberechtigung, ja die Notwendigkeit von Künsten und Wissenschaften aufgegangen; an seinem mit spartanischer Einfachheit eingerichteten Hof gab es jedenfalls für sie keinen Platz. Dies änderte sich auch zunächst unter Herzog Karl nicht, obgleich dieser, der wohl des Vaters soldatische Neigungen aber nicht dessen haushälterischen Sinn geerbt hatte, gar bald um seine Person wieder jenes Gepränge zu entfalten suchte, welches zu Zeiten Anton Ulrichs und seiner Söhne als unerlässlich für die alles überragende, selbstherrliche Stellung des Fürsten gegolten hatte. Aber wie hätte der junge Herrscher, dem es längst aus den engen Schranken des Vaterhauses hinaus nach rauschendem Lebensgenuß verlangt hatte, jetzt, wo sich ihm tausend willfähige Hände zur Befriedigung seiner Wünsche entgegenstreckten, erkennen sollen, daß nicht der äußere Prunk, sondern der geistvolle Einschlag es gewesen war, welcher der glänzenden Hofhaltung Anton Ulrichs und Ludwig Rudolphs ihre besondere Weihe gegeben hatte.

Vor allem litt unter den veränderten Anschauungen an höchster Stelle die dramatische Kunst. Zwar hatte schon Heinrich Julius 1605 eine Art deutscher Hofbühne gegründet, ohne indessen bei seinen Nachkommen noch sonstwo Nachahmung zu finden, weil man der damaligen deutschen Schauspielkunst keinen Geschmack abgewinnen konnte. Man sah im Theater nicht wie später Goethe und Schiller, ein Mittel zur Veredlung und ästhetischen Erziehung des Volks oder gleich Wieland ein moralisches Erziehungsmittel, „das auf die Sinnesart und Sitten der Völker heilsame Wirkungen verbreite und in den Händen einer weisen Regierung eines der wirksamsten Mittel werde, den Verstand und das Herz der Untertanen zu bilden.“ Die meisten Fürsten damaliger Zeit haben das Theater nur benutzt, um nach Versailles Vorbild sich selbst und ihrem Hof Vergnügen und Zerstreuung zu bereiten, ihrer Laune zu genügen, oder es anderen an Glanz- und Prachtentfaltung zuborzutun. Unsummen wurden verschwendet an die Ausstattung ausländischer Bühnenstücke französischer Schauspiele und vornehmlich an die als kostspieliger und anspruchsvoller Günstling der Fürsten ihren Siegeszug durch Europa haltende italienische Oper, an die Anwerbung fremder, berühmter Sänger und Sängerinnen,

Balletttänzer, Schauspieler und an ein ausgezeichnetes Orchester. Aber bei alledem taten sich doch die Braunschweiger Fürsten,*) besonders seit Anton Ulrich, rühmlichst dadurch hervor, daß sie neben der fremdländischen auch der einheimischen Schauspielkunst, welche damals für vornehme Kreise in ihrer blinden Bewunderung des französischen Schauspiels gar nicht existierte und infolgedessen auf das äußerste heruntergekommen war, wieder Geltung zu verschaffen suchten. Freilich, Anton Ulrichs Bemühungen nach dieser Richtung hin waren für unsere heutigen Begriffe bescheiden genug. Er begnügte sich damit, einzelne Dramen von Racine, Molière, Corneille und anderen französischen Dichtern in deutscher Übersetzung zur Darstellung zu bringen; aber es wurde damit doch den einheimischen Schauspielern Gelegenheit geboten, sich nicht wie bisher auf Vorführungen der minderwertigsten Art, moralischer Rührstücke, Mordgeschichten, Sitten u. dgl. zu beschränken. Ein deutsches Drama, das nur im entferntesten den Vergleich mit den französischen Meisterwerken des 17. Jahrhunderts hätte aushalten können, fehlte vollständig. Noch im Jahre 1740, als die deutsche Dichtkunst erst schüchtern ihre Schwingen zu regen begann, konnte der in Braunschweig ansässige Lehrer der französischen Sprache, Maubillon dem deutschen Volke ungestraft die herausfordernden Worte zurufen: „Nennt mir einen deutschen Parnaß, d. h. nennt mir einen deutschen Dichter, der ein Werk von irgendwelchem Ansehen aus dem Eigenen geschöpft hätte!“

Weiter als Anton Ulrich ist sein Sohn Ludwig Rudolph gegangen, indem er die berühmte Karoline Neuber, welche damals mit ihrer Schauspielertruppe regelmäßig die Braunschweiger Messen besuchte, dazu veranlaßte, die deutsche Bühne im Sinne Gottscheds zu reformieren. Mit dem Regierungsantritt Herzog Karls allerdings wendete sich das Blatt. Der Neuberin und ihrer Truppe wurde der ihnen von Ludwig Rudolph verliehene Titel „Hochfürstl. Braunschw. Lüneburgisch-Wolfenbüttler deutsche Hof-Altieurs entzogen und ihnen auch die Bitte, sich Braunschw. Lüneburgische Hofkomödianten nennen zu dürfen, abgeschlagen, was die gefeierte Künstlerin, die bis dahin der Liebling des Hofes gewesen, betrog, Braunschweig fortan zu meiden. Den jugendlichen Herrscher und seine Umgebung kümmerte dies wenig; er ergözte sich dafür an den derben Späßen anderer, keine so hohen Ziele verfolgenden Wandertruppen. Später, seit dem Ende des Jahres 1749 hat er sich überhaupt jeder Einwirkung auf die Entwicklung des Braunschweiger Bühnenlebens begeben, indem er seinen Günstling, den berühmtesten italienischen Impresario Nicolini zum Directeur des spectacles und damit zum Leiter des gesamten Theaterwesens ernannte, der allein darüber entschied, wer auf den Braunschweiger Bühnen, ob fürstlichen oder privaten, auftreten durfte oder nicht.

*) Über die braunschweigischen Theaterverhältnisse vgl. besonders: Fritz Hartmann, Sechs Bücher Braunschweigischer Theatergeschichte, Wolfenbüttel 1905, J. Zwißler.

Vom Herzog aus der unsicheren Lage eines herumziehenden Veranstalter von Kinderpantomimen, womit er damals in Deutschland überall Aufsehen erregte, befreit, wußte er sich dank seiner schönen Stieftochter Anna, für welche der Herzog alsbald eine tiefe Leidenschaft faßte, derartig in die Gunst des neuen Herren einzuschmeicheln, daß dieser nicht nur ein besonderes Pantomimentheater für ihn in Braunschweig auf dem Burgplatz errichten ließ, sondern ihm auch seine Privatschatulle zu beliebiger Benutzung zur Verfügung stellte. Nicolini hat davon auch ausgiebigen Gebrauch gemacht; glaubwürdigen Nachrichten zufolge soll er bei einem Gehalt von 30 000 Talern jährlich an die 70 000 Taler für Bühnenzwecke verausgabt haben, Grund genug, daß er bei dem Versuch einer Regelung der völlig zerrütteten Staatsfinanzen durch die Landstände in den Jahren 1768-70 als eines der ersten Opfer fiel. *)

Allerdings, die eine Genugthuung hatte er dem Herzog verschafft: Die fürstlichen Theater, vornehmlich das von Anton Ulrich mit beispiellosem Luxus auf dem Hagenmarkt zu Braunschweig aufgeführte Opernhaus, an welchem Herzog Karl gleich im ersten Jahrzehnt seiner Regierung kostspielige Umbauten hatte vornehmen lassen, standen, sowohl was die auftretenden Künstler, die Sänger, Ballettänzer und Musiker betraf, als auch hinsichtlich der Kostbarkeit ihrer Garderobe, der Pracht der Decorationen, der überraschenden Bühneneffekte hinter keiner der größten deutschen Bühnen, denjenigen zu Wien, Dresden oder Berlin, irgendwie zurück. Nur dem deutschen Schauspiel war darin kein Platz eingeräumt. Die Schönnemannsche und Ackermannsche Truppe **) welche beide das Streben der Neuberin erfolgreich fortsetzten, und welche Künstler allerersten Ranges, wie Ekhof, Ackermann, Friedrich Ludwig Schröder, den berühmten Shakespearedarsteller, und seine Mutter Sophie unter die Ihrigen zählte, mußten sich, wenn sie in Braunschweig gastierten, mit einer kleinen Privatbühne (beim Kaffeevirt Wegener) begnügen, mochten sie auch noch so schwülstige Huldigungsgedichte und Festspiele zu Herzogs Geburtstag zur Aufführung bringen. Erst im Jahre 1771 haben sich die Pforten des

*) Nur mit knapper Not hat damals der Herzog wenigstens das Weiterbestehen der Hofkapelle, einst des besonderen Stolzes Anton Ulrichs, durchgesetzt. Ihre Auflösung war übrigens schon einmal unter Ferdinand Albrecht II. beschlossene Sache gewesen, so wenig es auch gerechtfertigt erschien, Künstlern wie dem durch musikalisches Zusammenarbeiten mit Friedrich dem Großen später so bekannten Komponisten Graun den Lauspaß zu geben. Der rasche Tod des Fürsten hatte das Äußerste verhindert. Diesmal freilich handelte es sich nur um den kurzen Aufschub von zwei Jahren; denn schon 1774 mußte Karl, gezwungen durch die Verhältnisse, die endgültige Auflösung der Kapelle befehlen.

**) Es ist dieselbe Truppe, welche 1766 für das neu gegründete deutsche Nationaltheater zu Hamburg gewonnen wurde, eine Bühne, an der auch Lessing bis zu ihrer Schließung 1768 eine Anstellung als Kritiker fand. Seinem Wirken dortselbst verdanken wir bekanntlich die Hamburger Dramaturgie, durch welche das deutsche Drama endgültig von der einseitigen Nachahmung des französischen klassischen Schauspiels befreit wurde.

Opernhauses wieder, wie einst der Neuberin, einer deutschen Schauspielertruppe, der Doebbelinschen Gesellschaft, erschlossen, d. h. zu einer Zeit, wo Herzog Karl höchstens das Theater noch infognito besuchte. Hat man ihn doch nicht einmal bei der Erstaufführung von Lessings *Emilia Galotti* im Jahre 1772 dort gesehen, obgleich Doebbelin die Vorstellung auf den Geburtstag der Herzogin, den 13. März legte. Lessing selbst hatte vorher die Aushängebogen des Stücks an den Herzog gesandt, allerdings mehr in der Absicht, die Aufführung zu hintertreiben, als ihn dafür zu gewinnen. *)

Die Ursache von dieser Hintanzetzung der deutschen Schauspielertruppen ist indes nicht beim Herzog selbst, sondern bei Nicolini zu suchen, der sie am liebsten ganz von Braunschweig fern gehalten hätte, was ihm indessen nur zeitweise gelang. Denn der Herzog, der seit 1745 ihren Darstellungen mit seinem Hof regelmäßig beizuwohnte, äußerte, als Schönmann seit 1750 Braunschweig mied, 1752 selbst den Wunsch, ihn und seine Truppe während der Messe in Braunschweig zu sehen, „um deren Pracht durch vernünftige Schauspiele zu vergrößern“, so daß Nicolini nichts übrig blieb, als sie wieder ins Land zu rufen. Den Schauspielern selbst mag die untergeordnete Rolle, die man ihnen im Vergleich mit den ausländischen zuwies, übrigens kaum zum Bewußtsein gekommen sein; es war damals ja gang und gäbe, alles, was aus Deutschland stammte, also „nicht weit her“ war, gegenüber dem Fremden als minderwertig zu betrachten. Wie lange nur hat es gewährt, bis die deutsche Muse, auch nachdem sie bereits bedeutender Schöpfungen sich rühmen konnte, es wagen durfte, selbstbewußter aufzutreten; wie lange war sie zufrieden, wenn man vom Fürstenthron aus ihre Huldigungscarmina mit gnädiger Miene entgegennahm. Daß ihr von dorthier, etwa wie den Geistesheroen Frankreichs im 17. Jahrhundert, Unterstützung und Anregung werden könnte, wurde kaum in das Bereich der Möglichkeit gezogen. Wie bitter und scharf hat noch 1773, zu einer Zeit also, wo Deutschland bereits Klopstocks Messias, Lessings Dramen, Herders kritische Wälder und Goethes Götter besaß, Wieland in der Einführung zu der von ihm im gleichen Jahr gegründeten ästhetisch-literarischen Monatschrift, dem „*deutschen Merkur*“ auf diese gedrückte Stellung mit den Worten hingewiesen: „Wir haben keine Hauptstadt, welche die allgemeine Akademie der Virtuosen der Nation und gleichsam die Gesetzgeberin des Geschmacks wäre. Wir haben kein feststehendes Nationaltheater; unsere besten Schauspieler, sowie unsere besten Schriftsteller, Dichter und Künstler sind durch alle Kreise des deutschen Reichs zerstreut und größtenteils der Vorteile eines näheren Umgangs und einer vertraulichen Mitteilung ihrer Einsichten, Urteile,

*) Lessing zu Ohren gekommene Gerüchte, daß man hinter der Orsina des Stückes eine Anspielung auf die Geliebte des Erbprinzen, die schöne Italienerin Branconi vermute, hatten ihn zu dieser Vorsichtsmaßregel veranlaßt, das Urteil des Herzogs selbst anzurufen.

Entwürfe usw. beraubt, welche zur Verbovollkommenung ihrer Werke so viel beitragen würde“.

Um so höher muß man es Herzog Karl anrechnen, daß er den Vorläufern der Glanzzeit unserer Nationalliteratur zum Beschützer und Förderer wurde. Ein tieferes, persönliches Interesse hat hier wohl kaum vorgelegen, denn in dem Verzeichnis der Bücher, die für ihn angeschafft wurden, suchen wir neben Pradon, Corneille, Voltaire, Beaumarchais u. a. nach deutschen Dichternamen vergeblich. Vielmehr sind hier wohl andere Gründe am Werk gewesen, den Herzog zu seinem, für die damalige Zeit ganz ungewöhnlichen Vorgehen zu bestimmen. Teils mag dabei der aus dem steten Umgang mit Jerusalem von selbst sich ergebende Wunsch mitgewirkt haben, seiner Residenz auch in geistiger Beziehung ein Übergewicht über andere deutsche Städte zu verschaffen, teils ist als treibende Kraft dabei wohl seine mit den literarischen Bestrebungen ihrer Zeit vertraute Gattin anzusehen. Ihr hatte 1760 Gleim in Halberstadt das von ihm in fünffüßige, jambische Verse umgedichtete Lessingsche Trauerspiel *Philotas* gewidmet. Auf ihre Anregung hin hat noch 1781 der alternde Jerusalem seine berühmte Abhandlung über die deutsche Sprache und Literatur verfaßt, um Friedrich den Großen, leider ohne Erfolg, über den hohen Stand der zeitgenössischen deutschen Dichtkunst aufzuklären. *)

Freilich als eine Verfechterin deutschen Wesens im heutigen Sinn dürfen wir auch die Herzogin nicht betrachten. Sie handhabte wie ihr Gemahl die Muttersprache in Wort und Schrift nur höchst mangelhaft. Die Umgangssprache am Hofe war die französische. In vornehmen Kreisen hat man damals, wie Voltaire noch 1750 mit Genugtuung feststellt, deutsch höchstens mit Dienern und Pferden geredet. Diese Vorliebe für das Französische ging so weit, daß sogar der schriftstellerisch veranlagte Prinz Friedrich August, der zweite Sohn des Herzogpaares, Lessings Miß Sara Sampson für Liebhabervorstellungen bei Hof, an denen sich auch nach damaliger Gepflogenheit die Prinzen des regierenden Hauses, darunter sogar der Erbprinz mit vielem schauspielerischen Geschick beteiligten, ins Französische übertrug. Ebenso wie bei den übrigen Fürsten verhallte auch in Braunschweig jener Mahnruf ergebnislos, welchen Lessing seiner Minna von Barnhelm auf die erstaunte Frage Riceauts (4. Aufzug, 2. Auftritt), ob sie denn des Französischen nicht mächtig wäre, in den Mund legt: „Mein Herr, in Frankreich würde ich es zu sprechen suchen. Aber warum hier?“

* * *

Einigemal freilich hat auch der Herzog lebhaften, persönlichen Anteil an den literarischen Bestrebungen seiner Zeit kund gegeben. Es war im

*) 1753 hat sie auch in längerer Audienz die selbst dichterisch hervorgetretene Gattin Gottscheds auf deren Durchreise empfangen, obgleich dessen Stern schon stark im Erbleichen war.

Jahre 1749, als er die unter Mosheims Leitung stehende deutsche Gesellschaft zu Helmstedt, eine Abzweigung der Leipziger deutschen Gesellschaft, an deren Zusammentritt einst Gottsched die großartigsten Pläne für die Einführung einer einheitlichen Schriftsprache und der Aufstellung ewig gültiger Normen für die Dichtkunst in Deutschland geknüpft, in seinen besonderen Schutz nahm. Aber ebensowenig, wie die Leipziger Gesellschaft irgendwelche Bedeutung für die Entwicklung unserer Literatur gewann, hat die Helmstedter Tochtergründung etwas geleistet, obgleich der Herzog ihr neben einem Geldzuschuß Zensurfreiheit für alle sprachlichen und schönwissenschaftlichen Veröffentlichungen gewährte. Ihre Mitglieder, meist trockene Gelehrte, die von wahrer Poesie keine Ahnung hatten, begnügten sich damit, auf eine einheitliche Rechtschreibung zu dringen und Fremdwörter auszumerzen, was ihnen aber nur höchst unvollkommen gelungen ist.

Noch geringeren Erfolg hat der 1746 vom Herzog selbst den Helmstedter Professoren gemachte Vorschlag gehabt, ein gelehrtes Journal in deutscher Sprache herauszugeben, wie solche bereits seit Ende des 17. Jahrhunderts anderswo zu dem Zwecke existierten, kurze Übersichten über alles Wissenswerte zu geben, sowie neu herausgekommene Bücher anzuzeigen und zu besprechen. Der Plan ist einestheils infolge Mangels an Mitteln gescheitert, da sich die zweihundert Reichstaler, welche der Herzog zuschießen wollte, als zu gering erwiesen, andernteils sträubten sich die Professoren, Zeit und Geld an eine ihres Gelehrtenberufs unwürdige Sache wie Rezensionen zu wenden. Gab es damals doch nicht wenige unter ihnen, die in dem maßlosen Hochmut, mit welchem sie auf alles, was nicht rein wissenschaftlichen Zwecken diene, herabsahen, sogar das Lesen von Zeitungen als unpassend verwarfen.

Freilich, nicht immer hat der Herzog diesem Gelehrtendümel Rechnung getragen. Als die Braunschweiger Regierung 1744, dem Beispiel anderer deutscher Länder folgend, nach englischem Muster zur Gründung eines sogenannten Intelligenzkontores und der damit verbundenen Herausgabe einer zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung, den heute noch bestehenden „Braunschweiger Anzeigen“ schritt, da wurde die Universität Helmstedt kategorisch aufgefordert, sich mit literarischen und fachwissenschaftlichen Aufsätzen *) und zwar unentgeltlich **) zu beteiligen.

*) Derartige Aufsätze erschienen erst in der Zeitung selbst, seit 1761 auf Veranlassung Zachariaes in einem besonderen Beiblatt, den „gelehrten Beyträgen“ welche 1788 in eine Wochenschrift, das „Braunschweiger Magazin“ umgewandelt wurden. Vorübergehend im Jahre 1869 aufgehoben, hat es seit 1895 seine erfolgreiche Tätigkeit als Zeitschrift des Geschichtsvereins für das Herzogtum Braunschweig wieder aufgenommen.

**) Der im Dezember 1760 zum Redakteur der gelehrten Beiträge bestellte Dichter Zachariae versuchte allerdings, ein Honorar von vier Reichstalern für den Bogen einzuführen. Die Auszahlung ist aber infolge Geldmangels schon ein Jahr darnach wieder unterblieben.

Entwürfe usw. beraubt, welche zur Verbovollkommenung ihrer Werke so viel beitragen würde“.

Um so höher muß man es Herzog Karl anrechnen, daß er den Vorläufern der Glanzzeit unserer Nationalliteratur zum Beschützer und Förderer wurde. Ein tieferes, persönliches Interesse hat hier wohl kaum vorgelegen, denn in dem Verzeichnis der Bücher, die für ihn angeschafft wurden, suchen wir neben Pradon, Corneille, Voltaire, Beaumarchais u. a. nach deutschen Dichternamen vergeblich. Vielmehr sind hier wohl andere Gründe am Werk gewesen, den Herzog zu seinem, für die damalige Zeit ganz ungewöhnlichen Vorgehen zu bestimmen. Teils mag dabei der aus dem steten Umgang mit Jerusalem von selbst sich ergebende Wunsch mitgewirkt haben, seiner Residenz auch in geistiger Beziehung ein Übergewicht über andere deutsche Städte zu verschaffen, teils ist als treibende Kraft dabei wohl seine mit den literarischen Bestrebungen ihrer Zeit vertraute Gattin anzusehen. Ihr hatte 1760 Gleim in Halberstadt das von ihm in fünffüßige, jambische Verse umgedichtete Lessingsche Trauerspiel *Philotas* gewidmet. Auf ihre Anregung hin hat noch 1781 der alternde Jerusalem seine berühmte Abhandlung über die deutsche Sprache und Literatur verfaßt, um Friedrich den Großen, leider ohne Erfolg, über den hohen Stand der zeitgenössischen deutschen Dichtkunst aufzuklären. *)

Freilich als eine Verfechterin deutschen Wesens im heutigen Sinn dürfen wir auch die Herzogin nicht betrachten. Sie handhabte wie ihr Gemahl die Muttersprache in Wort und Schrift nur höchst mangelhaft. Die Umgangssprache am Hofe war die französische. In vornehmen Kreisen hat man damals, wie Voltaire noch 1750 mit Genugtuung feststellt, deutsch höchstens mit Dienern und Pferden geredet. Diese Vorliebe für das Französische ging so weit, daß sogar der schriftstellerisch veranlagte Prinz Friedrich August, der zweite Sohn des Herzogpaares, Lessings Miß Sara Sampson für Liebhabervorstellungen bei Hof, an denen sich auch nach damaliger Gepflogenheit die Prinzen des regierenden Hauses, darunter sogar der Erbprinz mit vielem schauspielerischen Geschick beteiligten, ins Französische übertrug. Ebenso wie bei den übrigen Fürsten verhallte auch in Braunschweig jener Mahnruf ergebnislos, welchen Lessing seiner Minna von Barnhelm auf die erstaunte Frage Riceauts (4. Aufzug, 2. Auftritt), ob sie denn des Französischen nicht mächtig wäre, in den Mund legt: „Mein Herr, in Frankreich würde ich es zu sprechen suchen. Aber warum hier?“

* * *

Einigemal freilich hat auch der Herzog lebhaften, persönlichen Anteil an den literarischen Bestrebungen seiner Zeit kund gegeben. Es war im

*) 1753 hat sie auch in längerer Audienz die selbst dichterisch hervorgetretene Gattin Gottscheds auf deren Durchreise empfangen, obgleich dessen Stern schon stark im Erbleichen war.

Jahre 1749, als er die unter Mosheims Leitung stehende deutsche Gesellschaft zu Helmstedt, eine Abzweigung der Leipziger deutschen Gesellschaft, an deren Zusammentritt einst Gottsched die großartigsten Pläne für die Einführung einer einheitlichen Schriftsprache und der Aufstellung ewig gültiger Normen für die Dichtkunst in Deutschland geknüpft, in seinen besonderen Schutz nahm. Aber ebensowenig, wie die Leipziger Gesellschaft irgendwelche Bedeutung für die Entwicklung unserer Literatur gewann, hat die Helmstedter Tochtergründung etwas geleistet, obgleich der Herzog ihr neben einem Geldzuschuß Zensurfreiheit für alle sprachlichen und schönwissenschaftlichen Veröffentlichungen gewährte. Ihre Mitglieder, meist trockene Gelehrte, die von wahrer Poesie keine Ahnung hatten, begnügten sich damit, auf eine einheitliche Rechtschreibung zu dringen und Fremdwörter auszumerzen, was ihnen aber nur höchst unvollkommen gelungen ist.

Noch geringeren Erfolg hat der 1746 vom Herzog selbst den Helmstedter Professoren gemachte Vorschlag gehabt, ein gelehrtes Journal in deutscher Sprache herauszugeben, wie solche bereits seit Ende des 17. Jahrhunderts anderswo zu dem Zwecke existierten, kurze Übersichten über alles Wissenswerte zu geben, sowie neu herausgekommene Bücher anzuzeigen und zu besprechen. Der Plan ist einestheils infolge Mangels an Mitteln gescheitert, da sich die zweihundert Reichstaler, welche der Herzog zuschießen wollte, als zu gering erwiesen, andernteils sträubten sich die Professoren, Zeit und Geld an eine ihres Gelehrtenberufs unwürdige Sache wie Rezensionen zu wenden. Gab es damals doch nicht wenige unter ihnen, die in dem maßlosen Hochmut, mit welchem sie auf alles, was nicht rein wissenschaftlichen Zwecken diene, herabsahen, sogar das Lesen von Zeitungen als unpassend verwarfen.

Freilich, nicht immer hat der Herzog diesem Gelehrtendümel Rechnung getragen. Als die Braunschweiger Regierung 1744, dem Beispiel anderer deutscher Länder folgend, nach englischem Muster zur Gründung eines sogenannten Intelligenzkontores und der damit verbundenen Herausgabe einer zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitung, den heute noch bestehenden „Braunschweiger Anzeigen“ schritt, da wurde die Universität Helmstedt kategorisch aufgefordert, sich mit literarischen und fachwissenschaftlichen Aufsätzen *) und zwar unentgeltlich **) zu beteiligen.

*) Derartige Aufsätze erschienen erst in der Zeitung selbst, seit 1761 auf Veranlassung Zachariaes in einem besonderen Beiblatt, den „gelehrten Beiträgen“ welche 1788 in eine Wochenschrift, das „Braunschweiger Magazin“ umgewandelt wurden. Vorübergehend im Jahre 1869 aufgehoben, hat es seit 1895 seine erfolgreiche Tätigkeit als Zeitschrift des Geschichtsvereins für das Herzogtum Braunschweig wieder aufgenommen.

**) Der im Dezember 1760 zum Redakteur der gelehrten Beiträge bestellte Dichter Zachariae versuchte allerdings, ein Honorar von vier Reichstalern für den Bogen einzuführen. Die Auszahlung ist aber infolge Geldmangels schon ein Jahr darnach wieder unterblieben.

Diese Artikel, welche in gedrängter Kürze und allgemein verständlicher Fassung ein größeres Publikum über alles Wissenswerte, nicht nur auf rein geistigen, sondern auch auf den praktischen Gebieten der Medizin, Technik, Industrie, Astronomie usto. aufklären sollten, sind bei der geringen Bildung der damaligen bürgerlichen Kreise, die häufig keine andere Lektüre als Katechismus und Kalender kannten, von den wenigsten ihrem Wert nach geschätzt und verstanden worden. Immerhin haben sie, meist von hervorragenden Männern der Wissenschaft und der Literatur verfaßt, viel dazu beigetragen, daß sich bei den Intelligenteren die Lust zum Nachdenken, das Verlangen nach Erwerbung größerer Kenntnisse und damit die Sehnsucht nach einem weiteren und tieferen Lebensinhalt regte.

Nur ein Gebiet blieb, wie übrigens bei den meisten damaligen Zeitungen, so weit sie nicht in den Reichsstädten erschienen, wo der Bürger sich ja freier bewegen konnte, ausgeschaltet, das der Politik. Welchem von den Fürsten jener Zeit wäre aber auch damit gedient gewesen, seine Untertanen zu klarsichtenden, urteilenden Staatsbürgern zu erziehen, da er ihnen doch keinen Einfluß auf seine Entschlüsse erlaubte und nichts, bis in die untersten Zweige der Verwaltung herab, ohne sein Wissen und seine Billigung geschehen durfte. Davon machte auch die Braunschweiger Regierung keine Ausnahme, so patriarchalische Formen auch der Verkehr zwischen Herrscher und Volk gerade unter Herzog Karl angenommen hatte. Verschmähte er es doch nicht, sich während der Braunschweiger Messe mit seinem Gefolge an allerhand Volksbelustigungen zu ergötzen, oder beim Schützenfest am Pfingstmontag vom Herrensaal des Rathauses aus bares Geld, zinnerne Schüsseln, Teller und Löffel zwischen die unten harrende Menge zu werfen, wobei jedes Glied der herzoglichen Familie an Gewandtheit des Schleuderns es dem anderen zuvorzutun versuchte. *)

Während es anderswo in den höchsten Kreisen noch vieler Jahre bedurfte, ehe man verstehen lernte, daß die bis dahin beliebte Abschließung vor dem dritten Stand sich, seit dieser zum Hauptträger und Verfechter der wissenschaftlichen und literarischen Interessen, ja der ganzen Kulturbewegung jener Zeit geworden war, nur zum eigenen Schaden weiter durchführen ließe, wurden schon damals an den Braunschweiger Hof neben den Hofpredigern mehr und mehr auch Bürgerliche, meist literarische Größen, so vor allem die Professoren des Carolinums gezogen. Hier hat die Einsicht eines Fürsten, dem Laufe der Dinge vorgreifend, eine Annäherung zwischen beiden Gesellschaftskreisen herbeigeführt, wie sie sich kaum schöner und vorurteilsfreier in der Gegenwart vollziehen könnte.

*) 1770 hob dann allerdings der Herzog das Schützenfest, nicht nur für die Stadt, sondern auch für das Land Braunschweig wegen eingerissener Mißbräuche zeitweise ganz auf, nachdem er schon einmal 1749 gelegentlich geäußert hatte, das Schützenwesen würde wohl nicht mehr lange bestehen, da viele Frauen bei ihm flagbar geworden seien, ihre Männer gäben dafür mitunter ihr ganzes Vermögen aus. Erst 1780 wurde die Abhaltung des Festes wieder gestattet.

Denn wer, von Jerusalem und seiner alles überragenden Stellung als Mentor der herzoglichen Familie ganz abgesehen, hätte sich ähnlicher Vorrechte rühmen dürfen, wie sie der an der Herausgabe der gegen Gottsched gerichteten „Bremer Beiträge zum Vergnügen des Verstandes und Witzes“*) beteiligte, seit 1748 am Carolinum wirkende Dichter Ebert**) bei Hofe genoß und zwar nicht nur in seiner Eigenschaft als Lehrer des Prinzen Karl Wilhelm Ferdinand, sondern auch als Verfasser anakreonischer Lieder und mancher passender Gelegenheitsgedichte, als sprachgewandter Übersetzer fremder, vornehmlich englischer poetischer Werke. Es ist zuzugeben, daß sein formvollendetes Wesen, seine Erzählergabe, sein sprudelnder Witz ihn von vornherein zum willkommenen Gesellschafter einer Fürstin stempelte, die wie Philippine Charlotte es liebte, stets einen kleinen auserwählten Kreis schöner Geister um sich zu versammeln. Aber welcher von den damaligen Landesfürsten wäre trotzallem vorurteilslos genug gewesen, einen Bürgerlichen zu seinem engeren Umgang heranzuziehen, oder seine Einwilligung dazu zu geben, daß seine Tochter Anna Amalie ihn des öfteren nach Weimar einlud, und ihn dort mit Gunstbeweisen überhäufte?

Wurden solche Ehren auch den anderen nach Braunschweig berufenen Bremer Beiträgern, dem weniger durch schriftstellerische Leistungen als durch seine besonnene Kritik hervortretenden Karl Christian Gärtner, ***) dem bescheidenen Konrad Arnold Schmid, †) dem selbstbewußteren Friedrich Wilhelm Zachariae, ††) dem Dichter des römischen Heldengedichtes „Der Renommist“ nicht in gleichem Maße zu teil, so haben doch auch sie in ihrer Eigenschaft als Professoren am Carolinum eine Stellung genossen, die es ihnen erlaubte, ihren literarischen Neigungen frei nachzugehen. Nicht umsonst wären Anfang der fünfziger Jahre der von

*) Vergl. über die Bremer Beiträge „Braunschweigs schöne Literatur in den Jahren 1745 bis 1800“ von Dr. Carl G. W. Schiller, Wolfenbüttel, 1845; und „Bremer Beiträge“ von Franz Munder, 43. u. 44. Band der deutschen National-Literatur“ herausgegeben von Joseph Kürschner, Berlin und Stuttgart, W. Spemann.

**) Johann Arnold Ebert, 1723 zu Hamburg geboren, kam 1748 als Hofmeister an das Carolinum. 1753 wurde er zum ordentlichen Professor für das Englische, 1780 zum Hofrat ernannt. Er starb 1795. Klopstock hat ihm eine Ode gewidmet.

***) Geb. 1712 in Freiberg. Von 1744—47 Herausgeber der Bremer Beiträge. War seit 1748 Professor der Beredsamkeit und Sittenlehre am Collegium Carolinum, 1780 wurde er zum Hofrat ernannt. † 1791.

†) Geb. 1716 zu Lüneburg. Wurde 1760 Professor der Theologie und der römischen Literatur am Carolinum, 1786 Konsistorialrat. † 1789. Er ist durch seine Übersetzungen römischer und griechischer Schriftsteller bekannt. Infolge eines an sich unbedeutenden Fundes in der Wolfenbüttler Bibliothek hat er Veranlassung zur Entdeckung der von der katholischen Kirche verdammt und verloren geglaubten Schrift des freisinnigen Scholastikers Berengar von Tours über die Abendmahlslehre durch Lessing gegeben.

††) Geb. 1726 zu Frankenhäusen. Er wurde 1748 Hofmeister, 1761 Professor der Dichtkunst am Carolinum. † 1777. Näheres über ihn bei P. Zimmermann, Friedr. Wilh. Zachariae in Braunschweig. Wolfenbüttel 1896, J. Zwißler.

den Bremer Beiträgern fast göttlich verehrte Klopstock, die Dichter Gellert, Ramler und Gleim, wie später noch Wieland einen Ruf an das Carolinum nicht ungern gefolgt.

Zuweilen sahen sie sich dann freilich, wie es eben dem Wesen der sich stets mit neuen Projekten befassenden Regierung Herzog Karls entsprach, mit Aufträgen beladen, die ziemlich seitab von ihrem eigentlichen Berufe lagen. So hat Zachariae, nachdem man ihm im Jahre 1767 neben der Redaktion der Gelehrten Beiträge die Aufsicht über das gesamte Intelligenzwesen,*) die Waisenhausdruckerei, in welcher die Braunschweiger Anzeigen erschienen, und die damit verbundene Buchhandlung anvertraute, es auf sich genommen, den lange gehegten Wunsch des Herzogs, Braunschweig zum Mittelpunkt des Buchhandels von ganz Niederdeutschland zu machen, zu verwirklichen. Die erste Anregung dazu hatte schon Jerusalem in einem von ihm 1758 eingeforderten Gutachten gegeben, wie der 1751 nach Halle'schem Vorbild durch Zwickel gegründeten Waisenhausdruckerei und der seit 1754 damit verbundenen Buchhandlung aufzuhelfen sei, welche beide infolge von Mißgriffen bei der Wahl ihrer Verlagswerke statt eines Gewinns nur mit Fehlbeträgen abschlossen. Bei den damaligen unsicheren Zeitläuften verbot sich indessen die Inangriffnahme des Planes von selbst, so leicht es auch damals schien, die furchtbar durch den Krieg heimgesuchten Mittelpunkte des Buchhandels Leipzig und Frankfurt aus dem Felde zu schlagen.

Zachariae aber hat es wirklich fertig gebracht, auf einer zu diesem Zweck unternommenen Werbereise im Sommer 1767 die ersten Buchhändler Leipzigs für die im Waisenhaus verlegten Bücher mehr zu interessieren, und sie auch für das Beziehen der Braunschweiger Messe zu gewinnen. Durch persönliche Rücksprache mit verschiedenen literarischen Größen jener Zeit gelang es ihm ferner, von Gellert, Christian Felix Weiße, bei Gleim in Halberstadt u. a. die Zusage zu erlangen, daß diese künftig ihre Werke nach Braunschweig zur Veröffentlichung geben würden. Allein die Braunschweigische Regierung ließ ihn dabei im Stich. Dem Herzog mochten nicht mit Unrecht bei genauerer Betrachtung allerlei Bedenken über das Gelingen des ganzen Unternehmens aufgefallen sein. Entbehrte doch auch damals das Buchhändlergewerbe noch völlig der sicheren Grundlage, die ihm später erst die Leipziger Börse verschaffte. Zudem gab es in den meisten deutschen Staaten noch keinen Privilegienschutz, so daß jedes erschienene Buch anderswo ungestraft nachgedruckt werden konnte. Für einen Messverkehr fehlte es außerdem gänzlich an feuer sichereren Räumen, in denen man die von

*) 1768 wurde ihm auch die Leitung der ältesten, angeblich 1690 gegründeten Zeitung Braunschweigs, der „Postzeitung“ übertragen, die er seit 1768 unter dem Titel „Neue Braunschweigische Zeitung“ herausgab, und zu der auch Lessing einzelne Beiträge geliefert hat. Sie ist, nachdem er 1774 deren Redaktion niedergelegt, 1785 lang- und kluglos eingegangen.

auswärts eintreffenden Bücher hätte unterbringen können. Man war es daher schon zufrieden, daß sich unter Zachariaes geschickter Leitung das Ansehen und die Einnahmen des Waisenhauses mehr und mehr hoben. Jedoch blieben auch so dem Herzog Enttäuschungen nicht erspart. Nach dem Tode des Ministers von Schrader wurden allerlei Ungenauigkeiten in der Geschäftsführung aufgedeckt, welche den Rücktritt Zachariaes von seinem Posten und damit auch einen Rückgang der aufblühenden Buchhandlung nach sich zogen. Den neuen Aufschwung, den sie wenige Jahre später wieder durch den Übergang an Joh. Joachim Campe nahm, einen Aufschwung, der Braunschweig tatsächlich zu einem Verlagszentrum Deutschlands machte, hat Herzog Karl nicht mehr erlebt.

Ist letzterer schon den Vorläufern unserer Literatur, deren Muse doch immer noch in recht bescheidenen Grenzen gebannt blieb, ein wahrer Schützer und Förderer geworden, so hat seine Gunst und Nachsicht in um so viel höherem Maße derjenige unter den deutschen Geistesheroen erfahren, welcher als einer der gewaltigsten Denker und Kritiker aller Zeiten, unserer Dichtkunst erst die rechten Bahnen zu ihrer höchsten Vollendung vorgezeichnet hat.

Nur dem weitherzigen Entgegenkommen, welches Lessing am Braunschweiger Hof gefunden, ist es zu danken, daß er, der sich eben mit dem Plane trug, seinen Wohnsitz dauernd in Italien aufzuschlagen, um dort nach dem Beispiel J. J. Winckelmanns kunsthistorischen Forschungen zu leben, der Heimat erhalten geblieben ist. Wie viel weitblickender und einsichtiger hat sich Herzog Karl gezeigt, als der deutschen Wesen völlig entfremdete König Friedrich II. Dieser hatte vier Jahre vorher, als man zum Ordnen der Berliner Kgl. Bibliothek einen allseitig gebildeten, begabten Gelehrten suchte, trotz warmer Fürsprache der Gönner Lessings ihm einen unbedeutenden Franzosen vorgezogen. Ganz im Gegensatz dazu hat man, als man Lessing hauptsächlich auf Eberts und Eschenburgs*) Betreiben beim Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand hin im Oktober 1769 die Leitung der Wolfenbüttler Bibliothek antrug, die Stelle erst für ihn frei gemacht. Ja, dem großmütigen Herzog hat es nicht einmal verdrossen, als Lessing ein halbes Jahr lang zögerte, darauf einzugehen. Im Gegenteil, seine endgültige Berufung zum Oberbibliothekar im Frühjahr 1770 ist unter dem ausdrücklichen Hinweis erfolgt, daß ihm selbst das Maß seiner Amtsgeschäfte überlassen bleiben solle und daß dies alles geschähe „mehr damit er die Bibliothek, als daß diese ihn benütze.“

*) Johann Joachim Eschenburg, 1743 zu Hamburg geboren, wurde 1769 zum Hofmeister, 1773 zum außerordentlichen, 1777 zum ordentlichen Professor der Dichtkunst als Nachfolger Zachariaes am Carolinum ernannt, dessen Geschichte er 1812 schrieb. 1786 ward er Hofrat. Er starb 1820. Weiteren Kreisen bekannt geworden ist er hauptsächlich durch die erste vollständige und mustergültige Übersetzung von Shakespeares Dramen, die Herausgabe mittelhochdeutscher Dichtungen sowie der Werke neuerer deutscher Dichter und die Sichtung des Lessingschen Nachlasses.

Die gesicherte Existenz, deren sich der Dichter dadurch zum erstenmal im Leben erfreute, hat zweifellos viel dazu beigetragen, daß diese letzte Zeit seines Schaffens besonders reich an epochemachenden Werken gewesen ist. Sind doch in Wolfenbüttel unter anderem seine beiden Dramen *Emilia Galotti* und *Nathan der Weise* und die tief sinnige Arbeit über die Erziehung des Menschengeschlechts entstanden, welche Herdern die Anregung und Grundlage für seine „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ gegeben hat. Wenn der an eine feinere, großzügigere Lebensführung Gewöhnte gelegentlich seinen Aufenthalt in Wolfenbüttel, das nach dem Wegzug des Hofes 1753 mehr und mehr das Gepräge einer Kleinstadt angenommen, als eine Art Verbannung empfand, so ist dies ja wohl verständlich; man wird aber doch gut tun, auf solche Klagen kein allzu großes Gewicht zu legen. Lessing teilt eben das Schicksal der meisten hervorragenden Geister, daß sie unbegriffen von der großen Menge durch das Leben gehen. Auch hat er ja für den mangelnden Gedankenaustausch in Wolfenbüttel einen nicht zu unterschätzenden Ersatz im regen Wechselverkehr mit den Braunschweiger Freunden Ebert, Eschenburg, Schmid, Leisewitz *) u. a. gefunden, von deren Seite alles geschehen ist, ihm die schiefe Stellung, in die er nicht ohne eigene Schuld gekommen ist, zu erleichtern.

Und der Herzog? Nun er hat Lessings stolzer, selbstbewußter Denkart, die so himmelweit von dem abwich, was man sonst an Fürstenhöfen zu finden gewohnt war, bis an die Grenzen des Menschenmöglichen Rechnung getragen. (Vgl. S. 143 f.). Niemals hat er es ihm entgelten lassen, daß dieser, der nur gezwungen zu Hofe ging, trotz mehrfach geäußelter fürstlicher Wünsche bei allen officiellen Festlichkeiten, wie Neujahrescouren, feierlichen Empfängen, fehlte. Gelegentliche Äußerungen Lessings wie diejenige: „Ich bin der Mensch nicht, der sich zu ihnen dringen sollte; vielmehr suche ich von allem, was Hof heißt, mich soviel als möglich zu entfernen und mich lediglich in den Kreis meiner Bibliothek einzuschränken“, werden Herzog Karl bei der engen Fühlung, die er als Gebieter eines immerhin kleinen Landes mit allen Schichten seines Volkes hatte, kaum verborgen geblieben sein. Und, als kaum ein Zweifel mehr darüber herrschen konnte, daß der Dichter mit seiner Reise nach Wien, die er zu Anfang des Jahres 1775 antrat, nichts anderes bezweckte, als eine ihm zuzugendere Anstellung an der vom Kaiser Joseph II. ins Auge gefaßten Akademie der Wissenschaften zu

*) Johann Anton Leisewitz, geb. 1752 zu Hannover, siedelte, nach vorübergehendem Aufenthalt in Braunschweig 1775/76, 1780 als landschaftlicher Sekretär ganz dahin über. 1786 wurde er Erzieher des voraussichtlichen Thronfolgers Karl Georg August, 1790 Hofrat, 1801 Geh. Justizrat, 1805 Präsident des Ober-sanitätskollegiums. † 1806. Seine Verdienste um das Armentwesen Braunschweigs sind noch heute unvergessen. Leisewitz einziges dichterisches Werk, das von Emilia Galotti stark beeinflusste Trauerspiel. „Julius von Tarent“ wurde von Lessing erst Goethe zugeschrieben.

erhalten, hat der hohe Herr keinerlei Empfindlichkeit gezeigt: „Lasse er sich nicht versuchen“, das ist alles, was er ihm beim Abschied als Mahnung mitgibt. Ja, er hat den Wunsch Lessings, aus den engen Verhältnissen Wolfenbüttels heraus wieder in Verbindung mit der Welt zu treten, insofern Rechnung getragen, als er ihn bald darauf, im Frühjahr 1775, zum Begleiter seines jüngsten Sohnes Leopold auf dessen Reise nach Italien von Wien aus ernannte. Ende des Jahres 1776 eröffnete sich dem Dichter die verlockende Aussicht, an die vom Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz errichtete Schaubühne in Mannheim berufen zu werden, welche nach der Idee ihres Gründers ein Nationaltheater *) werden sollte, eine Aussicht, die sich bei der Überstürzung, mit der dieser Fürst und sein Minister von Hompesch ihre hochfliegenden Bestrebungen auf dem Gebiet der Künste und Wissenschaften ins Werk setzten und der Art, wie sie ihm begegneten, bald als „lauter Wind“ erwies. Auch hierbei legte ihm der Herzog, obgleich er ihm kaum ein halbes Jahr vorher sein Gehalt wesentlich erhöht hatte, nichts in den Weg, falls es sich dabei, wie er allerdings einschränkend in seinem Handschreiben hinzufügt, nur um eine zeitweilige, kürzere Abwesenheit von Braunschweig handelte. Ebenso ist dem gütigen Herrscher nie ein Wort des Tadelns entschlüpft, daß für Lessing in gar zu freier Auslegung des ihm bei seiner Berufung gegebenen fürstlichen Wortes Amtspflichten so gut wie gar nicht vorhanden waren, und daß er, von der allzu weitherzigen Ansicht ausgehend, daß größere Büchersammlungen jedermann zur Benutzung frei offen stehen sollten, wertvolle Handschriften ohne irgendwelche Empfangsbescheinigung auslieh.

Nicht etwa, daß diese nachsichtige Haltung des Herzogs einem Mangel an Interesse für die Wolfenbüttler Bibliothek entsprungen wäre, vielmehr ist gerade er immer eifrig bemüht gewesen, ihr die ehemalige Bedeutung unter den Bibliotheken Deutschlands und Europas wegen ihrer Vielseitigkeit auf literarischem Gebiet wieder zu verschaffen, eine Stellung, welche sie bereits kurz nach ihrer Gründung 1568 durch Herzog Julius, und ihrer Neugründung 1644 durch August den Jüngeren erungen, aber im Laufe der Zeit wegen Fehlens genügender Zuschüsse teilweise wieder eingebüßt hatte. **) Ihr hat Karl all' die kostbaren Bücherschätze und wertvollen Handschriften überwiesen, die ihm, dem Haupt der Familie, als persönliches Eigentum aus dem Nachlaß seiner Vorfahren und anderer Mitglieder seines Hauses zugefallen waren, und

*) Das „Nationaltheater“ wurde erst 1778, wo der prachtliebende Kurfürst nach München übersiedelte, als eine Entschädigung für den Wegzug des Hofes errichtet, und zum Intendanten der Reichsfreiherr Wolfgang Heribert von Dalberg ernannt, der zuerst Schillers Räuber zur Aufführung brachte und 1783 dessen Anstellung als Theaterdichter veranlaßte.

**) Vgl. zu all' dem und dem Folgenden: O. v. Heinemann, die herzogl. Bibliothek zu Wolfenbüttel. Ein Vortrag. Wolfenbüttel 1878. Zwickler, 2. Auflage 1894.

die noch heute, wie unter anderem die in ihrer Art einzige Bibelsammlung der Herzogin Elisabeth Sophie Marie († 1767), der Wittve August Wilhelms, mit den Hauptstolz der Wolfenbüttler Bibliothek bilden. Ihnen hat sich dann noch gar manches seltene Werk aus Privatbesitz hinzugesellt. Hierbei wurde der Herzog besonders durch den Vizekanzler und späteren Minister Georg Septimius Andreas von Braun unterstützt, in dessen Hand die Oberleitung der Wolfenbüttler Bibliothek, sowie der Archive und Registraturen des Landes lag, und dessen Umsicht auch das Wolfenbüttler Landeshauptarchiv eine völlige Neuordnung verdankt.

Dagegen ist Lessing nie zugemutet worden, seine Zeit für solche Zwecke in den Dienst der Regierung zu stellen, obgleich dies eigentlich zu seinem Amt als Oberbibliothekar gehört hätte. In Anspruch hat ihn der Herzog einzig und allein bei Neuanschaffungen für seine eigene umfangreiche Sammlung und diejenige des herzoglichen Kunstcabinetts von Kupferstichen und Handzeichnungen genommen. Da allerdings hatte jener nicht nur sein Urtheil als Kunstkenner abzugeben, sondern er mußte gelegentlich wohl auch Stiche, die der Fürst dafür haben wollte, und die auf andere Weise nicht zu erlangen waren, aus wertvollen Büchern herauschneiden. Jener Zeit war eben eine Schonung des Altüberkommenen in unserem Sinn noch völlig fremd, so sehr sich bereits damals das Zusammentragen von seltenen Kunstgegenständen und Raritäten nach dem Beispiel der großen Herren in Frankreich unter den deutschen Fürsten eingebürgert hatte, ein Sammeleifer, dem viele unserer heutigen Museen, diejenigen von Dresden, München, Kassel, Braunschweig, Gotha, Schwetlin u. a. ihren Ursprung verdanken.

Schon Karls Vorfahren, vor allem Ferdinand Albrecht I., der Stifter der Bebernschen Linie, und Anton Ulrich hatten wertvolle Kunstgegenstände, Bilder berühmter Meister, seltene Münzen, sonstige Antiquitäten und Naturalien aufgehäuft, und die Kunstkammer des „Wunderlichen“ auf Schloß Bebern besonders erfreute sich damals schon in ganz Deutschland eines großen Ansehens. Enthielt sie doch unter anderem das berühmte antike „Mantuanische Gefäß“ aus der einstigen Sammlung des Hauses Gonzaga, noch heute eines der kostbarsten Stücke des Braunschweiger Museums. Aber keinem von beiden, auch dem prachtliebenden Anton Ulrich, der sich so gerne mit einem besonderen Nimbus umgab, wäre es je in den Sinn gekommen, solche Schätze irgendwie den breiteren Volksschichten zur Besichtigung zugänglich zu machen. Gemälde berühmter, meist niederländischer Meister im Schloß zu Salzdaßlum, die kostbare Majolikensammlung dort, die Anton Ulrich größtenteils selbst aus Italien mitgebracht, blieben ein ungehobener Schatz, über den höchstens die müden Blicke einer blasirten Hofgesellschaft hinglitten.

Wenn Herzog Karl darin später weitherzigeren Ansichten huldigte, so wird der Grund wohl mit darin zu suchen sein, daß sich dem empfänglichen Jüngling zeitig in den Niederlanden eine große Kunst als Gemein-

gut eines freien, hochgebildeten Volkes erschlossen hatte. Andernteils aber stand ihm dabei als Ratgeber und Helfer ein Mann zur Seite, der die Bedeutung der Kunst für die Kulturentwicklung eines Volkes voll erfaßt hatte. Im Jahre 1749 war der markgräfllich-brandenburgische Geheimrat und Kurator der Universität Erlangen, der geistvolle Berater und Leibarzt der Markgräfin Wilhelmine von Bayreuth, Daniel von Superbille, auf des Herzogs Einladung hin nach Braunschweig gekommen und hatte dort seinen Wohnsitz aufgeschlagen, zunächst, um dessen Sammlung antiker Münzen zu ordnen. Als dann die Regierung Anweisung zur Zusammenstellung einer kleinen naturhistorischen Sammlung für die neu gegründete Braunschweiger Realschule gab (S. 131), wußte er den Herzog davon zu überzeugen, wie viel aussichtsreicher und vorteilhafter für die raschere Entwicklung von Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft, von Kunst und Wissenschaft die Errichtung eines größeren, allen Untertanen gleicherweise zugänglichen Kunst- und Naturalienkabinetts sein würde. Der Herzog, der gerne jede Gelegenheit zur Hebung seines Volkes ergriff, hat auch alsbald den Befehl zu den nötigen Vorarbeiten erteilt, sehr zum Mißvergnügen der damit Beauftragten, die es als eine lästige Zumutung empfanden, Mineralien, Petrefakten und Gesteins-Erdbarten, Pflanzen und Pflanzenteile zu sammeln, Vögel auszustopfen oder „Kindern gleich hinter Schmetterlingen und Käfern dreinzulaufen.“ Und als dann gar der hohe Herr seinen Schlössern die wertvollsten Kunstgegenstände, Gemmen, antike und moderne Statuen, Basreliefs, Bronzen, Vasen u. a. entnahm und sie im Verein mit jenen Naturalien in einem Zimmer des großen Mosthauses 1755 zu allgemeiner Besichtigung ausstellte, ja, im gleichen Jahr noch Herrn von Superbille zur Erwerbung weiterer Kunstschätze nach Holland und Frankreich entsandte, da hat sich in weiteren Kreisen, besonders unter den höheren Ständen, die es einst ganz in der Ordnung gefunden, wenn Anton Ulrich zur Befriedigung seiner eigenen Sammelleidenschaft Unsummen ausgab, lebhaften Widerspruch gegen eine solch' unbegreifliche Handlungsweise, eine derartige Verschwendungssucht geregt. Selbst wenn es dem Herzog beigegeben wäre, die Gemäldegalerie von Salzdhallum seinem Museum einzuberleihen, was bekanntlich damals nicht geschehen ist, hätte er die aufzunehmenden Bilder vorher genau sichten müssen, da der unausgebildete Kunstgeschmack jener Zeit vielfach an der Darstellung des Nackten Anstoß nahm. *)

Aber irre in seinen Kunstbestrebungen hat er sich durch solche ihm kaum verborgen gebliebenen Äußerungen nicht machen lassen. Fort und fort hat er für sein Museum, auch dann als Superbille 1761 seinen Abschied genommen hatte und nach Holland gegangen war, Kupferstiche Münzen, Medaillen oder wessen er sonst habhaft werden konnte, erworben.

*) Die Gemälde, die damals aus dem Wolfenbüttler Schlosse nach Braunschweig gewandert sind, bestanden größtenteils aus Porträts fürstlicher Persönlichkeiten, meist des herzoglichen Hauses.

Auch die beim Museum angestellten Beamten erhielten entsprechende Anweisungen; nur über den Ankauf behielt sich der Herzog die letzte Entscheidung vor, wie überhaupt jene ihm über ihr Tun und Lassen genau Bericht erstatten mußten. So war er beispielsweise gar nicht damit einverstanden, wenn sie Kupferstiche, selbst an Mitglieder des fürstlichen Hauses, wie an Herzog Ferdinand nach Bechelde ausliehen. „Kupferstiche könne jeder am besten an dem Ort einsehen, wo sie aufgestellt sind“, schreibt er auf eine diesbezügliche Mitteilung am 27. Juni 1767 als Antwort, „jedemfalls aber müßte das, was weggegeben werde, genau aufnotiert werden.“

Ein anderesmal, als seine Gemahlin die Museumsbeamten zur Ausschmückung ihrer Wohnung auf dem Grauen Hof um Kupferstiche, die in dem Kunstkabinett doppelt vorhanden waren, anging, schärft er diesen ein (9. Juni 1772) doch ja der Herzogin die weniger guten Doubletten zu schicken. Wie ihn überhaupt die mit solcher Mühe und Sorgfalt zusammen getragene Sammlung mit begreiflichem Stolz erfüllte, geht deutlich aus einem seiner Schreiben vom 9. März 1771 hervor, worin er den Befehl gibt, dem Abbaten Grafen Vollo, der dieselbe ansehen wollte, alles zu zeigen, da dieser von dem Kasseler Kunstkabinett, das er vorher besucht habe, so viel Wesens mache.

Freilich, das wahre Verständnis für die höchsten Aufgaben der Kunst im Sinne Winckelmanns und Lessings ist auch dem Herzog nicht aufgegangen. Sein Interesse an ihr ist immer, so weit er nicht in ihr ein Mittel zur Hebung des Volkswohlstandes erblickte, das eines Dilettanten geblieben. Kaum je haben zeitgenössische Maler mit Ausnahme des Landschafters Pascha Weitsch, den er mitten aus seinem Soldatenberuf heraus, im Jahre 1758, als Porzellanmaler nach Fürstenberg schickte und für dessen Künstlerlaunen er eine namenlose Langmut entfaltete,*) irgendwelche Förderung durch ihn erfahren, wenn man nicht etwa die Bildnismaler ausnehmen will, denen der Herzog und seine Familie nach althergebrachter Sitte saßen. Und doch hat es damals in Braunschweig eine ganze Anzahl von Malern und Radierern gegeben, deren Können das gewöhnliche Maß überschritten.***) Aber zu ihrer wirkungskräftigen Unterstützung fehlte dem Braunschweiger Hof wie in so vielen anderen Dingen das wichtigste: die Geldmittel.“

*) Pascha Weitsch wurde später von Karl Wilhelm Ferdinand zum Galerieinspektor von Salzhelm (1788) ernannt, als welcher er 1803 gestorben ist.

**) Vergleiche darüber: Die Graphischen Künste in Braunschweig und Wolfenbüttel von Karl Steinader, Jahrbuch des Geschichtsvereins für das Herzogtum Braunschweig, herausgeg. von P. Zimmermann, 5. Jahrgang, Wolfenbüttel 1906, J. Zwißler.

Des Herzogs letzte Regierungsjahre.

Hatte schon vor dem siebenjährigen Krieg die Finanzlage des Herzogtums Anlaß zu den ernstesten Besorgnissen gegeben, so trieb sie nach seiner Beendigung geradezu einer Katastrophe zu. Denn Hand in Hand mit der völligen Zerrüttung, in welche die langen Leidensjahre das Braunschweiger Land stürzten, ging naturgemäß eine wesentliche Verminderung der Staatseinkünfte. Besonders im Harz- und im Weserdistrikt, die am meisten unter den französischen Drangsalen zu leiden gehabt hatten, herrschte ein derartiger Noistand, daß an ein regelrechtes Einkommen der Steuern auf absehbare Zeit gar nicht zu denken war; im Gegenteil, der Herzog sah sich gezwungen, einzelnen, besonders hart betroffenen Gemeinden, um sie vor dem völligen Niedergang zu retten, größere Kapitalien und zwar ohne Aussicht auf baldige Verzinsung vorzustrecken. Durch Hülfe von außen her, etwa in Gestalt der ja von England so fest verheißenen Entschädigungssummen hätte vielleicht die Regierung die nötigen Mittel zur Überwindung dieser schweren Krisis gefunden. Noch im Herbst 1763 hatte man sich in Braunschweig, dessen Ansprüche bei dem Februar 1763 mit Frankreich abgeschlossenen Frieden zu Paris wie schon erwähnt (S 58 f.) von dem siegreichen England auf das rücksichtsloseste ausgeschaltet worden waren, an die Hoffnung geklammert, daß diese doch noch Berücksichtigung erfahren würden. Hatte doch eben erst König Georg III. eine Kommission zu dem Zweck ernannt, die Entschädigungsforderungen, welche Einzelne an die Krone Englands zu stellen hatten, auf ihre Berechtigung hin zu prüfen; und Herzog Karl hatte daraufhin seine Untertanen gar eindringlich ermahnt, den festgesetzten Zeitpunkt zur Geltendmachung ihrer Ansprüche ja nicht zu versäumen. Allein die Erwartung, König Georg werde bei dieser Gelegenheit auch seine dem Lande Braunschweig gegenüber eingegangenen Verpflichtungen einlösen, erfüllte sich nicht; dieser hielt sich ihrer vielmehr völlig enthoben, als er am 16. Februar 1764 seine allerdings steinreiche Schwester Augusta mit dem Erbprinzen Karl Wilhelm Ferdinand vermählte.

Dem Herzog Karl in seiner wachsenden Finanznot war indes damit wenig gedient. Sah er sich doch gerade jetzt neuen Verlegenheiten gegenüber, da die Reichsstände die Einziehung des von ihm ausgegebenen, minderwertigen Konventionsgeldes und die Rückkehr zum Zwanzigguldenfuß als Münzeinheit verlangten.

Bis zum Jahre 1747 hatte man in Braunschweig im wohlthuenden Gegensatz zu den meisten deutschen Staaten an dem sogenannten Leip-

ziger, 1738 zum Reichsfuß erhobenen Münzfuß festgehalten, wonach die Mark fein Silber zu achtzehn Gulden oder zwölf Reichstaler ausgeprägt werden sollte. Wohl trat bereits 1742 der schon mehrfach erwähnte Kommissarius Johann Philipp Graumann mit Vorschlägen zur Prägung minderwertiger Münzen an den Herzog heran, wodurch er diesem einen Reingewinn von 20 000 Talern jährlich in Aussicht stellte. Indes wollte dem rechtlichen, alten Minister von Münchhausen ein auf solche Weise erworbener Vorteil nicht einleuchten. „Er wisse wohl“, äußert dieser gelegentlich seinem Herrn gegenüber, „daß verschiedene, große Herren schlechte Münzen schlagen lassen, und es stünde ihm nicht zu, daran zu rasonnieren, obgleich er beobachtet habe, wie die Herren, so schlechte Münzen schlagen, keinen sonderlichen Kredit haben.“ Es sind damals nur neue Braunschweiger Goldmünzen zu 10, 5 und 2½ Talern ausgegeben worden, welche an Feingehalt die damals überall umlaufenden französischen Louisdors übertrafen und daher, wie auch Graumann in seinen Berichten hervorzuheben nicht verfehlt, allerorts bei den Kaufleuten die wohlwollendste Aufnahme fanden.

Erst mit der Ernennung des späteren Ministers von Schrader, der Graumanns Pläne durchaus billigte, und Graumanns selbst zu Münzkommissären und damit zugleich zu Leitern der herzoglichen Münze laut Reskript vom 23. Februar 1747 ward der erste Schritt auf der schiefen Ebene zur Münzverschlechterung getan. Offiziell ist allerdings die Losagung vom Reichsfuß erst durch das Reskript vom 17. August 1748 und begreiflicherweise auch da unter allerlei Bemäntelungen erfolgt, obgleich dafür insofern die Verhältnisse günstig lagen, als Kaiser Franz I. selbst gerade 1748, ohne sich deswegen vorher mit den Reichsständen ins Benehmen zu setzen, Münzen für die österreichischen Erblande prägen und in Umlauf setzen ließ, welche die Ausbringung der feinen Mark Silber zu 20 statt zu 18 Gulden aufwiesen.

Zunächst hatte der Herzog jedenfalls allen Grund mit der von seinen Münzkommissären vorgenommenen Verringerung des Münzfußes zufrieden zu sein; war doch durch sie schon nach Jahresfrist eine Mehreinnahme von 55 000 Talern in die herzoglichen Kassen geflossen. Nur zu natürlich erscheint es daher, daß man den Herzog anderwärts um den Besitz eines solchen Finanzgenies wie Graumann beneidete, und daß der für die Reorganisation der Finanzen seines durch die Kriege verarmten Staates rastlos tätige Friedrich der Große darnach strebte, ihn in seinen Dienst zu ziehen, obgleich er noch eben, sehr zum Verdruß des Herzogs, seinen Untertanen die Annahme der minderwertigen Braunschweiger Münzen verboten hatte. (1748.) 1750 ist denn auch Graumann, der sich mit Schrader auf die Dauer nicht vertrug, allerdings zunächst unter allerlei Klauseln seitens seines bisherigen Herrn dem Rufe Friedrichs des Großen als Generalmünzdirektor mit dem Titel eines preussischen geheimen Finanzrates nach Berlin gefolgt.

Kurz nach seinem Weggang wurde in Braunschweig eine weitere Verringerung des Münzfußes durch das Reskript vom 6. Mai 1751 in dem sogenannten Roßgeld ersten Schlages vorgenommen. Die Not des siebenjährigen Kriegs hat den Herzog bald darauf noch zu weiteren Reduktionen, zunächst in dem Roßgeld zweiten Schlages laut Erlaß vom 4. Juli 1758 und ein Jahr darnach in dem berüchtigten Konventionsgeld durch Verordnung vom 28. Juni 1759 gezwungen, dessen wirklicher Wert 60—50 v. H. des nominellen betrug. Wenn auch diese letzteren Münzen bei der damals herrschenden Geldnot lange nicht die schlechtesten waren — ließ doch beispielsweise Friedrich der Große auf Graumanns Anraten aus den 4 Millionen jährlich eingehender englischer Hilfsgelder 11 Millionen prägen — so wurden doch der Finanzkraft des Landes dadurch tiefe Wunden geschlagen, daß dieses C-Geld außerhalb des Herzogtums nur mit dem entsprechenden Kursverlust angenommen wurde und als Folge davon die Preise für die notwendigsten Bedürfnisse des täglichen Lebens unverhältnismäßig in die Höhe stiegen. Den Gipfelpunkt erreichte diese Finanznot, als der Herzog, dem Druck der Reichsstände, vornehmlich Sachsens nachgebend, laut Erlaß vom 1. Juni 1764 das C-Geld (wie es offiziell genannt wurde) zu seinem wahren Wert, also mit 40—45 Prozent Schaden für die Betroffenen einzog, und statt dessen den von Kaiser Franz I. angenommenen Konventions- oder 20 Guldenmünzfuß einführte, der die Ausprägung der Mark fein Silber zu 20 Gulden oder $13\frac{1}{3}$ Thaler festsetzte, und dem sich nach und nach seit 1753 Sachsen, Kurbayern und andere Reichsstände auf des Kaisers Betreiben hin angeschlossen hatten.

Sehr schlimm war, daß man von oben her den dadurch hervorgerufenen, jammervollen Zuständen wenig oder gar keine Rechnung trug. Weder in der Zivilverwaltung, noch beim Militär dachte man daran, nennenswerte Ersparungen und Einschränkungen vorzunehmen, obgleich man sich sagen mußte, daß ein so kleines Land — die 1760 auf höchstem Befehl angeordnete Volkszählung*) hatte für das ganze Herzogtum 158 980 Seelen, also zehnmal soviel als die damals unterhaltene Truppenmacht ergeben — auf die Dauer solche Lasten nicht zu tragen vermochte.

Ebenso wurden nach wie vor bei Hof Unsummen zur Befriedigung der Prachtliebe, für glänzende Feste, das Theater, für Diamanten, der Herzogin Leidenschaft, und noble Passionen des Herrschers selbst verschwendet, woran übrigens jene Zeit, da ja der Fürst uneingeschränkter

*) Die herzogliche Regierung hat sich auch späterhin mit ähnlichen, den damaligen Zeiten ziemlich ferne liegenden Aufgaben beschäftigt. So trug sie sich beispielsweise 1773 mit dem Plan, einen Adreßkalender (Adreßbuch) für das Herzogtum herauszugeben. Am 11. Oktober erteilte sie dem Braunschweiger Buchführer Meyer die Konzession dafür, und wies außerdem die fürstl. Collegien, Departemens, Gerichts-obrigkeiten an, ihn alljährlich in seiner Arbeit zu unterstützen. Leider ist dann aber aus der Sache nichts geworden.

Gebietler war, lange durchaus nichts Tadelnswerthes fand. So rühmt der Kammerherr von Lehndorff während eines Besuches in Braunschweig 1762 die splendide Art des Herzogs beim Spiel ganz im Gegensatz zu dem haushälterischer veranlagten Landgrafen Friedrich von Hessen-Kassel, der damals am Braunschweiger Hofe weilte.

Es kann daher nicht weiter Wunder nehmen, daß die Schuldenlast mit den Jahren zu einer beängstigenden Höhe answoll, umsomehr, als niemand da war, welcher die Ausgaben für den Staatshaushalt mit den Einnahmen ins Gleichgewicht gebracht hätte. Seit 1742 hatte man nicht einmal mehr einen Kammeretat aufgestellt. Versuche einiger hoher Verwaltungsbeamter im Jahre 1752 den Herzog wenigstens zu letzterem zu bestimmen, haben nur ganz oberflächliche Vorarbeiten von seitens Schraders zur Folge gehabt. Er, in dessen Hand alle Fäden der Finanzverwaltung zusammenliefen, wird einer solchen Maßnahme auch kaum mit vollem Herzen zugestimmt haben. Denn gehörte es an sich zu den Schwächen dieses ehrgeizigen Mannes, daß er niemanden neben sich dulden wollte und jeden, der irgendwie Einfluß auf seinen Gebieter hätte gewinnen können, künstlich von diesem ferne zu halten wußte, so lag es außerdem in seinem eigensten Interesse, zu verhüllen, in welchem Zustand der Zerrüttung sich schon damals nicht ohne seine Schuld das Braunschweiger Finanzwesen befand. Versuche des Erbprinzen seit Mitte der fünfziger Jahre einen Einblick in die Verhältnisse zu gewinnen, wußte er stets mit großem Geschick zu verhindern. Wie hätte er auch dabei bestehen können, nachdem in den einzelnen Kassen nicht einmal so viel Ordnung herrschte, daß die ihnen zufließenden Einnahmen in regelmäßiger Weise zur Deckung der laufenden Ausgaben im Staatshaushalt verwandt, die letzteren vielmehr, wie die Bedürfnisse für den Herrscher selbst und den Hof bald aus dieser, bald aus jener Kasse bestritten wurden, wo sich eben gerade Geld vorfand. Natürlich blieb es bei solcher Art der Verwaltung nicht aus, daß alle diese Hilfsquellen zuweilen auf einmal versiegten. Ist dann ja einer der Beamten, in dessen Kasse Ebbe war, und der doch Geld schaffen sollte, beim Herzog vorstellig geworden, daß es unmöglich so weiter gehen könne, so wurde ihm von diesem meist reichlich Lob für seine Gewissenhaftigkeit gespendet, ohne daß aber etwas darauf erfolgte. Er möge sich, heißt es in der landesherrlichen Antwort gewöhnlich, an Schrader wenden, der sich auch stets als willfähriger Ratgeber in der Not erwies. Wohl vergleicht dieser sich dann bei solchen Gelegenheiten in den Briefen an seinen einzigen Vertrauten, den Kammerdirektor von Völcker, mit einem, der an der Kette auf der Galeere rudert; schließlich aber hat er doch wirklich immer Mittel und Wege gefunden, die Regierung aus ihrer Geldverlegenheit zu ziehen, aber freilich, um welchen Preis! Anleihen über Anleihen wurden aufgenommen und zwar zu immer höheren Zinsen, da die Kammerkasse seit 1765 jeglichen Credits entbehrte. Hat doch des Herzogs Finanzlage

schon vor dem siebenjährigen Krieg bei denen, welche etwas tiefer sahen, als eine verzweifelte gegolten. Dieser selbst, der in Geldsachen gänzlich unerfahren war und wohl auch, wenn Schrader sich seinen Wünschen nicht immer gleich willfährig zeigte, vor Aufregung das Fieber bekam, hat sich nie um die Bedingungen gekümmert, unter denen die Aufnahme neuer Summen erfolgte. Ihm genügte es, wenn sie da waren. Für die Aufbringung der Zinsen mochte Schrader sorgen. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß dieser sich einer so überaus schwierigen Aufgabe mit großem Geschick unterzog, ja, daß er sogar die Erschließung neuer Einnahmen meist noch mit irgend einem gemeinnützigen Zweck zu verbinden suchte. Dies hat vor allem von der 1765 erfolgten Gründung eines Leihhauses in der Stadt Braunschweig zu gelten. Darlehnskassen sind zuerst im 15. Jahrhundert in Italien unter dem Namen Monti di Pietà entstanden, wo man Minderbemittelten, um dem Wucher entgegenzuarbeiten, gegen Pfand Geld lieh, zunächst ohne Zinsen, später aber unter Erhebung eines kleinen Zuschlags zur Deckung der Kosten; solche Kassen hatten dann z. B. von den Niederlanden her in Deutschland Eingang gefunden. Zu gleicher Zeit mit der Braunschweigischen Regierung errichtete auch Friedrich der Große in Berlin eine Girobank, verbunden mit einem Leihhaus, vornehmlich, um dem infolge des siebenjährigen Kriegs darnieder liegenden Wechselgeschäft in Preußen wieder aufzuhelfen.

Im Braunschweigischen hatte schon seit dem Jahre 1754 zu Holzminden ein Leihhaus bestanden; doch handelte es sich dabei lediglich um eine Pfandleihanstalt. Das Braunschweiger Leihhaus aber wurde von vornherein dazu bestimmt, zugleich Geldgeschäfte größeren Stils zu machen. Es sollte Geldsummen aus privater Hand für eine mäßige Entschädigung (2—3 v. H.) in Verwahrung nehmen, und diese gegen höheren Zins als Hypotheken auf Grundstücke ausleihen. Zugleich aber wollte man durch die Schöpfung einer solchen Anstalt verhindern, daß die in Geldbedrängnisse geratenen Untertanen Wucherern in die Hände fielen, die damals nicht selten von einem Taler wöchentlich einen Pfennig Zins verlangten. So wurden Beamten gegen geringe Vergütung Besoldungsvorschüsse gewährt, und den kleinen unbemittelten Handwerkern suchte man über arbeitslose Zeiten dadurch leichter hinwegzuhelfen, daß man ihnen gegen Pfand Darlehen zu billigen Bedingungen vorstreckte.

Leider aber standen, um das ganze Unternehmen in Fluß zu bringen, nicht die nötigen Kapitalien zur Verfügung. Schon um die dringlichsten ersten Ausgaben zu decken, griff man 1765 zu dem mehr als zweifelhaften Hilfsmittel einer Zahlenlotterie, an welcher sich auch der Herzog und seine Familie, ja sogar die Königin Elisabeth Christine von Preußen mit Einsätzen beteiligten. *) Bei der trostlosen wirtschaftlichen Lage im

*) 1771 hat die Regierung dann noch einen weiteren Schritt auf dieser Bahn getan, indem sie die Zahlenlotterie überhaupt als Finanzquelle einführte. Die erste

Lande blieben indessen die erwarteten Depositengelder aus, und man war daher bald gezwungen, zur Erhöhung von Einschreib- und Tagationsgebühren, ja zu Zinserhöhungen seine Zuflucht zu nehmen. Von den erhofften Überschüssen war keine Rede, man durfte froh sein, wenn sich die ganze Einrichtung über Wasser hielt.

Auch sonst sah sich Schrader bei seinen Versuchen, den herzoglichen Kassen durch neue Einnahmen wieder aufzuhelfen, weniger denn je vom Glück begünstigt, was bei der Überstürzung, mit der er dabei zu Werke gehen mußte, ja auch nicht weiter verwunderlich ist. Ebenso darf man nicht allzu scharf mit ihm ins Gericht gehen darüber, daß er seinem Herrn Adepten zuführte, die sich der Kunst rühmten, unedle Metalle in Gold zu verwandeln. Man hat damals, besonders in den stets geldbedürftigen höchsten Gesellschaftsschichten noch fest an die Möglichkeit, dies auf chemischem Weg erreichen zu können, geglaubt, zumal diese immer noch Verteidiger auch bei Männern der Wissenschaft fand. Was hat nur Beireis (siehe S. 114), für eine Rolle gespielt dadurch, daß er sich den Anschein zu geben wußte, als sei er im Besitz des großen Geheimnisses. *)

Die Braunschweiger Regierung hat daher nichts aus dem Rahmen zeitgenössischer Denkungsart herausfallendes getan, wenn sie den Vor Spiegelungen solcher Goldmacher Glauben schenkte, ihnen zur Ausführung ihrer Experimente beträchtliche Summen vorstreckte und 1756 in Helmstedt ein alchemistisches Laboratorium unter der Leitung des Bergamtsassessors Kaulitz einrichtete, das natürlich die gehofften Erwartungen nicht erfüllte.

Nicht zu entschuldigen dagegen ist es, daß Schrader, der den kommenden Zusammenbruch seit Jahren voraussah, **) seinem fürstlichen Herrn erst klaren Wein einschenkte, als man ernstlich mit der Entsendung einer kaiserlichen Debitkommission nach Braunschweig rechnen mußte, weil man den Verpflichtungen gegen die vielen Gläubiger nicht mehr nachzukommen vermochte. Dies Schuldgericht hätte das ganze Herzogtum unter Zwangsverwaltung genommen, d. h. dem Landesherrn jede Verfügung über die Einnahmen entzogen, was für das Ansehen und den Bestand der Krone sowie auch für das Land selbst von unberechenbaren Folgen sein konnte.

Siehung derselben, bei der auf 90 Nummern 85 Mieten kamen, ist am 21. August 1771 unter größtmöglichem Prunk erfolgt.

*) Noch in den siebziger Jahren ist der Marburger Professor F. J. W. Schröder in seiner „alchemistischen Bibliothek“ energisch für die Goldmacherei eingetreten, und selbst berühmte Chemiker der damaligen Zeit glaubten die Metallverwandlung nicht böslich von der Hand weisen zu dürfen. Erst die allgemeine Anerkennung des chemischen Elementbegriffs hat sie endgültig beseitigt. Daß Goethe in seinen jungen Jahren ebenfalls alchemistische Studien trieb, deren Niederschlag im Faust sich zeigt, ist bekannt, weniger, daß auch Friedrich der Große zuerst alchemistischen Studien nicht abgeneigt war, so gerne er sie später verspottete.

**) Seine Briefe an den Kammerdirektor von Völser (seit 1744) im Wolfenbüttler Landeshaupthaus legen davon ein beredtes Zeugnis ab.

Nur durch schleuniges Handeln ließ sich diesem Ausersten vorbeugen. Im Februar 1768 endlich hat der Herzog die ganze, traurige Wahrheit erfahren. Wie mag er aus den Wolken gefallen sein, umsomehr, als der sonst so findige Schrader keinen anderen Ausweg mehr wußte als denselben, den die Inhaber der Staatsschuldscheine schon nach Beendigung des siebenjährigen Krieges dem Herzog vergeblich geraten: die Einberufung der Stände, um deren Einwilligung zu erlangen, daß das Land die auf dem Kammervermögen lastenden Schulden übernehme, wie es schon einmal im Jahre 1682 bei ähnlichen Verhältnissen unter Rudolph August geschehen war. Hieß dies aber nicht, jenen ihre früheren Machtbefugnisse wieder einräumen? Und konnte dies nach dem Sinne eines Fürsten sein, der sich bis dahin so gut wie gar nicht um diese Art Landesvertretung gekümmert, ja deren Widerspruch gegen sein eigenmächtiges Regiment zehn Jahre vorher geradezu herausgefordert hatte? Es war in jenen trüben Tagen des Jahres 1758, da die Franzosen im Herzogtum als die Herren saßen und unter Androhung einer allgemeinen Exekution von dem gänzlich erschöpften Staatsfädel neben anderen unerforschlichen Abgaben eine Abschlagzahlung von 100 000 Talern für Winterquartiere verlangten. Da die Not drängte und kein Augenblick durch die immerhin zeitraubende Einberufung eines allgemeinen Landtags zu verlieren war, so hatte der Herzog sich nur mit den Vertretern der Stände, dem engeren*) und dem größeren Ausschuß**) ins Benehmen gesetzt, ein Ausweg, der mitunter schon früher eingeschlagen worden war, um die erheblichen Kosten der Ausschreibung eines allgemeinen Landtags zu vermeiden. Von der Landschaft mit den nötigen Vollmachten versehen, die sie indes nicht überschreiten durften, konnten diese dann an Stelle der Stände mit dem Landesherrn über schwebende Steuerfragen verhandeln. 1758 wurden von ihnen dem Herzog die geforderten vier Tonnen Goldes (400 000 Taler) bewilligt, jedoch bloß unter der Bedingung, daß für die dadurch notwendig gewordenen Steuern (eine Kopf- und eine Vorschußsteuer) nachträglich die Zustimmung des gesamten Landtages eingeholt werden müsse. Die Regierung aber mochte sich von seiner Einberufung nicht viel Gutes versprechen, da schon die genannten

*) Der engere Ausschuß, das Collegium der Schatzräte genannt, weil mit ihm das von Heinrich dem Jüngeren 1598 gestiftete fürstl. Schatzkollegium verbunden war, setzte sich aus drei Vertretern der Ritterschaft, dem Dekan des Stiftes St. Blasien in Braunschweig und dem Bürgermeister der Stadt Helmstedt zusammen. Ihm war die Verwaltung und Verwendung der auf landständiger Verwilligung beruhenden Steuern anvertraut. Außerdem konnte es Geld aufnehmen und „Versuren“ damit machen.

**) Der große Ausschuß, in welchem zugleich der engere begriffen war, bestand aus vier Prälaten, neun Vertretern der Ritterschaft und je einem Abgeordneten der Städte Braunschweig, Schöningen, Seesen und Königslutter. Ihm mußte die fürstliche Geheimratsstube Rechnung über alle außerordentlichen Steuern, sowie über die Kriegs-, Proviant-, Wegeverbesserungstaxe u. a. ablegen.

Ausschüsse mit allen möglichen unannehmbaren Vorschlägen zur Deckung der Zinsen an sie herangetreten waren. Sie kehrte sich, nachdem die Schatzungen einmal ausgeschrieben waren, daher nicht weiter an den Beschluß, obgleich die Ritterschaft im Jahre darauf beim Herzog vorstellig wurde, daß nach altverbrieftem Recht ihr keine Steuern auferlegt werden dürften, die nicht die Billigung des gesamten Landtages gefunden hätten. Waren da nicht jetzt, wenn die Stände nur erst einmal in Erfahrung gebracht hatten, wie sehr man ihrer bedurfte, von ihnen allerlei unliebfame Überraschungen zu gewärtigen? *)

Die Folge solcher Erwägungen war, daß Herr und Diener beschlossen, einstweilen nur das stets den Wünschen der Regierung sich willfährig zeigende Schatzkollegium ins Vertrauen zu ziehen, damit dieses seinerseits den Mittler mache, um von der Landschaft die zur Deckung der dringlichsten Schulden notwendigen Summen zu erlangen. Dementsprechend sind diesem am 16. März 1768 zwei herzogliche Restripte zugegangen. In einem beantragt die Regierung, die Lage der Dinge nur mit äußerster Zurückhaltung berührend, die Bewilligung einer Summe von 150 000 Talern. Im zweiten von mehr vertraulicher Natur wird offen zugestanden, daß damit dem drohenden Ruin noch lange nicht vorgebeugt sei, und außerdem die Auswirkung eines Schuldscheines über fünf bis sechsmalhunderttausend Taler bei der Landschaft gefordert, dessen Zinsen der Herzog vorläufig selbst tragen sollte. Aber diesmal erreichte die Regierung ihre Absicht nicht. Schatzkollegium und der größere Ausschuß erklärten nach längeren Verhandlungen, bei Entscheidung einer so wichtigen Angelegenheit nicht zuständig zu sein, und lehnten auch die Verantwortung für die schließlich allein bewilligten 150 000 Taler ab. Der Herzog mußte sich am 12. Juli 1768 dazu verstehen, „dies interimistische Rettungsmittel ihnen nicht anzufinnen,“ sondern die Sache auf einem demnächst auszuschreibenden allgemeinen Landtag zur Sprache zu bringen. So sah sich denn die Regierung gezwungen, diesen für den 2. Dezember einzuberufen, ein Fall, der sich seit dem Jahre 1682 nicht mehr ereignet hatte. Eine Einladung dazu erhielten in den drei Kurien, aus denen er sich zusammensetzte — der Bauer hatte bekanntlich in dieser Art Landesvertretung weder Sitz noch Stimme — 46 Vertreter der Ritterschaft als der vornehmsten derselben, aus der der Prälaten und der der Städte je 9, so daß die Versammlung im ganzen aus 64 Mitgliedern bestand.

Nachdem die Würfel einmal so gefallen waren, wünschte der Herzog, daß die Eröffnung auch in möglichst feierlicher Weise vor sich gehen sollte, sehr gegen die Meinung Schraders, dem ein tunlichst einfaches Auftreten unter den gegebenen Verhältnissen als das Klügere erschien.

*) In der Tat haben sie der Regierung ihr eigenmächtiges Vorgehen in den „Desideria generalia“ vom 6. Februar 1769 in einer nicht gerade zartfühlenden Weise vorgeworfen und für künftige Zeiten sich die Wiederholung eines derartigen Falles verboten.

Der Hofbericht, der darüber am 6. Dezember erschien, ist uns erhalten. Er lautet: „Des regierenden Herrn Herzogs, Unseres gnädigsten Herrn Durchlaucht gnädigst ausgeschriebenen allgemeinen Landtags. Gegen neun Uhr Vormittags versammelten sich die Curien der Prälaten, Ritterschaft und Städte in der hiesigen Domkirche St. Blasii,*) auf dem räumlichen hohen Chore und wurden darauf durch den H. Hof-Marschall von Campen unten in die Kirche, in die nach der Ordnung der Curien bestimmten Stühle abgeführt. Des regierenden Herrn Herzogs Durchlaucht kamen mit dem durchlauchtigsten Erbprinzen und des Prinzen Leopold Dchl. unter Vorausstretung deroselben Fürstl. Staats um 9 Uhr zur Kirche, an deren Thür Sie von den Herrn Ministres empfangen wurden. Zu gleicher Zeit trafen der Frau Herzogin Königl. Hoheit mit den übrigen Fürstlichen Personen ein, worauf der Gottesdienst seinen Anfang nahm, und von dem Herrn Abt Jerusalem über die Worte aus dem 85. Psalm, V. 10—14, die Land-Tages Predigt gehalten wurde. Nach geendigtem Gottesdienst verfügten sich des Herrn Herzogs Dchl. in Begleitung höchstgedacht dero Herren Söhne und mit Vortretung der Hofstatt auch der Herren Ministres in das fürstliche Schloß zurück. Die Herren Stände wurden durch den Herrn Hof-Marschall dahin, und nach einem kleinen Verweilen in den Vorgemächern, durch eben denselben in das Fürstliche Audienzgemach geführt, woselbst des regierenden Herrn Herzogs Dchl. unter dero Dais (Thronhimmel) saßen und zur rechten Seite den Durchlauchtigsten Erbprinzen, zur linken Seite aber des Prinzen Leopolds Dchl. auf Sesseln neben Sich sitzen hatten. Der Herren Ministres Exzellenzen standen zur rechten Seite in einiger Entfernung von des Herrn Erbprinzen Dchl. hinunter. An diese schlossen sich zur Linken die Herren Prälaten, die adeligen Herren Schatz-Räte und übrigen von der Ritterschaft an, worauf die Herren Deputierten der Städte folgten. Der Herr Ministres (Schradar) redete die also versammelten Herren Stände von wegen des Durchlauchtigen Herrn Herzogs an und eröffnete Ihnen die Landes-Fürstliche Proposition. Die Herren Stände antworteten darauf durch ihren Land-Syndicum und wurden hierauf durch den Herrn Hofmarschall aus dem Audienz-Gemach zurückgeführt und an Herzoglichen Tafeln, bei deren ersten Se. Durchlaucht der Herzog und dero Dchl. Prinzen gegenwärtig waren, gezogen.“

So weit der offizielle, völlig farblos gehaltene Bericht. Nicht läßt sich daraus ersehen, welch' ein Meisterstück diplomatischer Kunst Schradars Rede gewesen ist, wie er es verstand, der Landschaft die Geldforderung der Regierung mündgerecht zu machen, ohne sich irgendwie näher über die Art der Schulden, noch über deren Höhe auszulassen. Hatten doch auch einzelne Mitglieder des engeren Ausschusses, die als Schatzräte einen tieferen Einblick in die allgemeine Finanzlage getan, dringend davon

*) Die Feier war durch Glodengeläute von allen Thürmen der Stadt in zwei Abzügen eingeläutet worden.

abgeraten, den Abgeordneten, ja selbst ihren Deputierten gegenüber von etwas anderem als Kammer Schulden zu sprechen, nachdem nur solche bereits früher vorgekommen und daher den Ständen bekannt seien. Geschickt wurden außerdem diese zu raschem Eingehen auf die Wünsche der Regierung gedrängt dadurch, daß der Minister zugleich die Möglichkeit einer raschen Beschaffung der dazu nötigen Summe in Aussicht stellte unter Bedingungen, wie sie gleich günstig nicht so rasch wiederkehren würden und zwar mit 4 v. H. Verzinsung. *)

Es entsprach nicht der Gepflogenheit damaliger Landesvertretungen, daß sich an diese Vorlage der Regierung etwa wie heute Debatten zwischen einzelnen Wortführern der Abgeordneten und den Vertretern der Krone angeschlossen. Man nahm die Anträge der Regierung stumm entgegen, beriet sich dann hernach darüber hinter verriegelter Türe und vermittelte den endgültigen Entschluß schriftlich dem Landesherrn. So wurde auch jetzt den Ständen, nachdem sie sich einige Tage Bedenkzeit ausgebeten, ein Zimmer der Dompropstei zur Verhandlung über die Vorlagen der Regierung angewiesen. Fünf Tage, vom 5.—9. Dezember, währten die ziemlich stürmisch verlaufenden Sitzungen. Am 12. Dezember wurde ihr Ergebnis dem Herzog in Gegenwart des Erbprinzen vor versammeltem Landtag überreicht.

Es war nicht dazu angetan, die Regierung mit besonderer Befriedigung zu erfüllen. Uneingeschränkte Billigung hatte darin nur die Übernahme der 150 000 Taler Schulden von Seiten der beiden Ausschüsse erfahren. Dagegen war die Zusage weiterer Hilfeleistung an allerlei Bedingungen geknüpft, welche der Krone nichts weniger als erwünscht sein konnten. Vor allem wurde ihr in ziemlich unerblicher Form, trotzdem sie bereits erhebliche Einschränkungen im Hof- und Staatshaushalt vorgenommen, eine sparsamere Wirtschaftsführung angeraten. Außerdem forderten die Stände Bestätigung aller ihrer von altersher gewährten Vorrechte und erbaten sich für vorzubringende Beschwerden gegen Regierungserlasse, hauptsächlich solche, durch welche sie sich in diese Rechten beeinträchtigt glaubten, ein geneigtes Ohr. Andererseits aber behielten sie sich die Freiheit des Handelns insoweit vor, als sie verlangten, daß der Inhaber des ihnen durch Schraders Vermittlung angebotenen Kapitals dieses gegen entsprechende Verzinsung von Seiten der Landschaft etwa 3 bis 6 Monate für sie bereit halten solle, ohne daß dieser indeffen daraus die Verpflichtung zu endgültiger Annahme erwachse. Und doch bedeutete dies alles schon ein erhebliches Entgegenkommen im Vergleich zu der ursprünglichen Fassung, wie sie in dem Beschluß der vornehmsten der drei Kurien zum Ausdruck gekommen war. Darnach sollte jede Geldbewilligung verweigert werden, ehe nicht der Gesamtbetrag der Kammer Schulden,

*) Vergleiche über all dies wie über das Folgende „Der Braunschweigische Landtag von 1768—1770“. Inaugural-Dissertation v. Wilhelm Schmidt, Göttingen 1912.

für die man eintreten sollte, die Höhe des in Aussicht gestellten Kapitals und der Name des Gläubigers — es war der Bankier Liden in Amsterdam — bekannt gegeben werde. *)

Für die Regierung, welche in ihrer Not auch solche halbe Zusagen nicht verschmähen durfte, kam jetzt alles darauf an, die Deputierten, welche der Landtag, ehe er Mitte Dezember auseinanderging, zu seinen Stellvertretern für die weiteren Verhandlungen mit der Krone erwählt hatte, möglichst auf ihre Seite zu ziehen. Eine leichte Aufgabe war dies nicht. Denn diese waren, 14 an der Zahl, darunter neun Vertreter der Ritterschaft, drei der Prälaten und zwei für die Städte — strenge an die Innehaltung der ihnen von der Landschaft erteilten Instruktion gebunden. Angelegenheiten, die außerhalb ihrer Vollmacht lagen, durften von ihnen nicht entschieden werden; das letzte Wort darüber, wie auch über die von den Delegierten gefaßten Beschlüsse behielt sich der Landtag selbst vor, so freie Hand man sonst auch jenen bei den Verhandlungen ließ.

Außerdem stand Schrader ein ebenbürtiger Gegner in dem Wortführer der Ritterschaft, **) dem früheren Hofrichter Friedrich August von Weltheim gegenüber, der nicht gewillt war, auch nur ein Titelfchen der ständischen Vorrechte zu Gunsten der fürstlichen Gewalt aufzugeben. Ihm standen die Anhänger der Regierung, die Abgeordneten der Prälaten und Städte, darunter der Abt Jerusalem, der Kammerpräsident v. Völker, der Hofrat Lichtenstein aus Helmstedt, an diplomatischem Geschick weit nach. Es macht Schraders staatsmännischer Gewandtheit jedenfalls alle Ehre, daß es ihm trotzdem allmählich gelang, für verschiedene Regierungsvorschläge zur Schuldendeckung, womit er zunächst auf hellen Widerspruch gestoßen war, doch schließlich die ständische Zustimmung zu erhalten. Freilich ohne Arger und Verlegenheiten ging es dabei nicht ab. Schon gleich nach der ersten Verhandlung mit den Delegierten am 21. Dezember, bei der Schrader sich veranlaßt sah, die Höhe der Schuld auf fünf Millionen anzugeben (in Wirklichkeit waren es deren zwölf) und zugleich die Übernahme von drei Millionen durch das Land beantragte, wurde die Geduld der Regierung auf eine harte Probe gestellt.

*) Wenige Tage darnach, als man die Instruktion für den Ausschuß der Delegierten ausarbeitete, welche die Verhandlungen fortführen sollten, ist man der Regierung, allerdings nur zu dem Zweck, das Heft möglichst selbst in Händen zu behalten, noch einen weiteren Schritt entgegengegangen. Man beschloß, das in Frage kommende Kapital sofort selbst aufzunehmen und bis zum Wiederzusammentritt des Landtags behufs endgültiger Beschlußfassung aufzubewahren, um es dann dem Herzog ganz oder teilweise zu übergeben.

**) Unter ihren neun Abgeordneten waren nur drei, welche gewillt waren, auf die Vorschläge der Regierung einzugehen, und zwar alles Schahräte, der Geh. Kammerrat Berghauptmann Joh. Ernst Friedr. v. Hoym, der Ober-Hauptmann Joh. Lebrecht v. Bülow und der Geheimrat und Hofrichter Just. Heinr. v. Böttcher, welcher letzterer während der Verhandlungen am 31. August 1769 gestorben ist.

Bis Mitte Februar mußte sie auf die Antwort warten, in welcher ihr überdies eine halbe Million von ihrer Forderung abgestrichen war. Nicht weniger Zeit ließ man sich mit der Zustimmung zur Annahme des von Lüden angebotenen Kapitals, *) so sehr auch Schrader zur Eile drängte. Um so rascher war man dagegen mit der Zusammenstellung der eigenen Wünsche und Beschwerden bei der Hand. Ein Teil von ihnen wurde als *Desideria generalia* schon am 6. und 16. Februar 1769, der Rest am 13. März bei der Regierung eingereicht. Sie hat darin manches Bittere über ihre bisherige Art zu schalten und zu walten hören müssen. Besonders war den Ständen die selbstherrliche, gar manchen Mißgriff in sich schließende Handhabung der Rechtspflege**) ein Dorn im Auge. Desgleichen wurde die Langsamkeit, mit welcher Landesvermessung und Wegeverbesserung vor sich gingen, die Schäden bei der Leihhausverwaltung, der Rückgang der Universität Helmstedt und was der ärgerlichen Dinge noch mehr waren, der Krone in die Schuhe geschoben. So weit sich diese letztere dadurch nicht in ihren ureigensten Interessen geschädigt fühlte, ist sie den Wünschen nach Abstellung solcher Übelstände mit aller Vorurteilslosigkeit entgegengekommen, wenn auch manches als zu weitgehend erschien, und zum Teil vom Herzog als persönliche Kränkung empfunden werden mußte, vor allem die Angriffe auf die Helmstedter Universität, für deren Aufblühen er doch so viel getan. Sobald aber die Forderungen der Stände nur irgendwie auf eine Einschränkung der Herrscherrechte zu ihren Gunsten hinielen, wurden sie mit Energie und Würde zurückgewiesen. So beklagten sie sich, daß man sie nie, wie es ihnen doch durch Rezesse früherer Herzöge zugebilligt war, zu Beratschlagungen über Einführung neuer Landesgesetze, Finanzierung der Kammer, Feststellung des Militäretats, überhaupt zur Entscheidung bei Reichs- und Kriegsaaffären zugezogen habe, ein Punkt, worin zugleich ein versteckter Vortourf wegen des Herzogs Parteinahme für Preußen im siebenjährigen Kriege lag: „Es sei bis jetzt noch nie dagewesen, daß die Stände zu allen wichtigen, das Land und das gemeine Beste angehenden Veranstellungen

*) Sie ist am 13. Januar 1769 erfolgt.

**) Die Justiz hatte sich besonders durch die 1765 erfolgte Errichtung der berüchtigten „Denunziantenstöcke“ auf öffentlichen Straßen und Plätzen Braunschweigs verhaßt gemacht. Wurden doch dadurch böswillige Verleumdung und die elendste Angeberei auf unverantwortliche Weise unterstützt, indem jeder von anonymer Hand dort hineingeworfene Zettel genügte, bis dahin völlig unbescholtene Mitbürger unter Anklage zu setzen. Die allgemeine Entrüstung, welche darüber herrschte, mag die einschränkende Verfügung vom 2. März 1767 veranlaßt haben, wonach eine Verurteilung auf eine solche Anklage hin nur erfolgen durfte, wenn sich bei Untersuchung des Tatbestands die Angeberei als berechtigt erwies. Sonderbarerweise haben aber die Stände, die doch sonst mit ihren Verbesserungsvorschlägen so rasch bei der Hand waren, weder auf Abschaffung dieser mehr als willkürlichen Art von Rechtspflege gedrungen, noch überhaupt ein Wort des Tadels darüber verloren. Erst Herzog Karl Wilhelm Ferdinand hat zu Anfang seiner Regierung die Denunziantenstöcke beseitigen lassen.

zugezogen worden seien; sie wären nie mitbestimmende Senatoren, sondern immer nur Ratgeber gewesen, deren Meinung zu hören der Landesherr in dergleichen Angelegenheiten des öfteren begehrt. Die Stände hätten sich wohl eine irrige Anschauung vom letzten Krieg gemacht. Hätte der Herzog nicht Preußens Partei genommen, so wäre alles zu Grunde gegangen“, so ungefähr lautet kühl und bündig die herzogliche Antwort. Auch die Forderung, künftig alle fünf Jahre einen allgemeinen Landtag zu berufen, der über Einführung neuer Steuern oder Gesetze beraten sollte, wurde ablehnend von der Regierung mit der Begründung beschieden, daß dies Verfahren zu kostspielig sei, besonders jetzt, wo auf dem Lande schon so große Lasten lägen. In besonderen Fällen würde die Beiziehung der beiden Ausschüsse genügen.

Der schleppende Gang der Verhandlungen bereitete der Regierung auch weiterhin viel Verlegenheiten. Aus der augenblicklichen Nothlage hatten sie zwar die Delegierten schon im Frühjahr 1769 durch die Anweisung von 200 000 Talern zur Deckung der dringlichsten Schulden befreit; aber über die Art, wie die Zinsen für die außerdem noch aufzunehmenden Kapitalien aufzubringen seien, konnte man lange zu keiner Einigung gelangen. Der Plan, den die Regierung am 20. Juli vorlegte, fand nicht den Beifall der Stände, da er beträchtliche Steuern auf wichtige Nahrungs- und Genußmittel legte. Außerdem wollte man sich wohl überhaupt zu keinem Zugeständnis herbeilassen, ehe man nicht bestimmte Zusagen der Regierung zu den vorgebrachten Desiderien in der Tasche hatte, womit man aber hinwiederum am Ministertisch gar keine Eile zeigte. Schließlich suchte im Herbst 1769 die persönliche Willensäußerung des Herrschers selbst laut Reskript vom 30. September 1769 an das Ministerium diesem unerquicklichen Hin- und Herzerren der Sache ein Ende zu machen, indem an die Stelle der bis dahin schriftlich geführten Verhandlungen tägliche Zusammenkünfte zwischen Ministerium und Deputierten traten, bei welchen abwechselnd die Anträge der Regierung und diejenigen der Stände zur Sprache kamen. Gewonnen wurde dadurch zunächst allerdings nicht viel, da die letzteren nach wie vor ihre eigenen Angelegenheiten und Wünsche in den Vordergrund schoben und gegen die Vorschläge der Krone über neu einzuführende Steuern sich zunächst durchaus ablehnend verhielten. Im Frühjahr 1770 waren endlich die Arbeiten so weit gediehen, daß man das Ergebnis dem gesamten Landtag zur Genehmigung vorlegen konnte. Am 9. April 1770 wurde dieser in gleich feierlicher Weise geschlossen, wie er eröffnet worden war, nur, daß nach beendigtem Festgottesdienst das Tedeum laudamus aus aller Mund unter Trompetengeschmetter und Paukenschlag erklang.

Hatte man wirklich Grund von seiten der Regierung zu loben und zu danken? — Die Stände hatten in dem „Landtags-Abschied vom 9. April 1770“, der zum Landesgesetz erhoben, noch im Laufe des Sommers in

Druck erschien,*) die Neubestätigung ihrer verbrieften Vorrechte erlangt. Dazu hatten sie dafür gesorgt, daß sie wenig oder gar nicht zu den Verpflichtungen herangezogen werden konnten, welche dem Lande aus der Verzinsung von $2\frac{1}{2}$ Millionen Taler Kammer Schulden erwuchsen. Von der erst nach längerem Widerstreben bewilligten Vorschuß- und Kopfsteuer, welche letztere für höhere Militärs und Beamte bis zu 8 v. H. ihres Einkommens betrug, blieben Prälaten und Ritterschaft befreit. Allerdings hat die letztere statt dessen einen einmaligen, freiwilligen Beitrag von 20 000 Talern zur Tilgung der Generalkassenschulden geleistet. Außerdem durfte von beiden Ständen keine Biersteuer und Weinakzise erhoben werden; ja, dem Adel mußte sogar der freie Bezug sämtlicher Waren, welche er zu eigenem Gebrauch auf seinen Gütern benötigte, von der Krone zugesichert werden. So blieb denn die Last der Schulden tilgung hauptsächlich dem Bürger und Bauern aufgebürdet, sehr zum Schaden der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, da an sich schon die beträchtlichen Auflagen auf Wolle, Tabak, wichtige Nahrungs- und Genußmittel den Handel lähmten. Vorstellungen von seiten der Bürgerschaft beim Herzog führten zu keinem Ergebnis, wenn dieser auch die Berechtigung solcher Beschwerden über die ungerechte Steuerverteilung wohl empfand. Sein Unwille darüber bricht sich in einem damals an seine Schwester Therese Natalie gerichteten Brief unverholen Bahn, worin er sie ersucht, genau anzugeben, wer ihr Hand- und Spanndienste zu leisten habe,**) damit man prüfen könne, wer diese am leichtesten und besten verrichten würde. „Dies sei notwendig zu einer Zeit, wo man die Lasten des armen Bauern zu vergrößern suche, damit er nicht unter der Last erdrückt werde.“

Aber man durfte es mit den Ständen nicht verderben, da man bei der verzweifelten Lage der Dinge voraussichtlich bald wieder ihrer Beihilfe bedurfte. Wohl hatte die Regierung mit ihren absolutistischen Tendenzen den Ständen gegenüber insofern einen nicht zu unterschätzenden Erfolg errungen, als im Landtagsabschied das lästige Privileg Anton Ulrichs vom Jahre 1710, wonach es zur Einführung neuer Steuern der Zustimmung des gesamten Landtags, und nicht nur der beiden Ausschüsse bedurfte, in Wegfall gekommen war. Auch hatte Schrader noch im letzten Augenblick die Annahme von Steuern auf einzelne Lebensmittel, wie Zucker, Kaffee, Tee, Fleisch, Fische, Gewürze durchzusetzen vermocht, wofür die Einwilligung der Stände noch kurz vorher nicht

*) Zunächst wurden davon nur vier gleichlautende Exemplare ausgegeben, von denen eines der Herzog, die übrigen die drei Kurien erhielten. Die Verbriefung im Druck durch die fürstl. Waisenhausdruckerei deckte sich nicht ganz mit der Urschrift, da Zachariae, der Leiter derselben, sich willkürliche Änderungen erlaubte. Dazu kamen noch eine Menge anderer Fehler. Er hat sich dadurch einen Vorweis des Herzogs am 16. August 1770 zugezogen, der allerdings recht gefinde ausfiel.

**) Als Abtissin von Gandersheim.

zu erlangen gewesen war. Die Zugeständnisse, die man hatte machen müssen, waren andererseits nicht klein. So hat vor allem der Herzog, ein schwerer Schritt für ihn, sich dazu verstehen müssen, die Aufwendungen für das Militär den Mitteln des Landes anzupassen, die Truppen auf $\frac{2}{3}$ ihrer bisherigen Stärke zu verringern und den Militäretat nicht willfürlich ohne Zuziehung der Stände aus den Landeseinnahmen zu erhöhen. Es genügte diesen offenbar nicht, daß der Herzog im Herbst vorher laut Reskript vom 18. September die Leitung des gesamten Militärwesens, die Einrichtung, Equipierung und Verwaltung der einzelnen Truppenkorps einem besonderen Kriegscollegium*) anvertraut hatte, dessen Hauptaufgabe darin bestand, möglichst viele Ersparungen zu erzielen. Auch mußte den Ständen die gleich anfangs gestellte Forderung zugestanden werden, daß die Regierung von nun an alle zwei Jahre dem engeren Ausschuß über den Verlauf der Tilgung der Kammer Schulden Bericht zu erstatten und daß außerdem die Geheimratsstube von jetzt ab alljährlich den beiden Ausschüssen alle Landesrechnungen zur Prüfung vorzulegen habe.

Im übrigen hat die Krone, offenbar auf Anregung des Erbprinzen hin, dem ein herzogliches Manifest vom 16. Oktober 1770 Anteil an der Regierung des Landes einräumte, es aus freien Stücken versucht laut herzoglichem Erlaß vom 1. Oktober 1770, „das in große Unordnung geratene Rechnungswesen bei der fürstlichen Kammer wieder herzustellen“, indem sie die noch ausstehenden, z. T. über sechs Jahre rückständigen Rechnungen einforderte und von nun an alljährliche Rechnungsablage verlangte. Ein weiterer Schritt in dieser Richtung ward durch die Verordnung vom 19. Dezember 1771 getan, wonach der Herzog „zur richtigen Verwaltung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben“ die Regelung der Rechnungen einer eigens dafür ernannten Deputation übertrug. Diese, welche dem jetzigen Kammerpräsidenten unterstand, hatte die sämtlichen, beim Ministerium und den übrigen höheren Kollegien eingehenden Rechnungen einzufordern und auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Der Grund zu einem Braunschweigischen Finanzcollegium wurde damit gelegt. Ins Leben getreten ist es indes erst zwei Jahre später. Ihm wurden sämtliche fürstliche Kassen und Zahlungsstellen, einschließlich der Münze unterstellt und die Leitung dem seit 1748 in Braunschweigischen Diensten stehenden, jetzt zum Minister beförderten Jean Baptiste Féronce von Rotenkreuz übertragen, der im hohen Maß des Erbprinzen Vertrauen besaß und diesem von da an auch wirkungskräftig bei allen finanziellen Angelegenheiten unterstützte.

* * *

*) Bis dahin hatte dies alles die Geheimratsstube in einem besonderen Departement besorgt. Ihr blieb übrigens auch das neue Kriegscollegium beigeordnet.

Mit der Regelung der Braunschweiger Finanzen sah es allerdings zunächst noch trübe genug aus. Es war wie ein Tropfen auf einen heißen Stein, wenn der Herzog für seine Person und seinen Hofstaat*) Einschränkungen über Einschränkungen traf. Schon im April 1769 hatte er die letzte seiner Schauspielertruppen entlassen, die Oper war ein halbes Jahr vorher verabschiedet worden. Vergebens versuchte Schrader als treuer Diener seines Herrn, für die Krone neue Einnahmequellen ausfindig zu machen. Das Ergebnis der Kammer- und Kriegskassenrevision durch das Schatzkollegium, die am 7. November 1772 im Auftrag des Landtags erfolgte, war geradezu niederschmetternd. Es zeigte sich, daß die Einnahmen z. T. um ein Drittel, ja um die Hälfte gegen früher zurückgegangen waren, und daß die Beträge aus den neuen Steuern weit hinter dem Anschlag des Landtags zurückblieben. Schuld daran mochten mit die seit 1770 regelmäßig sich einstellenden Mißernten und verheerende Überschwemmungen im Weserdistrikt sein, die es dem Landmann unmöglich machten, neben den bisherigen Steuern auch noch die neuen aufzubringen. Nur mittels durchgreifender Maßnahmen durfte man hoffen, den vor drei Jahren mühsam aufgehaltenen Staatsbankrott zu vermeiden. Aber wieder scheute man sich, die Stände in die ganze verzweifelte Lage der Krone, in die Höhe der Schuldsomme einzutreiben. Mit 4—500 000 Talern hoffte man, dem Äußersten wenigstens auf absehbare Zeit vorzubeugen. Da Braunschweig auswärtig keinen rechten Kredit mehr besaß, so war es Friedrich der Große, der deshalb mit Kopenhagener, Hamburger und holländischen Bankhäusern unterhandelte. Im Frühjahr 1773 trat dann der größere Ausschuß zusammen, um „über Mittel zur Verbesserung der Landeskassen zu beraten.“ Da wollte es des Herzogs Unstern, daß mitten in diesen Verhandlungen der Minister von Schrader am 19. Juli 1773 starb. Es ist möglich, daß für Land und Herzog, wie Philippine Charlotte in einem Brief vom 22. Juli 1773 an Friedrich den Großen meint, es besser gewesen wäre, wenn sein Tod 20 Jahre früher erfolgte. Aber in diesem kritischen Augenblick mußte er für den Landesherrn die unliebsamsten Folgen nach sich ziehen, da jetzt klar zu Tage trat, in welcher Unordnung und Verwirrung sich alle Zweige der Verwaltung befanden.

Nichts wirkt vielleicht ein greßeres Schlaglicht darauf, wie sehr sich das bisherige Regiment um jedes Vertrauen gebracht hatte, als der Umstand, daß der zu Schraders Nachfolger ausersehene Präsident der Justizkanzlei und des Konsistoriums, Georg Septimius Andreas v. Braun, welcher übrigens schon seit 1765 im Geheimratskollegium als Minister saß, das Amt nur dann annehmen zu können erklärte, wenn er bei Führung der Staatsgeschäfte auf die Unterstützung des Erbprinzen und des Ministers von Féronce zählen könne. Wirklich ist dann auch der

*) Der Erbprinz hatte seinerseits auf jede Apanage verzichtet.

damals schon hoch betagte Mann,*) der sich zwar auch auf politischem Gebiet**) mancher Erfolge rühmen konnte, am liebsten aber seinen gelehrten Arbeiten***) oblag, hinter dem nunmehrigen Regenten und seinem vornehmsten Ratgeber zurückgetreten.

Denn nicht mehr Herzog Karl, sondern der Erbprinz war von jetzt ab der wirkliche Herr des Landes, wenn es ihm auch nicht leicht wurde, seinem Willen dem fürstlichen Vater gegenüber Geltung zu verschaffen. Schwer vor allem fiel es diesem, von dem einmal Friedrich der Große mit Recht gesagt, daß er gerne überall sparen, aber für seine Person nichts aufgeben wollte,†) sich bei seinem vorgerückten Alter in die mancherlei Entfagungen zu schicken, welche die vom Sohn getroffenen Abstreichungen im Hof- und Staatshaushalt ihm auferlegten. Dazu kam, daß die Anbahnung besserer Finanzverhältnisse sich trogalledem in absehbarer Zeit nicht erwarten ließ. Noch immer wurden von den Kassen 100 000 Reichstaler mehr ausgegeben als eingenommen, da man immer noch Kapitalien für die Verzinsung der Schulden aufnehmen mußte. Das Gleiche war bei den landschaftlichen Kassen der Fall, die ja einen Teil derselben übernommen hatten. An irgendwelche Abzahlung der Fehlbeträge war mithin vorerst gar nicht zu denken.

Und dabei stellte sich in den letzten Dezembertagen des Jahres 1773 noch ein neuer Gläubiger in Gestalt des Königs Georg III. von England ein, dessen Vater dem Herzog im Frühjahr 1756 zwei Millionen Taler vorgestreckt hatte unter der Bedingung, daß sie vom Jahre 1771 an binnen zwanzig Jahren in vier Raten heimgezahlt würden. Das Schlimmste an dem Handel aber war, daß Schrader dafür an England ohne Vorwissen seines Herrn das Fürstentum Blankenburg verpfändet hatte. Begreiflicherweise ist daher auch von seiner Seite anderen gegenüber nie ein Wort über die ganze Schuldangelegenheit gefallen, ja sie wurde so heimlich betrieben, daß er das Geld bei der Ankunft als „eingetroffene Flintensteine“ in der fürstlichen Kanzlei niederlegen, es nirgends buchen oder gar eine Abschrift der Schuldverschreibung anfertigen ließ. Ein mit England zu jener Zeit eingegangener 1769 erneuerter Subsidienvertrag, wonach Braunschweig diesem 6000

*) von Braun war am 4. August 1701 geboren.

**) Auf Anregung des Prinzen Ludwig führte er 1755 mit vielem Geschick in Vertretung Herzog Karls die Oberbormundschaftsangelegenheiten für den minderjährigen Erbstatthalter der Niederlande, Wilhelm V. von Oranien wie auch für die Söhne des Herzogs Ernst August Konstantin von Sachsen-Weimar.

***) Von seinen wissenschaftlichen Arbeiten sei das Werk über das „Braunschweiger Münz- und Medaillenkabinett seit den letzten 200 Jahren“ genannt. Ferner hat er sich mit der Herausgabe einer Geschichte des fürstlichen Hauses Braunschweig beschäftigt.

†) In seinem Brief aus Potsdam, den 22. Oktober 1774 an den Prinzen Heinrich von Preußen.

Mann zur Verfügung stellte, diente zur Zinsendeckung. 1771 war die Frist zur Heimzahlung der ersten Rate zu Ende, ohne daß man in Braunschweig Anstalten dazu getroffen hätte. Im Jahre 1774 lief dann auch der Subsidienvertrag ab, und England war nur gewillt, ihn für die Hälfte der Truppen (3000 Mann), auf weitere fünf Jahre zu erneuern, forderte aber zu gleicher Zeit die sofortige Rückzahlung nicht nur der seit drei Jahren fälligen Rate von 500 000 Talern, sondern auch die übrige Schuldsomme von anderthalb Millionen. Die Vorstellungen des Herzogs bei Georg III. um Stundung hatten bloß das eine Ergebnis, daß dieser sich bereit erklärte, an Zahlungsstatt der $1\frac{1}{2}$ Millionen das Amt Thedinghausen und den Braunschweiger Anteil am Communion-Ober- und Unterharz anzunehmen, falls die Einkünfte daraus einer Verzinsung der genannten Summe entsprächen. Da der Ertrag aus den Harzer Berg- und Hüttenwerken bei den damaligen schlechten Zeittläufen fast auf die Hälfte zurückgegangen war, was sich mit jedem Tag wieder bessern konnte, so hätte das Eingehen auf Englands Vorschlag möglicherweise eine schwere Schädigung Braunschweigs mit sich gebracht. Dem entsprechend vermochte sich der Herzog zu einem solchen Verzicht nicht zu entschließen. Mithin blieb nichts übrig, als sich noch einmal um Hülfe an die Stände zu wenden, und sie zur Übernahme von weiteren $1\frac{1}{2}$ Millionen Taler Schulden auf das Land zu bestimmen, „so kränkend es für ihn sei“, wie der Herzog in seinem diesbezüglichen Reskript an das Schatzkollegium vom 11. März 1774 betont, „eine solche Lage der Dinge vorzufinden und auch dem Schatzkollegium dieselbe in ihrer wahren Gestalt mit einem uneingeschränkten, gnädigsten Vertrauen vorzulegen.“ Auch hebt er darin ausdrücklich hervor, „daß ihm bis jetzt die gegenwärtige große Zerrüttung der Finanzen verdeckt geblieben sei.“

Am liebsten hätte der Herzog auch diesmal die ganze Angelegenheit nur mit den beiden Ausschüssen verhandelt. Da diese sich aber für die Bewilligung einer neuen Steuer, die dabei notwendig wurde, nicht zuständig erklärten, so mußte man abermals an eine Einberufung des Landtags denken, von dem sich besonders der Erbprinz eine wirkungsvolle Unterstützung versprach.

Die Landesversammlung trat am 4. Oktober 1774 im Schloß zu Salzdahlum zusammen. Die Verhandlungen mit ihren Deputierten, die sich bis zum Späthommer 1775 *) hingen, haben indes bloß zur Bestätigung der vorläufigen Beschlüsse der beiden Ausschüsse geführt, eines jährlichen Zuschusses von 36 000 Talern zur fürstlichen Kammer- und von 10 000 Talern zur Landrentnereikasse. Das Geld dafür wurde wie im Jahre 1770 durch eine Kopf- oder Personensteuer aufgebracht. Aus ihren Verlegenheiten herausgeholfen wurde der Krone damit nicht. Dabei hatte sich der Herzog wieder zu allen möglichen Zugeständnissen der Land-

*) Am 2. September 1775 ist als Ergebnis derselben der Landes-Receß erschienen.

schaft gegenüber entschließen müssen, welche genau wie fünf Jahre vorher ihre eigenen Interessen in den Vordergrund schob und außerdem Einschränkungen im Staatshaushalt, insbesondere eine weitere Verminderung der Truppen verlangte. Die Zumutung allerdings, es solle auch das an sich schon stark in seinem Bestand verringerte Dragonerregiment, das älteste und vornehmste des Landes, dessen Oberst der Herzog als junger Prinz gewesen war, entlassen und an seiner Statt eine sechzig Mann starke, berittene Leibgarde zu persönlichem Dienst für den Landesherrn errichtet werden, lehnte dieser in begreiflicher Entrüstung ab. „So aufrichtig er allezeit geneigt gewesen, der Landschaft auf alle nur mögliche Weise seine landesväterliche Huld und Zuneigung zu bezeigen, so werde er doch nie vergessen, was er sich und seinen Nachfolgern schuldig sei, noch jemals geschehen lassen, daß sein landesherrliches Ansehen irgendwie gekränkt oder landschaftliche Desideria, wie es beinahe das Ansehen dazu gewinnen wolte, in eine Art Vorschriften verwandelt werden.“

Von der Schuldenlast wurde man durch alle diese Maßnahmen nicht befreit. Das Defizit in der Kriegskasse hat noch im Jahre 1779 168 000 Reichstaler betragen, obgleich sich Prälaten und Städte wiederholt in den folgenden Jahren für einen „proportionierten aber unverbindlichen Beitrag zum Probianst bei dem Militäretat“ verpflichteten. Nicht minder trübe sah es bei den anderen landesherrlichen Kassen aus. Als Herzog Karl im Frühjahr 1780 starb, waren von dem gesamten Fehlbetrag von 12 Millionen Talern noch 7 bei einem Jahreseinkommen der Krone von anderthalb Millionen abzuzahlen.

Natürlich ist diese schwere Krisis auch an dem Lande nicht spurlos vorübergegangen, umso mehr, da man in allen Schichten der Bevölkerung den Anordnungen der Regierung, selbst den bestgemeinten, mit Mißtrauen begegnete. *) Die seit Mitte der siebziger Jahre immer häufiger werdenden Zahlungseinstellungen zeugen laut für den zunehmenden wirtschaftlichen Verfall. In den Städten standen eine Menge Häuser leer, weil sich keine Käufer dafür fanden. Wie hätte sich aber auch ein Aufschwung einstellen können, da die Kopfsteuer, die bis zum Jahre 1795 erhoben werden mußte, schwer drückend gerade auf den Ständen lag, auf denen sonst das Blühen und Gedeihen eines Staatswesens beruht.

So von allen Seiten in die Enge gedrängt, hat die Braunschweiger Regierung, um sich wenigstens der dringendsten Schuldforderungen und des immer noch drohenden Gespenstes der Zwangsverwaltung zu erwehren, zu einem Auskunfts Mittel gegriffen, das bald darauf, als durch den Einfluß der französischen Revolution das Volk mehr und mehr zur Ein-

*) So erregte z. B. die zu Ende des Jahres 1775 erfolgte Gründung eines fürstlichen General-Zoll- und Accisedirektoriums, dem die Aufsicht und Leitung sämtlicher Zoll-, Steuer- und Acciseangelegenheiten übertragen wurde, allgemeinen Widerspruch, weil man argwohnte, die Regierung führe dabei eine Erhöhung dieser Abgaben im Schilde.

sicht kam, daß es nicht bloß Pflichten gegenüber den Machthabern, sondern auch Rechte im Staat und der menschlichen Gesellschaft habe, die schärfste Verurteilung gefunden hat, das aber in jenen Tagen, wo der Fürst als absoluter Despot unumschränkt über Leben und Eigentum seiner Untertanen verfügte, durchaus nicht so ungewöhnlich und verwerflich erschien.

Es war am 9. Januar 1776, daß Herzog Karl seine endgültige Einwilligung zu dem Vertrage gab, den bereits am 5. Dezember 1775 in seinem oder vielmehr des Erbprinzen Auftrag der Minister Féronce von Rotenkreuz mit dem Generalbevollmächtigten der englischen Krone, dem britischen Obersten William Faucit abgeschlossen. Braunschweig hatte darnach den Engländern, die schon dazumal ihre eigenen Leute auf Kosten anderer zu schonen wußten, den größten Teil seiner Truppen, 4350 Mann, für die Bekämpfung der nordamerikanischen „Rebellen“ zur Verfügung zu stellen. Dafür erhielt es an Subsidiengeldern im Laufe der folgenden acht Jahre die erkleckliche Summe von 2 Millionen Taler, womit dann ein Teil der Staatsschulden gedeckt worden ist. Herzog Karl ist nie ein Freund von Subsidienverträgen gewesen, die ihn zwangen, seine Truppen lediglich fremden Interessen zu opfern. Wenn er sich hin und wieder trotzdem dazu genötigt sah, so geschah es, weil ihm, wie er einmal einem seiner Brüder gegenüber klagt, keine andere Wahl blieb bei der Schuldenlast, die er vom Vater übernommen hatte, und bei den unverhältnismäßig hohen Ausgaben, welche ihm aus den vielen freudigen wie traurigen Familienereignissen in seinem ausgedehnten Verwandtenkreis erwuchsen. Er selbst würde sich ja vielleicht entschließen können, Zeit seines Lebens sich zum Leidensträger zu verdammen, aber die ganze Familie würde ihn verfluchen, wenn er sie ärmer als die Erben eines leidlich gestellten Privatmannes hinterlassen wollte.“ Doch hatten bis dahin seine Truppen stets, wie im Türkenkrieg 1737 oder im österreichischen Erbfolgekrieg 1748 (siehe dazu Seite 18) wenigstens dem Kaiserhause gedient. Auch bei früheren Subsidienverträgen der Welfenfürsten war dies der Fall gewesen. So hatten z. B. 1685–87 im damaligen Türkenkrieg Hannoveraner unter Francesco Morosini, dem Admiral des mit dem Kaiser verbündeten Venedig, auf Morea mitgestritten, abgesehen davon, daß auch damals noch jeder Kampf gegen die Moslims als eine Art Christenpflicht, jedenfalls als ein höchst verdienstliches Werk galt. Hier aber hieß es, wie Philippine Charlotte ihrem Bruder Ferdinand gegenüber klagt, für eine durchaus gleichgültige Sache, der man völlig fremd gegenüberstehe, das Blut seiner Untertanen verkaufen. *)

*) Vgl. H. Droysen, Die braunschweigischen Truppen im nordamerikanischen Unabhängigkeitskriege: aus den Briefen der Herzogin Philippine Charlotte mitgeteilt. Jahrbuch des Geschichtsvereins für das Herzogtum Braunschweig, 13. Jahrgang 1914, S. 145. P. Zimmermann, Beiträge zum Verständnis des zwischen Braunschweig und England am 9. Januar 1776 geschlossenen Subsidienvertrags. Ebenda S. 160.

Nicht, daß der Fürstin oder ihrem Gemahl der Gedanke gekommen wäre, ob es auch recht und billig sei, England bei seiner Vergeßlichkeit der nordamerikanischen Kolonien, welche kühn die ihnen früher gewährleisteten Rechte und Freiheiten verteidigten, zu helfen. Dafür fehlte in den höchsten Kreisen jedes Verständnis. Die meisten deutschen Fürsten, auch wenn sie nicht, wie Braunschweig, Hessen-Kassel, Hessen-Hanau, Waldeck, Brandenburg-Ansbach durch die Überlassung eines Teils ihrer Truppen gegen eine entsprechende Entschädigungssumme England direkt unterstützten, mochten den ganzen Kampf als eine verwerfliche Auflehnung gegen die „von Gott eingesetzte Ordnung der Dinge“ betrachten. Und diejenigen unter ihnen, welche ihre Truppen hergaben, glaubten genug zu tun, wenn sie die eigenen Landeskinder schonten und statt ihrer „Ausländer“, die natürlich meist auch Deutsche waren, anwarben. Denn von einem deutschen Nationalgefühl im praktischen Leben war damals noch keine Rede, es bestand höchstens im Reiche der Poesie. Selbst Friedrich dem Großen, der doch mit als erster unter den damaligen deutschen Fürsten, wo es nur immer anging, den deutschen Standpunkt betonte und deutsche Interessen zu wahren suchte, lag bei seiner scharf absprechenden Beurteilung des deutschen Truppenhandels*) ein solch idealer Gesichtspunkt fern. Wenn er später denselben sogar durch energische Maßnahmen entgegenzutreten suchte, indem er den für England bestimmten Truppen den Durchzug durch seine Lande wehrte, wodurch er wenigstens erreichte, daß die Württemberger zu Hause blieben, so geschah es, weil er der Entblößung Deutschlands von waffenfähigen Leuten vorbeugen wollte zu einer Zeit, wo Preußen wiederum am Vorabend eines Krieges mit Oesterreich stand, um dessen Ansprüche auf Bayern nach dem Aussterben der Kurlinie zurückzuweisen.***) Ja, im Anfang, als Rußland im Herbst 1775 Englands Ansuchen um Überlassung von 20000 Mann für den nordamerikanischen Krieg abschlägig beschieden hatte, ist er es sogar gewesen, der seinen Neffen Karl Wilhelm Ferdinand im Hinblick auf die Zerrüttung der Braunschweiger Finanzen geradezu aufgemuntert hat, die günstige Gelegenheit zu benutzen und seinerseits mit England einen Subsidienvertrag zu schließen. Möglich, daß er wie auch zunächst der Erbprinz vorausgesetzt, die an England zu überlassenden Mannschaften würden Verwendung in Europa, in Irland, auf Gibraltar oder dem damals von den Engländern besetzten Menorca finden. Doch hat er, als ihm noch im Januar 1776 der Wortlaut des inzwischen abgeschlossenen Vertrags durch den Erbprinzen mitgeteilt worden ist, nichts Wesentliches dagegen einzutwenden gehabt. Wußte er doch, daß dies der

*) Vgl. dazu die Briefe Friedrichs des Großen an Voltaire v. 18. Juni 1776 aus Potsdam und an d'Allembert v. 17. März 1776 und 13. August 1777.

**) Vgl. dazu „Die wichtigsten Begebenheiten in Europa vom Jahre 1774—1778“ S. 768 in den „Ausgewählten Werken Friedrichs des Großen“, ins Deutsche übertragen von Heinrich Mertens, Band II., Würzburg, A. Stubens Buchhandlung 1874. Übrigens haben ja nicht nur deutsche Fürsten, sondern auch andere Mächte, so die Schweizer Eidgenossenschaft bekanntlich ihre Landeskinder als Söldner an fremde Staaten verhandelt.

einzigste Weg war, um Braunschweig vor dem drohenden Staatsbankrott zu retten.

Keiner aber war vielleicht weniger mit dem ganzen Abkommen einverstanden als Herzog Karl. Es hat der ganzen Überredungskunst des Erbprinzen und des englischen Unterhändlers, des Hinweises auf die verzweifelte Lage des Braunschweiger Staatswesens bedurft, ihm die Zusage zur Abtretung der Truppen, an denen sein ganzes Herz hing, abzurufen, sie für fremde Interessen hinzuopfern. Denn darüber war man sich am Braunschweiger Hof von vornherein klar: von den Ausziehenden werde selbst in dem Falle, daß, wie man hoffte, der Krieg bis zu ihrer Ankunft in Amerika beendigt sein würde, infolge der mancherlei Gefahren, die schon allein die weite überseeische Reise mit sich brachte, kaum die Hälfte die Heimat wiedersehen. Der Gedanke, daß die Staatskasse der dafür eingehenden Geldsummen dringendst bedurfte, mochte ihm den Entschluß erleichtert haben.

Im Lande selbst, soweit nicht die Offiziere in Betracht kamen, die sich für sich von dem überseeischen Krieg goldene Berge versprochen, vernahm man die Nachricht mit Bestürzung. Gar mancher aus den unteren Schichten der Bevölkerung ergriff, um nicht zum Dienst gepreßt zu werden, vor der Werbetrommel der Offiziere die Flucht. Wohl hatte dem schon ein herzoglicher Erlaß vom 11. Dezember 1775 vorzubeugen gesucht, worin ausdrücklich betont wird, für die Truppen würden nur Ausländer, und zwar solche, die sich freiwillig meldeten, angeworben. Die gleiche Versicherung wurde dann noch einmal drei Wochen später in dem Edikt vom 2. Januar 1776 gegeben unter dem Hinweis, es sei keine Rekrutenaushebung, noch irgendwie eine gewaltsame Werbung vorgesehen. Noch klarer tritt dies offensichtliche Bestreben, die eigenen Landesfinder zu schonen, in der Verordnung vom 9. Februar 1776 hervor, welche den Befehl enthält, herumziehende, unnütze, oder sonst entbehrliche Leute zum Eintritt in die für Amerika bestimmten Truppenkorps als Ersatzmänner der unter Waffen stehenden Landesfinder zu veranlassen, um diese dadurch ihrer Wehrpflicht zu entheben. Wenige Wochen darnach, am 22. Februar, ist die erste Abtheilung der Hilfstruppen, 2282 Mann stark, unter dem kurz darauf zum Generalmajor beförderten Obersten von Riedesel aus Wolfenbüttel abgezogen, einer Kette von Enttäuschungen, von Mühsalen, Entbehrungen und fruchtlosen Kämpfen entgegen. Vor Braunschweigs Wällen, zwischen dem Stein- und Fallerslebertor, erwartete sie an der Spitze eines glänzenden Stabes der Herzog. Er richtete ein paar markige Worte an sie und ließ sie dann unter klingendem Spiel an sich vorbeidefilieren. Am 19. März wurden sie in Stade eingeschifft. Die zweite, um 164 Mann schwächere Abtheilung unter dem Obersten von Specht ist der ersten fast um zwei Monate später gefolgt. *) Sie hat bei ihrem Ausmarsch am 15. Mai 1776 den Lan-

*) Im Laufe der folgenden Jahre sind zur Ergänzung und Auffüllung der

desfürsten nicht mehr gesehen. Er, der bereits an einem hitzigen Fieber darniederlag, wurde am gleichen Tag vom Schlag gerührt.

Gekränkelt hatte er schon längere Zeit. Anfangs half ihm seine gute körperliche Konstitution, die ihm nur zu häufig sein Alter vergessen und ihn in seine Gesundheit gleich einem Jüngling stürmen, Krankheitsanfälle, wie die Kopfrothe im November 1773, leicht überwinden ließ. 1774 berichtet die Herzogin an Friedrich den Großen von einem (wohl durch Infektion) verursachten Übel am Finger ihres Gemahls, wodurch die Hand nicht zu brauchen und der Arm derart angeschwollen sei, daß er ihn in der Binde tragen müsse. Es bestehe Gefahr, daß der Finger abgenommen werden müsse. Der Herzog fühle sich zu schwach, um an die Luft zu gehen. Auch diese Erkrankung wurde glücklich überwunden, aber die jugendliche Spannkraft war dahin. Müde und gedrückt erschien er seinen Angehörigen. Doch ließ sich dies ja so leicht mit alledem, was Schöneres in den letzten Jahren über ihn hereingebrochen war, erklären.

Wie hart nur kam es ihm an, sich in die Rolle des sparsamen Hausvaters zu schicken, nicht nur sich selbst, sondern auch seinen Angehörigen gar manches abschlagen zu müssen, während sie sonst mit ihren Wünschen und Anliegen bei ihm, der so gerne mit vollen Händen gespendet, stets ein williges Ohr, eine offene Hand gefunden hatten. Ist er doch beispielsweise im Jahre 1756 als der Einzige in der ganzen Anverwandtschaft es gewesen, der, obgleich ihn selbst Geldsorgen aller Art bedrückten, seiner Schwägerin, der Königin Luise Ulrike von Schweden, der Schwester Friedrichs des Großen, eine größere Summe vorstreckte, allerdings ohne zu wissen, daß jene damit eine Verschwörung gegen die Beschränkung der königlichen Gewalt ihres Gatten, des Königs Adolf Friedrich durch den schwedischen Adel, die russenfreundliche Partei der „Mützen“, in Szene setzten wollte.

Was mag sein weiches Gemüt auch darunter gelitten haben, wenn er sein Tun und Lassen rücksichtslos bekrittelt, wenn er seine besten Absichten zur Hebung seines Landes verkannt und sich überall in den Hintergrund gedrängt und beschränkt sah, er, der stets entschuldigende Worte für der Anderen Schwächen und Fehler gehabt hatte. Konnte doch jeder, der sich einmal seine Gunst zu erringen gewußt, darauf rechnen, daß sie ihm bis an die Grenze des Menschenmöglichen bewahrt bliebe, auch wenn er sich deren nicht immer ganz würdig zeigte. Wie lange nur hat er dem Reichsgrafen Friedrich Heinrich von Seckendorf, österreichischem und später bayrischem Feldmarschall, die Stange gehalten, obgleich längst kein Zweifel mehr darüber herrschen konnte, daß dieser bei diplomatischen Verhandlungen, die er im Auftrag seines jetzigen

beiden Truppenkorps weitere Aushebungen notwendig geworden. Etwa die Hälfte der nach Amerika beorderten Truppen, 2708 von 5723 Mann ist nach Beendigung des Krieges 1783 durch den Frieden von Versailles in die Heimat zurückgelehrt.

Herren führte, mitunter ein doppeltes Spiel spielte. Eine ganze Reihe von Jahren stand Herzog Karl mit diesem schlauen Fuchs, der nicht zum letzten des Herzogs Verwendung bei der Kaiserin Elisabeth Christine die Wiedererlangung seiner Freiheit im Jahre 1740*) mit zu danken hatte, im regen Briefwechsel, wobei es dieser zu erreichen wußte, daß Unverwandte von ihm am Braunschweiger Hof ein ehrenvolles Unterkommen fanden.**) Erst als Seckendorf im Jahre 1758 es unternahm, Hessen für Oesterreich zu gewinnen und damit seinen bisherigen Bundesgenossen abspenstig zu machen, Friedrich der Große aber, der rechtzeitig Wind davon bekam, ihn deshalb auf seinem Gute Meuselfeld in Franken verhaften und nach der Festung Magdeburg bringen ließ, hat der Herzog die freilich längst kühler gewordenen Beziehungen zu ihm ganz abgebrochen.

Die gleiche Nachsicht, ja Vertrauensseligkeit hat er auch allen seinen Dienern entgegengebracht, so daß er gar vielfach von ihnen mißbraucht und ausgebeutet worden ist, ohne daß jedoch solch' gelegentlich gemachte trübe Erfahrung ihn darin irre gemacht hätte: „Die Menschen sind selten so schwarz, denen Böses tun zu wollen, denen sie dienen; sie haben nur ihre Ansichten und Leidenschaften, welche sie als gut anempfehlen möchten, und sie glauben gerade Gutes zu tun, indem sie Fehler machen“, mit solch goldenen Worten sucht er seiner Tochter Anna Amalie, der frühverwitweten Herzogin von Weimar, den Glauben zu benehmen, daß Fürsten keine wahren Freunde haben könnten.

Dieselbe vornehme Gesinnung begegnet uns in allen seinen Briefen, so weit sie überhaupt seine Gedanken widerspiegeln; denn im allgemeinen liebt er es nicht, mit seinen Ansichten hervorzutreten. Mag die zärtlich geliebte Schwester Elisabeth Christine sich noch so sehr über die ihr so unverdient gewordene Vernachlässigung von seiten ihres königlichen Gatten beklagen, nie geht er auch nur mit einem Wort darauf ein. Selbst über Ereignisse, die ihn als Regenten seines Landes nahe berühren, ja aufregen mußten, gleitet er gewöhnlich weg. Nie hat er in den Briefen an die gleiche Schwester, obgleich sie sich meist einen Tag über den anderen folgen, eine Silbe über seine drückende finanzielle Lage seit dem Jahre 1768, über die ihn so tief tränkende Haltung des Landtags verloren. Seiner Schwester Therese Natalie, der Äbtissin von Gandersheim, schreibt er im Frühjahr 1768, er habe nichts dagegen, wenn sie ihm ihr Herz ausschütte und sie sich untereinander das sagten, was sie

*) Er war 1737 auf Grund der allerdings unberechtigten Anklage nach der Festung Glas gebracht worden, durch seine lässige Führung die Mißerfolge des österreichischen Heeres in dem damals von Kaiser Karl VI. so leichtsinnig heraufbeschworenen Türkenkriege (1736—39) verschuldet zu haben. Erst nach des Kaisers Tod 1740 schenkte man ihm seine Freiheit wieder.

**) Seine Nichte ist jahrelang Ehrendame bei einer der Schwestern des Herzogs gewesen.

dächten; aber es sei unter ihrer Würde, der Nachwelt Dokumente leidenschaftlicher Aufwallung zu hinterlassen und sich selbst durch eine indirekte Art in übles Licht zu setzen. Augenscheinlich fiel es dieser, die Lehndorff anlässlich ihres Besuches bei der Königin Elisabeth Christine zu Magdeburg 1758 trotz ihrer dreißig Jahre schüchtern gleich einer Sechzehnjährigen nennt, schwer, sich als Äbtissin von Gandersheim*) bei ihren Untergebenen Ansehen zu verschaffen, und sie hatte deshalb wiederholt des Bruders Hilfe angerufen. So suchte sie ihn im Frühjahr 1769 zu bestimmen, gegen einen ihrer Beamten, von dem sie glaubte, daß er ihr überall Schwierigkeiten in den Weg legte, überhaupt gegen sie Ränke schmiede, mit seiner landesfürstlichen Autorität einzuschreiten. Die Antwort, die sie darauf erhielt, ist kennzeichnend genug. Der Bruder versichert ihr, daß diejenigen, die ihr eine so üble Meinung über jenen Beamten beigebracht, entweder selbst getäuscht worden seien oder sie hätten täuschen wollen. Doch möge und werde er so lange nicht gegen jene vorgehen, bis er sichere Beweise ihrer Schuld in Händen habe. Er könne ihr nicht verhehlen, daß er schon jetzt im voraus den Schmerz, ja die Reue empfinde, die er haben müßte, wenn er einen seiner Diener ungerechtfertigterweise verurteilt hätte. Er halte sich für verpflichtet, seinen Dienern zu helfen, sie zu unterstützen, so lange sie des Verbrechens nicht überführt seien, dessen man sie bezichtige. Jedenfalls täte sie besser, derartige Vorkommnisse nicht gleich persönlich aufzufassen.

Ebenso großmütig zeigt er sich gelegentlich in seinen Briefen dem etwas empfindlichen Bruder Ferdinand gegenüber. Als dieser ihm einmal unfreundliche Äußerungen des Prinzen August Wilhelm von Preußen über ihn und die herzogliche Familie mitteilt, bekommt er zur Antwort, er wisse doch, daß er solche Zänkereien in seiner Familie habe, und ihnen am liebsten aus dem Wege gehe. Es sei ja sehr wohl möglich, daß damals gar manches unbedachte Wort gefallen sei, er erinnere sich dessen aber nicht mehr.***) Das seien Dinge, die er lieber vergesse, als daß er sich deshalb immer von neuem aufrege.

Und nun sah er sich selbst, der allezeit Weitherzige, dem die Güte aus den Augen strahlte, überall von Mißtrauen und Übelwollen umgeben. Zwar bei der Gattin hat er auch jetzt noch liebevolles Verständnis für all' das, was ihn bedrückte, gefunden, wenn auch das zärtliche Einvernehmen der Gatten durch die am Hofe herrschende Maitressentwirtschaft einen Stoß erlitten hatte. Aber Philippine Charlotte, die darin das Los der meisten fürstlichen Frauen damaliger Zeit teilte, stand zu hoch, um deswegen eine dauernde Trübung zwischen sich und dem immer noch heißgeliebten Gemahl aufkommen zu lassen. Nicht umsonst hat Lehndorff

*) Ein Amt, das sie seit 1767 bekleidete.

**) August Wilhelm hatte unter anderem auch die Zwistigkeiten zwischen dem Herzog und Friedrich dem Großen wegen Anwerbung des Regiments kurz nach des letzteren Regierungsantritt berührt (siehe Seite 19 ff.)

von ihr gerühmt, daß sie alle guten Eigenschaften der Brandenburger ohne deren Launen besäße. Ihre abgeklärte Weltanschauung, zu der sie sich infolge ihrer vielfachen geistigen Interessen und im Umgang mit so bedeutenden Männern wie Jerusalem durchgerungen, ihr immer gleichbleibendes, freundliches, verträgliches Wesen, das sie so geschickt zur Schlichtung von Zwistigkeiten im Schoß der eigenen Familie machte, ihr angeborener Humor, der ihr selbst im Alter nicht verloren gegangen war, wenn sie auch ihre Quecksilbernatur, von der Friedrich der Große in seinem Brief vom 17. November 1751 an die Markgräfin von Bayreuth eine so launige Schilderung entwirft, über den mancherlei schweren Schicksalschlägen längst eingebüßt, ließen sie ganz dazu geeignet erscheinen, dem Gemahl die letzten Lebensjahre zu erleichtern.

Denn von dem Schlaganfall, der ihn an jenem Maitag 1776 gerührt hatte, sollte er sich nicht mehr völlig erholen. Vor allem blieb der rechte Arm gelähmt, so daß man sich gezwungen sah, die persönliche Unterschrift des Fürsten unter Regierungserlassen durch einen Stempel mit seinem Namenszug zu ersetzen. Ende des Jahres 1776 trat zwar eine erhebliche Besserung im ganzen Befinden ein; ein zweiter Schlaganfall im Juli 1777 warf ihn aber wieder darnieder. Schließlich versagten auch die Beine den Dienst. Als der Erbprinz nach Beendigung des bayrischen Erbfolgekriegs, an dem er als einer der preußischen Heerführer teilgenommen, nach Hause zurückkehrte, fand er den Vater dem Erblinden nahe und zum kindischen Greis geworden. Aber noch war in ihm die Anteilnahme an alledem, was im Schoß seiner Familie vorging, nicht erloschen. Besonders Todesfälle, so das Ableben seiner Schwester Therese Natalie am 26. Juni 1778 und das der Prinzessin von Preußen, Luise Amalie, am 13. Januar 1780 regten ihn in tiefster Seele auf, ohne daß er wie sein Bruder Ferdinand die Kraft gefunden hätte, seinen Schmerz zu verbergen. *) Wenige Wochen darauf wurde er infolge eines neuen Schlaganfalls auch der Sprache beraubt.

So war der Tod, als er am 26. März 1780, dem ersten Ostertag, nachts um 11³/₄ Uhr, sanft und schmerzlos eintrat, für ihn und die Seinen eine Erlösung. Am 7. April 1780 abends ward seine sterbliche Hülle im Dom St. Blasien zu Braunschweig in der fürstlichen Familiengruft beigesetzt. Der Schmerz um den Hingang eines einst so angebetenen Herrschers war allgemein. Alle Kritik, die man in den letzten Jahren an ihm mit und ohne zureichenden Grund geübt hatte, ward vor dem Bewußtsein, ihn für immer verloren zu haben, vergessen. Es entsprach durchaus dem öffentlichen Empfinden, wenn das von seiten des Stiftes von St. Blasien am 3. April an den Herzog Karl Wilhelm Ferdinand abgegangene Beileidschreiben den dahingegangenen Landes-

*) Brief der Herzogin Philippine Charlotte an Friedrich den Großen vom 28. Januar 1780.

herrn einen wahren Vater des Landes nennt, „der durch Vorsehung so mancherley nützlicher, zur Aufnahme seiner Länder gereichender Anstalten, seinen Ruhm und Andenken unsterblich gemacht und in den Herzen seiner Untertanen, die er sich als ihr Wahrer Vater durch Liebe und Wohlthaten ganz zugeeignet, stets in Segen bleiben wird.“ In ähnlicher Weise sprachen sich die Stände in dem ihrigen vom 12. April an die Herzogin Philippine Charlotte aus, worin sie seine Regierung als eine ruhmvolle, sanfte, zur Wohlfahrt aller getreuen Untertanen geführte bezeichneten.

Register.

A

- Albrecht, Bruder H. Karls I. S. 24. 27
 Albrecht Heinrich, 3ter Sohn Herzog
 Karls S. 55.
 Anna Amalie, Herzogin v. Weimar S. 18.
 47 ff. 184.
 Anton Ulrich, Herzog v. Braunschweig
 S. 2. 90. 121. 138. 142.
 Anton Ulrich, Prinz v. Braunschweig
 S. 4. 15. 24.
 Antoinette Amalie Herzogin v. Braun-
 schweig S. 3, 5 f., 24. 25. 38.
 August Friedrich, 2ter Sohn Herzog
 Karls S. 55 ff. 60.
 August Wilhelm, Herzog v. Braunschweig
 S. 2. 3. 12. 107. 117 f., 142.
 August Wilhelm, Prinz v. Preußen
 S. 19 f. 23. 25. 48. 185.
 Augusta, Erbprinzessin v. Braunschweig
 S. 30. 161.
 Augusta Dorothea, jüngste Tochter Karls I.
 S. 61.

B

- Behr, v., Oberst, S. 35. 42.
 Behrens Dr., Stadtphysikus S. 107. 110.
 Broglie, Herzog v., franz. Oberbefehls-
 haber S. 51 f. 53 ff. 57.
 Bünau, Graf v., kaiserl. bayr. Gesandter
 S. 25 f.

C

- Carpzob, Joh. Benedikt, Professor d
 Dichtkunst S. 114. 143.
 Christiane Charlotte Luise, Schwester H.
 Karls I. S. 19. 38.
 Christine Luise, Gemahlin Herzog L.
 Rudolphs S. 12. 13.
 Clermont, Graf, franz. Oberbefehlshaber
 S. 46. 50.
 Clofen, franz. General S. 56.
 Contades, Marschall, franz. Oberbefehls-
 haber S. 50 f.
 Cramm, A. v., braunschw. Minister
 S. 28. 40. 44. 46. 67. 141.
 Cumberland, Herzog v., Wilhelm August,
 Oberbefehlshaber d. englisch-deutschen
 Armee S. 35 ff.

D

- David, Kammeragent S. 73. 142.

E

- Ebert, Johann Arnold S. 123.
 Elisabeth Christina, Gemahlin Kaiser
 Karls VI. S. 4. 184.
 Elisabeth Christina, Königin v. Preußen
 S. 5 f. 18. 19 f. 23. 38. 43 ff. 49 f. 58.
 165. 184 f.
 Elisabeth Sophie Marie, Gemahlin Her-
 zog August Wilhelms S. 12. 13.
 Elisabeth, Tochter Karls I., Prinzessin v.
 Preußen S. 60 f.
 Ernst August Konstantin, Herzog v.
 Sachsen-Weimar S. 47 f.
 d'Estrees, Marschall, franz. Heerführer
 S. 33 f. 38.
 Eugen, Prinz v. Savoyen S. 6. 9. 10 f.

F

- Ferdinand, Herzog v. Braunschweig S. 19.
 27. 33. 42 ff. 49 ff. 54 ff. 57. 58. 62 f.
 185 f.
 Ferdinand Albrecht I. S. 2.
 Ferdinand Albrecht II. Herzog v. Braun-
 schweig S. 2 ff. 8 ff. 12. 13. 19. 67. 107.
 Féronce v. Rotentreuz, Jean Baptiste
 S. 175 f., 180.
 Flögen, v., Geheimer Rat S. 127.
 Franz I., deutscher Kaiser S. 25. 26. 162.
 Friedrich der Große S. 1. 5. 15. 18 ff.
 33 f. 36 f. 41. 44. 52. 54. 55. 57. 58 ff.
 62 f. 73. 80. 83. 96. 113. 120. 132.
 142. 162 f. 165. 166. 176 f. 181. 183. 186.
 Friedrich II., Landgraf v. Hessen S. 52 f.
 122. 164.
 Friedrich V., König v. Dänemark S. 29. 47.
 Friedrich Franz, Bruder Herzog Karls I.
 S. 27.
 Friedrich Wilhelm I. König v. Preußen
 S. 3. 10. 12 ff. 19. 20. 26. 68 f. 73.
 130. 131.
 Friedrich Wilhelm, Prinz v. Preußen
 S. 28. 60 f.

G

- Gärtner, Karl Christian S. 123.
 Georg II., König v. England S. 23. 30.
 31 ff. 41 f. 115. 177.
 Georg III., König v. England S. 30.
 161. 177 f.
 Graumann, Joh., Ph., Kommissarius
 S. 77. 84. 162 f.

H

Hassel, Abt S. 132. 138.
 Heinrich, Prinz, von Preußen S. 45.
 v. Hoym, Oberjägermeister S. 127.

J

Jerusalem, Joh. Friedr. Willh., Abt S. 66 ff.
 99. 118 ff. 121. 122 ff. 135. 137. 138 f.
 169. 171.
 Imhof, v., braunschv. Generalleutnant
 S. 35. 42.
 Imhof, Phil. Ernst v., Kommandant v.
 Braunschv. S. 56.
 Juliane Marie, H. Karls I. Schwester
 S. 29.

K

Karl VI., Deutscher Kaiser S. 4. 9 f. 17.
 21. 184.
 Karl VII., Deutscher Kaiser, Kurfürst v.
 Bayern S. 23. 25.
 Karl Wilhelm Ferdinand, Erbprinz v.
 Braunschv. S. 14. 30. 35 f. 42. 46.
 49. 51 ff. 58. 61 f. 88. 100. 111. 117.
 124. 135. 161. 164. 169 f. 175. 176 f.
 178. 180 f. 186.
 Kniestedt, v., Comitialgesandter S. 27.
 Kramer, Kammerat S. 89.

L

Langen, Johann Georg v., Hoffjäger-
 meister S. 76. 90. 92.
 Leisewitz, Joh. Ant. S. 100.
 Leopold, fünfter Sohn Herzog Karls
 S. 61. 169.
 Lessing, Gottf. Ephraim S. 143 ff.
 Luckner, hannoverscher General S. 54.
 55. 57.
 Ludwig Ernst, Bruder Karls I. S. 15 f.
 Ludwig Rudolph, Herzog v. Braunschweig
 S. 2. 4. 10. 12. 13. 26. 68 f. 90. 107.
 142.
 Luise Almalie, Prinzessin v. Preußen
 S. 19. 21. 24. 29. 48. 186.

M

Maria Theresia, Kaiserin S. 23. 24. 26.
 32. 43. 89. 96.
 v. Mosheim, Joh. Lorenz, Abt S. 114.
 121. 132. 137. 142.
 v. Münchhausen, Gerlach Adolf v., han-
 noverscher Minister S. 20. 115.
 v. Münchhausen, Hieronymus, braunschv.
 Minister S. 3. 25. 162.

P

Philippine Charlotte, Gemahlin Herzog
 Karls I. S. 12 ff. 17. 18 f. 24. 38.

45 f. 49. 58. 62. 66. 123. 142. 169.
 176. 180. 183. 185 f. 187.
 v. Braun, Georg, Sept. Andr. v. braun-
 schv. Minister S. 176 f.

R

Richelieu, Herzog v., franz. Oberbefehl-
 haber S. 38. 41 f.

S

Schmid, Konrad Arnold S. 123.
 Schrader v. Schlieffedt, B., Braunschv.
 Minister S. 14. 28. 39. 52. 57. 66 ff.
 72. 74. 84. 86. 105. 107. 117. 126.
 128. 132. 139. 140. 141. 162. 164 f.
 166 ff. 169 ff. 174. 176.
 v. Sedendorf, Friedr. Heinr. Reichsgraf
 S. 183 f.
 Sophie Dorothea, Königin v. Preußen
 S. 14. 48.
 Sophie Karoline Marie, Tochter Karls I.
 S. 29 ff.
 Soubise, Prinz v., franz. Oberbefehl-
 haber S. 46. 50.

T

Teller, Abraham, Theologieprofessor
 S. 114. 142 f.
 Therese Natalie, Schwester H. Karls I.
 S. 24. 38. 174. 184 ff.

V

v. Veltheim, Friedr. Al. Hofrichter S. 171.
 v. Völter, Kammerrat (später Kammer-
 direktor) S. 39. 57. 164. 166. 171.
 Voyer d'Argenson, Kommandant v.
 Wolfenbüttel S. 39. 46.

W

Wilhelm Adolf, vierter Sohn Herzog
 Karls, S. 60.
 Wilhelmine, Markgräfin v. Bayreuth
 S. 48. 186.
 Winterschmidt, G., Artilleriemajor S. 89.
 Wolf, Christian v., Philosoph S. 142.

F

Faber, Prinz v. Sachsen S. 53. 56. 58.

J

Jfenburg, Prinz v., heffischer Oberbefehls-
 haber S. 49.

Z

Zachariae, Just Fr. W. S. 123.
 v. Zent, Friedr., Vizetanzler S. 22.
 Zwide, Joh. Arnold, Pastor S. 130 f.
 134.

Ausschnitt aus der Stammtafel des Neuen Hauses Braunschweig.

August der Jüngere.

Geb. 10. 4. 1579, † 17. 9. 1666. Regiert in Wolfenbüttel seit 14. 12. 1635.

Rudolf August.

Geb. 16. 5. 1627, † 26. 1. 1704. Regiert seit 17. 9. 1666.

Anton Ulrich.

Geb. 4. 10. 1633, † 27. 3. 1714. Seit 7. 8. 1685
Mitregent. Reg. allein seit 26. 1. 1704.

Ferdinand Albrecht I.

Geb. 22. 5. 1636, † 23. 4. 1687.

August Wilhelm.

Geb. 8. 3. 1662, † 23. 3. 1731. Reg.
seit 27. 3. 1714.

Ludwig Rudolf.

Geb. 22. 7. 1671, † 1. 3. 1735. Reg. in
Blankenburg seit 1714, in Wolfenbüttel
seit 23. 3. 1731.

Ferdinand Albrecht II.

Geb. 19. 5. 1680, † 3. 9. 1735. Reg. seit
1. 3. 1735. Vermählt seit 15. 10. 1712
mit der Tochter Ludwig Rudolphs An-
toinette Amalie, geb. 14. 4. 1696, † 6. 3. 1762.

Karl I.	Anton Ulrich.	Elisabeth Christina.	Ludwig Ernst.	Ferdinand.	Luiſe Amalie.	Sophie Antoinette.	Albrecht.	Christiane Charlotte Luiſe.	Therese Natalie.	Juliane Marie.	Friedrich Franz.
Geb. 1. 8. 1713, † 26. 3. 1780. Reg. seit 3. 9. 1735. 2. 7. 1733 vermählt mit der Tochter König Friedr. Wilh. I. v. Preußen Phi- lippine Charlotte geb. 13. 3. 1716, † 16. 7. 1801.	Geb. 28. 8. 1714, † 4. 5. 1775. 14. 7. 1739 ver- mählt m. Anna, Tochter Karl Le- opolds v. Meck- lenburg, Regen- tin v. Rußland, geb. 18. 12. 1718, † 19. 3. 1746.	Geb. 8. 11. 1715, † 13. 1. 1797. Vermählt 12. 6. 1733 mit Fried- rich dem Großen.	Geb. 25. 9. 1718, † 12. 5. 1788. Generalfapitän der Niederlande 1751—66.	Geb. 12. 1. 1721, † 3. 7. 1792. 1758 preuß. Feldmarschall.	Geb. 29. 1. 1722, † 13. 1. 1780. 6. 1. 1743 verm. mit Prinz Aug. Wilhelm v. Preußen.	Geb. 23. 1. 1724, † 22. 12. 1817. Vermählt 23. 4. 1749 mit d. Erb- prinzen Ernst Friedrich v. Sachsen-Ro- burg-Saalfeld.	Geb. 4. 5. 1725. † 30. 9. 1745 bei Soor als preußischer Oberst.	Geb. 30. 11. 1726, † 26. 5. 1766.	Geb. 4. Juni 1728, † 26. 6. 1778. Abtiffin v. Sandersheim 1752 mit Fried- rich V., König v. Dänemark.	Geb. 4. 9. 1729, † 10. 10. 1796. Vermählt 8. 7. 1752 mit Fried- rich V., König v. Dänemark.	Geb. 8. 6. 1732. † 14. 10. 1758 als preuß. Ge- neralmajor bei Hochkirch.

Söhne:

Karl Wilhelm Ferdinand.

Geb. 9. 10. 1735, † 10. 11.
1806. Reg. seit 26. 3. 1780,
vermählt 16. 1. 1764 mit
Augustie, Tochter Friedr.
Ludwigs v. Wales, geb.
31. 7. 1737, † 23. 3. 1813.

Friedrich August.

Geb. 29. 10. 1740, † 8. 10.
1805. Vermählt 6. 9. 1768
mit Friederike von Württem-
berg-Oels, geb. 1. 8. 1751,
† 4. 11. 1789, succ. in Oels
14. 12. 1792.

Albrecht Heinrich.

Geb. 26. 2. 1742, † 9. 8.
1761 an seinen bei Ruhne
empfangenen Wunden.

Wilhelm Adolf.

Geb. 18. 5. 1745, † 24. 8.
1770 im russischen Lager
im Türkenkrieg.

Leopold.

Geb. 11. 10. 1752, ertrinkt
27. 4. 1785 in der Oder zu
Frankfurt.

Töchter:

Sophie Karoline.

Geb. 7. 10. 1737, † 22.
12. 1817. Vermählt 26.
8. 1759 mit dem Mark-
grafen Friedrich von Bran-
denburg-Bayreuth.

Anna Amalia.

Geb. 24. 10. 1739, † 10. 4.
1807. Vermählt 16. 3. 1756
mit Ernst August Konstan-
tin von Sachsen-Weimar.

Elisabeth Christine Ulrike.

Geb. 8. 11. 1746, † 18. 2.
1840. Vermählt 14. 7. 1765
mit dem späteren König
Friedrich Wilhelm II. von
Preußen, geschieden 21. 4.
1769.

Auguste Dorothee.

Geb. 2. 10. 1749, † 10. 3.
1810. 1788 Abtiffin von
Sandersheim.